

Marxismus

Nicht nur für Einsteiger

Das Thema: Drei Quellen und drei Bestandteile, *Holger Wendt*; Wissen, wie es geworden ist ..., *Raimund Ernst*; Klassen, Kampf und Bewusstsein, *Jonathan White* (GB); Materialismus, *Claudius Vellay*; Dialektik, *Nina Hager*; Was ist Ausbeutung?, *Ulf Brandenburg*; Waren und Warenproduktion, *Klaus Müller*; Über die menschliche Natur, *Werner Zimmer-Winkelmann*; Arbeiterlied und Gegenkultur, *Georg Klemp*

Kommentare: Ukraine-Krieg, *Kerstin Kaiser*, *Fred Schmid*; Gaza-Krieg, *Niall Farrell* (Irland), *Joachim Guilliard*; IG Metall und Rüstung, *Anne Rieger*; Linke Migrationspolitik, *Artur Pech*; Europawahl/Parteien in Europa, *Ulrich Schneider*, *Vladimiro Giacché*, *Franz-Stephan Parteder*; Bauernstreiks, *Anke Schwarzenberg* (Mdl)

Bei anderen gelesen: Innen-Ansichten aus Russland, *Kerstin Kaiser*; Russische Stimmen zur Verurteilung von Boris Kagarlitzki, *Dimitrij Rodionow*

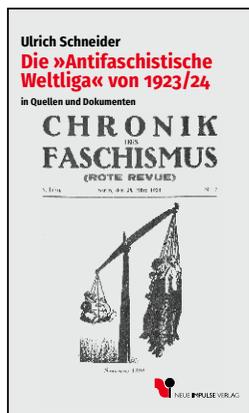
Kalenderblatt: Immanuel Kant (1724–1804), *Hermann Klenner*

Positionen: Warum die Partei nützlich sein muss, *Tobias Schweiger* (KPÖ); Sozialismus und Jugend, *MarxLenin P. Valdés* (Havanna/Kuba); Keine Klimagerechtigkeit ohne Frieden, *Anne Rieger*; Lateinamerika und das Ende der westlichen Vorherrschaft, *Peter Gärtner*; Weshalb Portugal eine neue Agrarreform braucht, *Martin Leo* (Lagos/Portugal)

Berichte, Diskussion, Rezensionen

Beilage: Russland besser verstehen, *Joachim Hösler*

Neue Impulse aus unserem Verlag



Ulrich Schneider

Die »Antifaschistische Weltliga« von 1923/24

in Quellen und Dokumenten

Paperback, 236 Seiten,
ISBN 978-3-96170-070-7, 16,80 Euro

Mit diesem Band werden die Geschichte der anti-faschistischen Weltliga nachgezeichnet und Dokumente der damaligen Arbeit für die heutige Debatte zur Verfügung gestellt. Es ist verblüffend, wie aktuell die Auseinandersetzungen mit völkisch-nationalistischen Gruppen bis heute sind.

Dr. Artur Pech

Marx und Engels über Migration

Einführung für den politischen Gebrauch

Paperback, 248 Seiten,
ISBN 978-3-96170-069-1,
9,90 Euro

Hier werden nicht nur die Auffassungen von Marx und Engels zu Fragen der Ein- und Auswanderung dokumentiert, sondern ihre Methode auf aktuelle Schlagworte der Migrationsdebatte angewendet.
»Theorie aus Sicht eines Praktikers für die Praxis«.



Kurt Barthel (KuBa)

Krieg kommt nicht aus einer schwarzen Wolke

Kulturpolitische Aufsätze,
Gedichte und Liedtexte

Paperback, 236 Seiten,
ISBN 978-3-96170-075-2, 16,80 Euro
Auslieferung im April

Kulturdokumente aus einem deutschen Staat, in dem das »Nie wieder Krieg und Faschismus« von Anfang an »jetzt« war. Von einem Schriftsteller, der schon als junger Sozialdemokrat in den 1930ern dichtend Partei ergriff und nach dem Exil mit seinen Talenten als Kommunist und Künstler beim Aufbau des »Kulturstaates« DDR half.

Einwurf von Links

Kerstin Kaiser

Solange die Waffen nicht schweigen, können die Menschen weder in der Ukraine noch in Russland über ihre Interessen, politische Kompromisse oder Konsense nachdenken. Kriegsgeschehen schließt Demokratie und Menschenrechte auf allen Seiten aus.

Derzeit würde wohl die Mehrheit der russländischen Politik und Gesellschaft es nicht akzeptieren, im Ergebnis von Verhandlungen die östlichen Gebiete der Ukraine und die Krim vollständig »aufzugeben«. Das aber kann und darf nicht die Weigerung von Politiker:innen weltweit rechtfertigen, offensiv, ununterbrochen und gewaltfrei mit allen am Krieg Beteiligten die Bedingungen für einen Waffenstillstand und das Danach auszuloten. Für uns in Deutschland und der EU heißt das, uns kompromisslos und radikal gegen die Kriegspolitik aller Regierungsparteien und der CDU/CSU zu stellen.

Folgen wir Rosa Luxemburgs Gedanken: »Es ist eben der Krieg als solcher und bei jedem militärischen Ausgang, der die denkbar größte Niederlage für das europäische Proletariat bedeutet.« Der Krieg selbst ist das Kriegs-Verbrechen. Wer ihn vorbereitet oder nicht verhindert, trägt dafür Verantwortung. Nicht erst seit dem Outing von Ex-Kanzlerin Merkel wissen wir, dass deutsche Regierungspolitik diesen Krieg nicht verhindert, sondern politisch befördert hat. Verletzt wurde das Gebot der Friedenspflicht im Grundgesetz. Waffenlieferungen in einen laufenden Krieg und ihre schrille Begleitmusik, die Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger für den direkten Fronteinsatz überschreiten die rote Linie der Kriegsbeteiligung und sind ein Teil deutscher Kriegstüchtigkeit.

Das Versagen der Partei DIE LINKE und großer Teile der gesellschaftlichen Linken auf diesem Feld war nicht zufällig der letzte Anstoß für das Fortdauern ihrer existenziellen Krise.

Über Jahrzehnte ist es den linken Kräften in Europa nicht gelungen, *internationalistisch* – gemeinsam und solidarisch – um Aufklärung zu ringen, was die Geschichte der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages hinterlassen hat und wie ein neues Europa zu gestalten sein könnte. Linke Kräfte in Ost und West konnten der NATO-Osterweiterung, der EU-Außenpolitik und der Militarisierung von Denken und Politik auf der einen Seite genauso wenig entgegenzusetzen, wie dem Anspruch Russlands als Machtakteur im postsowjetischen Raum auf der andern. Es lag auch am subjektiven Faktor: Es fehlten Interesse, Wissen und Kommunikation ...

Linke Politik muss eigenständig den Grundsätzen von Humanismus und Menschenrechten, von Aufklärung und Gewaltfreiheit, von Emanzipation und Solidarität folgen. Machtkritik und Dissidenz gegenüber den Herrschenden im jeweiligen Land erfordern eine eigene analytische Perspektive, die herrschende Meinungen und Narrative immer infrage zu stellen hat und das Kielwasser der Herrschenden verlässt. Will die internationale Linke in dem sich herausbildenden globalen Kriegsregime überhaupt noch eine Rolle spielen, muss sie mit Hochdruck an der Bildung tragfähiger und wirkungsmächtiger internationalistischer Beziehungen arbeiten. Sie darf sich nicht für die neue Blockbildung vereinnahmen lassen. Eine Linke, die sich im nationalen Rahmen bewegt, bleibt ohne Einfluss am Rand des Geschehens. Sich dann im Kriegsfall mehr oder weniger aggressiv im Namen der Menschenrechte, des Rechts auf (Selbst-)Verteidigung, der Werte und der Demokratie oder des Kampfs gegen Autokratien auf die Seite des »Vaterlands« zu schlagen ist ein Irrweg, der an den Rand linker Theorie und Praxis geführt hat.

(Leicht gekürztes Schlusskapitel aus dem in dieser Ausgabe dokumentierten Beitrag der Autorin.)

Einwurf von Links**Einwurf von Links**

Kerstin Kaiser 1

In gemeinsamer Sache

In gemeinsamer Sache 4

Kommentare**Den Krieg nach Russland tragen?**

Fred Schmid 5

Zu IG Metall und Aufrüstungspakt

Anne Rieger 7

»Gewerkschafter gegen Aufrüstung« 8

Nach Irland oder in die Wüste

Niall Farrell 9

»Achse des Völkermordes«

Joachim Guilliard 11

Linke Migrationspolitik

Artur Pech 13

Veränderte Merkmale der Parteien in Westeuropa

Vladimiro Giacché 15

Die Europawahlen vor der Tür

Ulrich Schneider 17

Bauernstreik – und nun?

Anke Schwarzenberg 19

»Regierungsantifa« oder Zivilgesellschaft gegen Rechts?

Maria Krüger 21

Helfen statt reden

Franz Stephan Parteder 23

In Memoriam Harald Werner

Werner Zimmer-Winkelmann 25

Leserzuschriften/Diskussion**Diskussionsbeitrag zu: Von der ›Zeitenwende‹ zum Epochenbruch**

Markus Bernd 26

Konferenzen/Berichte**Die Theorie ist eine revolutionäre Kraft**

Jenny Farrell 31

Migration und Internationalismus – wie geht das zusammen?

Kathrin Otte 34

Thema: »Marxismus – Nicht nur für Einsteiger«

Editorial 36

Drei Quellen und drei Bestandteile

Holger Wendt 37

Wissen, wie es geworden, ist Voraussetzung, was zu ändern ist.

Raimund Ernst 43

Klassen, Klassenkampf und Klassenbewusstsein im Übergang zum Sozialismus	
<i>Jonathan White</i>	50
Marxistischer Materialismus	
<i>Claudius Vellay</i>	56
Was ist Dialektik?	
<i>Nina Hager</i>	63
Was ist Ausbeutung?	
<i>Ulf Brandenburg</i>	71
Ware und Warenproduktion	
<i>Klaus Müller</i>	78
Über die menschliche Natur	
<i>Werner Zimmer-Winkelmann</i>	83
Das Arbeiterlied als Element einer musikalischen Gegenkultur	
<i>Georg Klemp</i>	90
Bei anderen gelesen	
Innenansichten aus Russland	
<i>Kerstin Kaiser</i>	97
Russische Stimmen zur Verurteilung von Boris Kagarlitski	
<i>Dmitrij Rodionow</i>	103
Kalenderblatt	
Immanuel Kant – 1724–1804	
<i>Hermann Klenner</i>	106
Positionen	
Nur Linke warten auf die Linke als Messias	
<i>Tobias Schweiger</i>	112
Sozialismus und Jugend	
<i>MarxLenin P. Valdés</i>	117
Keine Klimagerechtigkeit ohne Frieden	
<i>Anne Rieger</i>	119
Lateinamerika und das Ende der westlichen Vorherrschaft (Teil 1)	
<i>Peter Gärtner</i>	124
Weshalb Portugal eine neue Agrarreform braucht	
<i>Martin Leo</i>	130
Wist empfiehlt Literatur	
Wist empfiehlt Literatur	137
Rezensionen	
Claus-Jürgen Göpfert: »Wer nicht hören will, wird bestreikt!« (<i>Georg Fülberth</i>)	140
Ekkehard Lieberam: 100 Jahre Faschismusdebatte (<i>Herbert Münchow</i>)	141
Domenico Losurdo: »Der Kommunismus – Geschichte, Erbe und Zukunft« (<i>Andreas Wehr</i>)	143
Innovative Marxist School in China. Comments by International Scholars on Cheng Enfu's Academic Thoughts (<i>Werner Rügemer</i>)	146
Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus (<i>Rainer Venzke</i>)	149
Tolman Charles W.: Psychologie, Gesellschaft und Subjektivität. Geschichte und Grundlagen der Kritischen Psychologie (<i>Werner Zimmer-Winkelmann</i>)	152
Walter Rodney: Wie Europa Afrika unterentwickelte (<i>Valentin Zill</i>)	153
Es schrieben diesmal	
Impressum	

In gemeinsamer Sache

Klarstellung 1: »Gramsci-Tage«

Die 16. Braunschweiger Gramsci-Tage, über die wir in der letzten Ausgabe berichtet haben, wurden an zwei Tagen von jeweils »über 100« Teilnehmenden besucht. In der Endredaktion des Berichtes von Timo Reuter haben wir daraus (in alter UZ-Pressefest-Zählweise) »rund 200« gemacht. Unser Fehler, nicht der des Autors. Sorry. Ein Besucherrekord mit erfreulich viel Jüngeren war es trotzdem.

Buchvorstellungen

Unsere Mitherausgeber **Artur Pech** und **Ulrich Schneider** machen Veranstaltungen zur Vorstellung ihrer neuen Bücher »*Marx und Engels über Migration*« und »*Die ›Weltliga der Antifaschisten‹ 1923/24*«. (Siehe Seiten 14 und 22) Wer ebenfalls eine Veranstaltung planen möchte, wende sich bitte an log@neue-impulse-verlag.de. Wir stellen gerne den Kontakt her.

Zum zweiten Mal in Havanna dabei

Auch beim 2. internationalen Treffen politisch-theoretischer Zeitschriften von Parteien und linken Bewegungen – organisiert von »**Cuba Socialista**« – hat uns **Jenny Farrell** als Mitherausgeberin der Marxistischen Blätter vertreten. (Siehe Bericht auf Seite 9) Als »Give away« oder auch »Visitenkarte« hatten wir ausreichend USB-Sticks mit unserer Jubiläumsausgabe »**Mut und Marxismus**« mitgegeben und dabei neue Kontakte gewonnen.

»Russlands Linke vor der Wahl« ...

... war das Thema einer gemeinsamen ViKo des Herausgeberkreises und des »Treffpunktes Redaktion«. Als kompetente Gesprächspartnerin stand den 30 Teilnehmenden Kerstin

Kaiser, bis Mai 2022 langjährige Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, zur Verfügung. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir ihren Beitrag zu »Russischen Innenansichten«. (siehe Seite 97)

Großer Dank

Über 23.000 Euro haben Leser und Freunde (m/w/d) der Marxistischen Blätter anlässlich unseres 60. Geburtstages im Jahr 2023 gespendet! Das ist mehr als doppelt so viel wie in den Vorjahren. Zusätzlich sind im 3. Quartal 5.000 Euro für die medizinische Kuba-Solidarität zusammengekommen. **Dafür gebührt allen Spender:innen ein riesengroßes Dankeschön von Redaktion, Verlag und Herausgeberkreis!** Wir werten dieses Ergebnis als gewachsene Zustimmung und Wertschätzung unserer Arbeit. Wer mehr als 200 Euro spenden konnte, hat als kleines Dankeschön unser wunderbares Geschenkbuch »**Lob des Kommunismus**« erhalten. Und für alle Leser:innen bemühen wir uns weiterhin -auch in schwierigster Lage- mit jeder Ausgabe um die bestmöglichen *Marxistischen Blätter*.

Klarstellung 2: »Selbstfinanzierung der Marxistischen Blätter«

Die in unseren Spendenaufrufen seit vielen Jahren benutzte Formulierung, die Marxistischen Blätter würden »von keiner Partei oder Stiftung« finanziell unterstützt, hat in der Führung der Partei, der wir nahestehen, zu unvorhergesehener Irritation geführt. Schließlich würden ja Spendengelder über das Konto der DKP-Recklinghausen an uns weitergeleitet. Stimmt. Aus Gründen. Wir werden also zukünftig der Eindeutigkeit halber schreiben: die Marxistischen Blätter werden »ausschließlich von ihren Leser:innen finanziert«. Wie lange wir »ausschließlich« schreiben, hängt davon ab, ob uns nahestehende »Dritte« zu Spenden für die Marxistischen Blätter aufrufen oder uns mit eigenen Mitteln finanziell unterstützen. Worüber wir dann gerne informieren. **LoG**

Den Krieg nach Russland tragen?

Fred Schmid

... Mit dem Krieg Israels gegen Gaza und der einseitigen Parteinahme Washingtons und der meisten EU-Mitgliedsstaaten, sowie der Doppelmoral angesichts des israelischen Umgangs mit Menschenrechten und Völkerrecht, hat sich die Kluft zwischen dem Globalen Süden und den USA und ihren Verbündeten noch weiter vertieft. Dass die USA bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat am 20. Februar des Jahres einsam und allein ihr Veto einlegen mussten, um einen Waffenstillstand in Gaza zu verhindern, spricht Bände. Ebenso, dass bei der Vollversammlung der UNO am 12. Dezember 2023 nur acht Länder mit Israel und den USA gegen einen sofortigen Waffenstillstand stimmten.

Chinas Aufstieg zur Supermacht, das Comeback Russlands als Großmacht, die

Großmachtambitionen Indiens und anderer Schwellenländer, das selbstbewusste Auftreten der BRICS – aus alledem folgt, die Dominanz des Westens über die Weltpolitik ist Vergangenheit. Das ist die eigentliche Zeitenwende.

Allerdings ist das jetzt eine sehr gefährliche Situation. Der Westen steckt in dem Dilemma, entweder die Aussichtslosigkeit eines militärischen Sieges zu akzeptieren und dem Kreml ein Verhandlungsangebot zu machen, das diesem so weit entgegenkommt, dass er Interesse an Verhandlungen bekommt. Oder es müsste dramatisch eskaliert werden. Und zwar weit über die Taurus-Raketen hinaus, die zwar unangenehm für Russland wären, aber so wenig ein Game-Changer wie früher die Leopard-Panzer oder HIMARS-Raketen. Eine solche Eskalation aber birgt wiederum das Risiko einer Ausweitung des Krieges mit unkalkulierbaren Folgen.

Frankreich ist bereit zu eskalieren

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron scheint das Risiko dieser Eskalation nicht

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** *Seit 1963*
www.marxistische-blaetter.de

Einladung zur Video-Konferenz

Deine Meinung ist gefragt!

Leser (w/m/d) treffen Redakteure

Thema: Marxismus – Nicht nur für Einsteiger

Sonntag, 9. Juni, ab 10.30 Uhr

Anmeldungen bitte bis zum 1. Juni

per E-Mail an

redaktion@marxistische-blaetter.de

Achtung: Teilnehmer:innen bisheriger Treffpunkt-Veranstaltungen werden automatisch eingeladen, müssen sich also nicht erneut anmelden.

zu scheuen. Bei einer Hilfskonferenz für die Ukraine in Paris haben über 20 Länder mehr und schnellere Hilfe für die Ukraine beschlossen. Macron kündigte zudem eine neue Koalition für die Lieferung von Mittel- und Langstreckenraketen an. Auch der Einsatz von westlichen Bodentruppen wird von Emmanuel Macron inzwischen nicht mehr ausgeschlossen. Nichts sei ausgeschlossen, um einen russischen Sieg in der Ukraine zu verhindern, sagte Macron nach Abschluss einer Ukraine-Hilfskonferenz am gestrigen Abend (26.2.) in Paris.

Bei dem Treffen von über 20 Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), habe es zwar keine Einigkeit zum Einsatz von Bodentruppen gegeben, sagte Macron. »Aber in der Dynamik darf nichts ausgeschlossen werden. Wir werden alles tun, was nötig ist, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnen kann.« Eine russische Niederlage sei nötig für die Stabilität und Sicherheit in Europa. Deshalb müssten sich die Unterstützer der Ukraine einen Ruck geben.

Auf die Frage eines möglichen Einsatzes von Truppen durch Polen sagte Macron, jedes Land könne eigenständig und souverän über den Einsatz von Bodentruppen entscheiden.

Vor seiner Abreise zu dem Pariser Treffen hatte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico vor einer »gefährlichen Eskalation der Spannungen« mit Russland gewarnt. Einzelne Länder, die er nicht namentlich nennen wollte, seien offenbar bereit, eigene Soldaten direkt in die Ukraine zu schicken. Das aber würde Russland nicht zum Einlenken bewegen, sehr wohl aber die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts vergrößern.

Der französische Oppositionsführer Jean-Luc Mélenchon erklärte: »Die Entsendung von Truppen in die Ukraine würde uns zu Kriegsparteien machen. Ein Krieg gegen Russland wäre Wahnsinn. Diese kriegerische verbale Eskalation einer Atommacht gegen eine andere große Atommacht ist bereits ein unverantwortlicher Akt. Das Parlament muss eingeschaltet werden und »Nein« sagen. Es darf keinen Krieg

geben! Es ist höchste Zeit für Friedensverhandlungen in der Ukraine mit gegenseitigen Sicherheitsklauseln!«

Stoltenberg: Kein Einsatz von NATO-Truppen in Ukraine geplant

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte nach den Äußerungen des französischen Präsidenten, dass die NATO keine Pläne habe, Kampftruppen in die Ukraine zu schicken. Er schränkte jedoch ein, dass der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung zustehe, »und wir haben das Recht, sie bei der Wahrung dieses Rechts zu unterstützen«. Vor der Münchner Sicherheitskonferenz hatte Stoltenberg geäußert, dass sich die NATO auf eine »jahrzehntelange Konfrontation mit Russland« vorbereiten müsse.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk äußerte sich skeptisch gegenüber den Ideen eines Einsatzes von westlichen Bodentruppen in der Ukraine. Allerdings wolle er zum jetzigen Zeitpunkt nicht spekulieren, ob es in der Zukunft unter bestimmten Umständen zu einer Änderung dieses Standpunktes kommen könne.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat den Überlegungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine eine Absage erteilt. Auch für die Zukunft gelte, »dass es keine Bodentruppen, keine Soldaten auf ukrainischem Boden gibt, die von europäischen Staaten oder Nato-Staaten dorthin geschickt werden«, sagte Scholz. Doch es wäre nicht das erste Mal, dass der Kanzler von ihm vorher gezogene »rote Linien« überschreiten würde.

Den Krieg nach Russland tragen

Auch die Grünen halten nichts von Überlegungen zur Entsendung von Bodentruppen. Vizekanzler Robert Habeck erklärte, es sei immer klar gewesen, dass das keine Option sei. Die Partei warb zu Beginn einer Klausur der

Bundestagsfraktion in Leipzig stattdessen erneut für eine Lieferung von »Taurus«-Marschflugkörpern.

Sie treffen sich dabei mit dem CDU-Wehrexperten Roderich Kiesewetter, der den Krieg um die Ukraine massiv eskalieren und den Krieg nach Russland tragen will, um dort russische Ministerien zu zerstören. Dafür müsse die Bundesregierung die entsprechenden Waffen liefern.

»Der Krieg muss nach Russland getragen werden. Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden. Wir müssen alles tun, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, nicht nur Ö Raffinerien in Russland zu zerstören, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände.« Roderich Kiesewetter (CDU), DW, 9.2.2024 (<https://www.dw.com/de/kiesewetter-den-krieg-nach-russland-tragen/a-68215200>)

Doch es sind nicht nur Kiesewetter, Flack-Zimmermann, Hofreiter und Co, die zum letzten Gefecht trommeln.

In einem vom Bundestag am 22. Februar beschlossenen Antrag der Ampelfraktion wird die Bundesregierung gemeinsam aufgefordert, weitere Waffen an die Ukraine zu liefern – und zwar Systeme, die weit hinter die russische Frontlinie reichen. »Insbesondere muss die Ukraine auch künftig in die Lage versetzt werden, Angriffe auf militärische Ziele wie Munitionsdepots, Versorgungsrouten und Kommandoposten weit hinter den Frontlinien durchzuführen«, heißt es im Beschluss.

»Wer mit deutschen Waffen den Krieg nach Russland tragen will, der trägt den Krieg nach Deutschland ...« Sahra Wagenknecht, (MdB, BSW)

Leicht gekürzt aus: <https://isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5205-macron-einsatz-von-bodentruppen-nicht-mehr-ausgeschlossen>

Zu IG Metall und Aufrüstungspakt Nicht zuschauen

Anne Rieger

Wer als Gewerkschaftsmitglied das Papier »Souveränität und Resilienz sichern« liest, gerät ins Schaudern. Bei diesem Aufrüstungspakt, der den Untertitel »Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie« trägt, handelt es sich um ein gemeinsames Positionspapier von Teilen der IG Metall, dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie BDSV und dem SPD-Wirtschaftsforum. Darin werden unter anderem der »internationale Wettkampf um die Ressourcen der Arktis, die Sicherheit neuer Seewege im Nordatlantik, die wachsenden geopolitischen Spannungen am Indo-Pazifik« als sicherheitspolitische Herausforderungen bezeichnet.

Das erinnert an die Äußerung von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) im Jahr 2002 anlässlich des Krieges gegen Afghanistan: »Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.« Offensichtlich lassen sich Teile der IG Metall vereinnahmen von der Politik der Bundesregierung. Die verkündet: Wir wollen »kriegstüchtig« (Boris Pistorius) werden oder – wie Bundeskanzler Olaf Scholz es formuliert – »in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen«.

Geworben wird damit, dass die »Verteidigungsfähigkeiten« in den Dimensionen Land, Luft und See weiterentwickelt werden müssten. Hatte der IGM-Gewerkschaftstag im Herbst noch mit großer Mehrheit beschlossen: »Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. (...)

Die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen« und man setze sich »gemeinsam für Rüstungskonversion ein«, scheint sich unter dem neu gewählten 2. Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Kerner – ohne Mehrheitsbeschluss – ein Pakt mit der Rüstungsindustrie anzubahnen beziehungsweise zu vertiefen. Der Kurs der Metallerrinnen und Metaller soll in Richtung Aufrüstung verschoben werden. Da können wir nicht zuschauen.

Um die IGM-Gewerkschaftsmitglieder auf diesem Weg mitzunehmen, werden mal wieder die Arbeitsplätze hervorgehoben, die durch die Aufrüstungsproduktion in Deutschland gesichert würden. Auf der Homepage des BDSV ist die Rede von 409.100 direkten und indirekten Beschäftigungsverhältnissen in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Bei 46 Millionen Erwerbstätigen ist das lediglich ein Prozent – quantitativ kein hoher Anteil.

Qualitativ allerdings brauchen wir diese »hochmotivierten, hervorragend qualifizierten Beschäftigten auf technisch anspruchsvollen (...) Arbeitsplätzen«, wie Kerner sie lobt. Ganz andere Aufgaben, nicht die in der rückwärts-gewandten Rüstungsindustrie, stehen auf der Tagesordnung: Wir brauchen die Kompetenz der Beschäftigten für eine zukunftsfähige, moderne Gesellschaft. Produkte und Dienstleistungen für eine klimafreundliche, klimaneutrale Gesellschaft müssen entwickelt werden.

Was ist zu tun? Wir können uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht das Heft des Handelns von einzelnen Vorstandsmitgliedern beziehungsweise Teilen der IG Metall im Verbund mit der Rüstungsindustrie aus der Hand nehmen lassen. Die Sorge der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie um ihre Arbeitsplätze nehmen wir ernst. Deswegen müssen wir, die Friedens-, die Klima-, die Sozialen Bewegungen, gemeinsam mit ihnen Alternativen zum Aufrüstungskurs der Ampelregierung und Alternativen zur Rüstungsproduktion entwickeln. Konversion – sozialökologische Transformation – ist möglich, das haben viele einzelne Beispiele gezeigt.

Das aktuell Wichtigste ist, die Gewerkschaftliche Friedenskonferenz am 14. und 15. Juni in Stuttgart in diesem Sinne überall vorzubereiten. Zuvor schmücken wir den 1. Mai mit Friedensfahnen, schreiben offene Briefe an Kerner – wie der Friedensrat Markgräflerland. Der Schulterchluss von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung muss aktiviert und die Zusammenarbeit mit der Zivilklauselbewegung forciert werden.

Wie verlogen die Argumentation ist, es ginge um Arbeitsplätze und Wertschöpfung hierzulande, zeigt sich bei Rheinmetall. Am Rande der Sicherheitskonferenz in München hat der Rüstungskonzern eine Absichtserklärung mit der »Ukrainian Defense Industry« (UDI) unterzeichnet. Das Joint Venture will ein neues Artilleriewerk in der Ukraine bauen. Der Dax-Konzern wird 51 Prozent der Anteile an dem Gemeinschaftsunternehmen halten, UDI die verbliebenen 49 Prozent, berichtete das »Handelsblatt«.

»Gewerkschafter gegen Aufrüstung«

»Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt »Kriegstüchtigkeit« einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. ><https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/auszuege-aus-aktuellen-positionen-der-gewerkschaften/> Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden!

Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Das sind die letzten Zeilen eines Aufrufs von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften, sich gemäß der Beschlusslage und ihren Beteuerungen in die friedens-, besser kriegspolitischen Diskussionen öffentlich einzumischen. Die Gewerkschaften müssen endlich hörbar werden in dieser unsäglichen Diskussion und dem Geschrei nach mehr und immer noch mehr Waffen.

Wenn Ihr den Aufruf für richtig und notwendig haltet, könnt ihr ihn auf der Seite »Gewerkschaften gegen Aufrüstung« unterzeichnen.

<https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

Nach Irland oder in die Wüste

Niall Farrell

Am 5. November 2023 zitierte die *Times of Israel* Minister Amichai Eliyahu, dass das palästinensische Volk »nach Irland oder in die Wüste gehen kann«, der hinzufügte, dass alle, die eine palästinensische oder eine Hamas-Flagge schwenken, »nicht mehr auf der Erde leben sollten«. Diese menschenverachtende Äußerung schloss also die Iren gleich mit ein. Warum?

Irland gilt als propalästinensischstes Land in Europa. Das nimmt kaum Wunder, denn Irlands Geschichte als erste und älteste Kolonie Europas wird hierzulande noch heute sehr deutlich erinnert und lebt in den Nachfahren der kolonialen Siedler, den »Protestanten« im Norden Irlands, sowie den entrechteten »Katholiken«

nach. Hier besitzen gerade die israelischen und palästinensischen Fahnen ungeheure Symbolkraft und sind ständig im Straßenbild präsent. »Katholiken« haben bis in die jüngste Vergangenheit am eigenen Leibe erfahren, was Besatzung, vorsätzliche Tötung durch »Sicherheitskräfte« und Apartheid bedeuten.

Vor diesem Hintergrund gab es in Irland auch dreißig Jahre lang eine starke politische und auch Streik-Bewegung gegen die Apartheid in Südafrika, die u. a. den Boykott südafrikanischer Waren durchsetzte. Die breite, auch internationale Unterstützung konnte bis zum Ende des Apartheid Regimes aufrecht erhalten werden und bedeutete den ersten totalen Boykott südafrikanischer Importe durch eine westliche Regierung.

So war Irland auch 1980 das erste Land der damaligen EG, das die Gründung eines souveränen, von Israel unabhängigen palästinensischen Staates befürwortete sowie die PLO anerkannte.

In jüngerer Zeit verstärkten sich die Bemühungen zur Unterstützung der Palästinenser. 2014 verabschiedete das Parlament Anträge, in denen die formelle Anerkennung des Staates Palästina gefordert wurde. 2018 nahm es einstimmig einen Gesetzesvorschlag an, der den »Handel mit und die wirtschaftliche Unterstützung von illegalen Siedlungen in völkerrechtswidrig besetzten Gebieten« verbieten und unter Strafe stellen würde – ein Gesetz, dessen Ratifizierung durch die konservative Fine Gael blockiert wird. Sowohl Sinn Féin als auch Fianna Fáil wollen das Gesetz über die besetzten Gebiete in Kraft setzen. Der Fine-Gael-Politiker Alan Shatter indessen unterhält enge Beziehungen zu zionistischen Kreisen und erklärte in einem Meinungsbeitrag für die *Jerusalem Post*, dass das Außenministerium die Umsetzung des Gesetzes verhindern würde. Sein Parteigenosse Außenminister Simon Coveney bestätigte 2019 in Israel, dass die Regierung das Gesetz »effektiv blockiert« habe.

Im Mai 2021 verurteilte das Parlament einstimmig Israels »De-facto-Annektierung«

palästinensischer Gebiete als Verstoß gegen das Grundprinzip des Völkerrechts. Nach eigenen Angaben wurde hier erstmals durch eine Regierung der EU der Begriff ›Annexion‹ in Bezug auf die israelische Besatzung angewendet.

Die prominente, international bekannte irische Autorin Sally Rooney kam 2021 in die Schlagzeilen, weil sie aus Solidarität mit dem palästinensischen Volk und im Zuge der hierzulande starken BDS-Bewegung Israel die Übersetzungsrechte ihres Romans »Schöne Welt, wo bist du?« verweigerte.

Im November 2022 rief Trócaire gemeinsam mit 17 anderen irischen NRO die irische Anti-Apartheid-Kampagne ins Leben und forderte Irland auf, »öffentlich anzuerkennen, dass der Staat Israel das Verbrechen der Apartheid gegen das palästinensische Volk begeht, und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um dieses ›crime against humanity‹ zu beenden«.

Irland gehörte zu den ersten westlichen Nationen, die sich im Oktober 2023 sofort gegen den Krieg gegen das palästinensische Volk aussprachen, sich für einen Waffenstillstand einsetzten. Selbst der konservative Fine-Gael-Premier Leo Varadkar fühlte sich aufgrund der Stimmung im eigenen Lande verpflichtet, sich gegen Ursula von der Leyens Vorgehen zu verwahren und sagte, »dass es der EU an Ausgewogenheit fehle, wenn sie Israel Rückendeckung gebe, ohne zu fordern, dass das Vorgehen in Gaza mit dem Völkerrecht unvereinbar sei«.

Mary Lou McDonald, Chefin der Oppositionspartei Sinn Féin, äußerte, von der Leyens »uneingeschränkte Unterstützung für Israels unbarmherzigen militärischen Angriff« auf die Menschen in Gaza und ihr Versäumnis, den Vorrang des internationalen Rechts geltend zu machen, sei »rücksichtslos, aufrührerisch und gefährlich«. Sie fügte hinzu, dass, wenn die internationale Gemeinschaft das Vorgehen Israels nicht beim Namen nennt »und nicht geschlossen dagegen auftritt, dann wird dies als das entscheidende Versagen unserer Generation

in die Geschichte eingehen«. Sinn Féin gehört zu den propalästinensischsten politischen Parteien Europas, die mit einer großen Mehrheit bei Meinungsumfragen Aussicht auf einen baldigen Wahlsieg haben.

Die großartige irische EU-Abgeordnete Clare Daly erklärte, von der Leyen habe »keine Autorität in auswärtigen Angelegenheiten, sie spricht nicht für mich, sie spricht nicht für Irland und sie spricht nicht für die Bürger Europas. Wir stehen für Frieden, wir stehen für Gerechtigkeit für die Menschen in Palästina und für die Wahrung des Völkerrechts.«

Mehrere Oppositionsparteien haben sich für die Ausweisung der israelischen Botschafterin aus Irland eingesetzt. Doch während die irische Botschafterin in Tel Aviv vom dortigen Außenministerium regelmäßig gemaßregelt wird, bleibt ihr Counterpart in Dublin unbehelligt.

Die irische Anwältin Blinne Ní Ghrálaigh, die auch Südafrika beim IGH vertritt, beschrieb ausführlich das Ausmaß des anhaltenden Terrors in Gaza und sagte: »Es wird immer deutlicher, dass große Teile des Gazastreifens – ganze Städte, Dörfer, Flüchtlingslager – von der Landkarte getilgt werden.« Frau Ní Ghrálaigh ergriff ihren Beruf aufgrund eines Beispiels britischer Gewaltherrschaft in Irland: Die Ermordung der 12-jährigen Majella O'Hare 1976 auf dem Weg zur Kirche, die von einem britischen Fallschirmjäger erschossen wurde und in den Armen ihres Vaters starb. Die Anwältin sagt über die Wirkung, die dieser Mord auf sie hatte: »Ich denke, es lag an ihrem Alter, an der Tatsache, dass niemand zur Rechenschaft gezogen wurde, und an den Umständen der Tötung – dass sie erschossen wurde, als sie mit einer Gruppe anderer Kinder eine Landstraße entlanglief.«

Bei Redaktionsschluss verhandelt Irland mit anderen EU-Mitgliedern über eine Überprüfung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens aufgrund möglicher Menschenrechtsverstöße seitens Israels. Ebenso führt Irland Gespräche mit EU-Ländern, die eine gemeinsame Anerkennung Palästinas unterstützen und die

Möglichkeit gleichberechtigter Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung nach Ende des Gaza-Krieges schaffen könnten. Klar ist: Während Palästinenser hier immer willkommen sind, können Israels Kriegstreiber und ihre Apologeten in die Wüste gehen, wenn sie wollen, aber nicht nach Irland.

»Achse des Völkermordes«

Joachim Guilliard

Der Eilentscheid des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 26.01.2024 in der Völkermordanklage Südafrikas gegen Israel wird überwiegend als schwerer Schlag von erheblicher internationaler Bedeutung gegen Israel wie auch seine Förderer gewertet. Der IGH hat keinen Waffenstillstand angeordnet, er verpflichtet Israel aber, alle völkermörderischen Handlungen zu unterlassen bzw. zu verhindern und in ausreichendem Umfang humanitäre Hilfe für den Gazastreifen zu ermöglichen. Politisch bedeutsam ist vor allem die Feststellung des Gerichtshofs, dass Südafrikas Völkermordvorwurf begründet und plausibel ist. Damit stellt er auch die Bundesregierung bloß, die Südafrikas Anklage als absurd und bar jeder Grundlage abkanzelt.

Es war klar, dass eine IGH-Entscheidung die israelischen Angriffe nicht stoppen kann. Israel hat seit seiner Gründung alle völkerrechtlich verbindlichen Beschlüsse der UNO und seiner Organe straflos ignoriert. Der durch das IGH-Urteil erhärtete Vorwurf des Völkermords ist dennoch ein schwerer Schlag für Israels Bemühungen um sein Ansehen in der Welt. Schließlich spielt der Verweis auf den Völkermord an europäischen Juden, bei

der Rechtfertigung seiner Politik eine zentrale Rolle.

Die Reaktion der israelischen Führung auf das IGH-Urteil ließ nicht lange auf sich warten. Noch am selben Tag startete sie eine Kampagne gegen das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge UNRWA, indem sie Vorwürfe lancieren ließ, zwölf seiner Mitarbeiter hätten sich am 7.10. an Gräueltaten der Hamas beteiligt. Als Belege wurden Aussagen gefangener palästinensischer Kämpfer angeführt. Wie jüngste Berichte von Amnesty International nahelegen, könnten passende durch Folter erpresst worden sein.¹

Um den Schaden für die Organisation zu begrenzen, entließ UNRWA vorsorglich die neun noch lebenden Mitarbeiter und kündigte an, die Vorwürfe zu untersuchen. Dennoch setzten 15 westliche Staaten sofort ihre Zahlungen an das UN-Hilfswerk aus. Das UNRWA beschäftigt in Gaza 13.000 Mitarbeiter. Selbst wenn die Vorwürfe gegen alle zwölf Beschuldigte zutreffen würden, wäre dies kein glaubhafter Grund für einen solchen Schritt.

Tatsächlich geht es Israel darum, dem IGH-Urteil die Spitze zu nehmen, in dem UNRWA und indirekt auch die UNO als parteiisch und unglaubwürdig dargestellt werden. Führende UNRWA-Mitarbeiter dienten, wie auch die anderer UN-Organisationen, als wichtige Zeugen für die Angriffe auf zivile Ziele und die katastrophale Lage der Bevölkerung.

Das Hilfswerk ist für das Überleben der geschundenen Palästinenser im Gazastreifen zentral. Statt die Anordnung des IGH zu unterstützen, für ihre ausreichende Versorgung zu sorgen, verschärfen die USA, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Australien, Italien, die Niederlande, Finnland, Schottland, Japan und Österreich die israelische Blockade.

Dem Juraprofessor Francis Boyle zufolge, der für Bosnien die erste erfolgreiche

1 Israel/OPT: Horrifying cases of torture and degrading treatment of Palestinian detainees amid spike in arbitrary arrests, AI, 8.11.2023.

Völkermordklage vor dem IGH vertrat, beteiligen sie sich damit aktiv am Völkermord. Sie verstoßen damit ebenfalls klar gegen Art II (c) der Völkermordkonvention, die untersagt, einer Bevölkerungsgruppe »vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die darauf abzielen, ihre physische Zerstörung im Ganzen oder in Teilen herbeizuführen«. Diese Länder bilden nun, wie es in Kommentaren heißt, eine »Achse des Völkermords«.

Israel strebt seit langem die Auflösung des UNRWA an, da es eines der größten Hindernisse bei der ethnischen Säuberung der besetzten Gebiete und der Auslöschung der Palästinenser als [alteingesessenes] Volk ist. Das Hilfswerk, das in allen Flüchtlingslagern in der Region aktiv ist, ist die Organisation, die sie über ideologische Grenzen hinweg vereint, wo immer sie leben. Mit ihm behalten die von ihrem Land Vertriebenen und ihre Nachfahren ihren Flüchtlingsstatus und damit auch ihr Recht auf Rückkehr.²

Nach weiteren israelischen Geheimdienst- und Regierungspräsentationen heißt es mittlerweile auch in deutschen Medien, das gesamte Hilfswerk sei »von Hamas infiltriert«.

UN-Generalsekretär, UN-Experten und Regierungen des Südens weisen die Vorwürfe als substanzlos zurück. Selbstverständlich unterhielten Mitarbeiter Kontakte zur Hamas. Da diese das Gebiet regiere, wäre anders die Versorgung der Bevölkerung gar nicht möglich.

Die Kampagne fußt, wie die Rechtfertigung des israelischen Vernichtungsfeldzugs, auf der Dämonisierung der Hamas als reine, von der Bevölkerung abgrenzbare Terrortruppe, als »menschliche Tiere«. Der 7. Oktober dient dafür als Bestätigung.

Doch auch wenn Aktionen der Hamas teilweise als terroristisch zu bewerten sind, ist sie grundsätzlich als Befreiungsbewegung

anzuerkennen. Gaza gilt völkerrechtlich als »illegal besetztes Gebiet« und die Hamas ist eine bedeutende politische Vertreterin dessen Bevölkerung. Die UN-Generalversammlung hat mit der Resolution 45/130 (1990) den Palästinensern ausdrücklich das Recht auf Widerstand gegen die Besatzung zugestanden, auch mit Waffengewalt, sofern sie sich gegen legitime Ziele richtet.³

Die Hamas hat 2017 ihre Charta grundlegend geändert und erkennt nun die Existenz Israel in den Grenzen von 1948, wie auch die Abkommen der PLO mit Israel an. Für die Menschen im Gaza-Streifen ist sie auch die wichtigste Kraft, die zusammen mit den Hilfsorganisationen seit 2005 ihr Überleben organisiert.

Gemäß einer Umfrage im Westjordanland und im Gazastreifen, die Ende November mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde, steht eine große Mehrheit dort hinter der Hamas und auch hinter der Offensive vom 7. Oktober.⁴

»Die Hamas existiert. Sie kann nicht einfach ausgelöscht werden«, betont der palästinensische Arzt und Politiker Mustafa Barghouti, der als möglicher Nachfolger von Mahmud Abbas als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde gilt, gegenüber der taz. Sie sei »eine komplexe Bewegung« und »Teil unserer Gesellschaft«.⁵

Auch die beiden marxistischen Organisationen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) arbeiten mit Hamas zusammen und beteiligten sich an der Offensive. Auf Kritik an dieser Zusammenarbeit erklärte Fouad Baker, ein Sprecher der DFLP, gegenüber junge Welt: »Im Zentrum steht ein gemeinsames

2 Mit seinem Krieg gegen das UN- Flüchtlingshilfswerk stellt sich der Westen offen auf die Seite des israelischen Völkermords, Jonathan Cook, 30.1.2024.

3 John Neelsen, Gaza, der Westen und das Völkerrecht, 6.1.2024.

4 Palestine: Public Opinion Poll No (90), PCPSR, 13.12.2023.

5 Mustafa Barghouti über den Gazakrieg: »Hamas ist Teil unserer Gesellschaft«, taz, 27.1.2024.

Ziel, ungeachtet der ideologischen Unterschiede: die Beendigung der Besatzung.«⁶

Wer also die Gewalt beenden will, muss die Ursache, Besatzung, Unterdrückung, Vertreibung beenden.

6 »Im Zentrum steht die Beendigung der Besatzung« – Die DFLP kämpft an der Seite der Hamas, jW, 5.1.2024.

Linke Migrationspolitik

Artur Pech

Es ist mehrfach falsch, wenn es heißt: »*Aus Sicht der politischen Linken war und ist Migration der Gegenentwurf zum Nationalismus.*«¹

Migration ist der gesellschaftliche Prozess, mit dem sich die Verteilung der Menschen auf der Erde ändert und Nationalismus eine Ideologie. Es kann sich also nicht um einen Gegenentwurf handeln.

Migration kann freiwillig oder erzwungen erfolgen. Der Umgang mit den Menschen, die davon betroffen sind, kann wiederum sehr wohl von internationalistischen Positionen getragen sein.

Häufig wird auch hier »*nur eine Haltung beschrieben und eingefordert. Die Probleme, die die Wirklichkeit hervorbringt, werden eher ignoriert.*«²

Linke Migrationspolitik muss grundsätzlichen Entwicklungen Rechnung tragen:

Da ist die Entwicklung der Produktivkräfte, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung immer weiter vertieft, Kommunikation und Verkehr

weltweit erleichtert. Dieser Prozess ist unumkehrbar, schreitet immer weiter voran, erweitert die Möglichkeiten für die Migration und erzwingt zugleich Migration.

Da ist als eine Folge dieser Entwicklung der menschengemachte Teil der Klimaveränderungen, der Migration erzwingt.

Da sind die unterschiedlichen Werte der Ware Arbeitskraft (nicht erst die Lohnunterschiede) in den verschiedenen Ländern, die immer direkter aufeinandertreffen und die daraus resultierende Frage, wer diese Unterschiede zu seinem Vorteil nutzen kann. Entschieden wird sie letztlich im Klassenkampf.

Da sind die Positionsverluste der bisher die Welt und den Weltmarkt beherrschenden Mächte, deren Migrationspolitik zugleich Mittel der Ausplünderung anderer Länder, Teil der Verteidigung ihrer Vorherrschaft und Waffe in den internationalen Auseinandersetzungen ist.

Da sind die Kriege, die Flucht erzwingen. Das Kriege zwischen kapitalistischen Staaten »in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt« sind³, fand schon 1907 der Internationale Sozialistenkongress zu Stuttgart heraus.

Da ist existenzielle Not, die Flucht hervorbringt. Da geht es nicht um die Suche nach dem besseren Leben, da geht es um das Überleben, denn in der realen Welt dieser Tage ist jeder zehnte Mensch unterernährt.⁴

Und da ist die »Lifestyle-Migration« – insbesondere aus den reichen Ländern des Nordens, eine Migration von vergleichsweise wohlhabenden Personen. Deren Nutznießer

1 Jasper von Altenbockum, Links in der Krise, FAZ 3.11.2023, S. 1.

2 Nils Heisterhagen, Die Zeit der Illusionen ist vorbei, FAZ, 18.6.2018, S. 14.

3 Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1912, Anhang, S. 48.

4 In der Literatur wird zutreffend darauf hingewiesen, dass sich die Ärmsten selbst die Flucht vor Hunger nicht leisten können und deshalb in der Migrationsstatistik nicht auftauchen. Dennoch ist zur Kenntnis zu nehmen, dass von diesem unwürdigen Zustand ein erheblicher Druck ausgeht.

beeinflussen kraft ihrer materiellen Möglichkeiten auch den Diskurs über die Migration wesentlich.⁵

Die Humanisierung des Regimes, dem die Migration unterliegt, muss ein wesentliches Anliegen linker Politik sein und bleiben. Darin darf sie sich aber nicht erschöpfen, denn das wäre letztlich die Kapitulation vor den kapitalistischen Verhältnissen.

Aus der ungleichen Entwicklung, aus den Positionsverlusten der Länder des »alten« Kapitals resultiert für linke Migrationspolitik in diesen Ländern ein besonderes Problem, dessen Kern bereits Friedrich Engels beschrieb:

»Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols ... Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein – die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen – eines

Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen, wie die Arbeiter des Auslandes.«⁶

Mit der Furcht vor einer solchen Entwicklung haben wir es heute auch in Deutschland zu tun.

Auf den ersten Blick scheint die Verteidigung des Monopols der reichen »Länder des Nordens« damit auch im Interesse ihrer – wie es jetzt heißt – »abhängig Beschäftigten« zu sein. Das liefe dann auf eine Beteiligung an der Ausplünderung ärmerer Länder hinaus. Sozialistischer Internationalismus bedeutet dagegen, auch hinsichtlich der Migration »in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats« zur Geltung zu bringen und »stets das Interesse der Gesamtbewegung« zu vertreten.⁷

Da geht es um die arbeitenden Klassen der Herkunftsländer ebenso, wie um die der Zielländer. Das verträgt sich nicht mit der Förderung der Migration zur Lösung z. B. von Fachkräfteproblemen im eigenen Land auf Kosten der Herkunftsländer oder mit Lohndrückerei durch

5 Michaela Benson, Karen O'Reilly, Von Lifestyle-Migration zu Lifestyle in Migration: Kategorien, Konzepte und Denkweisen, in: Migration Studies, Band 4, Ausgabe 1, März 2016, Seiten 20–37, <https://academic.oup.com/migration/article/4/1/20/2413178?login=false>.

6 Friedrich Engels, Vorwort [zur englischen Ausgabe (1892) der „Lage der arbeitenden Klasse in England«] MEW Bd. 22, S. 276.

7 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 474.

Marx und Engels über Migration

Buchvorstellung mit Artur Pech

am Freitag, den 17. Mai 2024 ab 19.00 Uhr

im Marx-Engels-Zentrum Berlin, Spielhagenstraße 13, 10585 Berlin

An diesem Abend werden nicht nur die Auffassungen von Marx und Engels zu Fragen der Ein- und Auswanderung referiert, sondern ihre Methode auf aktuelle Schlagworte der Migrationsdebatte angewendet. Der Autor rät, die Migrationsfrage nicht nur durch die »Asylbrille« zu sehen und er skizziert, was linke Migrationspolitik – basierend auf Humanismus und Internationalismus – im Kapitalismus überhaupt sein und leisten kann. Ein streitbarer Abend »Marxistische Theorie aus Sicht eines Praktikers für die Praxis«.

Erhöhung des Arbeitskräfteangebots in den Zielländern.

In der Geschichte gab es Zeiten, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte auf die Entwicklung der Bevölkerung drückte – und andere Zeiten, in denen es umgekehrt war. Mal trieb der Mangel an Produktivkraft die Bevölkerungsbewegungen, mal verlangte die Zunahme an Produktivkräften eine Verringerung der Bevölkerung und beseitigt den Überschuss durch Hungersnot oder durch Auswanderung. Das begann nicht erst mit dem Kapitalismus.

Geändert haben sich die Erscheinungsformen und die Bedingungen, unter denen sie wirken.

Linke müssen sich der Forderung verweigern, die Zahl der Arbeitenden den Bedürfnissen des Kapitals anzupassen. Es muss vielmehr darum gehen, die Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Denn beispielsweise beim Import von Fachkräften für die Krankenhäuser geht es um die Aufrechterhaltung einer profitorientierten Krankenhausfinanzierung zu Lasten nicht nur der Beschäftigten hierzulande, sondern auch zu Lasten der Gesundheitssysteme der Herkunftsländer.

In der Migration bewegen sich Menschen. Jede dieser Bewegungen folgt einer individuellen Entscheidung.

Einer sich auf Marx stützenden Politik kann es nicht darum gehen, über die möglichen Motive zu fabeln, sondern darum zu untersuchen, welche objektiven Prozesse auf die Menschen wirken, zur Migration treiben oder entgegenwirken, die Möglichkeiten, mit diesen Bedingungen zurecht zu kommen, die Schranken für diese Möglichkeiten und den Charakter dieser Schranken.⁸

Veränderte Merkmale der Parteien in Westeuropa

Vladimiro Giacché (Italien)¹

Die unipolare Weltordnung, die vor 30 Jahren ihren Triumph über den Sozialismus in der UdSSR und in Osteuropa feierte, steht vor einer schwerwiegenden Krise. Damals wurde – wie im alten Rom – der *ewige Ruhm* eines solchen Triumphes von den Literaten des Hofes besungen. So verkündete 1992 Francis Fukuyama in seinem weltweit gefeierten Propagandabuch nichts weniger als *das Ende der Geschichte*. Jetzt aber bröckelt diese unipolare Ordnung und die wichtigsten politischen Parteien in den westlichen Ländern scheinen unfähig zu sein, mit dieser neuen Phase umzugehen. Sie sind nicht in der Lage, eine *Strategie zu* entwickeln. Eine Strategie setzt ein Ziel und die Suche nach einem Weg, dieses Ziel zu erreichen, voraus. Nichts dergleichen ist heute in der westlichen Politik, insbesondere in Europa, zu finden. Die westliche Politik scheint sich durchzuwursteln und die Dinge auf die lange Bank zu schieben. Mit einem Wort, sie kauft Zeit. Aber das ist definitiv keine Strategie an sich. Zeit zu kaufen ist nur dann sinnvoll, wenn man eine Strategie *hat*. Andernfalls ist die Zeit, die man kauft, vergeudete Zeit.

Was ist der Grund für diesen Mangel an Strategie? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir genau auf die folgenschweren Veränderungen zurückkommen, die sich vor drei Jahrzehnten ereignet haben. Der Fall der Berliner Mauer und die darauffolgenden Ereignisse, d. h. der Zusammenbruch der Sowjetunion und der

1 Leicht bearbeitetes Statement des Autors bei einer internationalen Tagung »Die Werte der politischen Parteien und die menschliche Zivilisation« an der Universität Shandong – Jinan, 2.12.2023.
Übersetzung aus dem Englischen: Lukas Seidensticker.

8 Die Ähnlichkeit zu der Fragestellung hinsichtlich des Wertes der Ware Arbeitskraft (MEW Bd. 16; S. 105) ist beabsichtigt.

sozialistischen Länder Osteuropas, die nicht nur das scheinbare Ende der Konfrontation zwischen den sozio-politischen Systemen, sondern auch das tatsächliche Ende der europäischen politischen Parteien, wie wir sie kannten, bedeuteten. In einem Kontext der Konfrontation zwischen alternativen Systemen schlugen die politischen Parteien unterschiedliche Wege zur Organisation der Gesellschaft vor, führten Kämpfe, in denen Ziele und die geeigneten Mittel zur Erreichung dieser Ziele festgelegt wurden. Das ist die Erfahrung, die wir in Italien, meinem Land, mit der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), aber auch mit ihrem Hauptgegner, der Christdemokratie (DC), gemacht haben. Auch in Ländern, in denen die kommunistische Partei keine so große Rolle spielte, zum Beispiel in Deutschland, unterschieden sich die Programme der Sozialdemokraten (SPD) und der Christdemokraten (CDU) in vielen wichtigen Fragen deutlich. All das verschwand nach dem Ende der Sowjetunion. Die Politik wurde zur Verwaltung, zum Management und zu nichts weiter als das degradiert. Sie hat also auch aufgehört, eine Wahl zwischen Alternativen zu bieten. Es gibt zwei Sätze, die in diesem Zusammenhang sehr aufschlussreich sind. Der erste stammt von François Mitterrand (französischer Staatspräsident von 1981 bis 1995) und wurde vor mehr als 30 Jahren geäußert: »*In der Wirtschaftspolitik gibt es zwei Möglichkeiten. Man ist Leninist. Oder man ändert nichts*«. ² Die zweite stammt von Mario Draghi, der von 2011 bis 2019 Präsident der Europäischen Zentralbank war; er sagte im Jahr 2013: »*Italien geht auf dem Weg der Reformen weiter, unabhängig vom Ergebnis der Parlamentswahlen. Die Reformen laufen wie ein Autopilot*«. ³ Was ist der von Draghi

erwähnte »Autopilot«? Es ist das zwingende Wirken der Marktkräfte. Ganz gleich, wer die Wahlen gewinnt: Der Markt (in diesem Fall der Markt für Staatsschulden) wird ohnehin die gleiche Lösung einfordern.

An dieser Stelle müssen wir an einen anderen wichtigen Prozess erinnern: die »Globalisierung«. Sie war in der westlichen Welt als Hegemonie des Finanzwesens und des Neoliberalismus, als *Laissez-faire* auf globaler Ebene gedacht. Der Westen verlässt sich für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung auf die Investitionsentscheidungen der großen Konzerne, so dass die Gestaltung unserer Zukunft im Wesentlichen der Marktdynamik überlassen wird. Die Folgen sind eine unpopuläre Politik und bei Finanzkrisen, wie wir sie 2008 erlebt haben, eine noch nie dagewesenen Vergesellschaftung der Verluste. Daneben gibt es noch ein grundlegendes Problem, das ich hervorheben möchte: Dem Markt die Aufgabe zuzuschreiben, die Zukunft einer Gesellschaft zu gestalten, ist nicht nur ein falscher Ansatz, sondern ein *logisch inkonsistenter* Ansatz und das aus einem einfachen Grund: Der Markt *ist* kein *Subjekt*, sondern ein Ort. Ein Ort, an dem Produkte und Dienstleistungen von Marktteilnehmern ausgetauscht werden, um einen Gewinn zu erzielen. Nun setzt der Glaube, dass die Handlungen vieler Subjekte, die ihren eigenen Profit verfolgen, *automatisch* das beste Ergebnis im Sinne der sozialen Optimalität hervorbringen, einen sehr starken Glauben voraus an eine Art vorher festgelegte (oder in Anlehnung an von Hayek – »post-etablierte«) Harmonie.

Die Folgen einer solchen ideologischen Kapitulation vor den Marktkräften waren weitreichend. Die westlichen Demokratien wurden in vielerlei Hinsicht entstellt: Die verschiedenen Parteien boten keine echte politische Alternative mehr an, ähnelten vielmehr einer Wahl zwischen *Pepsi* und *Cola*. Qualität und Glaubwürdigkeit des politischen Angebots sanken und die Unzufriedenheit der Bevölkerung führte zum politischen Populismus.

2 »*En économie il y a deux solutions. Ou vous êtes léniniste. Ou vous ne changez rien*«. Der Satz ist zitiert in F. Came, »Sa vision de l'économie: entre laisser-faire et révolution, le vide« in *Libération*, 9. Januar 1996.

3 Zitiert in A. Tarquini, »Draghi: in Italia riforme con il pilota automatico« in *la Repubblica*, 8. März 2013.

Darüber hinaus braucht man eine Strategie, um die globalen Veränderungen zu bewältigen. Doch dazu scheinen die wichtigsten politischen Parteien in Europa heute nicht in der Lage zu sein. (Anmerkung der Redaktion: *Zumindest nicht auf friedlichem Wege.*) Die einzige Möglichkeit, das Ruder herumzureißen, besteht darin, in der Europäischen Union wieder eine politische Aktion ins Leben zu rufen, die auf echte, substanzielle Veränderungen abzielt.

Die Europawahlen vor der Tür

Ulrich Schneider

Für was die Parteien stehen, kann man am deutlichsten an ihren Spitzenkandidaten ablesen, die nach Brüssel geschickt werden sollen.

Die Regierungskoalition macht mit ihrem politischen Personal deutlich, dass Europa für sie eher der verlängerte Arm deutscher Kapitalinteressen sein soll. Die FDP setzt an die Spitze ihrer Kandidatenliste die Bellizistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die für eine dauerhafte militärische Aufrüstung der Ukraine eintritt. Die GRÜNEN benannten Terry Reintke, die zwar seit 2014 MEP ist, die aber in diesem Land selbst politisch Interessierte nicht kennen. Als männliches Pendant fungiert Sergey Ladoginsky aus Brandenburg, der auf seiner Homepage deutlich macht, dass er sich als Sprachrohr von Außenministerin Baerbock versteht.

Die SPD schickt ihre Spitzenkandidatin Katarina Barley ins Rennen und propagiert »ein starkes Europa« mit den drei Schlagworten »Frieden, Freiheit, Wohlstand«, eine Wahlkampflosung, die vor einigen Jahren noch wortgleich von der CDU vertreten wurde. Ganz

verschämt findet man im Wahlprogramm noch die Forderung nach »sozialer Gerechtigkeit«. Die SPD übersetzt dies aber mit »gerechte Verteilung der Kosten und Chancen«.

Die CDU schickt wieder ihren langjährigen Frontmann Weber von der CSU ins Rennen. Damit ist klar, dass die Europäische Volkspartei ihren reaktionären Kurs nicht in Frage stellen muss.

Auf der linken Seite werden mit einigermaßen Sicherheit für die Partei Die LINKE Martin Schirdewan, der Co-Parteivorsitzende und langjähriger MEP, und Carola Rackete, eine Aktivistin der Flüchtlingshilfe, in das Parlament einziehen. Das Bündnis Sarah Wagenknecht schickt mit Fabio de Masi einen ausgewiesenen Wirtschaftsexperten in das Rennen, der – so bleibt zu hoffen – insbesondere in Bezug auf die Konzernsubventionen auf europäischer Ebene klare Kante ziehen dürfte. Ob es dem Einzelkämpfer Martin Sonneborn (Die Partei) wieder gelingt, in das Parlament einzuziehen, bleibt abzuwarten. Immerhin hat er in den vergangenen fünf Jahren mit mehr als einem erfrischenden Beitrag eine kritische Perspektive auf die Politik der Europäischen Kommission geworfen.

Die AfD, die bei ihrem Europawahlprogramm noch knapp verhindert hat, dass darin ein Dexit, also der Austritt der BRD aus der Europäischen Union festgeschrieben wurde, wählte als Spitzenkandidat einen offenen Faschisten, den sächsischen Juristen Maximilian Krahn, der für seine Verbindungen zu Pegida und anderen offenen Faschisten bekannt ist. Er ist sogar der französischen extremen Rechten von Marine Le Pen zu rechts. Der Rassemblement National (RN) kündigte an, mit der AfD unter Maximilian Krahn keine gemeinsame Fraktion im Europaparlament bilden zu wollen. Das ist insofern von Bedeutung, da die extreme Rechte schon jetzt an einer politischen Vernetzung arbeitet, mit der Hoffnung, im kommenden Parlament möglicherweise die drittstärkste Fraktion stellen zu können. Das ist keine »Panikmache«, sondern eine reale Perspektive,

wenn man das Auftreten dieser Parteien und ihre Zustimmungswerte (laut Demoskopie) betrachtet. Nicht nur in Deutschland, auch in Österreich, Frankreich, Niederlande, und selbst in Skandinavien sieht man hohe Zustimmungswerte. Am weitesten sind die Rechten in Italien und folgerichtig trafen sich Ende 2023 dort Repräsentanten faschistischer und extrem rechter Parteien.

Anfang Dezember hatten Matteo Salvini und seine Partei Lega zu einer Konferenz in Florenz unter dem harmlosen Motto: »Arbeit, Sicherheit, Gemeinnutz« geladen. Gekommen waren wichtige Vertreter der europäischen Fraktion »Identität und Demokratie« (ID). Marine LePen schickte eine Videobotschaft, genau wie Geert Wilders, Wahlsieger in den Niederlanden, der wegen Koalitionsverhandlungen nicht kommen konnte. Anwesend waren jedoch Harald Vilimsky für die österreichische FPÖ und Tino Chrupalla, Co-Chef der deutschen AfD, der – wie er sagte – das europäische Haus mit einer »Mauer« versehen will, »damit die Unerwünschten draußen bleiben«, und »den Krieg gegen die Autos« stoppen will. Vertreten waren auch Kostadin Kostadinov, Chef der bulgarischen Partei »Wiedergeburt«, und George Simion von der »Allianz für die Union der Rumänen«, der Europa für ein »Inferno« hält und als Probleme auflistet: »Illegale Migranten, Deindustrialisierung, Zerstörung der nationalen Identität, Absturz des Christentums. Immer weniger Mutter, Vater, Weihnachten.« Anwesend war auch Roman Fritz, Vizepräsident der polnischen »Konfederacja«, die diesmal nicht zum »Königsmacher« werden konnte, aber gleichermaßen einflussreich in der polnischen Innenpolitik ist. Salvini sprach bei der öffentlichen Kundgebung vor 2000 Anhängern vom Kampf gegen die »Eliten«, gegen das Establishment, gegen die »Klimareligion«, gegen »diese Verrückten und Kranken«, die einen europäischen Superstaat wollen und nannte als wichtigste gemeinsame Themen: Arbeit, Familie, Sicherheit und Stolz auf die christlichen Wurzeln.

Kurze Zeit später feierte die faschistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni mit ihrer Partei »Fratelli d'Italia« ihr traditionelles Atréju-Festival, zu dem auch ausländischen Gäste eingeladen waren, der albanische Ministerpräsident Edi Rama, Großbritanniens Premier Rishi Sunak und US-Multimilliardär Elon Musk. Allein diese Namen waren bereits ein Erfolg für Meloni. Zum Abschluss begrüßte Meloni Santiago Abascal, den Vorsitzenden der extrem rechten spanischen Vox-Partei. Abascal sprach von Familie, Wurzeln, Werten und von einem schwierigen Moment für Spanien, wobei Vox und die postfranquistische PP die innenpolitische Situation destabilisieren. Als Gast trat auch Georg Simion, Chef der rumänischen Nationalistenpartei »Allianz für die Vereinigung der Rumänen«, auf, der glaubte, Meloni als »Löwin Europas« loben zu müssen.

In ihrer Abschlussrede machte Meloni den taktischen Unterschied zu Salvini deutlich, als sie betonte, dass auf europäischer Ebene in Bezug auf die Migranten ein Paradigmenwechsel durchgesetzt werden konnte. Jetzt gehe es darum, wie man die Außengrenzen sichere. Dafür bedankte sich Meloni ausdrücklich bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Trotz aller Unterschiede machten beide Treffen deutlich, wie die extreme Rechte auf dem Weg ist, ihre Netzwerke für ein anderes Europa zu stärken und auf ein gemeinsames Handeln einzustimmen.

Auf der anderen Seite ist in verschiedenen Staaten der EU ein Anstieg sozialer Kämpfe zu erleben, in denen die Arbeiterbewegung auf europäischer Ebene gegen multinationale Konzerne handelt, wie beispielsweise gegen Ryanair oder Amazon. In dieser Perspektive organisiert die belgische PVDA-PTB ihren Wahlkampf zum Europäischen Parlament. Sie versucht solche Widerstandskräfte europaweit zu stärken. Für ein Europa der arbeitenden Menschen, nicht des Geldes. Gleichzeitig arbeiten Antifaschisten in Europa an einem Bündnis zivilgesellschaftlicher

Kräfte mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, migrantischen Organisationen, Frauen- und Jugendverbänden, um den Vormarsch der politischen Rechten zu stoppen.

Bauernstreik – und nun?

Anke Schwarzenberg, MdL

Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren Bauernproteste, mal ging es um Milch, mal um Schafhaltung. Aber nie waren sie so präsent wie aktuell: tonnenschwere Traktoren verstopften den Straßenverkehr, versperrten Autobahnzufahrten; Galgen und Pappschilder Marke Eigenbau – auch mit rechtsextremistischer Symbolik – machten dramatisch auf sich und die Lage auf dem Land aufmerksam.

Wer sich mit Agrarpolitik befasst, für den kam der Protest nicht überraschend. Hier war ein Fass über Jahre übergelaufen. Aber so verständlich Kritik an der Agrarpolitik auch dieser Bundesregierung ist, die wir als LINKE oft teilen – der Ruf nach einem Regierungssturz ist angesichts massiver Fehler ihrer Vorgängerinnen in der Bundesregierung nur Ausdruck einer Instrumentalisierung von Rechtsaußen.

Gut, dass sich Bauernverbände auf Bundes-, Landes- und Kreisebene von dieser Vereinahmung distanzieren haben, wenn auch zunächst zögerlich.

Die Bauernschaft ist Teil einer sich polarisierenden Gesellschaft. Es ist ein offenes Geheimnis: Der Berufsstand ist schon lange wütend auf die Agrarpolitik. Berechtigte Kritik aber delegitimiert sich mit einem offenen Schulterchluss mit Rechtsaußen, z. B. der AfD, wie ihn die »Freien Bauern« suchen.

Die Medien befeuern leider die Debatte mit mehr oder weniger wahren Berichten

über Einkommen in der Landwirtschaft. Wer kann sich schon einen Traktor für mehrere zehntausend Euro leisten. Oder gar einen ganzen Fuhrpark? Allerdings gibt das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft den durchschnittlichen Brutto-Jahresverdienst eines Landwirtes in Deutschland mit ca. 43.500 Euro an. Das ist definitiv kein Großverdienst.

Fakt ist: Pauschale Urteile funktionieren nie. Um zu verstehen und bewerten zu können, müssen wir uns die Mühe machen, tiefer in die Thematik einzusteigen. Schon die Strukturen der Landwirtschaftsbetriebe unterscheiden sich extrem. In Bayern gibt es eine Vielzahl kleiner (wenn auch wachsender) Familienbetriebe. In Brandenburg gibt es deutlich größere Agrarbetriebe, zum Teil Genossenschaften.

Oder das Stichwort *Tierwohl*: Während 30 % der bayerischen Milchkühe von einem ganzjährigen Verbot der Anbindehaltung betroffen sind, ist das in Brandenburg lange vorbei.

Die Streichung der Kfz-Steuer und die Streichung der Subventionen für den Agrardiesel haben nur sprichwörtlich das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Wut steckt tief und zielt auf agrarpolitische Fehler im System, das die Bauernschaft einer massiven Marktübermacht von Handels-, Verarbeitungs- und Lebensmittelkonzernen sowie Bodenspekulation ausgeliefert hat.

Das Jahr 1962 ist das eigentliche Geburtsjahr der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU. Ziel dieser GAP sollte die Sicherung der Ernährung, Stabilisierung der Märkte und Angleichung der Wettbewerbsregeln in allen Mitgliedsländern, bezahlbare Lebensmittelpreise und eine Einkommenssicherung der in der Landwirtschaft Beschäftigten sein. Damit ist die Agrarpolitik so stark europäisch harmonisiert, wie kein anderer Bereich.

Und sie wurde immer wieder evaluiert und reformiert.

Sie förderte eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Produktionsweisen, Maschinen und Ställen, Pflanzenschutz, Pflanzen- und Tierzucht. Ernährte 1950 ein

Landwirt 10 Menschen, sind es 2022 schon 139. Trotzdem führt Deutschland insgesamt mehr Agrar- und Ernährungsgüter ein- als aus. Und die Einkommenssituation in den Betrieben blieb unsicher.

Was also stimmt nicht an dem bestehenden System Landwirtschaft?

Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen zu Recht eine Landwirtschaft, die Boden, Pflanze, Wasser und Tier schont und für nachfolgende Generationen erhält. Auch Tierwohl ist ihnen wichtig. Sie wollen mehr Bio, kurze Wege und frische Produkte; Obst und Gemüse zu jeder Saison; Fleisch und Wurst – eben alles, was der Leib begehrt, aber bitte zu einem bezahlbaren Preis.

Die entsprechenden Beschlüsse auf EU-Ebene werden durch Bund und Länder, teilweise angepasst, umgesetzt. Für die Förderperiode 2023 bis 2027 musste ein Nationaler Strategieplan erarbeitet werden. Unter anderem soll mit Hilfe eines Indikatoren-Systems kontinuierlich die Erreichung der europäischen Zielvorgaben nachgewiesen werden. Was grundsätzlich nachvollziehbar ist, bedeutet in der konkreten Umsetzung für die Agrarbetriebe statt wie versprochen weniger, zusätzliche Bürokratie. Also noch mehr Schreibtisch statt Stall oder Acker und zusätzliche Personalkosten.

2023 hat der Bund außerdem die Gelder für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um etwa ein Viertel gekürzt. Das wird sich gerade in den ostdeutschen Bundesländern besonders drastisch auswirken. Kürzungen wird es in den Programmen im Bereich Tierwohl und dem Rahmenprogramm zur Förderung der biologischen Vielfalt, auch beim Vertragsnaturschutz und bei der Kulturlandschaftspflege geben. Brandenburgs Landwirtschaftsminister Vogel stellte klar, dass wegfallende Bundesmittel nicht durch zusätzliche Landesmittel ausgeglichen werden. Es geht also um viel mehr als weniger Agrardieselförderung.

Und da liegt noch etwas im Argen: mit landwirtschaftlichem Boden wird seit der Finanzkrise 2007 verstärkt spekuliert. Bodenpreise

sind mit landwirtschaftlicher Arbeit kaum mehr bezahlbar.

Regionale Wertschöpfungsketten, in denen Erzeuger-, Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe fair verhandeln? Fehlanzeige. Und ein Hofladen kann nur ein Teil der Lösung sein.

Investitionshilfen für Stallneubau, An- oder Umbau für mehr Tierwohl gibt es zwar, aber schnell auch Bürgerinitiativen dagegen.

Am Ende entscheidet die Marktübermacht von Lebensmittelketten oder Schlacht- und Molkereikonzernen über das Einkommen der Landwirte. Selbst die auf EU-Ebene ermöglichten Verbote gegen unlautere Handelspraktiken hat Deutschland 2021 nur minimal umgesetzt. Von einem angemessenen Kartellrecht mal ganz abgesehen.

Und die seit dem Ukrainekrieg – oft spekulativ – gestiegenen Preise für Energie, Sprit, Düngemittel oder Saatgut schmälern die Betriebsbilanz zusätzlich.

Dass sich Landwirtschaft verändern und anpassen muss, weiß der Berufsstand. Und er hat sich auch bewegt, ob im Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (»Borchert-Kommission«) oder in der Zukunftskommission Landwirtschaft. Beide Berichte sind mit großer Mehrheit 2021 beschlossen worden. Deshalb ist es scheinheilig, wenn die Bundesregierung verkündet: »Wir müssen jetzt reden und Vorschläge erarbeiten.«

Es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Genau das macht den Berufsstand wütend. Die Streichung der KFZ-Steuerbefreiung und die Streckung der Streichungen der Agrardieselsubventionen bis 2026 sind nur erste Schritte zur Lösung der Agrarkrise. Ich denke, der Protest war gerechtfertigt und hat hoffentlich wachgerüttelt.

Unabhängig davon, was der Bundesrat zu dieser Thematik beschließt: *»Ist der Bauer ruiniert, wird das Essen importiert!«*

»Regierungsantifa« oder Zivilgesellschaft gegen Rechts?

Maria Krüger

Ausgelöst durch die Presseveröffentlichung über ein Treffen von Funktionären der »Alternative für Deutschland« (AfD), dem Frontmann der »Identitären Bewegung« in Österreich und anderen Vertretern rechtskonservativer Gruppen in einer Villa in Potsdam, auf dem über die Ausweisung von Millionen Menschen aus Deutschland fantasiert wurde, fanden Anfang dieses Jahres in der ganzen Bundesrepublik Massendemonstrationen und Großkundgebungen gegen die extreme Rechte und politische Rechtsentwicklung statt, die nach ernsthaften Schätzungen über drei Millionen Menschen auf die Straße brachten. In den Metropolen Berlin, Hamburg, München und im Rheinland gab es Kundgebungen mit sechsstelliger Beteiligung, in Großstädten wurden höhere fünfstelligen Teilnehmendenzahlen registriert. Und es war keine Seltenheit, dass selbst in Klein- und Mittelstädten vierstellige Zahlen, oftmals die größten Demonstrationen in der Geschichte des Ortes, zu verzeichnen waren. Bemerkenswert war, dass diese Aktionen quer durch die ganze Republik stattfanden, von der sächsischen Schweiz bis Sylt, von Freiburg bis Greifswald, von Aachen bis Cottbus. Tatsächlich waren auch in den östlichen Bundesländern, in denen die AfD laut Demoskopien bei zum Teil 30 % Zustimmung steht, viele Tausende unterwegs, um Gesicht zu zeigen gegen rechts und auf der Straße zu erleben, dass sie damit nicht alleine stehen. Das ist eine historisch einmalige politische Massenbewegung, die es in den vergangenen Jahrzehnten so noch nicht gegeben hat. Hier haben Millionen Bundesbürger:innen signalisiert »Nie wieder ist Jetzt!« und »Schweigen ist keine Option«. Sie

werden zukünftig den Regierenden (hoffentlich) genauer auf die Finger und nicht nur »auf's Maul« schauen, genauer hinschauen, ob ihr Protest etwas bewegt hat, ob sich Regierungspolitik dadurch verändert. Und sie werden dabei Lernprozesse machen, Lernprozesse, die von organisierten Antifaschist:innen mitgestaltet werden können und müssen.

Schon mehrfach waren in der BRD viele tausend Menschen auf den Straßen gegen Rechts, z. B. als im Jahre 2000 nach einem Brandanschlag auf eine Synagoge in NRW der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zum »Aufstand der Anständigen« rief. Doch diesmal folgen die Teilnehmenden keinem Regierungsappell, auch wenn auf manchen Kundgebungen Vertreter von Bundes- und Landesregierungen das Bad in der Menge suchten. Es war und ist eine heterogene zivilgesellschaftliche Bewegung, die die Menschen auf die Straße brachte. Traditionelle Organisationen, wie Gewerkschaften oder Parteien, die in der Vergangenheit zu solchen Massenaktionen mobilisierten, wurden in der Anfangszeit von der Bewegung überrollt. Neue Akteure, oft Unorganisierte, die besorgt über den Aufstieg der AfD und mit anderen Zeichen der Rechtsentwicklung unzufrieden waren, meldeten die Aktionen an, Medien berichteten über geplante Aktionen und viele Menschen waren erstmals auf der Straße. Sichtbares Zeichen dieser veränderten Mobilisierung waren die zahlreichen selbst gebastelten Schilder mit phantasievollen Losungen gegen die AfD, gegen Rassismus und Nazis, die das Bild der Aktionen insbesondere in kleineren Städten prägten. Dort sah man nur wenige Transparente und Fahnen von Parteien und anderen Organisationen. In Metropolen, wo es eine entwickelte politische Szene gibt, wurden die bekannten Antifa-Transparente gezeigt. Die mediale Berichterstattung über die Kundgebungen in den verschiedenen Orten verdeutlichte, dass es der herrschenden Politik nicht gelang, diesen Protesten ihren Stempel aufzudrücken, selbst wenn Bürgermeister oder in der Landespolitik wichtige Vertreter

als Rednerin oder Redner eingeladen wurden. Vielfach war es so, dass die Organisatoren der Kundgebungen bewusst darauf verzichteten, Parteien oder prominente Politiker als Rednerin oder Redner zuzulassen. Insbesondere in den kleineren Städten waren Vertreter der Zivilgesellschaft, der Vereine, Pfarrer und andere Kirchenvertreter, der Bündnisse »Bunt statt braun« oder anderer Strukturen auf der Bühne. Tatsächlich wurde auf diesen Kundgebungen in vielen Redebeiträgen auch die Rolle der gegenwärtigen Bundesregierung kritisiert, die mit ihrer Politik eine Mitverantwortung für den Aufstieg der extremen Rechten trägt. Denn nicht nur AfD und ihre neonazistischen Gefolgsleute sprechen von »Remigration«, also Vertreibung und Rückführung, sondern eine ganz große Koalition von Regierung und Opposition im Bundestag sorgt für die Verschlechterung der Aufnahmebedingungen für Migranten und schafft auf europäischer Ebene Gesetze, diese schnell wieder abschieben zu können. Natürlich hörte man abstrakte Appelle an Mitmenschlichkeit, gegen Hass-Botschaften und die gerne zitierte Losung »Nie wieder ist jetzt«, ohne zu erklären, dass zum »Nie wieder!« das Handeln gegen Faschismus und auch Krieg gehört. Gleichzeitig ließen es sich viele Gruppen nicht nehmen, die populistische Propaganda z. B. eines CDU-Chefs Friedrich

Merz, der behauptete, Arztpraxen seien überfüllt, weil Geflüchtete sich dort mit Zahnersatz versorgen, zu kritisieren. Und wenn die herrschende Politik behauptete, man müsse die »Flut der Migranten« stoppen, man lehne die »Verunstaltung« der Sprache durch das Gendern ab und wolle Arbeitslosen auch noch das bisschen Bürgergeld kürzen, dann sei das nichts anderes als die Umsetzung der Ziele der AfD.

Während viele Medien sympathisierend von den Aktionen berichteten, war es vor allem die Springer-Presse, die versuchte, solches antifaschistische Handeln aus der Mitte der Gesellschaft zu delegitimieren. Nicht nur von bayerischen Politikern war zu hören, dass der zivilgesellschaftliche Protest von »Links-extremisten«, »Klima-Chaoten« und »Israel-Hassern« unterwandert sei.

Bei aller Bürgerlichkeit, Widersprüchlichkeit und Breite der Proteste, hier zeigte sich eine Massenbewegung gegen den Vormarsch der AfD, die ein großes Potenzial für kritische Reflexionen beinhaltet. Daher ist es primär eine Herausforderung für die organisierten Kräfte in der politischen Linken, hier aktiv inhaltlich und aufklärend einzugreifen. Und die politische Gretchenfrage gegen die AfD ist dabei nicht: »Bist Du für oder gegen ein AfD-Verbot?«. Schon die öffentliche Debatte darüber schränkt

Die »Antifaschistische Weltliga« von 1923/24 Buchvorstellung mit Ulrich Schneider

am 16. April 2024, 19 bis 21 Uhr

im Café Buch-Oase, Germaniastraße 14, 34119 Kassel

An diesem Abend soll über ein weitgehend vergessenes Kapitel der antifaschistischen Geschichte in der Weimarer Zeit gesprochen werden. Viele kennen die »Antifaschistische Aktion« und andere Bündnisse antifaschistischer Arbeit. Aber dass es bereits vor 100 Jahren im europäischen Maßstab -initiiert durch die Kommunistische Internationale (KI) – den Versuch einer Vernetzung gab, wird auch in der einschlägigen historischen Literatur weitgehend verschwiegen.

Die »Antifaschistische Weltliga« von 1923/24 – Rosa-Luxemburg-Stiftung (rosalux.de)

den Handlungsspielraum der extremen Rechten ein und blockiert jene politischen Kräfte in der CDU, bei den »Freien Wählern« und anderen Parteien, die sich eine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit der AfD vorstellen können. Dass die oft beschworene »Brandmauer« in vielen Teilen der Republik längst umgefallen ist, ist keine neue Erkenntnis, aber die Hemmschwelle der offenen Kooperation wird durch die AfD-Verbotsdebatte deutlich erhöht. Wenn die gesellschaftliche Massenbewegung im Januar und Februar 2024 allein das bewirkt hat, war sie erfolgreicher, als alle vollmundigen Erklärungen bürgerlicher Politiker in abendlichen Talkshows.

Helfen statt reden

Franz Stephan Parteder

Die politische Strategie der steirischen KPÖ lässt sich wie folgt zusammenfassen: Sie versucht, eine Bewegung für das tägliche Leben und für die großen Ziele der Arbeiter:innenbewegung zu sein, sie verbindet ihre Politik mit glaubwürdigen Personen und sie drückt das auch dadurch aus, dass ihre Mandatarinnen und Mandatare einen großen Teil ihres Politbezuges für konkrete soziale Zwecke verwenden.

Der letzte Punkt hat großes Aufsehen und einigen Zuspruch in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Es gibt aber auch Widerspruch. Vor allem konkurrierende Parteien wie ÖVP, SPÖ oder Grüne sprechen von Caritaspolitik oder von Stimmenkauf. Ultralinke Kräfte greifen diese herabwürdigende Kritik auf und sehen in dieser Haltung ein Zeichen für das Abgleiten der steirischen KPÖ in den Sumpf des Reformismus.

Deshalb sind einige Klarstellungen notwendig. Die steirische KPÖ steht damit nämlich nicht außerhalb der Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung. Niemand anderer als Victor Adler, der Begründer der österreichischen Sozialdemokratie, wies in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nämlich nicht nur auf das elende Schicksal der Ziegelerbeiter am Wienerberg hin, er behandelte diese Menschen als Arzt auch gratis und er verwendete einen Teil seiner Erbschaft für soziale Zwecke, den anderen für die Gründung der Arbeiterzeitung.

Und die Bolschewiki führten nach der Oktoberrevolution das sogenannte Parteimaximum ein. Kein Parteifunktionär sollte mehr verdienen als ein qualifizierter Facharbeiter. Leider ist man in der Sowjetunion unter dem Zeichen des »Kampfes gegen die Gleichmacherei« vor allem unter Stalin, aber auch danach von diesem Prinzip abgegangen. Einige kommunistische und fortschrittliche Parteien, so auch die KPÖ, haben bis heute in ihrem Statut verankert, dass Einkünfte aus politischen Funktionen abzuliefern sind.

Dabei ist vor allem gemeint, dass die politische Arbeit der Partei auf diese Weise materiell zu unterstützen ist. In Österreich ist es aber so, dass hohe Stimmenanteile in einer Stadt wie Graz oder der Einzug in den Landtag eine sehr hohe öffentliche Parteienförderung mit sich bringen. Deshalb hat Ernest Kaltenegger nach seinem Einzug in die Grazer Stadtregierung diese Regel modifiziert: Gemeinderäte liefern ihre Bezüge an die Partei, die Stadträte und die Klubobfrau im Landtag verwenden von ihrem Nettogehalt alles, was über eine Höchstgrenze hinausgeht, für soziale Zwecke, sie spenden nicht an anonyme Institutionen, sondern helfen Menschen aus Fleisch und Blut, die ganz dringend Unterstützung brauchen. Und einmal im Jahr legen sie bei einem Tag der offenen Konten Rechenschaft darüber ab, was mit diesem Geld getan worden ist.

Ist das Stimmenkauf? Sicherlich nicht. Sehr viele unter den Menschen, denen auf diese Weise geholfen worden ist, sind so weit von der Politik

entfernt, dass sie nicht mehr zur Wahl gehen. Diese Haltung hat aber das Ansehen der KPÖ in der Öffentlichkeit gesteigert und viele Menschen, die selbst in einer gesicherten Position sind, dazu gebracht, die KPÖ bei Wahlen, aber auch bei Aktionen zu unterstützen.

Die Mandatar:innen der steirischen KPÖ entfernen sich wegen dieser Regelung auch im täglichen Leben nicht von der Mehrheit der Bevölkerung. Abgehobene Gehälter führen zu einer abgehobenen Politik. Das ist bei uns nicht der Fall.

Und noch etwas ist wichtig: Man darf Menschen, die in einer aktuellen Notsituation sind, nicht auf eine bessere Gesellschaftsordnung vertrösten. Hilfe muss schnell erfolgen und unbürokratisch sein. Damit wird man – auch als Kommunist, der eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung will – glaubwürdiger. Und es geht in einem gesellschaftlichen Umfeld, das alles daransetzt, um die Menschen vom Denken in Zusammenhängen und in Alternativen abzuhalten, auch um nicht weniger als um politische Alphabetisierung. Wenn Elke Kahr oder Robert Krotzer so handeln wie sie handeln, dann kann es auch sinnvoll sein, sich mit dem zu beschäftigen, was sie politisch zu sagen haben.

Die vielen Kontakte mit den Leuten und mit ihren Problemen sind auch aus einem anderen Grund wichtig. Die KPÖ war bis in die Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts über ihre Grundorganisationen in Betrieben und Wohnviertel eng mit der Bevölkerung verbunden und hat so erfahren, welche Probleme und Forderungen für sie im Vordergrund standen. Diese Organisationen sind zusammengebrochen. Das bedeutet oft, dass die Schwerpunktsetzung in der Politik auf das Geratewohl hinaus, ohne Rückkopplung mit der Bevölkerung funktioniert.

Zuerst über den Mieternotruf in Graz, und dann über die unzähligen Kontakte mit Menschen in persönlichen Notlagen ist es wieder möglich geworden, empirisch zu ermitteln, welche Themen in den Vordergrund zu stellen sind. Zu nennen sind das Eintreten

für einen Kautionsfonds und der Kampf gegen das Geschäft mit der Spielsucht, die auf diese Weise zu Schwerpunkten gemacht und in der Öffentlichkeit mit der KPÖ verbunden worden sind.

Nun kann man sagen, dass dies alles positiv ist, aber mit den Zielen einer kommunistischen Partei nur sehr bedingt etwas zu tun hat. Auch darauf gibt es eine Antwort.

Warum ist die steirische (darunter vor allem die Grazer) KPÖ in den letzten Jahrzehnten dem Schicksal des Mitgliederschwundes, der Überalterung und der gesellschaftlichen Marginalisierung entgangen? Genau wegen dieser Haltung, die sich mit dem Schlagwort »Helfen statt reden« zusammenfassen lässt.

Das zeigen auch die Mitgliederzahlen. Darüber hinaus gibt es ein Netz von SympathisantInnen, ohne die Wahlerfolge wie in Graz oder das Sammeln von mehr als 10.000 Unterschriften beispielsweise gegen das steirische Olympia-Abenteuer nicht möglich gewesen wären.

Und was noch wichtiger ist: Schritt für Schritt ist es gelungen, dass die KPÖ in der Steiermark wieder alle Funktionen einer kommunistischen Partei, die Interessenvertretung, den politischen Kampf und die ideologische Auseinandersetzung beherrscht.

Man könnte sehr viele Beispiele dafür anführen. Eine Partei, die in Graz die Bürgermeisterin stellt, in der AK mit 5 Mandaten vertreten ist, die bei Magna-Steyr zweitstärkste Kraft im Betriebsrat ist, die erfolgreiche Kampagnen für politische Themen geführt hat, die über den KPÖ-Bildungsverein marxistisches Grundwissen vermittelt und interessante Diskussionen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu aktuellen Themen anbietet und die – nicht zuletzt – mit Festen im Volkshaus sehr viele Menschen zusammenbringt, lässt sich nicht auf eine Caritaspolitik reduzieren. Ohne diese Haltung aber, die Ernest Kaltenegger 1998 durchgesetzt und vorbildhaft gelebt hat, wäre die steirische KPÖ nicht dort, wo sie heute ist.

In Memoriam Harald Werner

Werner Zimmer-Winkelmann

Als ich als junger Trainer und Teamentwickler Anfang der 90er Jahre eines meiner ersten Projekte beim Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV durchführte, fiel mir eine Schrift mit dem Titel »Methodisch-didaktisches Orientierungswissen für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit«, eine »Arbeitshilfe für TeamerInnen« in die Hände.

Ich schaute zunächst nur oberflächlich, später aber sorgfältiger rein, was zur Folge hatte, dass mir einige Lichter über menschliche Lernprozesse und meine eigene Seminar-tätigkeit aufgingen. Dass der Verfasser, ein Dr. Harald Werner sich in seinen Ausführungen auch auf Marx und Brecht bezog, lag mir sehr. Unvermeidbar eröffnete dieses »Orientierungswissen« mir neue Sichtweisen auf menschliche Lernprozesse und führte dazu, dass ich meine Seminare umarbeiten musste.

Bei der Verfassung dieses Nachrufs fallen mir alte Exzerpte in die Hand, die mich daran erinnern, wie sehr auch spätere Publikationen von Harald Werner meine Entwicklung zum Trainer begleitet haben. Bereichernd war für mich die Synthese aus theoretischer Fundierung und ausgeübter Praxis der Bildungsarbeit. In der Tradition der Kritischen Psychologie stehend dachte Werner Bildungsarbeit (und damit die Entwicklungs- und Veränderungsmöglichkeiten von Menschen) konsequent vom Standpunkt des Subjektes und seinem wirklichen Lebensprozess unter konkreten Bedingungen. Er lief nicht Gefahr, in den für viele Trainer üblichen Platttheiten »Teilnehmerorientierung« oder »Erwartungen« steckenzubleiben.

Werner betrachtet auch das Seminar selbst unter dem Aspekt jener konkreten Lebensbedingungen, unter denen sich psychische Tätigkeit vollzieht, hier speziell der lernenden

TeilnehmerInnen. Sobald diese den Seminarraum betreten, anderen TeilnehmerInnen begegnen und die Seminarleitung sich vorstellt, sind Bedingungen geschaffen, die nunmehr Lernprozess, Lerninhalte und Lernerfolg beeinflussen. Er thematisierte, dass die Person der Lehrenden und damit deren Glaubwürdigkeit und Authentizität nicht unerheblich für gelingende Lernprozesse und das Erreichen gemeinsam vereinbarter Lernziele sei. Lernende wie Lehrende seien einem Weg der Selbstveränderung unterworfen, der leider nicht bequem ist.

Dass Lernziele in der Bildungsarbeit sich für Werner nicht nur auf abstraktes Wissen und die Erweiterung der Handlungsfähigkeit beziehen, sondern auch »Ungehorsam« einüben sollen, hängt wohl auch mit seinen eigenen biographischen Erfahrungen zusammen. Er entwickelte sich vom gelernten Stahlbauschlossler in den 50er Jahren zum promovierten Soziologen, erlitt Berufsverbot in den 80er Jahren und spielte nach vielen Konflikten in der DKP eine wichtige Rolle zunächst in der PDS und danach in der Linkspartei. Die Entwicklung der Linkspartei ist ihm vermutlich nah gegangen.

Dass er sich angesichts der vielen Beulen nicht resigniert ins Privatleben zurückgezogen hat, mag auch daran gelegen haben, dass er bei der Verarbeitung seiner biographischen Erfahrungen auf Kenntnisse der Kritischen Psychologie über die menschliche Natur zurückgreifen konnte. Von der Ergiebigkeit des Marxismus für die Emanzipation des Menschen überzeugt, trieb ihn dessen Weiterentwicklung an, die er für dringend erforderlich hielt.

Menschen, die der Überzeugung sind, dass politische Arbeit und politische Bildungsarbeit vor allem mit konkreten Menschen zu tun hat, wie diese wirklich sind und nicht, wie wir sie gerne hätten, finden in seiner Publikationstätigkeit in Büchern, Artikeln und auch auf seiner Homepage immer wieder neue Gedankenanstöße über die politische Bildungsarbeit hinaus.

Am 23. Dezember ist Harald Werner im Alter von 83 Jahren gestorben.

Diskussionsbeitrag zu: Von der ›Zeitenwende‹ zum Epochenbruch

Marxistische Blätter
Beilage 5/6 2023

Markus Bernd, Eschborn

Im Rahmen eines wichtigen Beitrages¹ zur Diskussion um den Epochenbruch widmet sich Christa Luft dem US-Dollar, stellt eine Entdollarisierung als Aspekt dieses Bruches fest.² Ihre Folgerung, die Finanzwirtschaft gewinne »geostrategisch weiter an Bedeutung«³ und verlange daher nach einer intensiveren Betrachtung, soll im Folgenden aufgegriffen, ihr Ansatz jedoch hinterfragt werden. Die Einschätzung der Situation des Dollars, auf der ihre, wenn auch vorsichtige, Schlussfolgerung beruht, ist zum einen lückenhaft, weil sie nur einen Teil des Dollarsystems erfasst. Zum anderen ist die anekdotische Beweisführung nicht geeignet, diese These zu stützen. Der Aspekt einer notwendigen Alternative fehlt völlig.

Kritik an Luft

Zunächst wird konstatiert: »Finanzen und Währungen sowie lebenswichtige Güter werden die neuen Waffen gegen den ›Feind‹«⁴, wobei Luft später Finanzsanktionen als eine der »neuen ›Waffen‹«⁵ konkretisiert. Ohne tiefer auf den marxistischen Begriff des Geldes

einzugehen⁶, ergibt es Sinn, sich zu vergegenwärtigen, dass Geld kein klassenneutrales Hilfsmittel zum Tausch von Waren ist, sondern grundsätzlich Machttechnologie.⁷ Die Dominanz des US-Dollars setzt notwendigerweise imperialistische Gewalt bzw. die Möglichkeit dazu auf globaler Ebene voraus, ist Mittel und Zweck zugleich.

Das internationale Finanzsystem ist an sich bereits ein integraler Bestandteil imperialistischer Machtentfaltung und globaler Ausbeutung.⁸ Finanzsanktionen stellen keine neue Entwicklung dar, ihre Bedeutung nahm in den letzten 20 Jahren allerdings zu; in erster Linie aufgrund einer immer aggressiveren Anwendung im Rahmen der US-Außenpolitik.⁹ Vorstellungen von einem klassenneutralen globalen Kapitalismus, der nun plötzlich gegen die beteiligten Staaten gewendet wird, sind freilich illusionär.

Wenn darauf abgehoben wird, dass sich die USA »nicht mehr in dem Maße verschulden [können] wie bisher, indem die Federal Reserve nach Belieben Papiergeld aus dem Nichts schafft, also die Druckpresse anwirft«, offenbart sich ein falsches Verständnis der Rolle des Kredits und der Zusammenhänge innerhalb der Weltwirtschaft. Geld entsteht schließlich durch Kreditvergabe. Aufgrund der zentralen Rolle des Dollars ist es nicht allein die Federal Reserve Bank, die US-Dollar schöpft: Banken außerhalb der USA sind mittlerweile für 60 Prozent der in US-Dollar denominierten

1 Luft, Christa (2023): Von der ›Zeitenwende‹ zum Epochenbruch Symptome, Kritik und Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft. Marxistische Blätter Beilage 5/6 2023.

2 Ibid. 9–11.

3 Ibid. 18.

4 Ibid. 9.

5 Ibid. 10.

6 Hierzu hilfreich Wolfgang Möhl, Theo Wentzke (2007): Das Geld, Lucas Zeise (2010): Geld, Stephan Krüger, Klaus Müller (2020): Das Geld.

7 David McNally (2023): Blut und Geld. Krieg, Sklaverei, Finanzwesen und Imperium. Berlin: Dietz.

8 Tony Norfield (2017): The City: London and the Global Power of Finance. New York, London: Verso Books.

9 Daniel McDowell (2023): Bucking the Buck. US Financial Sanctions and the International Backlash against the Dollar. Oxford: Oxford University Press.

grenzüberschreitenden Kreditvergaben verantwortlich.¹⁰ Mit jedem Kredit schöpfen sie US-Dollar.

Aus dem Blick gerät die Rolle der Verschuldung als Voraussetzung kapitalistischen Wirtschaftens: So lange Kredite zum Zwecke der Profitmacherei eingesetzt werden, sind sie kein Beleg für einen »wachsenden Schuldenberg«, der zur Gefahr für die USA und ihren Dollar-Imperialismus würde. Sie sind Ausdruck der Leistungsfähigkeit der US-Wirtschaft und somit des US-Dollars. Deren Schulden sind Kapital, dessen weltweite Profite überproportional in die USA fließen und ihre wirtschaftliche Dominanz absichern.

Ein zentraler Unterschied zwischen kapitalistischen Ökonomien erklärt die Macht des Dollarimperialismus: »Während die USA durch Verschuldung neues Weltgeld (US-Dollar) schöpfen, mit dem die Monopole erfolgreich wirtschaften, bedeutet Verschuldung beispielsweise von Argentinien, dass sie sich dieses Weltgeld erst besorgen müssen, um ihre Schulden zu bedienen oder Handel zu treiben.«¹¹ Die Dominanz des US-Dollars hängt damit unmittelbar zusammen. So lange man den Kern des Nutzens des Kredits für die kapitalistische Wirtschaft ver- und in den Schulden der USA eine Überschuldung erkennt, bleibt ein tieferes Verständnis der globalen Wirtschaft verschlossen.

Was ist die Dominanz des Dollars, was eine Entdollarisierung?

Um sich den vorliegenden Fragen anzunähern, wäre zunächst die Rolle des US-Dollars zu bestimmen. Darauf aufbauend kann untersucht werden, in wie weit sich eine Entdollarisierung als Aspekt des Epochenwandels erkennen lässt.

Dabei macht Luft zwei Fehler: Zum einen stützt sie ihre Einschätzung auf nur zwei Teilbereiche der Dollar-Dominanz bzw. des internationalen Finanzsystems. Zum anderen reichen ihre überwiegend auf Sekundärliteratur basierenden Belege nicht aus, um weitreichende Schlussfolgerungen zu begründen.

Für Luft erschöpft sich die Dominanz des Dollars in seiner Funktion als Handels- und Reservewährung. Beispiele hierfür sind die Angaben, dass »der Yuan spätestens 2030 die dritt wichtigste Währung im internationalen Handel und bei Finanzanlagen sein wird – nach dem US-Dollar und dem Euro«¹², dass die BRICS-Staaten »im Ölhandel den US-Dollar umgehen und in Rubel, Yuan oder Rupien bezahlen (wollen)«¹³, dass Brasilien und China bereits »im bilateralen Handel auf den Greenback (verzichten)«¹⁴ oder der Verweis darauf, dass »der (Dollar-)Anteil an den internationalen Währungsreserven sinkt«.¹⁵

Die Dominanz des US-Dollars ergibt sich aber nicht allein aus seiner vorherrschenden Rolle als Reserve- oder Handelswährung. Er ist zudem die führende Finanzierungswährung und die Verkehrswährung für Devisentransaktionen.¹⁶ In all diesen Bereichen nimmt der Dollar nach aktuellen Zahlen eine dominierende Stellung ein.¹⁷ Betrachtet man nur die Rolle als Reserve- und Fakturierungswährung und vernachlässigt andere markante Punkte, so wird die Bewertung fehleranfällig. Dennoch lohnt es sich, Lufts empirische Befunde zu diesen beiden Funktionen genauer zu betrachten.

10 Schwarz, Mark Hermann: The Dollar and Empire. How the US-Dollar shapes geopolitical power. <https://www.phenomenalworld.org/analysis/dollar-and-empire/>.

11 <https://www.unsere-zeit.de/widersprueche-ausgeblendet-4783558/>.

12 Luft a. a. O. (12).

13 Ibid. 10.

14 Ibid. 11.

15 Ibid. (10-11).

16 Aus Platzgründen verzichte ich an dieser Stelle zu Ausführungen zum US-Dollar als Verkehrswährung für Devisengeschäfte. Der Anteil des US-Dollar beträgt hier ca. 80%. <https://www.bis.org/speeches/sp230324a.pdf>.

17 Etwa Bafundi Maronoti (2022): Revisiting the international role of the US dollar. BIS Quarterly Review 12/2022 https://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt2212x.htm.

Rechnungs- bzw. Handelswährung: US-Dollar und keine Alternative

Christa Luft verweist auf einen Rückgang des US-Dollars als Fakturierungswahrung, obwohl der US-Dollar sowohl nach Handels- als auch nach SWIFT-Daten die dominierende Fakturierungswahrung im Welthandel bleibt.¹⁸ Eine Schätzung des Anteils des US-Dollars im internationalen Handel für den Zeitraum von 1999 bis 2019 beläuft sich auf 96 % der Handelsrechnungen in Nord- und Südamerika, 74 % im asiatisch-pazifischen Raum und 79 % in der übrigen Welt. Einzige Ausnahme ist Europa, wo der Euro mit 66 % dominiert.¹⁹ Dies liegt neben der weiten Verbreitung und Verfügbarkeit des US-Dollars und den daraus resultierenden Netzwerkeffekten auch an den für die internationale Handelsfinanzierung notwendigen Derivaten und schließlich an der Absicherung von Finanz- und Handelsgeschäften im Rahmen des Common Law, das in Großbritannien und den USA einklagbar ist.²⁰

Anekdotisch referierte Belege für eine Abkehr vom US-Dollar erwecken den Eindruck eines fortschreitenden Niedergangs. Sie ignorieren die Aspekte, die die Dominanz des US-Dollars überhaupt begründen. Realwirtschaftliche Probleme, die sich aus der Verwendung alternativer Währungen ergeben, zeigen sich im wachsenden russisch-chinesischen Handel: Während chinesische Banken die Auswirkungen des Sanktionsregimes bei der Abwicklung von Geschäften mit russischen Unternehmen fürchten,²¹ erweist sich die Abwicklung für russische Händler

als problematisch, wie die Zentralbank der Russischen Federation berichtet. Für russische Importe und Exporte stelle die Volatilität des nicht konvertierbaren Yuan ein hohes Risiko dar, für das es nicht genügend Derivate zur Absicherung gebe. Außerdem verhindere China den freien Umlauf von Yuan-Banknoten im Ausland.²² Ein ähnliches Bild zeigte sich zwischen Indien und Russland: Nachdem Verhandlungen zur Abwicklung des Olhandels in Rupien im März 2023 teilweise euphorisch begannen, wurden sie bereits im Mai 2023 abgebrochen. Russland tat sich schwer damit, Rupien als Zahlungsmittel zu akzeptieren.²³

Der gescheiterte Versuch, den argentinisch-chinesischen Handel 2023 in Yuan abzuwickeln, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Beleg für die Zentralität des US-Dollars: Bestrebungen, den Yuan als Fakturierungswahrung zu nutzen, waren der Versuch, die eigenen Dollarreserven zu schonen, die Argentinien für den Schuldendienst benötigt.²⁴ Der im Text angesprochene Ölhandel ist aufgrund der großen Bedeutung des »Petrodollars« interessant. Die SWAP-Linie in Höhe von 7 Mrd. US-Dollar zwischen China und Saudi-Arabien könnte in Zukunft den Oleinkauf über den Yuan erleichtern. China importierte 2022 saudisches Öl im Wert von 55 Mrd. US-Dollar. In erster Linie scheint dies ein Schritt zu sein, um Chinas Zugang zu Energie strategisch abzusichern. Es bleibt jedoch fraglich, ob Saudi-Arabien in Zukunft lieber Yuan als US-Dollar verdienen möchte. Würden die Yuan genutzt, um wiederum in China einzukaufen, hätte dies kaum globale Auswirkungen. Anders sähe es aus, wenn Saudi-Arabien dazu übergeht, Yuan

18 BIS (2020): US dollar funding: an international perspective. CGFS Papers No 65 <https://www.bis.org/publ/cgfs65.pdf>.

19 <https://www.federalreserve.gov/econres/notes/feds-notes/the-international-role-of-the-us-dollar-post-covid-edition-20230623.html>.

20 <https://www.politico.eu/article/defense-us-dollar-global-economy-currencies/>.

21 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-01-16/china-banks-tighten-curbs-on-russia-after-us-sanctions-order>.

22 <https://asiatimes.com/2023/04/rmb-based-trade-hasnt-worked-out-for-moscow/>.

23 <https://www.reuters.com/markets/currencies/india-russia-suspend-negotiations-settle-trade-rupees-sources-2023-05-04/>.

24 <https://thediplomat.com/2023/09/chinas-yuan-revolution-reaches-brazil-and-argentina/>.

statt US-Dollar als Reservewährung anzulegen.²⁵ Bisher ist dies nicht der Fall.

Während einige Länder zum Verzicht auf den US-Dollar im Handel gezwungen sind und auf andere Währungen ausweichen müssen, sind die vorherrschenden Probleme größer als die vermeintlichen strategischen Vorteile, die andere Staaten daraus ziehen. Die Umsetzungsprobleme zeigen die Schwächen solcher Versuche. Es ist zweifelhaft, ob sich mittel- oder langfristig eine Alternative zur Dominanz des US-Dollars herausbilden wird.

Reservewährung: Was wollen Zentralbanker?

Ein Rückgang der Währungsreserven in US-Dollar ist beobachtbar²⁶, nach wie vor bleiben allerdings über 60 % der weltweiten Währungsreserven in US-Dollar denominated. Ein weiterer Rückgang hin zu mehr diversifizierten Portfolios mit einer höheren Gewichtung von Euro, Pfund oder Yen wird als möglich angesehen.²⁷ Trotzdem ist der US-Dollar gegenüber den maßgeblichen Risiken anderer Reservewährungen abgeschirmt: Das Kreditrisiko ist durch die FED praktisch eliminiert, die Märkte für US-Dollar-Anleihen sind die weltweit liquidesten und tiefsten. Gepaart mit der relativen Stabilität des US-Dollars und nicht zuletzt aufgrund der von Dollar-Anleihen gebotenen Renditen bildet dies den Hintergrund der weiterhin bestehenden Vorherrschaft des US-Dollars.

Ein Land, das in dieser Frage, gerade wegen der riesigen offiziellen wie inoffiziellen Devisenreserven, unter Beobachtung steht, ist China.

Der Verkauf von 21,2 Milliarden Anleihen 2023 wurde von deutschen Medien teilweise reißerisch zu einem »Abstoßen« hochstilisiert.²⁸ Ein Argument für eine Entdollarisierung? Vor dem Hintergrund von 3,2 Billionen US-Dollar an offiziellen Devisen ist der Verkauf von 0,66 % gering. Verkäufe kommen als Instrument zur Stabilisierung des Wechselkurses des Yuan mit dem US-Dollar immer wieder vor. Unabhängig davon verraten die Daten auch, dass es sich bei den Verkäufen um ein Umschichten der US-Dollar-Reserven von langfristigen Staatsanleihen hin zu Agency-Anleihen handelt.²⁹ Zu guter Letzt hat China seit 2007 die intensive Umwandlung der eignen US-Dollar-Reserven in US-Dollar-Assets und US-Dollar denominated Kredite betrieben.³⁰ Eine Umwandlung von einer Funktion des US-Dollars in die andere unterstützt nicht die These der Entdollarisierung. Sie deutet aber auf die letzte hier maßgebliche Funktion des Dollars hin, die es noch zu untersuchen gilt.

Finanzierungswährung: Der US-Dollar breitet sich aus

Am deutlichsten zeigen sich Lufts Versäumnisse darin, dass sie die Rolle des US-Dollars als Finanzierungswährung nicht berücksichtigt. Dabei sind ungefähr 25 % des weltweiten BIPs auf in US-Dollar denominated Kredite

25 https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-11-20/chinese-saudi-central-banks-sign-currency-swap-worth-7-billion?trk=feed_main-feed-card_feed-article-content.

26 Daten 1999–2021: <https://www.federalreserve.gov/econres/notes/feds-notes/the-international-role-of-the-u-s-dollar-accessible-20211006.htm>.

27 Beispielsweise: Tombini (2023) <https://www.bis.org/speeches/sp231028.htm>.

28 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-10-19/china-sells-most-us-securities-in-four-years-amid-yuan-weakness>, https://de.finance.yahoo.com/nachrichten/china-verkauft-meisten-us-vern%C3%B6genswerte-175508091.html?guccounter=1&guce_referrer=aHR0cHM6Ly93d3cuZ29vZ2x1LmRlLw&guce_referrer_sig=AQAAAtHEvQ21xrPUBLC_x7PQntsifDI21taZYXlTy1uUj7S68iredNLjp40E0oykp_JsF4lMP6uNKs0RFJsKpZ1ThRoBvmDF4BsHPx4-lB515EcM9z2tOb_WyijgZfHN5bnR-rgbkTCHKFO6C4k-MwgSxAegpsDCr8PtzF_a_-h8o2.

29 Beispiel September 2023: https://ticdata.treasury.gov/resource-center/data-chart-center/tic/Documents/slt_table1.html.

30 Zongyuan Z. Liu (2023): *Sovereign Fungs*. Cambridge/London: Harvard University Press.

zurückzuführen. Der US-Dollar hält hier einen Anteil von knapp unter 50 %, 33 % macht der Euro aus. Statt eines Rückgangs können wir in langfristiger Betrachtung eine stetige Ausweitung des US-Dollar-Systems erleben.

Besonders brisant: Kreditnehmer aus den »aufstrebenden Volkswirtschaften« machen nun 19 % der globalen Gläubiger in US-Dollar denominierten Kreditfinanzierung aus.³¹ Diese wurden in Folge der Finanzkrise nach 2008 maßgeblich über die Vergabe von in US-Dollar denominierten Krediten in das Dollarsystem integriert.³² In relativ kurzer Zeit wiederholte sich hier der Prozess der Integration Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg.³³ Gerade die schwächeren Länder müssen Schulden in Dollar emittieren, um Geber anzulocken und sind auf den globalen Finanzmärkten in besonderer Weise auf die günstigsten Kredite angewiesen: US-Dollar-Kredite. Ganz im Gegensatz zu Lufts Annahme können wir daher beim wirtschaftlichen Wachstum der aufstrebenden Volkswirtschaften wie der anderen Länder des globalen Südens keinen Rückgang der Abhängigkeit vom US-Dollar, sondern vielmehr eine vertiefte Integration mit all ihren Vor- und Nachteilen erkennen.

Entdollarisierung? Wo bleibt die Alternative?

Die dargestellten Stärken des US-Dollar-Systems führen dazu, dass sich eine Änderung nicht nur langsam, sondern schleichend vollziehen wird und es bleibt mehr als fraglich, ob darin eine Entdollarisierung zu erkennen ist. Eine Bedeutung für den Epochenwandel anzunehmen scheint nach allem, was wir wissen, als übertrieben.

Die zu beobachtenden Schwankungen sind nicht der geradlinige Niedergang, als der er dargestellt wird. Eine bewusste Schaffung oder

Entstehung einer Alternative wäre maßgeblich für den Prozess der Entdollarisierung.³⁴ Luft legt zu diesem zentralen Punkt nichts Substanzielles vor. Sie verweist auf die Pläne der BRICS, eine auf Gold basierte Währung einzuführen.³⁵ Es bleibt jedoch unklar, wie dies angesichts der massiven Handelsdefizite zwischen den BRICS-Staaten umgesetzt werden soll. Weder der gescheiterte Rivale Euro noch der japanische Yen werden erwähnt, lediglich die Bedeutung des Yuan als dritt wichtigste Handelswährung ab 2030 wird betont. Diese Aussage bleibt spekulativ, da der Yuan im Vergleich zum US-Dollar eine geringe Rolle spielt, die Währung nicht konvertierbar und das chinesische Finanzsystem nach wie vor geschlossen ist.

Anhand der angeführten Aspekte und darüber hinaus lassen sich keinerlei Anzeichen für eine Entdollarisierung im Sinne einer bewussten und erfolgreichen Ablösung des US-Dollars als Weltwährung feststellen, weder empirisch noch theoretisch. Die Verwendung von Währungsalternativen kann die wirtschaftliche und politische Macht des US-Imperialismus beschränken, er wird bei bestimmten Aspekten der Kontrolle, Überwachung und Strafmaßnahmen weniger stark auf das US-Dollar-System setzen können. Der Weg dorthin ist jedoch lang und ungewiss.

34 Das US-Dollar-System ist ebenfalls nicht bewusst geschaffen worden, sondern hat sich nach 1971 graduell entwickelt (siehe Merhling 2022).

35 Luft a. a. O., 4.

31 <https://www.bis.org/publ/cgfs65.pdf>.

32 https://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt1512e.pdf.

33 Merhling a. a. O.

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Die Theorie ist eine revolutionäre Kraft

Jenny Farrell

Das zweite Treffen theoretischer Publikationen und linker Bewegungen fand vom 12.–14. Februar 2024 in Havanna statt. Die Konferenz wurde von der Zeitschrift »Cuba Socialista«, theoretisches und politisches Organ der Kommunistischen Partei Kubas einberufen.

Die Einheit angesichts imperialistischer Völkermorde, des Genozids Israels in Gaza und die Rückkehr des Faschismus auf die internationale politische Bühne gehörten zu den aktuellen Problemen, die eine wesentliche Rolle in den Beratungen spielten. Zwei- und neunzig Delegierte, siebenundvierzig Delegationen aus fünfunddreißig Ländern nahmen an dem Treffen teil. Aus dem deutschsprachigen Raum war neben »Marxistische Blätter« noch »Amerika21« vertreten. Rogelio Polanco Fuentes, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der PCC und Leiter seiner Abteilung für ideologische Arbeit, erklärte, dass »der Kampf der Ideen angesichts der überwältigenden Allgegenwart des Kapitals dringlicher als je zuvor« sei.

Zum Thema der Eröffnungsveranstaltung, der unabdinglichen Einheit der Linken ohne Verlust eigener Spezifika, sowie zur Überwindung doktrinärer Fallen ohne Aufgabe der Theorie, referierte Dr. Elier Ramírez Cañedo, Mitglied der Zentralkomitees der PCC und stellvertretender Direktor des Fidel Castro Ruz-Zentrums. Er betonte die Bedeutung des ideologischen Kampfes in der heutigen Welt sowie die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns theoretischer Zeitschriften im Aufzeigen von Möglichkeiten konkreten Eingreifens.

Der Delegierte der KP China und Vertreter der Zeitschrift »Contemporary World« sprach von »den gemeinsamen Werten der gesamten Menschheit als Orientierung« und unterstrich,

es ginge darum: »die Anwendung neuer Technologien wie künstliche Intelligenz, Cloud Computing, Macrotados, Virtual Reality (VR), Augmented Reality (AR) usw. im gesamten Prozess der Zusammenstellung, Bearbeitung und Übertragung linker Medien zu erforschen und gemeinsam neue Medienprodukte zu schaffen, die das Bild der Linken präsentieren und für das Publikum attraktiv sind.«

In der Podiumsdiskussion über die Einheit der Linken betonte Dr. Isabel Monal, Veteranin der kubanischen Revolution, dass »wir unser grundlegendes Ziel einer Welt ohne Unterdrückung und ohne Unterdrückte nur mit einer »gigantischen Einheit« erreichen können.«

In der Diskussion ging es ferner darum, dass die Theorie eine revolutionäre Kraft ist, insbesondere wenn sie sich zu bereichern weiß und versteht, dass es notwendig ist, zu handeln. Mehrfach wurde betont, dass der Klassencharakter vieler Konflikte heute oft aus den Augen verloren werde.

Der Vertreter der britischen »Communist Review«, Martin Levy, bekräftigte: »Die beiden Hauptfallen der Doktrin sind Dogmatismus und Revisionismus. Sie entstehen aus der Vernachlässigung des Marxismus als einer lebendigen, atmenden Theorie.«

Im letzten Plenum des ersten Tages ging es um die Schaffung eines Netzwerks zur Verteidigung der Humanität, in dem alle Redakteure zur Zusammenarbeit aufgerufen wurden. Des weiteren kam von kubanischer Seite die Anregung einer digitalen Bibliothek, wo es bereits zu konkreter Einladung zur Mitarbeit kam.

Immer wieder kam die Konferenz auf die Ideen Fidel Castros zurück sowie auf die Feststellung, dass Völkermord nicht nur durch Bomben verübt wird, sondern auch Blockaden und Kulturkriege, die totale Hegemonie anstreben.

Den Widerstand in einer gemeinsamen, gegenhegemonialen Kultur- und Kommunikationsfront zu artikulieren, den Kampf um die Sinne zu gewinnen, ist für die fortschrittlichen

Kräfte der Welt im Kampf um des Überleben der Menschheit von wesentlicher Bedeutung. So stand der Propagandakrieg im Fokus des zweiten Tages mit der ersten Veranstaltung zum Thema »Wie begegnen wir dem Medienkrieg des Imperialismus?« und einer zweiten Veranstaltung zu »Verteidigung historischer Erinnerung, revolutionärer Theorie, nationaler Souveränität und sozialer Gerechtigkeit – Wie begegnen wir kulturellem Kolonialismus?«.

In diesem Plenum meldete ich mich im Namen von »Marxistische Blätter« mit einem kurzen Diskussionsbeitrag zur Bedeutung der Konferenz als Forum zur Herstellung von internationalen Kontakten sowie zur Signifikanz des humanistischen kulturellen Erbes im ideologischen Klassenkampf zu Wort (sieh weiter unten.). Daraufhin unterstrichen auch andere Vertreter diesen Aspekt und erbaten Kontaktmöglichkeiten für weitere Zusammenarbeit (Kuba, USA, Britannien, Griechenland, Portugal, China). Der britische Vertreter regte die Gründung kultureller Plattformen zur Gewinnung von Jugendlichen an, damit verbunden die Schaffung von Erfahrung der Überlegenheit von Kollektivität gegenüber Individualismus.

Der dritte und letzte Konferenztag war vormittags dem Thema »Jung und links in Zeiten des Neofaschismus und im Krieg der Gedanken. Strategien für einen Sieg« gewidmet.

Damit im Zusammenhang und als letzte Veranstaltung der Konferenz fand eine Manifestation der Solidarität mit dem Volk Palästinas statt, die eine Erklärung verabschiedete, in der die eindeutigen Menschenrechtsverletzungen Israels im Gazastreifen verurteilt und der Völkermord an diesem Volk und seine Vertreibung sowie die Komplizenschaft des Imperialismus bei diesen Verbrechen angeprangert wurde. Neben vielen Wortmeldungen war die Erklärung Simbawes aus ihrer eigenen kolonialen Erfahrung heraus, die Unterstützung des gesamten afrikanischen Kontinents für die südafrikanische Anklage Israels vor dem IGH besonders denkwürdig.

Enrique Ubieta Gómez, Direktor der gastgebenden Zeitschrift »Cuba Socialista« und Koordinator der Veranstaltung, wies in seiner Zusammenfassung auf wichtige Themen hin, die das Treffen prägten. Ubieta rief zur Einheit angesichts der großen globalen Probleme auf, zur Einheit der Unterdrückten, die durch die Vielfalt und den Pluralismus der linken Bewegungen gestärkt wird, und zur Beteiligung und Kritik, die notwendigen Wege zu finden.

Um das kollektive Denken über wesentliche Fragen unter den Linken weltweit zu befördern, eine »symbolische gemeinsame Front« herzustellen, wurde vorgeschlagen, einen von Kuba organisierten ständigen Mechanismus für die Arbeit zwischen den Treffen zu schaffen; ein Netzwerk zu einzurichten, das die Vielfalt der internationalen Veröffentlichungen systematisiert, und ein Archiv für die Inhalte einzurichten; einen internationalen Beirat zu gründen und die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungszentren und Organisationen zu fördern.

Die Bewahrung der Lehren des Marxismus, revolutionärer Theorie lebendig zu halten, Blockaden anzuprangern und gerechte Kämpfe zu unterstützen, waren weitere Aspekte, die Ubieta hervorhob. Er unterstrich die Unerlässlichkeit, Vertrauen und Gewissheit zu schaffen, dass eine bessere Welt möglich und notwendig ist.

Debattenbeitrag Jenny Farrell

Es ist gut, einmal im Jahr zusammenzukommen, insbesondere um Kontakte mit anderen herzustellen, deren Waffe das Wort ist, die darum ringen, die Theorie und Analyse zu verbreiten, die wir so dringend im Kampf gegen die Barbarei benötigen.

Doch ist ein Treffen einmal im Jahr nicht ausreichend – die Gemeinschaft, die hier versammelt ist, muss uns allen das ganze Jahr über zugänglich sein. Wir müssen unsere Kraft und unsere Ressourcen zusammenbringen und auf ganz praktische Weise vorwärtskommen. So wäre mir zum Beispiel an einer Kontaktliste

aller hier vertretenen Zeitschriften gelegen, wo dass wir Artikel zu spezifischen regionalen Problemen austauschen können. Wir müssen unsere Ressourcen bündeln.

So ist Marxistische Blätter beispielsweise – wie viele andere Zeitschriften ebenfalls – bemüht, junge Leute in einer Sprache zu erreichen und zu bilden, die sie verstehen – unter Einsatz digitaler Medien, wie der chinesische Genosse vorschlug: kurze, leicht verständliche Beiträge in den sozialen Medien. Wenn wir der Meinung sind, dass der Marxismus leicht zu verstehen ist, müssen wir das zeigen.

Ein Beispiel: der irische Schriftsteller Robert Tressell schrieb das erste Werk des sozialistischen Realismus in der englischen Sprache »Menschenfreunde in zerlumpten Hosen«, ein Roman, der bis heute von der irischen und britischen Arbeiterklasse gelesen und hoch geschätzt wird. In seinem Roman erklärt Tressell, wie der Kapitalismus funktioniert. Die Geschichte innerhalb der Handlung, die das erklärt, ist »Der große Geldtrick«. Der britische Gewerkschaftsdachverband TUC (Trades Union Congress) veröffentlichte diese Geschichte vor kurzem als Cartoon.

Vielleicht könnten wir Arbeitsgruppen zu Historischem Materialismus, Politischer Ökonomie und Wissenschaftlichem Kommunismus gründen? Mein eigenes Feld ist Kunst und Kultur – nicht als Illustration von Politik, sondern als eigene Art, der Auseinandersetzung mit der Welt. Auch das muss genutzt werden. Darüber schreibe ich.

Ich möchte zur Veranschaulichung drei kurze Beispiele anführen:

- *Shakespeare* begriff vor vierhundert Jahren, dass der letzte Kampf der zwischen Humanismus und Barbarei sein wird – seine Tragödien vermitteln uns das.
- *Beethoven* in seiner Neunten Symphonie gibt dem Glauben Ausdruck, dass die Menschheit und Menschlichkeit die finsterste Zeit überwinden wird. Er setzt dies musikalisch durch den Kampf zwischen Moll und Dur um. Und im letzten Satz tritt die menschliche Stimme

erstmals in einer Symphonie triumphierend auf den Plan – in der »Ode an die Freude«.

- *Edvard Munch* malte »Der Schrei« zu Beginn des imperialistischen Zeitalters und gibt dem tiefsten Entsetzen der menschlichen Kreatur Ausdruck, die das Kommen einer Welt von Kriegen und Völkermord erahnt.

Das alles müssen wir einem größtmöglichen Publikum zugänglich machen. Wir brauchen jede erdenkliche Unterstützung und Zusammenarbeit, die wir einander geben können, um unsere Botschaft in den Printmedien wie auch insbesondere in den sozialen/digitalen Medien zu verbreiten. Stellen wir unsere Kontaktdaten zusammen, gründen wir Arbeitsgruppen, eine digitale Bibliothek. Wir haben keine Zeit zu verlieren und eine Welt zu gewinnen.



**Waffen runter,
Löhne rauf!**
Friedenspolitische
Gewerkschaftskonferenz
am **14. und 15. Juni 2024**
im Gewerkschaftshaus
Stuttgart,
Willi-Bleicher-Straße 20,
70174 Stuttgart

Migration und Internationalismus – wie geht das zusammen?

Kathrin Otte

Auf Einladung des »Forum linke Politik« als Teil von »Was tun?!«-Niedersachsen fand am 10.02.2024 in Hannover eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Artur Pech¹ (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg und Bundes-Koordinierungskreises »Was tun?!«) mit ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Er arbeitete ein grundsätzliches marxistisches Herangehen zur Migrationsfrage heraus, indem er formulierte: »Hier soll es nicht darum gehen, über die individuellen Motive für Migration oder Details des Migrationsmanagements zu fabeln, sondern darum, welche objektiven Prozesse auf die Menschen wirken, zur Migration treiben oder entgegenwirken, die Möglichkeiten mit diesen Bedingungen zurechtzukommen, die Schranken für diese Möglichkeiten und den Charakter dieser Schranken.«

Seine Kernaussage, die sich durch den Vortrag zog: »Wer akzeptiert: »Europa braucht Zuwanderung, um seinen Wohlstand zu erhalten« hat das Grundmodell kapitalistischen Wirtschaftens akzeptiert. Es verbindet veränderte Formen der Ausplünderung anderer Länder mit der Erhaltung der Ausplünderung einer Klasse durch die andere im Land. Tatsächlich geht es um die Anpassung der Bevölkerung an die Bedürfnisse der (kapitalistischen) Wirtschaft, nicht um die Anpassung der Wirtschaft an die Interessen der Menschen, von deren Arbeit diese Gesellschaft lebt.«

1 Artur Pech ist auch Mitherausgeber der Marxistischen Blätter, in deren edition jüngst sein Buch »Marx und Engels über Migration. Einführung für die politische Praxis« erschienen ist.

Ausgehend davon führte Artur Pech auf Basis des Internationalismus aus, dass hier die Grundaussage des Kommunistischen Manifests gilt: dies bedeutet auch hinsichtlich der Migration »in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats« zur Geltung zu bringen und »stets das Interesse der Gesamtbewegung« zu vertreten.

Folgerichtig gilt, dass »selbst bei der vollständigen Durchsetzung der Nichtdiskriminierung« dennoch die Ausbeutung der Herkunftsländer, durch deren Reproduktion der Arbeitskraft der dort Ausgebildeten bestehen bleibt. »Zu akzeptieren, dass Ausplünderung anderer – ob bei »Fachkräften« oder hochqualifiziertem Personal für das Gesundheitswesen – eigene Probleme löst, ist nicht internationalistisch. Hier läuft der libertäre Ansatz auf eine nur scheinbar linke Begründung von Ausplünderung hinaus.«

Ein weiterer immanenter Zusammenhang sollte daher hier im Zentrum der Argumentation stehen: »Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Bereicherung eines Landes auf Kosten des anderen und der Bereicherung einer Klasse auf Kosten einer anderen im Lande.«

Wer nicht begreifen kann, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, wird noch weniger begreifen, »wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann.« (MEW Bd. 4, S. 457)

Kann man es besser ausdrücken, als es der Schriftsteller Hennig Mankell getan hat, der eine enge Bindung an Afrika und seine antikolonialistischen Kämpfe hat: »Früher haben sich die Europäer in Afrika das Gold geholt, heute sind es die Krankenschwestern: Wir sind immer noch Räuber!«

Im Vortrag und der Diskussion wurden herausgearbeitet:

1. Die Verteidigung des Asylrechtes ist für Linke unabdingbar. Aber auch in linken Debatten wird oft die Asyl- von der Migrationsfrage nicht ausreichend differenziert. Die Einwanderer aus den Asylprozessen haben in

- der gesamten Migrationsproblematik nur den kleineren Anteil.
2. Die Forderung nach »Offenen Grenzen« gehört in den Komplex »Wunsch und Wille« und trägt dazu nichts bei, sich den objektiven Prozessen zu stellen. Zu fragen ist: was ist für dieses Produktionsmodell notwendig?
 3. Da das Migrationsproblem ein Teil des globalen kapitalistischen Akkumulationsregimes ist, ist eine Lösung der Ursachen, d.h. auch der Fluchtursachen kurzfristig nicht möglich, weshalb Linke immer eine am humanistischen Gedanken orientierte Lösung suchen müssen. Migrantinnen und Migranten in unserem Land verdienen Anerkennung und Respekt und sollten als Teil der arbeitenden Klasse behandelt werden.
 4. Linke übersehen oft in ihren Debatten um Migration den Zusammenhang von Produktion und Zirkulation im Reproduktionsprozess. Probleme, die im Zirkulationsprozess sichtbar werden, lassen sich aber in diesem selbst nicht lösen. So ist es zweifellos richtig, dass es eine Zirkulation der Ware Arbeitskraft über die Welt gibt, zur Abwendung der Ausbeutung der Ungleichheit ihrer Herstellung des Wertes/Preises aber ist notwendigerweise der Reproduktionsprozess in den Griff zu bekommen.
 5. Neben der einseitig moralisierenden Sicht auf Migration haben sich auch in der Linken Positionen etabliert, die die Verwertungsbedingungen migrierender Menschen für das Kapital nicht mehr sehen und schon gar nicht kritisieren, ergo akzeptieren.²
 6. Die Wanderungssalden hängen offenbar unmittelbar mit der BIP-Entwicklung zusammen, da sich die Migrationsströme zeitnah dahin wenden, wo das (nächst-)höhere BIP (pro Kopf) zu erwarten ist. Insofern bedingt die wirtschaftliche Entwicklung die Migration und ihre Zwänge.
 7. Insofern ca. 70 % der Migrierenden – nicht der kriegsbedingt Flüchtenden – wieder zurück in ihr Ursprungsland bewegen, sei der derzeitige Schreckens-Begriff der »Remigration« eigentlich gar keine Erfindung von Rassisten, sondern ein statistisch nachweisbares Faktum.
 8. Die materiellen Bedingungen, die Migration hervorrufen, sind in Rechnung zu stellen: neben den erwähnten unterschiedlichen Werten der Ware Arbeitskraft sind das u.a. die wissenschaftlich-technische Entwicklung, der Klimawandel, die Kriege und »Lifestyle-Migration«.
 9. Dazu gehören aber auch nicht unwesentlich die »Positionsverluste der bisher die Welt und den Weltmarkt beherrschenden Mächte«. Das beinhaltet auch die Befürchtungen der hiesigen unteren Einkommensgruppen angesichts der fortschreitenden Wirtschaftskrise, selbst in den Strudel der Migration hineingezogen werden zu können und den relativen Lohn-Vorteil zu verlieren: »... Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein – die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen – eines Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen wie ihre Arbeitergenossen des Auslandes.« (MEW Bd. 22, S. 276)
- ## Fazit
- Zwar konnten diverse Fragen, die auch den Teilnehmenden zum aktuellen Migrationsmanagement auf den Nägeln brannten, nicht behandelt werden, dafür aber wurde die materialistische Sicht auf die dem Kapitalismus innewohnenden Triebkräfte der Migrationsbewegungen und die einzig langfristige Lösung, nur durch einen starken internationalistischen Klassenkampf zur Beseitigung der Ursachen für Migration und Flucht zu gelangen für alle überdeutlich.
- 2 Katja Kipping im Deutschlandfunk am 08.06.2018: »Wir haben gerade Spargel-Saison. Ich wüsste gar nicht, wie der Spargel bei uns auf den Tisch kommen soll, wenn es da nicht Menschen aus anderen Ländern gäbe.«

Editorial

Wer heutzutage bei all den gleichzeitigen Krisen und unübersichtlichen Lagen nicht kopflos werden will, braucht starke Nerven, aber vor allem Orientierungswissen. Wer sich nicht nur moralisch empört, sondern verstehen will und deshalb nach Ursachen, Hintergründen und Vorgeschichte z. B. eines Krieges fragt, wird schnell als »Putin-Versteher«, »Antisemit« oder »Terroristenfreund« denunziert. Vor allem von denen, die Angst davor haben, dass mehr Menschen die Zusammenhänge und Interessen hinter den Dingen, hinter der Politik erkennen und sich aufmachen, diese Welt grundlegend zu verändern. Der Marxismus kann für diesen Erkenntnis- und Veränderungsprozess eine große Hilfe sein.

Mit dem vorliegenden Heft wollen wir darum auf einige zentrale Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus verweisen. Diese zu erkennen und Erkenntnisse weiterzuentwickeln braucht den von Vernunft geleiteten Diskurs und Verständigung in der Gemeinschaft. Daher haben wir auf Verständlichkeit und Lesbarkeit der einzelnen Artikel großen Wert gelegt. Diese ermuntern, einzelne Themen zu vertiefen und mit uns und anderen zu diskutieren.

Holger Wendt gibt einen Einstieg in den Kern des wissenschaftlichen Sozialismus und wie dieser in Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen realer Klassenverhältnissen entstanden ist.

Menschen und Gesellschaften, so führt Raimund Ernst aus, sind zwangsläufig historische Wesen mit einer Geschichte, die diese kennen müssen, um sich heute orientieren zu können. Geschichte würde jedoch nie neutral betrachtet, sondern immer interessengeleitet.

Jonathan White beschreibt, dass jede Produktionsweise Klassen formiert, die sich aus den Eigentumsverhältnissen ergeben und aufgrund unüberbrückbarer Gegensätze zum Klassenkampf führen.

Claudius Vellay schreibt über den Materialismus als philosophische Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus. Realität könne nur durch Denken auf theoretisch fundierter Grundlage erschlossen werden, nicht durch virtuelle Bilderwelten.

Die Dialektik als Methode menschlichen Denkens veranschaulicht Nina Hager. Dabei müsse man stets die tatsächlichen Zusammenhänge, Widersprüche, Veränderungen und Entwicklungen eines Gegenstandes analysieren, um ihn zu verstehen.

In Abgrenzung zur weit verbreiteten moralischen Kritik an Ausbeutungserscheinungen stellt Ulf Brandenburg Ausbeutung als Wesensmerkmal der kapitalistischen Gesellschaft dar. Kapitalismus sei ohne Ausbeutung nicht zu haben.

Klaus Müller schreibt über die Ware, mit der Marx im »Kapital« seine Kapitalismusanalyse beginnt. Ohne ein Verständnis des »vertrackten Dings« mit seinen »theologischen Mucken« bleiben die kapitalistischen Verhältnisse unverstanden.

Werner Zimmer-Winkelmann entfaltet in seinem Artikel wichtige Merkmale der menschlichen Natur, deren Verständnis notwendig sei, um die Handlungen von Menschen in den Verhältnissen zu begreifen und auf dieser Basis die kollektive Handlungsfähigkeit zu erweitern.

Georg Klemp gibt schließlich einen lebendigen Einblick in den Entstehungszusammenhang des Arbeiterliedes. Dieses stelle einen wichtigen Erfahrungsschatz dar, auch um gegen der Resignation angesichts aktueller Schwäche der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken.

Drei Quellen und drei Bestandteile

Holger Wendt



Holger Wendt,
Hattingen, Wirtschaftswissenschaftler

Wissenschaftliche Werke stehen niemals für sich alleine. Dieser Satz gilt für diesen oder jenen Diskussionsbeitrag in dieser oder jener Fachzeitschrift, erst recht gilt er für die großen Werke der Geistesgeschichte. Stets reagieren wissenschaftliche Autoren auf Probleme ihrer Zeit, positionieren sich zu Lösungen, die von anderen vorgeschlagen wurden. Ob sie dies ausdrücklich und bewusst tun, ob sie bisherige Lösungen verbessern oder zurückweisen, ob sie wirklich Neues zu sagen haben oder nur Altes neu verpacken, spielt dabei keine Rolle.

Die Kenntnis des real- und geistesgeschichtlichen Hintergrundes eines Denkers ist wichtig, will man sein Denken verstehen. Dieser Hintergrund liefert die Fragen, auf die seine Theorien antworten. Wer die Fragen nicht kennt, der versteht die Antworten nicht. Man schlage nach bei Douglas Adams; als die Menschen nicht begreifen, dass die Antwort auf die »große Frage« die Zahl 42 ist, lässt er seinen Supercomputer bemerken: »Ich habe alles gründlich nachgerechnet. Aber könnte es sein, dass ihr nicht wisst, wie die Frage lautet?«

Die Begründer des Marxismus waren weit davon entfernt, sich als einsame Genies zu verklären. Sie sahen und beschrieben ihre Arbeiten als Antworten auf die drängenden Probleme ihrer Epoche, beantwortet unter Rückgriff auf Werkzeuge, die von geistesgeschichtlichen Vorläufern zur Verfügung gestellt wurden. Deutlich wird dies in dem kurzen Text »Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus«. Hier versucht Lenin, sowohl den geistesgeschichtlichen Kontext der Entstehung der Arbeiten von Marx und Engels zu skizzieren als auch den damit verbundenen Aufbau ihrer Werke. Der Marxismus sei eine Weltanschauung, die sich nicht abseits der Heerstraße der Wissenschaft gebildet habe, die vielmehr bewusst das Beste von allem aufgriff, was ihren Begründern zur Verfügung stand. Insbesondere auf drei Quellen wird verwiesen:

1. Die klassische deutsche Philosophie
2. Die englische politische Ökonomie
3. Den französischen und englischen utopischen Sozialismus.

Aus diesen Quellen speisen sich drei zentrale Bereiche des Marxismus.

Quelle	Teilbereich
Klassische deutsche Philosophie	Dialektischer und historischer Materialismus
Klassische englische Politische Ökonomie	Marxistische Politische Ökonomie
Utopischer Sozialismus	Wissenschaftlicher Kommunismus

1. Klassische deutsche Philosophie

Die Überwindung der christlichen Mythologie, die das Denken des europäischen Mittelalters prägte, erforderte Jahrhunderte. Die Philosophen der Aufklärung arbeiteten die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens heraus, setzten kritisches Erkenntnisstreben an die Stelle religiöser Dogmen und überkommener Tradition. Das konsequente Hinterfragen aller bisherigen Glaubenssätze, die Kritik aller bestehenden Verhältnisse, war selbst dort, wo scheinbar unpolitisch geäußert, ein zutiefst revolutionärer Ansatz. Es untergrub die alte Ordnung, führte zu erbitterter, oft blutiger Gegenwehr der Kräfte konservativen Beharrens. Wo die Herrschenden ihre Macht nicht mehr auf Gottes Gnade zurückführen konnten, dort wackelten ihre Throne. Zunehmend kraftvoller bildeten sich innerhalb der Aufklärung Elemente heraus, die als Basis des Seins nicht den Geist, weder den des Menschen noch den irgendeines Gottes, sondern die vom Denken unabhängige Materie selbst sahen. Unter Verwendung philosophischer Begriffe formuliert: Die lange dominierenden idealistischen Weltauffassungen wurden zunehmend durch materialistische Positionen herausgefordert. In Verbindung mit dem Siegeszug naturwissenschaftlicher Forschung und ihrer ökonomischen Nutzenanwendung erstarkten solche Elemente, bis sie in Form konsequent diesseitiger Philosophien jede Form des Aberglaubens in Frage stellten.

Ihren End- und Höhepunkt erreichte die Aufklärung jedoch nicht mit den materialistischen Ansätzen eines Denis Diderot oder Paul-Henri d'Holbach, sondern im Rahmen der sogenannten klassischen deutschen Philosophie. Diese Bewegung, die ausgehend von Kant über Fichte, den jungen Schelling bis hin zu Hegel führte, stellte sich einem Problem, an dem der bisherige Materialismus gescheitert war: Wenn nicht das Denken, sondern die vom Denken unabhängige Materie die Grundlage sowohl des natürlichen als auch des gesellschaftlichen Seins ist, wie lässt sich dann die Entstehung von grundsätzlich Neuem erklären? Wieso führt die ewig gleiche Bewegung der Atome nicht zur ewigen Wiederkehr des Gleichen in Natur und Gesellschaft? Oder, formulieren wir es ganz konkret: Was waren die Ursachen der französischen Revolution?

Die klassische deutsche Philosophie arbeitete die Bedeutung von Widersprüchen in Natur, Gesellschaft und Denken heraus. Sie ergründete damit die Grundlagen der Entwicklung, die moderne Dialektik. Obwohl größtenteils idealistisch und mitunter in staatstragender Form vortragen, wurde sie zur »Algebra der Revolution« (Alexander Herzen). Die Klügeren unter ihren Anhängern wie auch unter ihren Feinden erkannten schnell das politisch zersetzende Potenzial einer solchen Philosophie. Goethes Mephistopheles sagt zu Faust: *»Ich bin der Geist, der stets verneint! Und das mit Recht; denn alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht.«* Es ist ein Leichtes, diesen Satz auf gesellschaftliche Verhältnisse zu beziehen.

Marx und Engels waren in ihrer Jugend, noch bevor sie persönlich miteinander Bekanntschaft schlossen, prominente Vertreter des

so genannten linken Hegelianismus. Unabhängig voneinander vollzogen sie einen Schritt, der Weltgeschichte machte: Sie verbanden die materialistische und die dialektische Traditionslinie der Aufklärung zum (später so genannten) dialektischen Materialismus. Dieser wurde der Kerninhalt einer Philosophie, die den Motor der beständigen Entwicklung von Natur, Gesellschaft und Denken in den alle diese Bereiche durchziehenden, grundlegenden Widersprüchen erkennt.

Britannien, vom 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die führende Weltmacht, war nicht nur das Land mit der mit Abstand stärksten Wirtschaftskraft, es brachte zugleich eine diese Wirtschaftskraft reflektierende Wissenschaft hervor. Von William Petty über Adam Smith bis zu David Ricardo, die Mehrzahl großer Ökonomen dieser Epoche stammte von den britischen Inseln. Als bürgerliche Denker in einer Zeit des welt-historischen Aufstiegs ihrer Klasse konnten sie die Ursachen von Reichtum und nationaler Stärke unbefangen – nicht selten rücksichtslos – analysieren. Zu den größten Leistungen der ökonomischen Klassik zählt die Entwicklung von der isolierten Betrachtung einzelner Phänomene, wie sie unter ihren Vorläufern (den sogenannten Monetaristen und Merkantilisten) vorherrschte, zur Herausbildung einer umfassenden Wissenschaft. Es ging nicht mehr nur um dieses oder jenes Gesetz oder um die Frage, ob eine bestimmte Maßnahme zur Steuererhebung positive oder negative Auswirkungen habe. Die ökonomischen Klassiker gingen aufs Ganze. Sie stellten die Produktion des Reichtums in den Mittelpunkt ihrer Werke, betonten die Rolle Arbeit als der (neben der Natur) zentralen Quelle des Reichtums. Sie entwickelten Arbeitswertlehren, ergründeten die Bedingungen der Reichtumsvermehrung.

Den Theoretikern dieser Zeit war klar, dass die Gesellschaften, die sie analysierten, von Klassenschranken durchzogen waren. Adam Smith hob zu Beginn seines 1776 veröffentlichten Hauptwerkes »Der Reichtum der Nationen« mit der Beobachtung an, in zivilisierten Gemeinwesen sei das Sozialprodukt groß genug, dass alle reichlich versorgt werden könnten, obwohl ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht arbeite und viele von ihnen den Ertrag aus zehn- oder sogar hundertmal mehr Arbeit verbrauchen als die Mehrzahl der Erwerbstätigen. David Ricardo schrieb bereits im Vorwort seiner »Prinzipien der Politischen Ökonomie«, die wichtigste Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft sei das Auffinden der Gesetze, welche die Verteilung des Reichtums unter Kapitalisten, Landbesitzern und Arbeitern bestimmten. Das erste Kapitel seines Buches beginnt mit der Aussage, der Wert einer Ware sei von der verhältnismäßigen Menge der für ihre Produktion notwendigen Arbeit abhängig.

Angesichts des Anfang des 19. Jahrhunderts dramatisch angewachsenen, die Grenzen menschlicher Vorstellungskraft sprengenden Massenelends führte derartige Gedankengut zu einer grundsätzlichen Kritik des bestehenden Wirtschaftssystems. Bereits vor Marx und Engels zogen linke

2. Klassische englische politische Ökonomie

Ricardianer wie Thomas Hodgskin oder William Thompson ihre Schlüsse, kritisierten die unentgeltliche Aneignung menschlicher Arbeit durch die herrschenden Klassen. Die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen erwiesen sich als wenig tragfähig, doch der Ansatz, die kapitalistische Wirtschaftsweise auf Grundlage der ökonomischen Erkenntnisse der revolutionären Bourgeoisie anzugreifen, wurde von Marx aufgegriffen und konsequent weitergeführt.

3. Utopischer Sozialismus

Das Wort Utopie stammt vom griechischen »u topos«, zu deutsch: Nicht-Ort. Vertreter dieser Denkrichtung verfassten Werke, die positive Gegenentwürfe zu einer als mangelhaft begriffenen Gegenwart lieferten. Der Begriff geht zurück auf die »Utopia« des englischen Juristen und Politikers Thomas Morus, der im frühen 16. Jahrhundert eine überlegene Gesellschaftsordnung auf einer fiktiven amerikanischen Insel beschrieb. Wie in allen besseren Werken dieser Literaturgattung war die von Morus erdachte Ordnung weit mehr als nur das Produkt einer Träumerei. Sie war das Gegenbild einer scharfen, kenntnisreichen Kritik seiner Gegenwart. Im Resultat klingt das so: »*Wo es noch Privatbesitz gibt, wo alle Menschen alle Werte am Maßstab des Geldes messen, da wird es kaum jemals möglich sein, eine gerechte und glückliche Politik zu treiben. Du müsstest es denn für einen gerechten Zustand halten, wenn der beste Teil immer den Schlechtesten zufällt, oder für ein Glück, wenn aller Besitz unter ganz wenige verteilt wird, (...) die anderen aber vollends im Elend stecken.*«¹

Die Zeit nach der französischen Revolution erlebte einen erneuten Aufschwung an utopischen Werken. Das Bürgertum hatte zwar die Macht erobert, die in der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgedrückten Hoffnungen jedoch enttäuscht. An die Stelle der Herrschaft der Feudalaristokratie trat mit der Herrschaft des Kapitals eine Ordnung, in der die Ausbeutung der Unterschichten noch brutaler durchgesetzt wurde als zuvor. Nicht enden wollendes Elend, ins uferlose gesteigerte Arbeitszeiten, eine Folge von Kriegen und völlige politische Ohnmacht waren das Los der Masse der Bevölkerung. Utopisten taten das, was sie seit jeher getan hatten: Sie zertraten die bestehenden Verhältnisse vor den Richterstuhl der Vernunft. Nur dass das Urteil jetzt nicht mehr über Adel und Klerus gesprochen wurde, sondern über die Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Drei Namen stehen unter der Vielzahl zeitgenössischer Utopisten besonders heraus: Die der Franzosen Henri de Saint-Simon und Charles Fourier sowie der des Engländers Robert Owen. Saint-Simon, der älteste der drei, war zunächst begeisterter Anhänger der französischen Revolution, wurde aber durch ihren Verlauf desillusioniert. Als Spross einer dem alten Adel entstammenden Familie hätte er sich nun der feudalen Reaktion zuwenden können, statt dessen kritisierte er die Herrschaft des Bürgertums

1 Thomas Morus, Utopia [1516], Reclam, Stuttgart 2003, S. 53.

vom Standpunkt der arbeitenden Klassen. Er erkannte und beschrieb eine Fortschrittstendenz der Menschheitsgeschichte, die nicht bei der erreichten bürgerlichen Ordnung stehen bleiben durfte. Sein »Neues Christentum« von 1825 war alles andere als eine frömmelnde Abhandlung; es war ein Aufruf, den allen Reichtum schaffenden arbeitenden Klassen diesen Reichtum auch zukommen zu lassen – auf Kosten parasitärer Schichten wie Adel, Rentiers oder überflüssiger Zwischenhändler.

Utopisten forderten nicht nur eine neue Gesellschaft, einige versuchten sich an ihrer Umsetzung. Der wohl bekannteste Vertreter unter diesen war Robert Owen, ein schwerreicher englischer Textilfabrikant. Abgestoßen von der Not der arbeitenden Bevölkerung machte Owen sich an Reformversuche, die er nicht nur für das gesamte Land propagierte, sondern in seiner eigenen Fabrik in New Lanark auch umsetzte. Erfolgreich führte er den 10-Stunden-Tag ein, garantierte seinen Arbeiterinnen und Arbeitern in Krisenzeiten Beschäftigungssicherheit, sorgte für eine Schulbildung der Arbeiterkinder und dergleichen mehr. Doch was immer er erreichte, an der grundsätzlichen Situation änderte sich nichts: *»Die Leute waren meine Sklaven.«*

Angesichts dieser Einsicht entschloss er sich zu einem radikalen Schritt: 1824 investierte er in den Aufbau der utopischen Kolonie »New Harmony« im US-amerikanischen Indiana. Ein gewagtes kommunistisches Experiment, das schnell scheiterte. Es kostete Owen das Vermögen und zerstörte die Reste seines guten Rufes bei seinen bürgerlichen Klassengenossen. Dennoch resignierte er nicht, wurde in späteren Lebensjahren zu einem der Gründerväter der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Marx und Engels hatten zu utopischen Bemühungen ein gespaltenes Verhältnis. Sie hielten den Ansatz, den Kapitalismus durch die Propagierung einer besser erdachten »vernünftigen« Ordnung zu ersetzen, für fundamental falsch. Engels spöttelte:

»Daß die wirkliche Vernunft und Gerechtigkeit bisher nicht in der Welt geherrscht haben, kommt nur daher, daß man sie nicht richtig erkannt hatte. Es fehlte eben der geniale einzelne Mann, der jetzt aufgetreten und der die Wahrheit erkannt hat; daß er jetzt aufgetreten, daß die Wahrheit grade jetzt erkannt worden ist, ist nicht ein aus dem Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung mit Notwendigkeit folgendes, unvermeidliches Ereignis, sondern ein reiner Glücksfall. Er hätte ebensogut 500 Jahre früher geboren werden können und hätte dann der Menschheit 500 Jahre Irrtum, Kämpfe und Leiden erspart.«²

Dennoch lernten die beiden aus den Arbeiten der Utopisten; hier wurde über das Bestehende hinausgedacht. Während die ökonomische Klassik bei der Analyse der kapitalistischen Ordnung verharnte, während selbst die Hegelsche Dialektik bei aller historischen Aufgeladenheit

2 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19/191–192.

ihrer Kategorien nicht weiter kam als bis zur aufgeklärten Herrschaft im bürgerlichen Staat, rissen die Utopisten die Schranken dieser Gesellschaft nieder. Sie lieferten nicht nur zahlreiche wertvolle Erkenntnisse im Detail, sie blickten auf etwas grundsätzlich Neues.

Zwei Unterschiede

Zumindest zwei Dinge sind es, die den Marxismus vom Utopismus unterscheiden: Zum ersten haben beide verschiedene Adressaten. Die Utopisten wandten sich vorwiegend an ihre aufgeklärten Zeitgenossen, insbesondere im gebildeten Bürgertum; man hoffte auf deren Einsicht und auch auf deren materielle Mittel. Die Arbeiterklasse erschien ihnen hingegen als bloß leidendes, zu befreiendes Opfer. Marxistinnen und Marxisten sehen hingegen gerade in den von dieser Gesellschaft Niedergetretenen die Menschen, die sie, so wie sie sie mit ihrer Arbeit erhalten, auch zu ändern vermögen.

Zum zweiten weigerten sich Marx und Engels, »Rezepte für die Garküche der Zukunft zu verschreiben« (MEW 23/25). Der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsordnung, die, wie alle Gesellschaftsordnungen vor ihm, historisch endlich ist. Wie aber eine ihn ablösende Gesellschaft aussehen wird, das lässt sich kaum vorhersehen. Der Kommunismus ist kein Produkt unserer durch unsere Zeit beschränkten Phantasie, sondern das Werk der Generationen, die ihn aufbauen. Er ist kein Ideal, nach dem die Welt umzumodeln wäre. Er ist, wie Marx und Engels in ihrer »deutschen Ideologie« schrieben, »die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.« An die Stelle der Utopie tritt somit der wissenschaftliche Kommunismus, die Lehre vom Klassenkampf.

Literatur

- Wladimir I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: LW 19.

Magazin der SDAJ 01-24

POSITION

IN DIESER AUSGABE:
JUGEND - ZUKUNFT - SOZIALISMUS

Thema: **Sozialismus** - Was ist das und wie kommen wir dahin?
Aktuelles: Repressionen gegen **Palästina-Solidarität**
Theorie und Geschichte: Kämpferische **Streiks** ums Metall
CultureBeat: Polizeigewalt gegen **Fußballfans**

Abo: 10€(normal)/25€(Solid)

POSITION E.V.
Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen
POSITION@SDAJ.ORG

DAS MAGAZIN DER SDAJ

SDAJ.org

Wissen, wie es geworden, ist Voraussetzung, was zu ändern ist.

Raimund Ernst

»Erinnerst Du Dich noch, als ...« oder im fortgeschrittenen Verlauf eines lockeren Gesprächs auf einer Party oder ähnlichen Anlässen: »weißt Du noch, wo Du Dich aufgehalten hast, als ..., was Du getan hast, als ...«? Damit ist das Wesentliche von Geschichte, so wie sie uns im Alltagsverständnis begegnet, bereits benannt: sich zu erinnern! Ehe hier von den Befragten eine Antwort gegeben wird, wird bereits als allgemeingültig unterstellt, dass kein Mensch sich nicht erinnern kann, dass kein Mensch in der Lage ist, seine Fähigkeit zur Erinnerung auszuschalten. Sie ist zudem gleichsam ein Schlüssel zur Selbsterkenntnis. Die Erinnerung an in der Vergangenheit Geschehenes erfolgte zunächst mündlich oder in bildlicher oder gegenständlicher Form. Erst wenige tausend Jahre alt ist die Überlieferung in schriftlicher Form als »Geschichtsschreibung«, auf die sich im Folgenden bezogen wird, wenn von Geschichte die Rede ist.

Was verstehen wir unter Geschichte? Es sind dies ganz allgemein die Tätigkeiten der Menschen, die darauf gerichtet sind, ihre Art zu erhalten. Zu diesem Zweck gehen sie Beziehungen zu ihrer natürlichen Umwelt wie auch untereinander ein. Und aus der unabwendbaren Notwendigkeit, sich zunächst zu ernähren, zu wohnen und zu kleiden, ergeben sich daraus die Möglichkeiten und Zwangsläufigkeiten ihres gesellschaftlichen Seins. Dies schließt die Formen des Eigentums ebenso ein wie die darauf gründenden Herrschaftsverhältnisse. Die »Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts (bildet) die Grundlage, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt«.¹

Zu welchem Thema und aus welchem Anlass, zu welchem Zweck und mit welchem Ziel sich jemand erinnern will, bedarf zuerst einer grundsätzlichen Klärung. Die Auswahl der Fragen wird vom individuellen Interesse des Fragenden bestimmt. Hier fließt natürlich ein, was durchaus als allgemeines Interesse gelten darf. Was ihn bewegt, also »was er wissen will«, und aus welcher gesellschaftlichen Position heraus er etwas wissen will – das sind die Fragen, die noch vor dem Versuch, eine historisch fundierte



Raimund Ernst,
Ostseebad Rerik,
Historiker, Selbst-
ständiger Finanz-
berater, Mitheraus-
geber der MBL

Was ist
Geschichte?

Warum
erinnern?

1 Engels in seiner Grabrede für Marx in MEW 19, S. 335.

Antwort zu geben, zu klären sind. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte ist daher nie von den Interessen der in der Gegenwart herrschenden und im Widerstreit liegenden Klassen zu trennen. Es ist nicht verwerflich, dass die Beschäftigung mit der Geschichte von Interessen geleitet ist, verwerflich ist dagegen so zu tun, als gäbe es eine neutrale Betrachtung der Geschichte frei von jeglichen Einflüssen, die den Menschen in seiner gesellschaftlichen Stellung prägen. Diese Interessen folgen nicht einer Laune des Augenblicks, sondern sind gebunden an die eigene Praxis innerhalb der Eigentumsverhältnisse, die als Ausdruck der realen Verhältnisse in der Gesellschaft auf diese Weise auch ihre Widersprüchlichkeit spiegeln. Sie lassen sich nicht einfach auflösen, sondern verlangen nach einer bewussten Durchdringung der realen Welt. Getrieben wird dies von dem menschlichen Bedürfnis nach Orientierung in einer Welt, die vom Einzelnen aus eigenem Vermögen nicht durchschaubar ist. Die Wirklichkeit zu verstehen heißt zu verstehen, wie sie geworden ist. Dass die heutige Welt »geworden« ist, heißt anzuerkennen, dass sie grundsätzlich veränderbar ist. Ohne das Wissen um die eigene Geschichtlichkeit kann ich kein historisches Urteil sprechen. In genauem Gegensatz hierzu steht das Dictum eines Leopold von Ranke, des bürgerlichen Historikerpapstes schlechthin: *»Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, und ihr Wert beruht gar nicht auf dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst, in ihrem eigenen Selbst.«*

Es liegt auf der Hand, dass die persönliche Erinnerung keine Grundlage für die Beurteilung historischer Ereignisse und Zusammenhänge sein kann. Niemand ist in der Lage, sich »an alles zu erinnern«, setzte dies doch voraus, »alles zu wissen«, was ebenso unmöglich ist. Das heißt nicht, dass eine unmittelbare Zeugenschaft keine Bedeutung besäße, aber auch hier gelingt die Vermehrung von historischem Wissen und die Bewertung der Vergangenheit nur durch die kritische Überprüfung des gesellschaftlichen Kontextes derjenigen, die sich zu Wort melden. Und wenn es, wieder nach Leopold von Ranke, Aufgabe des Historikers sein soll aufzuzeigen, »wie es eigentlich gewesen ist«, dann scheint dies nur eine Forderung nach möglichst großer Objektivität zu sein, die sich jedoch auf diesem Wege nicht erreichen lässt. Hier wird, kurz gesagt, das Bild eines Historikers entworfen, der selbst außerhalb der Geschichte steht.

Kriegserinnerung(en)

Am Beispiel der historischen Bewertung des Zweiten Weltkriegs lässt sich dies eindrucksvoll aufzeigen. Es gibt noch heute niemanden, vor allem nicht unter den Älteren der Gesellschaft, der nicht eine Meinung zu diesem Krieg, zu seiner Entstehung, zu seinem Verlauf und zu seiner Beendigung hat. Und zu keinem der Aspekte dieses Krieges treffen wir auf eine Übereinstimmung in der Bewertung dessen, was als historisch wahr und erinnerungswürdig zu gelten hat. Wer diesen Krieg nicht reduzieren will auf die Zahl der Panzerschlachten, der von U-Booten versenkten Schiffe oder der über das jeweilige Feindgebiet abgeworfenen Bomben,

wird spätestens nach seinem Ende bekennen müssen: War das Jahr 1945 für Deutschland eine nationale Katastrophe bisher unbekanntes Ausmaßes oder das Jahr der Befreiung vom Faschismus und in seiner Folge weltweit von Kolonialismus und nationaler Unterdrückung? Selbstverständlich war der 8. Mai 1945 für die Menschen, die in Zuchthäusern und Lagern eingesperrt waren und gelitten hatten, ein Tag der Befreiung, an dem sie mit Dankbarkeit sich an ihre Befreier und ihren opferreichen Kampf erinnerten. Das war aber nur eine Minderheit unter den Deutschen, die Mehrheit fühlte sich bis zum bitteren Schluss dem verbrecherischen System verpflichtet. Natürlich waren auch sie froh, dass der Krieg zu Ende war, zumal sich der Kriegsschauplatz in die eigene Heimat verlagert hatte und die bejubelten Siegesmeldungen endgültig verklungen waren. Aber ein Gefühl, geschweige denn ein Bewusstsein der Befreiung wollte sich nicht einstellen. In der offiziellen Bundesrepublik Deutschland dauerte es immerhin noch 40 Jahre, bevor ein deutscher Bundespräsident diesen doch ziemlich einfachen historischen Sachverhalt der Bevölkerung in Erinnerung rief. Und noch heute sind die Stimmen nicht verstummt, die vom alliierten Bombenterror auf deutsche Städte sprechen und die leidvolle Erinnerung an die Opfer von Flucht und Vertreibung wachhalten. Wenn es nicht so makaber wäre, drängte sich der Verdacht auf, das Volk der Täter wollte in die Rolle eines Volkes der Opfer schlüpfen. Obwohl damit der Charakter des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges in sein Gegenteil verkehrt wird, fehlt es nicht an »historischen« Zeugnissen für diese Beurteilung, sei es in einer unüberschaubaren Flut von »Zeitgenossen- und Augenzeugenberichten«, sei es durch die mediale Verarbeitung in Film und Unterhaltungsliteratur oder sei es durch eine – in unserem Fall – westdeutsche Geschichtsschreibung, die das Geschäft der nationalen Apologie konsequent durch eine zuweilen schamlose Relativierung und Verfälschung der Geschichte betrieb.

Dass dieses Urteil nicht übertrieben ist, wird deutlich am mörderischen Vorgehen der deutschen Wehrmacht besonders in der Sowjetunion, der Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Reichsgebiet und der Vernichtung der Juden hinsichtlich ihrer ökonomischen Funktion. Gerade die Erinnerung an den Holocaust wurde genutzt, den unbestritten existierenden Antisemitismus in Deutschland für einen angeblich nicht letztlich rational zu erklärenden Vernichtungswillen der Nazis verantwortlich zu machen. Frei nach dem Motto: Was nicht zu erklären ist, lässt sich leichter entschuldigen. Vor diesem Hintergrund mutet die jüngste Parteinahme des offiziellen Deutschlands im Gaza-Krieg zugunsten Israels mit dem Verweis auf den historisch gebotenen Kampf gegen Antisemitismus eher peinlich an, um es vorsichtig auszudrücken. Mag dieses Vorgehen, die Geschichte für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren, ein besonders extremes Beispiel sein, so bestätigt sich am Beispiel des Umgangs mit den in deutscher bzw. sowjetischer Kriegsgefangenschaft

Schamlose
Relativierung
und Verfälschung

geratenen Soldaten diese Beobachtung. Über Jahrzehnte hinweg speiste sich die Kenntnis über die Sowjetunion, das Land und seine Menschen, hauptsächlich aus den Erlebnissen deutscher Soldaten und ihren wohlfeil angebotenen Kriegserinnerungen. Alle diejenigen, die ihre politische Sozialisation im Westen Deutschlands erhalten haben, werden sich wohl noch erinnern an die Sprüche und Einlassungen auf der Straße und am Infostand: »Hört mir auf mit den Russen. Ich war in russischer Gefangenschaft in Sibirien und weiß Bescheid. Kann sich keiner vorstellen, wie wir gelitten haben.« Und falls das Erlebnis der Kriegsgefangenschaft nicht reichte, wurde die russophobe Haltung durch weitere Erlebnisse während Flucht und Vertreibung verstärkt.

»Der Russe ist schuld!«?

Persönliches Leid und traumatische Erfahrungen lassen sich nicht historisch aufrechnen. Die Einseitigkeit der Schuldzuweisung jedoch »an den Russen« ist historisch unhaltbar und entlarvt das eigene Versagen und schlechte Gewissen. Denn warum konnte in der Senne bei Paderborn ein Lager von ca. 65.000 vorwiegend sowjetischen Soldaten nahezu unbemerkt von der heimischen Bevölkerung existieren. Natürlich wussten die Anwohner davon und hatten wie viele geschwiegen. Da mag Furcht vor Repression eine Rolle gespielt haben, insofern glichen sie ihren Landsleuten insgesamt zu jener Zeit. Als aber in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts sich eine überparteiliche außerparlamentarische Initiative bemühte, dem Lager, das inzwischen als ein großes Gräberfeld vom Tod der Gefangenen zeugte, einen würdigen Rahmen zu geben, stieß man immer noch auf Ablehnung der dort Wohnenden, aber auch derjenigen, die aufgrund ihrer Stellung in Politik und Gesellschaft hier Verantwortung zu tragen hatten. Keine noch so große Zahl der Opfer hat hier in irgendeiner Weise historische Erkenntnis gefördert. Ähnlich verhält es sich auf dem Feld der großen Politik. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, für den die Bezeichnung als Hitler-Stalin-Pakt eingebürgert wurde mit der Absicht, die beiden politischen Verantwortlichen gleichzusetzen, galt nach dem Krieg besonders in Deutschland als Beleg für deren Verantwortung am Ausbruch des Krieges und des gemeinsamen Kriegsziels einer Neuaufteilung Europas. Kein Wort darüber, dass sich die Sowjetunion zu diesem Schritt erst gezwungen sah, nachdem alle diplomatischen Bemühungen zur Bildung einer Anti-Hitler-Koalition unter den europäischen Mächten gescheitert waren.

Fakten, Fakten,
Fakten ...
reicht das für
historisches
Erkennen?

Unzweifelhafte Fakten also in Gestalt von Zahlen und Bildern, durch Augenzeugen bestätigte Geschehnisse und in den Akten festgehaltenes amtliches Vorgehen geben keine Gewähr für ein zutreffendes historisches Urteil. So sehr man in der historischen Forschung nicht ohne sie auskommt, so wenig lässt sich durch sie ein Bild der Vergangenheit entwerfen, das Geschehenes erklärt und für Künftiges orientiert. Kehren wir daher zurück zu Marx und seiner von Engels getroffenen knappen Würdigung von dessen wissenschaftlicher Leistung. In seiner oben

zitierten Grabrede zieht Engels einen Vergleich: »Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte.«² Ernst Engelberg, der Nestor der DDR-Geschichtswissenschaft, hat dies in eine Frage gekleidet, die sich auf der Höhe der heutigen Zeit bewegt: Wie bewegt sich, was uns bewegt?³ Wenn die Menschen zwar selbst ihre Geschichte machen, aber nicht unter frei gewählten, sondern unter vorgefundenen Bedingungen, dann muss es darum gehen, eben diese Verhältnisse wissenschaftlich zu erfassen und aus diesen das Bewegungs- bzw. Entwicklungsgesetz der Geschichte abzuleiten. »In der gesellschaftlichen Produktion des Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dies Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und

Wie bewegt
sich, was uns
bewegt?

2 Vgl. oben.

3 E. Engelberg: Wie bewegt sich, was uns bewegt? Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, Stuttgart 2013.

neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.«⁴

Zum
Charakter
des Zweiten
Weltkrieges ...

Diese komprimierte Zusammenfassung des marxistischen Verständnisses von Geschichte hilft auch die oben aufgeworfenen Fragen zur Beurteilung des Zweiten Weltkrieges zu beantworten. Seinem Charakter nach war der Zweite Weltkrieg ein Krieg unter imperialistischen Staaten. Deutschland und Japan traten relativ spät in den Kreis der imperialistischen Mächte, und da die »Aufteilung der Welt« weitgehend abgeschlossen war, forcierten sie ihre ökonomische Aufholentwicklung und wachsende Stärke durch besondere Aggressivität und versuchten ihre Macht auf Kosten der Nachbarn mit kriegerischen Mitteln auszuweiten. Die Existenz der sozialistischen Sowjetunion wiederum gab dem Krieg eine besondere, dialektische Wendung in der historischen Beurteilung. Sie war objektiv ein Feind der imperialistischen Länder, und gleichzeitig erwies sie sich wegen ihres sozialistischen Charakters als Garant für die Niederschlagung der faschistischen Mächte und empfahl sich so als Bündnispartner im weltweiten antifaschistischen Kampf. Dieses zeitweilige Zusammengehen hob den grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Sozialismus in Gestalt der Sowjetunion und dem Imperialismus/Kapitalismus der übrigen Alliierten nicht auf. Dies wurde rasch deutlich, als im August 1945 nur 3 Monate nach der deutschen Kapitulation die USA zwei Atombomben über Japan abwarfen. Der Bombenabwurf mit bisher unbekannter Zerstörungswirkung besiegelte zwar das Ende des militaristischen Japans, war aber zugleich auch das Signal aus den USA, die Rolle als neue globale imperialistische Führungsmacht zu beanspruchen und diese aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit durchzusetzen. Doch trotz des nun einsetzenden Kalten Krieges gelang es der Sowjetunion, sich aus dem imperialistischen Erdrosselungsversuch zu befreien, die militärische Unterlegenheit gegenüber den USA auszugleichen und damit den Raum zu schaffen, in dem sich die Völker Asiens und Afrikas vom Joch des Kolonialismus befreien konnten und zum Teil ihre nationale Souveränität erlangten. In Europa waren es die Existenz volksdemokratischer Länder im Bündnis mit der Sowjetunion und die Behauptung der Neutralität einiger Staaten, die dem Kontinent für fast ein halbes Jahrhundert Waffenruhe und friedliche Entwicklung schenkten.

... und der
Epoche

Noch immer leben wir in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus/Imperialismus zum Sozialismus. Trotz zeitweiliger Niederlagen und

Rückschlägen sind es die Verhältnisse selbst, in denen die Bedingungen heranreifen, das bestehende System zu überwinden. Wir haben die Wahl, in diesen Prozess bewusst einzugreifen oder uns fremdbestimmen zu lassen bis hin zum eigenen Untergang.

Literaturhinweise

- Josef Schleifstein: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, München 3. Aufl. 1975, S. 63–92 mit zahlreichen Hinweisen auf die einschlägigen Textstellen bei Marx, Engels und Lenin.
- Ernst Engelberg: Wie bewegt sich, was uns bewegt? Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, Essen 2013

Veranstaltungshinweis »Gewerkschaften zwischen Integration und Klassenkampf«

Der Ratschlag findet statt am
Samstag, 20. April 2024, von 11:00 bis 16:30 Uhr

Ort: medico international, Lindleystraße 15, 60314 Frankfurt am Main

Die multiple Krise des Kapitalismus, Veränderungen in den Klassenstrukturen und die sozial-ökologische Transformation sind große Herausforderungen für Gewerkschaften und Arbeiter:innenbewegung. Der Widerspruch zwischen Systemeinkbindung einerseits und notwendigen gesellschaftspolitischen Veränderungen andererseits wird in der Krise immer deutlicher. Gleichzeitig fordern neue Angriffe auf Löhne und soziale Rechte gewerkschaftliche Gegenmacht geradezu heraus.

Auf dem 3. *Ratschlag »Marxistische Politik«* wollen wir uns ein Bild zur aktuellen Lage machen und über Antworten aus marxistischer Sicht diskutieren.

Einstiegsreferate durch **Nicole Mayer-Ahuja**, Arbeitssoziologin und Professorin an der Universität Göttingen und **Frank Deppe**, emer. Professor für Politikwissenschaft, Marburg

Aufgrund begrenzter Raumkapazität ist eine Anmeldung bis 13.4.2024 erforderlich unter: marxlink-muc@t-online.de



Jonathan White,
London,
Kommunist, Autor
von »Making our
own history« Mit-
arbeit an der Marx-
Memorial-Library &
Workers School

Klassen, Klassenkampf und Klassenbewusstsein im Übergang zum Sozialismus

Jonathan White

In einer Rede vor sowjetischen Arbeitern im Juni 1919 definierte Lenin, was Marxisten unter Klassen verstehen:

»Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.«¹

Klassen

Klassen ergeben sich aus den in der Gesellschaft vorherrschenden Produktionsweisen und vor allem aus der Art und Weise, wie die Mehrarbeit angeeignet wird. Marx und Engels zufolge entstanden Klassengesellschaften, als die Menschen erstmals mehr erzeugten, als für den Lebensunterhalt ihrer Sippe oder ihres Stammes erforderlich war. Wenn jede historische Gesellschaft ihre vorherrschenden und sich herausbildenden Produktionsweisen hat, die den Schlüssel liefern zum Verständnis der wichtigsten Beziehungen in dieser Gesellschaft und der Kräfte, die sie zum Wandel antreiben, so enthält jede menschliche Gesellschaft in ihrem Kern grundlegende Klassenbeziehungen, die sich aus der spezifischen Art und Weise ergeben, in der die Mehrarbeit angeeignet wird, mit anderen Worten aus der spezifischen Form der Ausbeutung am Arbeitsplatz. Diese Beziehungen sind der Schlüssel zum Verständnis sowohl der sozialen Struktur als auch der Kräfte des Wandels, die in dieser Gesellschaft wirken.²

Jeder Produktionsweise entsprechen Klassen, die sich aus den in ihr vorherrschenden Produktions- und Eigentumsverhältnissen ergeben. So gab es beispielsweise in der feudalen Produktionsweise, die das

1 Wladimir Iljitsch Lenin, »Die große Initiative (Über das Heldentum der Arbeiter im Hinterland. Aus Anlass der ›kommunistischen Subbotniks‹)« (1919). Werke, Bd. 29, S. 410.

2 Die ersten Abschnitte dieses Artikels stützen sich stark auf Kapitel 4 meines Buches *Making Our Own History: A User's Guide to Marx's Historical Materialism* (Praxis, 2021).

mittelalterliche Europa beherrschte, zwei große Klassen, die sich aus den herrschenden Produktionsverhältnissen ergaben: die landbesitzende Aristokratie und die Klasse der Bauern, die den Grundbesitzern Abgaben in Form von Arbeitsleistungen und/oder Pacht in Geld oder Naturalien entrichteten. Die kapitalistische Produktionsweise schuf ihrem Wesen nach zwei neue große Klassen: die Bourgeoisie, die Kapital besitzt und damit den Zugang zu den Produktionsmitteln kontrolliert, auf der einen Seite und auf der anderen die Arbeiterklasse, die keinen Zugang zu den Produktionsmitteln hat, außer durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft.

Klassen strukturieren nicht nur die Gesellschaft, sie sind auch die dynamischen Vehikel, durch die Menschen die sozialen Strukturen verändern. Da Herrscher und Beherrschte um das in der Produktion entstehende Mehrprodukt kämpfen, kommt es im Laufe der Geschichte zu Klassenkämpfen unterschiedlicher Art. In den frühesten tributbasierten Gesellschaften beispielsweise gewährte eine aufstrebende Klasse von Königen, Priestern und Kriegereliten den Menschen Zugang zu Land und eignete sich das von den Bauern geschaffene Mehrprodukt an durch die Androhung von Gewalt oder den Ausschluss vom Zugang zu wichtigen Gemeinschaftsressourcen. Während die bäuerlichen Gemeinschaften darum kämpften, ihr Mehrprodukt zu behalten, versuchte die Grundbesitzerklasse, die Feudalabgaben zu maximieren. Dies prägte den Kampf der sich gegenüberstehenden Klassen. In kapitalistischen Gesellschaften geht es beim Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten um die Aneignung des den Produkten innewohnenden Mehrwerts, entweder durch die Steigerung der Produktion oder durch die Erhöhung des Anteils der Löhne, die auf die Produkte entfallen. Kapitalistische Gesellschaften werden durch eine Vielzahl von Auseinandersetzungen bestimmt, aber diejenige, die die kapitalistische Produktionsweise in den Untergang treibt und das Potenzial für den Sozialismus schafft, wurzelt in diesem grundlegenden Antagonismus der Produktionsweise.

Klassenkämpfe ergeben sich also aus den herrschenden Produktionsverhältnissen innerhalb einer bestimmten Produktionsweise. Sie entstehen aber auch durch das Aufkommen neuer Produktionsverhältnisse innerhalb dieser Produktionsweisen und innerhalb der Gesellschaften, die auf ihrer Grundlage entstehen. Klassenkämpfe entstehen aber nicht allein zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, sondern auch zwischen neuen und etablierten Ausbeuterklassen. Diese Kämpfe verschärfen sich in dem Maße, wie die aufstrebende Ausbeuterklasse die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als Fessel für ihre Interessen zu erleben beginnt. Im mittelalterlichen Europa beispielsweise folgte aus der feudalen Produktionsweise ein ständiger Klassenkampf zwischen den ausbeutenden Grundherren und der ausgebeuteten Landbevölkerung. Innerhalb dieser Produktionsweise wuchsen aber auch Gruppen heran, die infolge der Produktivkraftentwicklung neue Möglichkeiten des Wirtschaftens und damit der privaten Aneignung des Mehrprodukts

nutzten. Diese Gruppen erlebten die politische Vorherrschaft des Feudaladels zunehmend als Begrenzung ihrer Bestrebungen. Kaufleute, städtische Handwerker und sogar reichere Bauern profitierten in einer Weise vom Kampf um die eigenen Interessen, die es ihnen erlaubte, ein größeres Mehrprodukt anzuhäufen und ihrerseits zum Beispiel die Arbeitskraft landloser Landarbeiter zu kaufen. Es bilden sich so im Handeln der in Klassen organisierten Menschen die Kräfte, die »Epochen der sozialen Revolution« herbeiführen und vorantreiben. Die – teilweise repressive – Beengtheit der Verhältnisse verlangt nach Ausbruch und grundlegender gesellschaftlicher Veränderung. Die Menschen, die in diese neuen wirtschaftlichen Verhältnisse hineingeboren werden, lernen mehr oder weniger bewusst für ihre Interessen zu kämpfen, sich zusammenschließen und eine Klasse an sich zu bilden, die im Kampf um die eigenen Interessen die bestehende Gesellschaftsordnung insgesamt umgestaltet.

Klassenkampf

Klassen sind nicht als mechanische Akteure zu verstehen, die, einmal geboren, einfach in Aktion treten. Sie sind historische Agenten, deren Bewusstsein ihrer selbst als Klasse dialektisch mit den Antagonismen entsteht und sich entwickelt, die durch die Dialektik der Produktionsverhältnisse und -kräfte hervorgerufen werden. Wie Marx in seinem berühmten *Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie* argumentierte:

»Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«³

In jeder Phase dieses Prozesses werden durch Klassenkämpfe alte Verhältnisse in Frage gestellt, neue geschaffen und neue Produktivkräfte freigesetzt. Die Existenz der Klassen wie ihre Zusammensetzung wird durch den Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse bestimmt. In dem Maße, wie die Klassen sich herausbilden und ihr Kampf gegeneinander sich verschärft, werden größere Produktivkräfte und neue Produktionsverhältnisse freigesetzt. An einem bestimmten Punkt findet eine qualitative Umwandlung statt und die gesamte Grundlage der Produktionsweise verändert sich.

Dies ist von größter Bedeutung für die Arbeiterklasse, deren historische Aufgabe es ist, eine höhere Gesellschaftsordnung ins Leben zu rufen, und die zu diesem Zweck ein historisch neues Selbstbewusstsein ausüben muss. Wie Marx im »Kapital« enthüllte, gibt es innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise Tendenzen, die auf die Organisation **und** die Desorganisation der Arbeiterklasse einwirken: einerseits die Schaffung großer, in kooperativer gesellschaftlicher Arbeit organisierter

3 Karl Marx/Friedrich Engels – Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, S. 9. URL: http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm.

Vereinigungen von Arbeitern, andererseits die Anarchie des Wettbewerbs und die Revolutionierung der Produktion, die eine industrielle Reservearmee hervorbringen. Die Stärke, der Zusammenhalt und das Potenzial der Arbeiterklasse werden durch das Ausmaß bestimmt, in dem sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse herausgebildet und entwickelt haben, sowie durch die Art und Weise, in der die im kapitalistischen Modus wirkenden Gesetze konkret zum Tragen kommen. Das Potenzial für spontan entstehende Klassenkämpfe, die in eine selbstbewusste Herausforderung der Staatsmacht münden, ist historisch bestimmt. So kritisierte Marx die französische Arbeiterklasse, insbesondere die Pariser Arbeiterklasse, immer wieder für die seiner Meinung nach bestehende Torheit, sich zu erheben und ihre Herrschaft zu proklamieren, bevor als notwendige Voraussetzung die materielle Basis in Form einer Großindustrie und des entwickelten Standes der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erreicht wäre, um einen wahrhaft revolutionären Kampf zu beginnen. Der innere Zusammenhalt der Arbeiterklasse müsse an den Punkt gelangen, an dem die Klasse sich ihrer selbst bewusst wird und für sich selbst handeln kann.

Marx argumentierte, dass die innere Dynamik des Kapitalismus ständig das Potenzial für ein Klassenbewusstsein innerhalb der Arbeiterklasse und insbesondere innerhalb bestimmter Teile dieser Klasse hervorbringt. Während die gesamte Arbeiterklasse einem allgemeinen Prozess der Proletarisierung unterworfen ist, bestehen innerhalb der Großindustrien besondere Dynamiken, die die Grundlage für die Entstehung eines breiteren Bewusstseins für den Klassencharakter der Gesellschaft bilden: die Konsolidierung zu immer größeren Produktionseinheiten im Zuge der Zentralisierung des Kapitals; die zunehmende Unterordnung der Arbeiter unter die Maschinenteknologie; die ständige Revolutionierung der technischen Basis der Produktion im Zuge des Strebens des Kapitals nach Akkumulation in der Konkurrenz, zusammen mit den Rhythmen der kapitalistischen Krisen, die zum Ausschluss der lebendigen Arbeit aus dem Produktionsprozess führen und den anarchischen Charakter der kapitalistischen Konkurrenz offenlegen. Diese Tendenzen sind in der kapitalistischen Produktionsweise unterschiedlich tief verankert: einige sind permanent aktiv, andere sind komplexer und historisch bedingt. In dem Maße, in dem sie zusammenwirken, bilden sie eine ständig wirkende Tendenz, die die Arbeiter unter bestimmten Umständen von einem Bewusstsein des Kampfes um den Mehrwert an einem Arbeitsplatz zu einem umfassenderen Bewusstsein eines Klasseninteresses an systemischen Veränderungen führen kann, was Marx als »Klasse für sich« und nicht als »Klasse an sich« bezeichnete.⁴

Klassen-
bewusstsein

4 Die Art und Weise, wie das industrielle Kapital Klassenkampf und Klassenbewusstsein erzeugt, legten Marx und Engels in ihren frühen Werken *Grundsätze des*

Revolutionäres Klassen- bewusstsein und der Staat

Unter bestimmten Bedingungen kann sich das Klassenbewusstsein in ein revolutionäres Klassenbewusstsein verwandeln. Dies kann geschehen, wenn wichtige Teile der Arbeiterklasse sich der Notwendigkeit einer systemischen Herausforderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft bewusst werden. Ein kritischer und entscheidender Moment in der Entwicklung des Klassenbewusstseins ist der Punkt, an dem wichtige Teile der Klasse als Lösungsweg erkennen, die Staatsmacht herauszufordern und zu übernehmen. Mit dieser Einsicht kann das Klassenbewusstsein revolutionär werden. Andernfalls wird es wahrscheinlich von der konzentrierten Macht des Staates zurückgedrängt.

Aus diesem Grund argumentieren Marxisten, dass die Ergreifung der Staatsmacht so entscheidend ist. Der moderne Staat ist eine besondere Einrichtung, die mit der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen im Kapitalismus entstand. Dieser Antagonismus bedarf »besondere[r] Formationen bewaffneter Menschen«⁵, die angeblich über der Gesellschaft schweben und frei von Partikularinteressen sind, in Wirklichkeit aber die alltägliche ökonomische Ausbeutung der kapitalistischen Ordnung gewährleisten. Im Laufe der Zeit wird dieser Staatsapparat perfektioniert und entwickelt eine Bürokratie, ein stehendes Heer und in vielen Fällen eine demokratische Hülle, durch die der Staat seine angebliche Unabhängigkeit projiziert. Der Staat bleibt jedoch ein Parasit der Bourgeoisie. Er ist durch ein Netz materieller wie ideeller Bindungen an die bestehende Ordnung gebunden und ihr politischer Vollstrecker. Form und Inhalt des Staates sind untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden.⁶

Die Existenz der geballten Kraft des Staates, die die Aktionen der herrschenden Klasse organisiert und die in ihrem allgemeinen Interesse handelt, macht eine revolutionäre politische Partei notwendig. So wie die Bourgeoisie im Staat ihr Exekutivkomitee hat, so braucht die Arbeiterklasse eine Partei, die ihr allgemeines Interesse vertritt. Die revolutionäre Partei fasst alle Teilkämpfe zusammen und zeigt, dass sie Teil eines systemischen Gesamtkampfes sind, sie verkörpert die historische Erfahrung der Klasse, zieht die Lehren aus der Vergangenheit und weist den Weg in die Zukunft, indem sie die Marschrichtung auf das im kapitalistischen System heranwachsende sozialistische Potenzial ausrichtet. Die Partei ist der höchste intellektuelle und organisatorische

Kommunismus (1847), Das Manifest der Kommunistischen Partei (1848) und Das Elend der Philosophie (1847) dar.

5 Lenin, Staat und Revolution, Kapitel 1, Teil 2. URL: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/staatrev/kapitel1.htm>.

6 Die wichtigsten Schriften von Marx und Engels über den Staat sind hier K. Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*; Der Bürgerkrieg in Frankreich: Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation vermehrt durch die beiden Adressen des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg; *Kritik des Gothaer Programms*. Lenins bahnbrechendes Werk ist natürlich *Staat und Revolution*.

Ausdruck der Arbeiterklasse – sozusagen ihr denkender, sprechender und planender Teil. Aber sie kann diese Autorität nur dann beanspruchen und diese Rolle spielen, wenn sie in die Klasse eingebettet und organisch mit ihr verbunden ist, in jedem Kampf aktiv ist und die Autorität erlangt, die es ihr ermöglicht, in entscheidenden Momenten zu sprechen und gehört zu werden. Diese Rolle wurde zunächst von Marx und Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei* skizziert und dann von Lenin in *Was tun?* und von Rosa Luxemburg in *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* weiterentwickelt, die für Marxisten nach wie vor wichtige theoretische Erkenntnisse enthalten.

Da der Staat als Form untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist, argumentierten Marx und Engels, dass der Angriff auf den kapitalistischen Staat in zweierlei Hinsicht erfolgen muss. Erstens muss er in Gänze erfolgen und sich direkt gegen den kapitalistischen Klassenwiderstand richten. Zweitens muss seine geballte Kraft im Laufe der Revolution wieder in die Gesellschaft zurückgeführt werden, so dass er letztlich verkümmert. Die Diktatur des Proletariats wäre ein Staat in der Übergangsform – *ein Staat, der aufhört, ein Staat zu sein*. In *Der Bürgerkrieg in Frankreich* vertrat Marx die Ansicht, dass die Pariser Kommune das erste proletarische Experiment zur Auflösung der Staatsmacht auf diese Weise darstellte. Die Kommune war die Keimform der Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats erreichte ihre erste volle Form 1917 in Russland.

Zwischen Februar und Oktober 1917, angesichts der Verwüstungen des von der provisorischen russischen Regierung fortgesetzten Krieges und der wachsenden Bedrohung eines Rückfalls in die Autokratie, schlossen sich wichtige Teile der russischen Arbeiterklasse, die in den Sowjets der Soldaten, Arbeiter und in geringerem Maße der Bauern organisiert waren, dem Aufruf der Bolschewiki zum Aufstand an. Das Bewusstsein der Klasse hatte eine revolutionäre Perspektive gewonnen, und Lenins Fähigkeit, die Bolschewiki von der Notwendigkeit der Übernahme des Staatsapparats zu überzeugen, läutete die erste Diktatur des Proletariats ein. Der Staat wurde in der Folge vollständig von den revolutionären Kräften kontrolliert, sie hatten die Macht im Staat erobert.

Arbeitsübersetzung aus dem Englischen Jenny Farrell/Raimund Ernst

Instrument
und Feld
des Klassen-
kampfes



Claudius Vellay,
Philosoph,
Mitherausgeber
der MBl

Marxistischer Materialismus

Claudius Vellay

Die auf revolutionäre Veränderung zielende Marxsche Gesellschaftsanalyse ist eingebettet in einen umfassenden, philosophischen Orientierungsrahmen: der Weltanschauung des historischen und dialektischen Materialismus. Der Begriff des historischen bezieht sich auf die universale Geschichtlichkeit aller Phänomene in Natur und Gesellschaft, die sich beständig entwickeln, wenn auch auf verschiedene Weise und in unterschiedlichen Zeiträumen. Dialektik¹ meint nicht nur wie im Altertum eine subjektive Erkenntnismethode, sondern die Entwicklung der Wirklichkeit als von inneren Gegensätzen angetrieben.

Marxistischer Begriff der Materie

In ihrer Stellung zur »Grundfrage« über das »Verhältnis von Denken und Sein« unterscheiden sich in der Philosophie lt. Engels² die materialistische von der idealistischen Weltanschauung.³ Im Materialismus wird das materielle Sein als primär angesehen, aus dem sich sekundär mit der Denkfähigkeit des Menschen das Ideelle entwickelt hat. Mit seiner Denkfähigkeit kann der Mensch die materielle Wirklichkeit erkennen (ideelle Widerspiegelung). Hingegen wird in der idealistischen Tradition entweder ein geistiger Ursprung des Seins angenommen (objektiver Idealismus) oder unsere ideelle Denkfähigkeit verabsolutiert, indem die Denkinhalte und Erlebnisse zur einzig zugänglichen »Realität« erklärt werden (subjektiver Idealismus).

In der materialistischen Tradition seit der Antike (Demokrit, Epikur) wird von der unendlichen Selbst-Entwicklung des Seins im Universum ausgegangen, einschließlich der natürlichen Entstehung des Lebens und des Menschen auf der Erde. Dagegen bestimmen im objektiven Idealismus (von Platon bis Hegel) Ideen und Werte die materielle Realität. Darunter fallen religiöse Auffassungen, beispielsweise die Weltschöpfung nach einem ideellen Plan Gottes, ebenso wie Vorstellungen, wonach die materielle Welt durch äußere »Gesetze« in ihrer Entwicklung bestimmt werde. Seit der Moderne wird der subjektive Idealismus vorherrschend (Berkeley, Hume und Kant), welcher sich auf die ideelle »Erscheinungswelt« unserer Gedanken beschränkt.

1 Siehe hierzu den Beitrag von Nina Hager in diesem Heft.

2 Vgl. MEW 21: 274f.

3 Mithin sind die Begriffe nicht moralisch zu verstehen, z.B. »idealistisch« nicht als Streben nach hehren Idealen oder »materialistisch« nicht als auf seinen materiellen Vorteil bedacht zu sein.

Ein weit verbreitetes Verständnis einer »materialistischen« Philosophie geht von einem physikalischen Materiebegriff aus. Im marxistischen Materialismus wird »Materie« dagegen umfassend verstanden als alles das, was objektiv existiert, d. h. außerhalb der ideellen Gedankeninhalte der Menschen. Dementsprechend definiert Lenin den marxistischen Begriff der Materie folgendermaßen: »Die *einzig*e ›Eigenschaft‹ der Materie, an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, ist die Eigenschaft, *objektive Realität zu sein*, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren.«⁴

Einerseits ist alles außerhalb der Ideen in den Köpfen der Menschen materielle Realität, sei diese natürlich entstanden oder vom Menschen geschaffen. Insbesondere bestreitet der Marxismus damit das Bestehen jenseitiger Mächte, aus dem Nichts entstehende Wunder, übernatürliche Wesen oder Götter. Schon Feuerbach wusste, dass solch religiöse Vorstellungen als Projektionen ideeller Fähigkeiten des Menschen auf die Natur entstanden. Andererseits haben Dinge, die es nicht gibt – etwa Gespenster oder Teufel, ebenso Einhörner oder die Erde als flache Scheibe, um welche die Sonne kreist etc. – ihren »Ort« ausschließlich ideell im menschlichen Bewusstsein. Gespenster, Hauptakteure spannender Geschichten in Büchern oder Filmen, existieren nicht in den Buchstaben auf dem Papier oder den Pixeln am Bildschirm, sondern sie erhalten ausschließlich in unserer ideellen Phantasie lebendige Bedeutung. Die Annahme des Bonner Philosophen Markus Gabriel, das Ideelle sei Teil der Welt, führt ihn hingegen auf den idealistischen Abweg, dass es die Welt nicht gibt (vgl. Gabriel 2013). Vielmehr gäbe es so viele Welten, wie Ideen und Sichtweisen, einerlei ob es sich dabei um Erkenntnisse oder reine Phantasie-Produkte handelt.

Ein weiterer Aspekt des Verhältnisses von Denken und Sein betrifft die Unterscheidung von Gegenständen und Bedeutungen. Reale Gegenstände, sowohl natürlich entstandene (Sterne, Steine, Kohle etc.) als auch vom Menschen absichtsvoll hergestellte (Tische, Werkzeuge etc.), haben materielle Eigenschaften, die sie für bestimmte Verwendungen objektiv geeignet machen: Kohle ist brennbar und deshalb ein mögliches Heizmittel. Diese Gegenstände samt ihren Eigenschaften gehören zur materiellen Realität, d. h. ihr Sein bleibt völlig unberührt davon, was immer wir von ihnen denken. So war Kohle schon brennbar, als die Menschen dies noch nicht wussten. Und als sie diese Eigenschaft von Kohle aufgrund praktischer Erfahrung zu denken gelernt hatten, war es nicht das Denken selbst, sondern dass durch dieses Denken geleitete praktische Verbrennen, welches die Kohle samt ihrer materiellen Eigenschaften veränderte und in Asche verwandelte. Die Bedeutungen, welche die Gegenstände und ihre Eigenschaften für uns haben und gegebenenfalls

Materielles
Sein und
ideelles
Denken

4 LW 14: 260, Hervor. i. O.

unser Handeln leiten, existieren bloß ideell in unseren Gedanken. Dies gilt selbst für speziell als bedeutungstragende Zeichen hergestellte Gegenstände (Buchstaben, Hinweisschilder, Töne etc.). Stets müssen wir es erst subjektiv erlernen, die entsprechende Bedeutung zu denken. Materielle Gegenstände und ihre ideellen Bedeutungen sind niemals identisch, sondern qualitativ voneinander unterschieden. Insofern ist ein »Dualismus« von Denken und Sein unaufhebbar. Die Fähigkeit zur bewussten Bildung ideeller Denkinhalte entwickelt sich erst beim Menschen⁵ als besondere Eigenschaft hochorganisierter, lebender Materie. Der Mensch kann denkend sein Handeln zielgerichtet steuern. Nur in dem so verstandenen Arbeitsprozess kann die Rede davon sein, dass Denken und Sein in diesem materiellen Handeln gewissermaßen zu einer »Einheit« gelangen.

Beispiel Geld

John Searle, ein herausragender Vertreter der gegenwärtigen »Philosophie des Geistes« vertritt die Ansicht, dass gesellschaftliche Institutionen, wie Geld, Universitäten, Cocktail-Partys etc. nur dadurch existieren, dass wir sie als solche denken, was er die »Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit« nennt⁶. Hier schlägt die Betonung des Ideellen in subjektiven Idealismus um, denn das bloße Denken bringt keine gesellschaftliche Realität hervor. Es ist das materielle Handeln der Menschen, wenn auch von ihrem ideellen Denken gesteuert, wodurch gesellschaftliche Institutionen entstehen. Marx zeigt beispielsweise an der Entstehung des Geldes⁷, wie sich allmählich bestimmte Waren (Salze, Felle etc., später Gold und Silber) als allgemeines Äquivalent des Handels durchsetzten, d. h. die Rolle des Geldes praktisch übernahmen. Das Denken dieser Menschen war bloß darauf gerichtet, entbehrliche gegen begehrte Güter zu tauschen, und mit der Verstetigung des Tauschs entstand im praktischen Handeln selbst das allgemeine Tausch-Äquivalent, d. h. die reale Kategorie Geld. Erst später, mit der Verallgemeinerung der Warenproduktion, entstand die ideelle Bezeichnung »Geld« und noch später ökonomische Theorien mit der Erkenntniskategorie »Geld«, definiert als »allgemeines Äquivalent des Tauschs«.

Materielle gesellschaftliche Verhältnisse

Wie verhält es sich nun aber mit der Materialität von gesellschaftlichen Verhältnissen, z. B. dem der Ausbeutung von Lohnarbeitern durch Kapitalisten?⁸ Manche bestreiten die Richtigkeit der Marxschen Analyse der kapitalistischen Aneignung des von den Beschäftigten produzierten Mehrwerts. Doch weder erschafft Marx die als »Ausbeutung« bezeichnete gesellschaftliche Realität durch seine theoretische Analyse, noch ändert es

5 Hier wird von weniger entwickelten Bewusstseinsformen im Tierreich abgesehen.

6 Vgl. Searle 1997.

7 Vgl. MEGA II/8: 741.

8 S. hierzu den Beitrag von Ulf Brandenburg in diesem Heft.

diese Realität, wenn andere ihr den Charakter der Ausbeutung absprechen. Ein gesellschaftliches Verhältnis ist materiell, wenn bloßes Denken und Interpretieren dieses völlig unberührt lässt. Dies ändert sich nur dann, und darum geht es im Grunde beim Streit um die »Ausbeutung«, wenn die Arbeiter praktisch gegen die Ausbeutung tätig werden und letztlich die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführen. Mit »die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift«⁹ meint Marx dieses Münden revolutionären Denkens in revolutionäres Handeln. Beim Ideenstreit und dem ideologischen Klassenkampf gegen vielfältige Manipulationen des Denkens geht es letztlich stets um die realen Handlungen der Menschen, welche die materiellen Verhältnisse aufrechterhalten oder verändern. Daher kritisierten Marx und Engels die Junghegelianer für ihren bloßen Ideenstreit. Sie begnügten sich, »das Bestehende anders zu interpretieren, d. h. es vermittelt einer andren Interpretation anzuerkennen«, weshalb sie mit ihren »angeblich ›welterschütternden‹ Phrasen die größten Konservativen« seien.¹⁰

Leider ist es auch eine starke Gegenwartstendenz, die weit in progressive Kreise wirkt, die Unterscheidung zwischen materieller Realität und ideellem Denken und Bewerten zu verwischen und so zu tun, als reduziere sich die Realität darauf, was wir über sie denken. Diese Tendenz wird durch den wachsenden Konsum von »virtuellen Bilderwelten« erleichtert und von subjektiv-idealistischen Philosophen irrationalistisch verstärkt, sodass sogenannter »postfaktischer« Politik¹¹ weitgehende Möglichkeiten der ideologischen Manipulation eröffnet werden.

Die Raffgier der Reichen beispielsweise als das Charakteristische des Kapitalismus auszugeben oder den kapitalistischen Wachstumszwang als einen religiösen Glaubensgrundsatz misszuverstehen, verdunkelt die Realität. Zwar gibt es solcherart (ideelles) Denken bei Kapitalisten durchaus, aber Marx zeigt, dass der Akkumulationszwang im Kapitalismus ein objektiv-materielles Problem ist, das aus den gesellschaftlichen Verhältnissen erwächst und durch moralische Läuterung der Kapitalisten nicht zu beheben ist.

Die Unterscheidung von Denken und Sein erlaubt es auch, die Wahrheit des Denkens zu überprüfen, nämlich an dem Kriterium der Praxis. In dem Maße wie die Theorie, d. h. die ideell-gedankliche Erfassung der materiellen Realität, eine erfolgreiche praktische Veränderung erlaubt, in dem Maße wird die Erkenntnisfähigkeit des Menschen praktisch erwiesen.¹² Die geschichtlich wachsende Eingriffsfähigkeit belegt den

Praxis-
kriterium der
Wahrheit

9 MEW 1: 385.

10 MEW 3: 20.

11 »Postfaktisch« wurde 2016 zum deutschen und internationalen Wort des Jahres gekürt.

12 Vgl. MEW 21: 275f.

Erkenntnisfortschritt. Dies ist nicht mit der bürgerlichen Philosophie des »Pragmatismus« zu verwechseln, die den Anspruch auf Wahrheit als Übereinstimmung mit der Realität (Korrespondenz-Wahrheit) zugunsten der Bewertung der praktischen Konsequenzen einer Theorie aufgibt. Für diese Philosophen ist »wahr«, was (aus ihrer Sicht) wünschenswerte Konsequenzen zeitigt. Das praktische sich Reiben an der objektiven Realität im Arbeitsprozess, was das Überprüfen einer Theorie am praktischen Erfolg erlaubt, liegt außerhalb ihres Gesichtskreises.

Dennoch kann es politisch durchaus sinnvoll sein, weltanschauliche Fragen im Hintergrund ruhen zu lassen. Beim Versuch, beispielsweise ein möglichst breites Friedensbündnis zu bilden, wäre es töricht, eine weltanschauliche Übereinkunft mit religiös motivierten Friedensfreunden sektiererisch zur Vorbedingung einer gemeinsamen Friedensdemo zu machen.

Pachamama

Von vielen indigenen Völkern Südamerikas wird traditionell die »Mutter Erde« (Pachamama) als Gottheit verehrt und ihr als Schöpferin des Lebens ein Subjekt-Statut beigemessen. In Bolivien wurde 2009 unter dem fortschrittlichen, ersten indigenen Präsidenten Evo Morales in Würdigung der traditionellen Kultur der indigenen Bevölkerungsmehrheit sowie des Naturschutzes der Pachamama Verfassungsrang verliehen. Nun gibt es zahlreiche Versuche, solche animistischen Naturauffassungen nach Europa zu exportieren (Animismus ist der religiöse Glaube, allen Gegenständen, insbesondere der Natur, eine Geistbeseeltheit zuzusprechen); beispielsweise wenn im Namen des Naturschutzes die gesetzliche Verankerung von Eigenrechten der Natur, z. B. für Flüsse, gefordert wird (so wurde 2022 erstmals in Europa vom spanischen Parlament die Salzwasserlagune Mar Menor per Gesetz zum Rechtssubjekt mit eigenen Schutzrechten erklärt). Die Debatte um Sinn oder Unsinn einer solchen Verrechtlichung von Naturobjekten ist hier nicht Thema¹³. Hier wird auf diese Debatte nur verwiesen aufgrund der dabei oft von Anthropologen vorgetragenen weltanschaulichen Relativierung wissenschaftlicher Erkenntnis. Diese sei bloß eine Sichtweise neben anderen. Insbesondere die Unterscheidung von Natur und Kultur sei ein Produkt »westlicher« Wissenschaft¹⁴, welche im animistischen Glauben von indigenen Völkern nicht existiere. Zunächst wird der grundsätzliche Unterschied von Wissenschaft und religiösem Glauben für die Erkenntnis der Wirklichkeit negiert, um dann die »westliche« Wissenschaft für die Zerstörung der Natur verantwortlich zu erklären. Dies mündet darin, anstelle der Wissenschaft eine mythologische Einheit mit der Natur zu propagieren, die vorgibt, sich an der Lebensweise der indigenen Völker zu orientieren.

13 Allerdings können allein wahrhaftige Subjekte, nämlich lebendige Menschen, vor Gerichte ziehen und im Namen der Natur die ihr zugesprochenen Rechte einklagen.

14 Vgl. Descola 2011.

Es mag sinnvoll sein, bei diesen nach Anregungen für die Bewahrung natürlicher Kreisläufe Ausschau zu halten. Aber ihre Übertragbarkeit ist rational und wissenschaftlich zu prüfen. Hingegen die animistische Naturmythologie zur Lösung der ökologischen Krise importieren zu wollen, trägt zu wachsendem Irrationalismus bei. Der Marxismus verwirft auf seiner materialistischen Grundlage solche idealistischen Projektionen menschlich-ideeller Fähigkeiten auf die Natur oder die Wirklichkeit insgesamt, der keinerlei »Geistbeseeltheit« innewohnt.

Marx kritisierte in seinen *Thesen über Feuerbach* an allem bisherigen Materialismus die Ausblendung der aktiven, bewusst gestalterischen Rolle des menschlichen Subjekts.¹⁵ Josef Dietzgen, obwohl man ihm die Erfindung des Ausdrucks »dialektischer Materialismus« zuschreibt, bezeichnete das Denken als materiell. Lenin, der wie Marx und Engels den sogenannten »Arbeiterphilosophen« ansonsten hoch schätzte, wies diese Auffassung als verfehlt zurück.¹⁶ Auch heute versuchen viele Neurowissenschaftler, nicht nur die materielle Basis unseres Denkens im Gehirn genauer zu untersuchen, sondern das Denken selbst als »materiell« aufzufassen. In der bürgerlichen »Philosophie des Geistes« ist ein solcher materialistischer Reduktionismus vorherrschend, wonach ideelles Denken und Erleben bloße Illusion seien und es eigentlich nur materielle Neuronalprozesse im Gehirn gäbe. Letztlich wird mit einem solchen reduktionistischen Materialismus den Menschen ihr Subjekt-Status abgesprochen: Wenn die ideelle Denkfähigkeit tatsächlich eine Illusion wäre, dann könnten die Menschen nicht selbstbestimmt ihr Handeln leiten und die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht selbstbestimmt gestalten. Hier zeigt sich die dialektische Seite am Materialismus, nämlich die Entstehung einer neuen Qualität von ideellen Denkinhalten auf der materiellen Grundlage von Gehirnprozessen, mittels derer die Menschen durch die bewusste Gestaltung der materiellen Wirklichkeit (Arbeit) ihr eigenes gesellschaftliches Sein und damit auch ihre ideelle Denkfähigkeit entwickeln können.

Spiegelbildlich zum »materialistischen« Absprechen des menschlichen Subjekt-Charakters wird dieser oft der fälschlich KI (Künstliche Intelligenz) genannten Computer-Technik zugesprochen. Die Maschinen können zwar inzwischen erstaunlich gut menschliches Verhalten simulieren, z. B. ChatGPT bei der Text-Erstellung. Die wahrscheinkeitsbasierte Verarbeitung sehr großer Datenmengen bleibt jedoch auf der rein materiellen Ebene (Syntax), ohne irgendeine ideelle Bedeutung (Semantik). Die Maschine versteht weder die eigenen Rechenoperationen noch überhaupt etwas, kann insofern auch nicht intelligent sein und

Verkürzter
Materialismus
heute

Beispiel
Künstliche
Intelligenz

15 Vgl. MEW 3: 5.

16 Vgl. LW 14: 242.

noch weniger wertend einen eigenen Willen ausbilden. Einerseits ist es sinnlos, die Fähigkeit zum ideellen Denken des Menschen als Illusion zu bezeichnen, da es sich auch bei einer Illusion um ideelles Denken handelt, wenn auch mit falschem Inhalt. Andererseits können Rechenmaschinen nicht denken, also auch keine Illusionen haben. Menschliche Illusionen über die KI resultieren aus weltanschaulicher Verwirrung über ideelles Denken und materielles Sein.

Die menschliche Fähigkeit, denken und damit begründet handeln zu können, ist eine grundlegende Bedingung nicht zuletzt dafür, dass wir uns die praktisch-materielle Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel setzen können.

Literatur

- Marx, Engels und Lenin werden nach den Werksausgaben (MEW u. MEGA, LW) zitiert.
- Descola, Philippe (2011), *Jenseits von Natur und Kultur*, Berlin: Suhrkamp.
- Gabriel, Markus (2013), *Warum es die Welt nicht gibt*, Berlin: Ullstein.
- Searle, John R. (1997), *Die Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit: Zur Ontologie sozialer Tatsachen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Weiterführende Literatur

Eine etwas ausführlichere Darstellung der marxistischen Weltanschauung findet sich hier:

- Vellay, Claudius (2014), *Dialektik und historischer Materialismus*, in: Ingrid Artus et al. (Hg.), *Marx für SozialwissenschaftlerInnen: Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–50.
- Die zentrale Rolle der Arbeit für das gesellschaftliche Sein und die Subjektwerdung des Menschen sind in den folgenden Artikeln der Marxistischen Blättern dargestellt:
- Vellay, Claudius (2019), *Arbeit als ontologische Zentral-Kategorie des gesellschaftlichen Seins: Zur Entwicklung bei Lukács vom Jungen Hegel zur Ontologie und zur Begriffs-Akrobatik bei Claus Baumann*, Marxistische Blätter 5: 59–70.
- Vellay, Claudius (2021), *Marxistische Subjekttheorie in Anschluss an Lukács' »Ontologie des gesellschaftlichen Seins«: Georg Lukács zum 50. Todestag*, Marxistische Blätter 3: 23–31.

Was ist Dialektik?

Nina Hager



Nina Hager,
Berlin, Physikerin,
Leibniz-Sozietät,
Mitherausgeberin
der MBI

Im Sommer 1989 erschien in der konservativen »The National Interest« der Artikel »The End of History?« des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama, damals auch stellvertretender Chef des Planungsstabes im State Department. Darin behauptete der Autor, die Geschichte der politischen Entwicklung der Gesellschaft sei – angesichts der in den damaligen sozialistischen Staaten Europas und vor allem in der Sowjetunion vor sich gehenden Ereignisse und der sich andeutenden Umbrüche – an einem Endpunkt gelangt. Der Weg sei frei für die »liberale Demokratie«. D. h., die »liberalen Demokratien« und die Marktwirtschaft hätten über den Sozialismus gesiegt, die »westlichen Demokratien« seien die höchste zu erreichende Gesellschaftsform.

Sein Beitrag stieß übrigens selbst in bürgerlichen Kreisen auf Kritik. Nur ein Beispiel: Am 22. September 1989 veröffentlichte die großbürgerliche Zeitung »Die Zeit« einen Beitrag von Marion Gräfin Dönhoff unter dem Titel »Am Ende aller Geschichte?«. Der Beitrag trug den Untertitel **»Die Niederlage des Marxismus bedeutet nicht den Triumph des Kapitalismus«**.¹ Sie beschrieb in ihrem Beitrag die Gründe dafür, warum dies so ist, kennzeichnete Entwicklungen, die sich in den imperialistischen Metropolen vollzogen, beschrieb die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, machte auf die Folgen der Zuspitzung bestehender Widersprüche aufmerksam und zweifelte: »Sollte dies wirklich die perfekte Gesellschaft sein, die für alle Zeiten über den Sozialismus triumphiert?«²

35 Jahre später haben sich bestehende Widersprüche und die soziale Spaltung auch hierzulande weiter vertieft. Zugleich nehmen Komplexität gesellschaftlicher Prozesse und die Geschwindigkeit von Veränderungen zu. Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Kriegen, kriegerischen Konflikten und Verfolgung fliehen, stieg laut UNHCR bis Ende 2022 auf 108,4 Millionen³ und ist seither weiter angewachsen. Die Veränderungen in der Umwelt und der Klimawandel nehmen dramatische Ausmaße an. Wie wird die Zukunft aussehen?

Zugleich aber werden – nicht nur hierzulande – systematisch und effektiv, mittels der Bildungseinrichtungen sowie der alten und neuen Medien, gesellschaftliche Widersprüche bzw. deren tatsächliche Ursachen verschwiegen.

1 Marion Gräfin Dönhoff: Am Ende aller Geschichte? In: Die Zeit, 22.9.1989.

2 Ebenda.

3 Siehe <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingzahlen>.

In der marxistischen Philosophie gibt es jedoch ein »Instrument«, das – mit Wissen über die konkreten Sachverhalte verbunden – helfen kann, vor allem komplexe und widersprüchliche Vorgänge zu analysieren, Zusammenhänge, Entwicklungstendenzen und Gegentendenzen aufzudecken sowie Risiken⁴ zu erkennen und auf das notwendige Handeln zur Veränderung der Welt zu orientieren⁵: dialektisches Denken.

Seit wann
kann man von
dialektischem
Denken
sprechen?

Der marxistische Philosoph Herbert Hörz macht darauf aufmerksam, dass dialektisches Denken in der Geschichte immer dann »eine Rolle spielte, wenn es darum ging, Denkschemata aufzubrechen, einseitige Haltungen zu überwinden und der wirklichen Veränderung und Entwicklung auch im Denken gerecht zu werden. [...] Dialektik [...] kann sowohl idealistisch als auch materialistisch verstanden werden«.⁶

Erste Ansätze dialektischen Denkens finden sich bereits in vorderasiatischen Agrardespotien wie im alten Mesopotamien, doch erst in den griechischen Stadtstaaten des 6. und 5. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung entstand dialektisches Denken (a) als Form philosophischen Denkens und (b) der Debatte. Nur Ersteres soll uns hier interessieren.

Die Entstehung der Philosophie und des dialektischen Denkens hing zusammen mit der allmählichen Überwindung mythologischer Vorstellungen vorhergehender Gesellschaften und war verbunden mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der weiteren Ausprägung der Klassengesellschaft. Die Dialektik als Form philosophischen Denkens (und zwar noch ungegliedert) entstand in den antiken griechischen Stadtstaaten als Versuch der rationalen Erklärung der Welt. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Heraklit aus Ephesus stellte im Gegensatz zu anderen Denkern jener Zeit, die Bewegung und Veränderung leugneten, – *Erfahrungen* aus Gesellschaft und Naturbeobachtung *verallgemeinernd* – fest: Alles fließt und nichts bleibt. Man kann nicht zwei Mal in denselben Fluss steigen. Und er sah die Welt als ständigen Austausch gegensätzlicher Bestimmungen: »Das Kalte wird warm, das Warme kalt, das Feuchte trocken, das Dürre nass«. Nichts ist vorstellbar ohne seinen Gegensatz. Die antike Atomistik Demokrits war konsequent materialistisch. Während Demokrit die Bewegung der Atome, die »Bausteine« allen Bestehenden, als kleinste, unteilbare Teilchen nur als linear und notwendig auffasste, ging später Epikur bereits auf Beziehungen von Notwendigkeit und Zufall ein.

Hier entstand – wie Engels hervorhob – ein, noch sehr naives, Bild »einer unendlichen Verschlingung von Zusammenhängen und Wechselwirkungen, in der nichts bleibt, was, wo und wie es war, sondern alles

4 Vgl. ebenda, S. 11.

5 Vgl. Herbert Hörz, *Materialistische Dialektik: Aktuelles Denkinstrument zur Zukunftsgestaltung*, trafo Verlagsgruppe, Berlin 2009.

6 Ebenda, S. 27.

sich bewegt, sich verändert, wird und vergeht«. ⁷ Das europäische Mittelalter knüpfte – was die Antike betraf – zunächst allein an bestimmte Lehren des Aristoteles an, vergessen wurden aber weitgehend dessen dialektische Ansätze. Trotzdem gab es auch in Europa – vor allem seit der Renaissancezeit – immer wieder dialektische Denkansätze. Dialektisches Denken erlebte hier einen ersten neuen Höhepunkt mit der klassischen deutschen Philosophie, vor allem den – objektiv-idealistischen – Auffassungen Hegels ⁸. Die Begriffsdialektik in Hegels Arbeiten wurde »in den Arbeiten von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) umgedeutet, neu begründet und zu einem kritischen Denkinstrument, das die Veränderung der Welt zum Erkenntnisgegenstand machte und Handlungsorientierungen gab.« ⁹

Die dialektisch-materialistische Betrachtung von Natur, Gesellschaft und Denken löste die bisherige starre Betrachtung der Gegensätze wieder auf. Sie kehrte (auf einer weitaus höheren Erkenntnisstufe) zurück zu den Ursprüngen dialektischen Denkens, umfasste – gestützt auf die Entwicklungsauffassungen vor allem in den Naturwissenschaften jener Zeit (Kant-Laplace-Theorie der Entstehung des Sonnensystems, vor allem aber in Biologie und Geologie) – zunehmend auch Entwicklungstheorie.

Engels betonte: »Die Dialektik ist aber weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.« ¹⁰ Sie ist *Einheit von Theorie und Methode* ¹¹, dabei aber kein Ersatz für einzelwissenschaftliche Theorien und Methoden. Als Theorie erfasst sie auf einer hohen Stufe der Abstraktion

- **die objektive Dialektik** – die die realen Vorgänge in Natur, in der Gesellschaft, in technischen Systemen bestimmt – und durch den Menschen erkannt werden kann;
- die **Dialektik des Erkenntnisprozesses**, also die Art und Weise, wie diese objektive Dialektik durch den Menschen erkannt und theoretisch erfasst wird und
- die **subjektive Dialektik**, die Art und Weise, wie die objektive Dialektik im menschlichen Denken in Begriffen, Aussagen, Modellen, Theorien widergespiegelt wird.

»Es ist [...]«, bemerkte Engels, »die Geschichte der Natur wie der menschlichen Gesellschaft, aus der die Gesetze der Dialektik abstrahiert werden.

Prinzipien
und Grund-
gesetze der
dialektisch-
materia-
listischen
Philosophie

7 Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW, Band 20, S. 20.

8 H. Hörz: Materialistische Dialektik. Aktuelles Denkinstrument zur Zukunftsgestaltung. A.a.O., S. 44–52.

9 Ebenda, S. 53.

10 Friedrich Engels, Anti-Dühring, S. 131–132.

11 Auf ihre Funktion als Methodologie, »Methodenlehre«, wird im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen.

Sie sind eben nichts anderes als die allgemeinsten Gesetze dieser beiden Phasen der geschichtlichen Entwicklung sowie des Denkens selbst.«¹²

Philosophie kann das nicht allein: Die Analyse und Verallgemeinerung neuer Ergebnisse einzelwissenschaftlicher wie interdisziplinärer Erforschung von Natur, Gesellschaft und Denken und der dabei angewandten Methoden wie praktischer gesellschaftlicher Erfahrungen ist auch für philosophische Betrachtungen ständige Aufgabe. Für die materialistische Dialektik gilt – wie für jede Wissenschaft – das allgemeine Kriterium der Wissenschaftlichkeit: Die Praxis als Grundlage und Ziel der Erkenntnis. Für die Naturwissenschaften sah Friedrich Engels schon zu seiner Zeit in der Dialektik »die wichtigste Denkform, weil sie allein das Analogon und damit die Erklärungsmethode bietet für die in der Natur vorkommenden Entwicklungsprozesse, für die Zusammenhänge im ganzen und großen, für die Übergänge von einem Untersuchungsgebiet zum anderem.«¹³ Sie kann – in Theorie wie Methode – aber konkrete wissenschaftliche Forschung, die spezifischen Methoden der Fachwissenschaften nicht ersetzen.

Grundprinzipien der materialistischen Dialektik

Jede Theorie geht von Grundannahmen, Grundprinzipien aus. Für die materialistische Dialektik sind dies die Grundannahmen

- der *Unerschöpflichkeit des materiellen Geschehens*,
- der *Strukturiertheit der Materie*, der *dialektischen Determiniertheit* und
- das *Entwicklungsprinzip*.

Erinnern wir uns daran, was Engels zur ursprünglichen, naiven Dialektik-auffassung im antiken Griechenland sagte: Sie zeichnete schon das »Bild einer unendlichen Verschlingung von Zusammenhängen und Wechselwirkungen, in der nichts bleibt, was, wo und wie es war, sondern alles sich bewegt, sich verändert, wird und vergeht«.

Das dialektische Prinzip der Unerschöpflichkeit der Welt hebt den »ständigen« Formwandel, das Werden und Vergehen hervor. Es gibt keine »ewigen«, absolut stabilen Dinge und Erscheinungen.

Das Prinzip der Strukturiertheit bedeutet vereinfacht: Die objektive Realität ist in ihren Objekten, Prozessen und Beziehungen strukturiert (z. B. Moleküle bestehen aus Atomen) als auch zwischen ihnen (z. B. ökonomische Basis und gesellschaftlicher Überbau). Es bestehen hierarchische Zusammenhänge, in denen die verschiedenen Ebenen nicht aufeinander reduzierbar sind: So ist das Wesen des Menschen nicht auf sein biologisches Wesen zurückführbar, aber ohne Berücksichtigung dieser biologischen Grundlagen, aber auch des Sozialen/Gesellschaftlichen und des Psychischen ist das Wesen des Menschen nicht vollständig erklärbar.

12 Friedrich Engels, *Dialektik der Natur*, MEW, Bd. 20, S. 348.

13 Ebenda, S. 330–331.

Das Prinzip der Bedingtheit und Bestimmtheit (auch: *Determinismusprinzip, Determiniertheit*) bedeutet, dass Objekte, Prozesse und Beziehungen in der Realität zusammenhängen, wechselwirken, einander bedingen und bestimmen – nicht etwa aber, dass alles mit allem zusammenhängt oder Zusammenhänge auf eine Form zu reduzieren wären: Es gibt wesentliche und unwesentliche, notwendige und zufällige, allgemeine, besondere, einzelne Zusammenhänge.

Im Bild der unendlichen Verschlingung von Zusammenhängen und Wechselwirkungen wird zugleich darauf verwiesen, dass »nichts bleibt, was, wo und wie es war, sondern alles sich bewegt, sich verändert, wird und vergeht«. Dies führt uns zum *Entwicklungsprinzip*: In der Geschichte der Philosophie und anderer Wissenschaften war Entwicklungsdenken früh angelegt, wurde aber auch jegliche Höherentwicklung gelehnt, z. B. in Kreislauftheorien oder Niedergangstheorien (seit dem »goldenem Zeitalter« gebe es nur Rückschritt) oder Behauptungen wie die von Fukuyama 1989.

Wir unterscheiden zunächst zwischen einfacher Bewegung (wie der von Ort zu Ort), Veränderung und Entwicklung. Wird Wasser zu Wasserdampf oder Eis, dann haben wir es mit Veränderungen zu tun, in denen ein anderer Aggregatzustand von Wasser (H₂O) entsteht (dampfförmig oder fest). Das ist kein Entwicklungsprozess. Anders war es beispielsweise beim Übergang wasserlebender Tiere an Land vor Millionen von Jahren. Anpassung war nötig wie beispielsweise die Ausbildung neuer Organe. Im Gefolge entstanden in einem langen Prozess neue Tierarten. In diesem Prozess ging eine Entwicklung vor sich, entstanden neue oder gar höhere Qualitäten: Am Ende des bisherigen Prozesses der Evolution stehen der Mensch und die durch den Menschen veränderten oder stark beeinflussten Tier- und Pflanzenarten. Entwicklung ist oft verbunden mit Zunahme von Komplexität und/oder besserer Funktionalität.

In Entwicklungsprozessen entstehen neue und höhere Qualitäten. Entstehen höhere Qualitäten, dann sprechen wir von *Höherentwicklung*. Dafür müssen aber Kriterien angebar sein. Was unterscheidet zum Beispiel den Frühmenschen von jenem Primaten, der vor Millionen Jahren in der Savanne »das aufrechte Laufen« lernte?

Doch in Entwicklungsprozessen kann es auch Phasen der *Regression* oder *Stagnation* geben, oder sie können *abbrechen* (z. B. Evolution in Tier- und Pflanzenwelt: Nebenzweige, deren Entwicklung abbricht oder Zweige, die auf Dauer oder zeitweise stagnieren – aber auch Entwicklung in der Gesellschaft: Maya-Gesellschaft oder lange Stagnationsperiode in der asiatischen Produktionsweise).

Alle Entwicklungsprozesse verlaufen auf eine besondere Art und Weise. Entwicklung gibt es bereits in der unbelebten Natur. Im Kosmos wie auf unserem Planeten gab es sie lange vor der Existenz der menschlichen Gesellschaft. Sie weisen jedoch alle bestimmte gemeinsame, allgemeine

Grundgesetze
der Dialektik

Züge auf. Diese kommen in allgemeinsten *Entwicklungsgesetzen* zum Ausdruck:

1. Jedes natürliche oder gesellschaftliche Objekt, jeder Prozess, existiert – wie bereits hervorgehoben – durch seine konkreten Beziehungen, Wechselwirkungen mit anderen. Diese bedingen sie und bestimmen einander. Manche dieser Beziehungen schließen sich aber einander zugleich aus, wirken in entgegengesetzter Richtung, das heißt, sie liegen sozusagen im »Kampf« miteinander. Dieser »Kampf« der Gegensätze ist die Quelle von Bewegung und Veränderung, treibt in Entwicklungsprozessen die Entwicklung voran, kann aber auch zur Zerstörung von Systemen führen.

Gegensätze, die sich im Verhältnis der Einheit und des gleichzeitigen »Kampfes« befinden, bilden einen dialektischen Widerspruch, der sich im Laufe der Zeit entwickelt, entfaltet, zuspitzt und letztlich zur Lösung drängt. Dies kann zu einem anderen Zustand des Systems oder zur Zerstörung des Systems führen oder zur Entstehung von etwas Neuem, in dem wieder widersprüchliche Seiten auftreten.

Alle materiellen Systeme und Prozesse sind durch solche widersprüchlichen Seiten charakterisiert (Beispiele: Welle-Teilchen-Dualismus, Auf- und Abbauprozesse in Organismen, Verhältnis Organismus-Umwelt, Vererbung und Anpassung, antagonistische Klassen in Ausbeutergesellschaften). Allerdings muss man dabei differenzieren und bei der Erkenntnis der entsprechenden Prozesse die *grundlegenden Widersprüche* herausarbeiten. Diese dialektischen Widersprüche bestimmen die Struktur und die Entwicklung der materiellen Systeme, sie sind die eigentliche Quelle der Bewegung und Entwicklung. Aus diesem Grund nannte Karl Marx den Widerspruch auch »die Springquelle aller Dialektik«.

Dabei ist wichtig, dass mit diesem Gesetz nur die Existenz der Prozesse und Erscheinungen beschrieben ist, nur die Quelle, nicht aber die Entwicklung selbst.

2. Reale natürliche oder gesellschaftliche Systeme, Objekte und Prozesse, weisen stets sowohl eine *qualitative* wie eine *quantitative* Bestimmtheit auf. »*Qualität*« widerspiegelt die wesentlichen, den Charakter einer Erscheinung, eines Objektes, eines Prozesses bestimmenden Zusammenhänge. Wenn wir zum Beispiel einen Gebrauchsgegenstand benötigen, dann schauen wir vor allem auf Haltbarkeit, Zuverlässigkeit der Funktion usw. »*Quantität*« heißt in der Philosophie: Die messbare Bestimmtheit der materiellen Systeme und Prozesse, der Grad ihres Unterschiedes und ihrer Ähnlichkeit in Größe, Umfang, Anzahl, Gewicht, Dauer, Ausdehnung, Intensität und struktureller Anordnung. Die Quantität kann gemessen und als Größe durch Zahlenverhältnisse ausgedrückt werden.

Jede Qualität besitzt zugleich ihre quantitative(n) Bestimmtheit(en), und umgekehrt ist jede quantitative Bestimmung nur durch ihre Beziehung

zu einer Qualität eindeutig definiert. Nur in der Abstraktion, im Denken lässt sich das eine vom anderen »abkoppeln«, getrennt betrachten. Dies – was besonders die Naturwissenschaften mit ihren mathematischen und statistischen Methoden erfolgreich praktizieren – gilt aber als ein wichtiger Durchgangspunkt in der Erkenntnis.

Das Gesetz vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in andere, neue oder höhere qualitative Zustände erklärt Veränderungsprozesse, aber auch den allgemeinen Entwicklungsmechanismus und zugleich das Ergebnis des Veränderungs- oder Entwicklungsprozesses.

In der Bewegung beliebiger materieller Systeme erfolgen ständig Veränderungen quantitativer Art. Diese quantitativen Veränderungen vollziehen sich jedoch im Rahmen, in den Grenzen der gegebenen Qualität. Erst an einem ganz bestimmten Punkt können quantitative Veränderungen in qualitative umschlagen. Die Entstehung einer neuen (oder gar höheren) Qualität im Entwicklungsprozess bedeutet, dass die alte Qualität »negiert«, (negiert = im ursprünglichen Wortsinn »verneint«, »verworfen«, im philosophischen Verständnis aber auch »aufgehoben«) wird.

3. Die sogenannte »abstrakte« *Negation* ist »bloße Zerstörung des Alten«, wie sie der Hagel an der Blüte vollzieht oder ein menschlicher Fuß, der ein Insekt zertritt. Oder wenn das Weizenkorn keimt, eine Pflanze entsteht, die wieder eine Ähre mit Körnern enthält, die neu ausgesät werden können.

Mit Entwicklung hat dies noch nichts zu tun. Durch die *Negation* entsteht zunächst »nur« eine andere Qualität. Entwicklung kann es aber nur geben, wenn der alte Zustand aufgehoben wird (*Negation*), die Gegensätze nach einem neuen gemeinsamen Rahmen streben und etwas Neues entsteht (*Negation der Negation*), eine neue oder höhere Qualität, die sich möglicherweise stark vom Ausgangszustand unterscheidet.

Entwicklung (siehe die Bemerkungen zum Entwicklungsprinzip) schließt Umwege ein, Stagnation, die Verkehrung ursprünglichen Fortschritts ins Gegenteil, das Zur-Regel-Werden der Ausnahme usw.¹⁴ Und nur durch die Bestimmung von *Entwicklungskriterien* – die für verschiedene Bereiche in Natur und Gesellschaft konkret zu bestimmen sind – ist es feststellbar, ob eine neue oder höhere Qualität (Höherentwicklung) entstanden ist, inwieweit sich das »Neue« vom »Alten« unterscheidet.

Um die Erkenntnisse, die in der Theorie der Dialektik formuliert sind, als Anleitung für das Denken und zum Handeln benutzen zu können, müssen daraus allgemeine Regeln, Vorschriften und Forderungen für das Denken und Handeln der Menschen abgeleitet werden (Dialektik als *Methode*). Zu

Dialektik als
Methode

diesen Regeln gehören zum Beispiel jene, die Lenin in seinem Konspekt zu Hegels »Wissenschaft der Logik« anführte¹⁵. Er beginnt mit der Forderung nach der »Objektivität der Betrachtung (nicht Beispiele, nicht Abschweifungen, sondern das Ding an sich selbst) [...]«. Die dialektische Methode erfordert weiter, »die ganze Totalität«, das heißt Gesamtheit, »der mannigfaltigen«, bedingenden und bestimmenden »Beziehungen dieses Dinges zu den anderen« in ihrer Strukturiertheit in Gegenwart wie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie ihrer Veränderung bzw. ihrer Entwicklung zu beachten. Dies ist die Forderung nach *Allseitigkeit der Analyse*. Zudem geht es um die *Beachtung von Widersprüchen*: in der Natur, in der Gesellschaft, aber auch im eigenen Denken. Zudem forderte Lenin, an alle Erscheinungen historisch (*Prinzip des Historismus*) heranzugehen, sie in ihrer Geschichte, das heißt in ihrer Entwicklung, in ihrem Werden und Vergehen zu betrachten.

Man kann also nicht einfach behaupten, etwas sei »dialektisch«, sondern muss stets die tatsächlichen Zusammenhänge, Widersprüche, Veränderungen und Entwicklungen analysieren. Dafür ist Wissen nötig. Für die anderen Wissenschaften kann die materialistische Dialektik weltanschauliche und methodische Orientierung geben und unter Umständen auch Anregungen, in eine bestimmte Richtung weiter zu denken. In den realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist sie für die Analyse und notwendige Orientierungen für praktisches Handeln unsere, wie sie Friedrich Engels einst nannte, »stärkste Waffe«¹⁶.

15 Siehe Konspekt zur »Wissenschaft der Logik«. In: Lenin, Werke, Bd. 38, S. 212–214.

16 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. MEW, Bd. 21, S. 293.

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 35. Jahrgang, Nr. 137, März 2024, 224 Seiten

Lohnabhängigenbewusstsein II

Goes – *Schillerndes Krisenbewusstsein* / Grobys – *Zwischen Staterhalt und gesellschaftlicher Veränderung* / Birke – *Deutungsmuster und Kämpfe* / Biesel – *Migrantisches Lohnabhängigenbewusstsein* / Schubert – *Was ist Solidarität?*

Krieg in Palästina: Zuckermann – „Dieser Zionismus ist in einer Sackgasse gelandet“ / Pappé – *Israel und der Gazastreifen* **Marx-Engels-Forschung:** Galander – *Anmerkungen zu MEGA IV/10*

Und: Reusch / Feldmann – *BSW: Zurück in die Zukunft?* / Schadt – *Politische Strategien der Bundesregierung zur Künstlichen Intelligenz* / Stamatis – *Automatisierung und künstliche Intelligenz als Ideologeme* / Foster – *Degrowth: Postwachstums-Planung (II)* / Boris / Eser – *Anarchokapitalist mit Kettensäge* / Deppe – *50 Jahre Marburger Kongress: Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt* / Gerhardt – *Wissenschaft und Revolution bei Th. Kuczynski* / Lambrecht – *Martin Hundt zu Marx-Engels und den Junghegelianern*

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 30,00 / Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: PF 700 346, 60553 Ffm, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

Was ist Ausbeutung?

Ulf Brandenburg



Ulf Brandenburg, Hamburg, Systemanalytiker, DKP-Bildungskommission, MASCH HH

»Missbrauch auf Obstplantagen – Die Erntesklavinnen Europas«, »Harter Alltag auf dem Kreuzfahrtschiff«, »Moderne Lohnsklaven in Deutschland – Ackern im Akkord«. So oder so ähnlich lauten seit Jahren Schlagzeilen bei uns. Allenthalben wird von Ausbeutung gesprochen. Der Deutschlandfunk bringt es am 7.7.2017 auf den Punkt: »Kellner, Zimmermädchen, Köche, auch Journalisten – um uns herum herrscht Lohnsklaverei. ... Aber wo fängt Lohnsklaverei an?«

Diese Frage, in etwas anderer Formulierung, trieb die bürgerliche Politische Ökonomie über Jahrhunderte zur wissenschaftlichen Erforschung der wirtschaftlichen Grundlagen unserer kapitalistischen Gesellschaft. Sie wurde getrieben von dem Problem der Kapitalverwertung, d. h. der Frage, wie aus einer (investierten) Wertsumme eine noch größere Wertsumme entstehen kann. Sie entdeckte den Wert als das Prinzip, das letztendlich den Austausch von Waren steuert, sie entdeckte, dass menschliche Arbeit den Wert schafft, sie entdeckte die kapitalistischen Klassen, aber sie scheiterte an dem Problem der kapitalistischen Ausbeutung, der eigentlichen Grundlage der Kapitalverwertung. Ja, sie musste daran scheitern! Erst Marx konnte das Problem wissenschaftlich, d. h. auf der Grundlage der Arbeitswert-Theorie lösen.

Um das zu verstehen, müssen wir uns zunächst angucken, wie Marx die kapitalistische Ausbeutung erklärt.

Marx geht zunächst von der Ware aus (siehe auch den Artikel von Klaus Müller im selben Heft). Waren haben einen Doppelcharakter, haben zwei Seiten, nämlich »Gebrauchswerte« oder »Gebrauchseigenschaften« (so kann man mit einem Auto z. B. fahren oder angeben) und »Wert« (der sich letztendlich in einem Preis ausdrückt, z. B. 15.000 € für das Auto). Die Ursache der Gebrauchseigenschaften sind die physischen Eigenschaften der Ware (beim Auto also die Fähigkeit des Transports oder das schnittige Aussehen). Der Wert hingegen ist eine gesellschaftliche Eigenschaft, die durch die Menge an Arbeit bestimmt ist, die zur Produktion der Ware erforderlich ist. Beim Auto umfasst das neben der zuletzt geleisteten Arbeit des Zusammenbauens der Teile auch die vielen Arbeiten, die vorher geleistet werden müssen, z. B. um den Motor herzustellen, bis hin zum Abbau von Metallen aus Bergwerken. Der Wert einer Ware ist also die kumulativ geleistete Arbeit, die in einer Ware auf Grund ihres Herstellungsprozesses steckt, wobei jeweils nicht die individuelle Arbeitsleistung direkt berücksichtigt wird, sondern der typische, durchschnittliche, beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte nötige

Eine wissenschaftliche Theorie der Ausbeutung

Arbeitsaufwand zählt. Es wird auch nicht die konkrete Arbeit berücksichtigt, also Schweißerarbeit, Lackiererarbeit, etc., sondern der Vergleich läuft über »abstrakt menschliche Arbeit«, die die konkreten Arbeiten »hinter den Rücken der Produzenten« auf gemeinsame menschliche Arbeit zurückführt. Dies ist die Arbeitswert-Theorie, die schon die Vorgänger von Marx (Petty, Quesnay, Turgot, Smith, Ricardo) erarbeitet haben und für die Marx die Unterscheidung zwischen konkreter und abstrakt menschlicher Arbeit beigetragen hat. [Diese Theorie lässt sich auch auf Dienstleistungen erweitern, die für andere geleistet werden. Der Hauptunterschied ist dann, dass Dienstleistungen kein vom Akt des Produzierens getrenntes physisches Produkt hinterlassen.]

Waren (und Dienstleistungen) werden nicht für den eigenen Gebrauch hergestellt, sondern für den Austausch gegen die allgemeine Ware Geld, mit der man dann wiederum die Waren (und Dienstleistungen) für seine eigene Reproduktion kaufen kann. Dabei werden grundsätzlich Waren gleichen Wertes gegeneinander getauscht. Dies beschreibt einen *Warenkreislauf*. Marx symbolisiert diesen Kreislauf, der für den Warenbesitzer letztendlich nur seine eigene Ware mit einer anderen tauscht, mit der Formel »Ware 1 – Geld – Ware 2«, was ausführlich bedeutet: »Ein Warenbesitzer tauscht seine Ware 1 gegen Geld, das er anschließend gegen eine Ware 2 tauscht.«. In Kurzform: $W_1 - G - W_2$.

Nun beschreibt Marx noch eine andere Kreislaufform, nämlich $G - W - G'$, wobei G' (sprich: Geh Strich) ein um einen bestimmten Betrag größeres G (Geld) bedeutet, als am Anfang. Die am Anfang ausgegebene (oder investierte) Geldsumme G fließt also zu seinem ursprünglichen Besitzer zurück, allerdings vergrößert. Die Wertsumme G hat sich »verwertet«. Diese Kreislaufform nennt Marx »*Kreislauf des Kapitals*«.

Doch woher kommt die Vergrößerung der Wertsumme G im Laufe des Kapitalkreislaufes? Wie kann man aus Wert mehr Wert machen, wenn beim Warentausch doch nur gleiche Werte getauscht werden, der Wert also gleich bleiben müsste? An diesem Widerspruch sind alle Versuche der wissenschaftlichen Vorgänger von Marx gescheitert. Marx schreibt: »Um aus dem Verbrauch einer Ware Wert herauszuziehen, müsste unser Geldbesitzer so glücklich sein, innerhalb der Zirkulationssphäre, auf dem Markt, eine Ware zu entdecken, deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besäße, Quelle von Wert zu sein, deren wirklicher Verbrauch also selbst Vergegenständlichung von Arbeit wäre, daher Wertschöpfung. Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Ware vor – das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft.« (MEW 23; 181).

Die Ware in der Mitte des Kapitalkreislaufs $G - W - G'$ ist also die Ware »Arbeitskraft«. Diese Ware Arbeitskraft, die ist es, die wir alle auf dem Arbeitsmarkt anbieten müssen, um unsere Brötchen zu verdienen. Denn der überwältigende Teil unserer Gesellschaft hat keine Möglichkeiten mehr, selber andere Waren herzustellen (wie z. B. früher

selbständige Bauern), da er keine eigenen Mittel (Kapital, Grund und Boden, Produktionsmittel) dazu besitzt.

Wenden wir jetzt unsere Überlegungen zum Doppelcharakter der Ware von eben auf diese neue Ware »Arbeitskraft« an, z. B. die Arbeitskraft einer Laborantin. Ihre *Gebrauchseigenschaft* für den Käufer ist, dass sie durch ihre Arbeit Wert schafft. Ihr Wert ist bestimmt durch die Menge an (durchschnittlich gesellschaftlich notwendiger) Arbeit, die zu ihrer Produktion erforderlich ist. Welche Arbeit ist für die Produktion der Arbeitskraft der Laborantin notwendig? Das ist einmal die Arbeit, die zur Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeiten nötig ist. Sie benötigt ein Minimum an Ausbildung. Aber auch die Laborantin selbst, die Trägerin der Arbeitskraft, muss im Folgenden jeden Tag wieder zur Arbeit fähig sein. Sie muss ihre Kräfte also ständig reproduzieren. Dafür sind Wohnen, Kleidung, Lebensmittel notwendig. Sie muss zum Arbeitsplatz und wieder zurückkommen. Die Arbeit, die in der Herstellung der Wärme der Wohnung, der Kleidung, der Lebensmittel steckt, die die Laborantin täglich verbraucht, geht ebenfalls in den Wert der Ware Arbeitskraft ein. Aber auch in Zukunft werden im Kapitalismus noch Arbeitskräfte benötigt. Deshalb ist auch der gesellschaftlich durchschnittliche Aufwand zur Erziehung von Kindern Teil des Wertes. Der Wert der Ware Arbeitskraft löst sich auf in den Wert der Waren und Dienstleistungen, die für ihre Produktion (und Reproduktion) benötigt werden: Essen, Wohnen, aber auch Bildung und die Sicherstellung einer neuen Generation weiterer Arbeitskräfte.

Der Kapitalist kann also jetzt auf dem Arbeitsmarkt eine Ware kaufen, deren Wert durch ihre Unterhaltskosten bestimmt ist, die aber die Gebrauchseigenschaft besitzt, durch Arbeit Wert zu schaffen. Dann setzt der Kapitalist sie an die Arbeit. Was das für den Kapitalisten bedeutet, können wir an einem kleinen Beispiel verdeutlichen, das von Marx entlehnt ist (MEW 23; 201 ff.) – allerdings verwenden wir moderne Geldeinheiten und nicht wie Marx »Shillings«. Wir ignorieren außerdem den Wert der Maschinen und Rohstoffe in dem Beispiel, da ihr Wert nicht neu geschaffen wird, sondern nur unverändert auf das neugeschaffene Produkt übertragen. Für die Erklärung des Prinzips der Ausbeutung kann man sie getrost weglassen.

	Beispiel 1	Beispiel 2
Höhe des Tageswertes (Lohn) der Arbeitskraft einer Laborantin	100 EUR	100 EUR
Der von einer Laborantin in einer Stunde geschaffene neue Wert	25 EUR	25 EUR
Dauer des Arbeitstages	4 Stunden	10 Stunden
Der von einer Laborantin während eines Arbeitstages geschaffene neue Wert	$25 \times 4 = 100 \text{ €}$	$25 \times 10 = 250 \text{ €}$

	Beispiel 1	Beispiel 2
Der während eines Arbeitstages von einer Laborantin geschaffene Mehrwert (Der von einer Laborantin während eines Tages für den Kapitalisten geschaffene Neuwert) – (Kosten des Kapitalisten für die Arbeitskraft der Laborantin pro Tag) = Mehrwert	100–100 = 0 €	250–100 = 150 €

Das Diagramm zeigt eine Zeitachse von 0 bis 10 Stunden. Ein Pfeil zeigt nach rechts. Unter der Achse sind zwei Balken dargestellt:

- Ein grauer Balken von 0 bis 10 Stunden, beschriftet mit 'Neugeschaffener Wert in 10 Stunden = 10 × 25 € = 250 €'.
- Ein Balken, der in zwei Teile unterteilt ist: ein weißer Teil von 0 bis 4 Stunden, beschriftet mit 'Lohn der Arbeitskraft 100 €', und ein grauer Teil von 4 bis 10 Stunden, beschriftet mit 'Unternehmer-Gewinn (Mehrwert) 150 €'.

Rechts neben dem Diagramm steht '24 Std.' mit einer vertikalen Linie. Darunter sind zwei weitere Aufteilungen:

- Ein Balken, der in zwei Teile unterteilt ist: ein weißer Teil von 0 bis 4 Stunden, beschriftet mit 'Notwendige Arbeitszeit', und ein grauer Teil von 4 bis 10 Stunden, beschriftet mit '(unbezahlte) Mehrarbeitszeit'.
- Rechts daneben steht 'Aufteilung des Neuwerts' und 'Aufteilung der Arbeitszeit'.

In dem Beispiel sieht man, dass die zusätzliche Geldsumme, die der Kapitalkreislauf abwirft, dadurch entsteht, dass der Kapitalist die Lohnarbeiterin (in unserem Fall eine Laborantin) mehr Neuwert produzieren lässt, als er ihr selber als Lohn zahlen muss. Er kann dies erreichen, indem er sie entsprechend lange arbeiten lässt (in unserem Beispiel 10 statt 4 Stunden). Er könnte denselben Effekt auch erreichen, indem er sie intensiver arbeiten lässt. Die Wertsumme, die der Kapitalist so aus der Lohnarbeiterin herauspresst, nennt Marx »*Mehrwert*«. Analog unterscheidet Marx bei der Arbeitszeit einen Teil, den er »*notwendige Arbeitszeit*« nennt (in der die Lohnarbeiterin einen Neuwert produziert, der der Höhe ihres Lohns, d. h. ihrer Reproduktionskosten entspricht), von dem anderen Teil, den Marx »*Mehrarbeitszeit*« nennt. Diese Mehrarbeitszeit (bzw. der in dieser Zeit produzierte Mehrwert) eignet sich der Kapitalist ohne Gegenwert an. Er beutet also die Arbeitskraft aus.

Es lässt sich sogar die Rate der Ausbeutung mathematisch exakt bestimmen als Mehrwertrate m' :

$$\text{Mehrwertrate } m' = \frac{\text{Mehrwert}}{\text{Lohn}} = \frac{\text{Mehrarbeitszeit}}{\text{notwendige Arbeitszeit}} = \frac{6 \text{ Stunden}}{4 \text{ Stunden}} = 150\%$$

Marx zieht daraus das Fazit: »Produktiver Arbeiter zu sein ist daher kein Glück, sondern ein Pech.« (MEW 23; 531)

Fassen wir unsere Erkenntnisse kurz zusammen: Ausbeutung ist nach marxistischem Verständnis nicht ein Sonderfall extrem schlechter Arbeitsbedingungen, sondern muss im Kapitalismus der Normalfall sein, da sonst das Kapital sich nicht verwerten kann. Ausgebeutet werden also alle LohnarbeiterInnen, alle abhängig Beschäftigten.

Aber die Ausbeutung ist im Kapitalismus im Normalfall nicht unmittelbar sichtbar. Sie wird verschleiert durch die Form des Arbeitslohns. »Auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Lohn des Arbeiters als Preis der Arbeit, ein bestimmtes Quantum Geld, das für ein bestimmtes Quantum Arbeit gezahlt wird.« (MEW 23; S. 557) Doch die »Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert.« (MEW 23; S. 559) »Was dem Geldbesitzer auf dem Warenmarkt direkt gegenübertritt, ist in der Tat nicht die Arbeit, sondern der Arbeiter. Was letzterer verkauft, ist seine Arbeitskraft.« (MEW 23; S. 559) »Wert der Arbeit« ist ein imaginärer Ausdruck, wie etwa Wert der Erde. »Diese imaginären Ausdrücke entspringen jedoch aus den Produktionsverhältnissen selbst. Sie sind Kategorien für Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse.« (MEW 23; S. 559) Und Marx schreibt weiter: »Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.« (MEW 23; S. 562)

Verkompliziert werden die Verhältnisse weiter durch die Einmischung des Staates, der einen Teil des Lohnes einbehält (Lohnsteuer, Sozialabgaben, ...). Der Lohnarbeiterin steht also nur ein Nettolohn für ihre Reproduktion (Miete, Essen, Kleidung, Kinder, ...) zur Verfügung. (Ob der Staat dieses Geld dann im Interesse der Lohnarbeiterin ausgibt, das ist ein ganz anderes Thema.)

Warum ist nun diese wissenschaftliche (ökonomische) Erklärung der Ausbeutung wichtiger als die moralische Verurteilung? Sie liefert uns den Schlüssel zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Widerspruch des Kapitalismus. Wir haben ja schon gesehen, dass der Mehrwert nur entsteht, wenn es der Kapitalist schafft, die Lohnarbeiterin lange bzw. intensiv arbeiten zu lassen. Die Lohnarbeiterin hingegen hat das Interesse, auch Zeit für Erholung zu haben und nicht ihre ganze Kraft an einem einzigen Arbeitstag verausgaben zu müssen. Aus unserem Beispiel geht auch noch ein weiterer Konflikt hervor: Je weniger Lohn der Kapitalist der Lohnarbeiterin zahlen muss, desto größer wird sein Gewinn, der Mehrwert. Kapitalist und Lohnarbeiterin haben in diesen Fragen total entgegengesetzte Interessen. Die ständig notwendigen Auseinandersetzungen um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsintensität sind also im Ausbeutungsmechanismus angelegt.

Und »bei gleichen Rechten entscheidet die Gewalt«, wie Marx schreibt. Das ist die ökonomische Basis des Klassenkampfes zwischen Kapitalisten und Arbeitern in den Betrieben, zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse in den großen nationalen Arbeitskämpfen.

**Arbeitslohn
verschleiert
die Aus-
beutung im
Kapitalismus**

**Ausbeutung
als Schlüssel
zu den
Interessens-
gegensätzen
im Kapitalis-
mus**

Ausbeutung und Klassen

Jetzt verstehen wir auch, warum selbst die klassische (wissenschaftliche) bürgerliche Ökonomie (von ihren vulgär-ökonomischen Nachkommen ganz abgesehen) das Problem der Ausbeutung nicht lösen konnte. Die Entdeckung der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft und des Mehrwerts stellt das Verständnis der ganzen kapitalistischen Gesellschaft von dem Kopf auf die Füße. Die entscheidende Klasse ist nun nicht mehr die Klasse der Kapitalisten, sondern die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse schafft alle Werte und Gebrauchswerte der Gesellschaft; der Kapitalist und andere, nicht selbst arbeitenden Gruppen, leben davon.

Die Zurückführung der kapitalistischen Ausbeutung auf die unentgeltliche Aneignung von Arbeit – im Kapitalismus in der Form des Mehrwerts – erlaubt es Marx, den Ausbeutungsbegriff wissenschaftlich zu erweitern. Alle Klassengesellschaften beruhen auf dieser Aneignung fremder Arbeit. Aber es gibt wesentliche Unterschiede. »Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit. Bei der Fronarbeit unterscheiden sich räumlich und zeitlich, handgreiflich sinnlich, die Arbeit des Fröners für sich selbst und seine Zwangsarbeit für den Grundherrn. Bei der Sklavenarbeit erscheint selbst der Teil des Arbeitstags, worin der Sklave nur den Wert seiner eignen Lebensmittel ersetzt, den er in der Tat also für sich selbst arbeitet, als Arbeit für seinen Meister. Alle seine Arbeit erscheint als unbezahlte Arbeit. Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die Mehrarbeit oder unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort verbirgt das Eigentumsverhältnis das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältnis das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters.« (MEW 23; 562)

Diese Erweiterung des Ausbeutungsbegriffs auf alle Klassengesellschaften wurde von Lenin auf den Punkt gebracht, dessen Klassendefinition die Ausbeutung als zentrales Kriterium enthält: »Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. *Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.*« (LW 29; 410; Hervorhebung durch den Autor)

Von der
moralischen
Verurteilung
zur Solidarität
aller Aus-
beuteten!

Ist es nun falsch, die Ausbeutung z. B. osteuropäischer LohnarbeiterInnen in den Schlachthöfen und Baustellen moralisch zu kritisieren? Natürlich nicht! Es ist ein Skandal, was da passiert, ein Unterlaufen grundlegendster Standards, die über Jahrzehnte von der Arbeiterbewegung in Deutschland erkämpft wurden. Dagegen müssen wir mit allen Methoden vorgehen.

Aber dabei bleiben wir nicht stehen! Ausbeutung beschränkt sich eben nicht auf einige wenige Bereiche, sondern ist die Grundlage des Kapitalismus als Ganzes. Alle von Kapital ausgebeutete Lohnarbeiter vereinigt deshalb das gemeinsame Interesse an mehr Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit und Reduzierung des Arbeitsdrucks. Eine Erkenntnis, die zu Solidarität führen sollte und die, wenn »Kenntnis sie leitet«, den Klassenkampf über die Ebene einzelner Betriebe oder Branchen auf die nationale, auf die politische Ebene heben kann.

Doch auch dabei sollte die Arbeiterklasse nach Meinung von Marx nicht stehen bleiben: »Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den *materiellen Bedingungen* und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des *konservativen* Mottos: ›Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!‹, sollte sie auf ihr Banner die *revolutionäre* Losung schreiben: ›Nieder mit dem Lohnsystem!‹« (MEW 16; S. 152)

Wer sich weiter mit dem Thema »Ausbeutung« beschäftigen will, kommt um den 1. Band des »Kapital« von Karl Marx nicht herum. Am besten liest man ihn gemeinsam in einer Gruppe, wie dies z. B. von einigen Marxistischen Abendschulen auch online angeboten wird.

VORNEWEG

Widerstand

HOL DIR DIE NEUE AUSGABE!

FROM AUSTRIA WITH LOVE AND KLASSENSTANDPUNKT.

**DAS MAGAZIN DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND:
4x JÄHRLICH GEHEFTETE GEGENKULTUR**

**JETZT PROBEABO BESTELLEN!
VORNEWEG.AT**



Klaus Müller,
Chemnitz, Ökonom
und Autor

Ware und Warenproduktion

Klaus Müller

Doppel-
charakter
der Waren

Die Menschen der Urgemeinschaft produzierten keine Waren. Sie jagten das Wild, sammelten essbare Wurzeln und Beeren, stellten Produkte her, die sie innerhalb der Sippe oder des Stammes aufteilten. Geld brauchten sie dazu nicht. Die Grundlage der Produktions- und Verteilungsweise – der Natural- oder Selbstversorgungswirtschaft – war das Gemeineigentum am Boden. Fortschritte in den Produktivkräften und die sich vertiefende Arbeitsteilung ermöglichten es den Produzenten nach und nach mehr herzustellen, als sie verbrauchen konnten. Die Entwicklung begann bereits inmitten der Urgesellschaft, obgleich in der Sklavenhaltergesellschaft und im Feudalismus die Naturalwirtschaft noch dominierte. Die Produktion und die Aneignung des Mehrprodukts führten dazu, dass privates Eigentum an Produktionsmitteln entstand.

Auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung begannen die Menschen, arbeitsteilig direkt für andere, für die »Gesellschaft« zu produzieren. Aus den Produkten wurden Waren, Erzeugnisse, hergestellt mit der Absicht, sie auf dem Markt zu tauschen. Sie haben einen Doppelcharakter, sie sind Gebrauchswert und Wert. Der Gebrauchswert ist die Summe der nützlichen Eigenschaften der Ware, geeignet, Bedürfnisse zu befriedigen. Er existiert für den Käufer, nicht für den Produzenten, daher »gesellschaftlicher Gebrauchswert«. Die Menschen tauschen Gebrauchswerte, die sie nicht benötigen, gegen andere Gebrauchswerte, die sie begehren. Die Proportion, in der das geschieht, nennt Marx den Tauschwert. Da sich eine Ware gegen viele Waren tauschen kann, besitzt sie viele Tauschwerte. Die große Frage ist: Was liegt den Tauschrelationen zugrunde? Das Tauschverhältnis zweier Waren – zum Beispiel tauschen sich x Mengeneinheiten der Ware A gegen y Mengeneinheiten der Ware B – kommt zustande, weil in beiden Waren, schon bevor sie ihre Besitzer wechseln, etwas Gemeinsames von derselben Größe existiert. Die gemeinsame Eigenschaft der Waren, sieht man von ihren Gebrauchswerten ab, ist, dass sie Produkte menschlicher Arbeit sind. Zu ihrer Erzeugung bedarf es körperlicher und geistiger Anstrengungen, müssen Hirn, Muskeln, Nerven, Hände betätigt werden. Arbeit im physiologischen Sinne existiert unter allen gesellschaftlichen Bedingungen, auch unter urgemeinschaftlichen, und wird es immer geben. Aber nur dort, wo die Produkte als Waren produziert werden, bildet die Arbeit schlechthin, die Marx jetzt abstrakte Arbeit nennt, den Wert der Waren. Der Tauschwert, das quantitative Verhältnis zweier Gebrauchswerte, ist die Form, in der das Gemeinsame, der Wert der Waren, erscheint. Ohne Warenproduktion gibt es keinen Wert, und wo es keinen Wert gibt, gibt es auch keine abstrakte Arbeit.

Konkrete und
abstrakte
Arbeit

Der Doppelcharakter der Ware – die Einheit von Gebrauchswert und Wert – bedingt den Doppelcharakter der Waren produzierenden Arbeit: »Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn und in dieser Eigenschaft ... abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonders zweckbestimmter Form und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte.« (MEW 23: 61) Die abstrakte Arbeit ist keine physiologische Kategorie, obwohl sie auf dem physiologisch Gemeinsamen der menschlichen Arbeiten beruht. Sie ist eine sozialökonomische Kategorie, drückt spezifische Produktionsverhältnisse der Warenproduktion aus.

Doppel-
charakter
der Arbeit

Die abstrakte Arbeit ist die gesellschaftliche Substanz des Wertes. Die Menge der für die Produktion der Waren aufgewendeten abstrakten Arbeit ist die Wertgröße. Sie wird in Arbeitszeit gemessen. Weil Geschicklichkeit, Fleiß, Intensität, das Niveau der technischen Ausrüstungen, die Produktivität, Arbeits- und Naturbedingungen usw. in den Betrieben voneinander abweichen, benötigen die Produzenten unterschiedlich viel Zeit, um die gleiche Ware herzustellen. Die Wertgröße einer Ware wird nicht durch die jeweilige individuelle Arbeitszeit bestimmt. Wäre es so, würde ein fauler oder ungeschickter Arbeiter, der mehr Arbeitszeit benötigt als ein fleißiger und begabter, einen größeren Wert erzeugen. Die Wertgröße ist die *gesellschaftlich notwendige* Arbeitszeit. Das ist jene, die nötig ist, »um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.« (MEW 23: 53) Die Maßeinheit ist dabei die einfache Arbeit. Das ist die Durchschnittsarbeit, die von jedem Arbeiter geleistet werden kann. Komplizierte Arbeit oder qualifizierte Arbeit ist multiplizierte einfache Arbeit. In einer Zeiteinheit wie Stunde, Tag usw. schafft sie einen größeren Wert als die einfache Arbeit. Das Tauschrätsel ist gelöst: x Mengeneinheiten einer Ware A tauschen sich mit y Menge einer Ware B, weil zur Herstellung beider Warenmengen die gleiche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit erforderlich ist.

Was bestimmt
den Wert?

Dem Warentausch ist historisch ein Tausch von Produkten vorausgegangen. Angehörige verschiedener Stämme tauschten zufällig und ungeplant Überschüsse, wenn sie sich an den Grenzen ihrer Schweifgebiete begegneten. Warenproduktion dagegen ist die gezielte Herstellung von Gütern für den Austausch. Arbeit wird von Individuen in eigener Verantwortung verausgabt. Selbstständige Produzenten, durch das Privateigentum voneinander getrennt, stellen Produkte her, um sie auf dem Markt zu verkaufen. Die Produzenten der Waren hängen wechselseitig voneinander ab. Sie produzieren füreinander. Indem sie ihre Waren gleichsetzen, setzen sie ihre Arbeiten gleich. Die von Warenproduzenten verausgabte Arbeit ist der Form nach privat, dem Wesen nach gesellschaftlich. Das ist der Grundwiderspruch der privaten Warenproduktion:

Arbeit –
privat und
gesellschaftlich

Waren-
produktion:
einfach oder
kapitalistisch?

Gesellschaftliche Arbeit wird in privater Form geleistet. Daraus resultiert, dass die Arbeit der Warenproduzenten nachträglich auf dem Markt gesellschaftlich anerkannt werden muss. Mitunter versagt der Markt den Produkten die Anerkennung. Ökonomen nennen es Überproduktion.

Es existieren zwei Typen der privaten Warenproduktion: die einfache und die kapitalistische. Sie besitzen die gleichen allgemeinen Eigenschaften: Beide beruhen auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Produktionsmittel sind in privater Hand. Produkte werden erzeugt, um sie zu verkaufen. Die Produktion läuft spontan, anarchisch ab und wird in letzter Instanz durch das Wertgesetz reguliert. Das Wertgesetz besagt, dass die Waren in der Tendenz zu ihrem Wert, d. h. zu der in den Waren steckenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, getauscht werden, wenn Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Grundelemente der kapitalistischen Wirtschaft wie Ware, Geld, Preis, Kredit finden sich bereits in der einfachen Warenproduktion, die man nicht mit einem geldlosen Warentausch gleichsetzen kann. Die Preise – sie sind die Tauschwerte in Geldform – schwanken in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage um die Werte. Hinter den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen, den Preisen, werden die allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten »fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert«, setzt sich die zur Produktion der Produkte »gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam« durch ... »Die Bestimmung der Wertgröße durch Arbeitszeit ist daher ein unter den erscheinenden Bewegungen der relativen Warenwerte verstecktes Geheimnis.« (MEW 23: 89)

Während in der einfachen Warenproduktion die Eigentümer der Produktionsmittel – Bauern und Handwerker – zugleich die Arbeiter sind, lassen in der kapitalistischen Warenproduktion die Eigentümer der Produktionsmittel andere arbeiten. Die einfache Warenproduktion beruht auf der Identität von Eigentum und Arbeit, die kapitalistische Warenproduktion auf dem Gegensatz von Eigentum und Arbeit. Die einfache Warenproduktion ist im Unterschied zur kapitalistischen frei von Ausbeutung. Ausbeutung ist die unentgeltliche Aneignung des von den Lohnarbeitern geschaffenen Mehrprodukts bzw. des Mehrwerts durch die Kapitalisten, den Eigentümern der Produktionsmittel. Die Lohnarbeiter besitzen keine Produktionsmittel. Sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu überlassen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Weitere Unterschiede: In der einfachen Warenproduktion – der bäuerlichen und handwerklichen – des Mittelalters waren Austausch und Markt noch lokal und zeitlich beschränkt. Getauscht wurde im Wesentlichen auf den Märkten der Städte. Gegenstand des nationalen Tauschs war nicht das gesamte Arbeitsprodukt, sondern dessen überschüssiger Teil. Es waren nicht alle Produkte tauschfähig. Die Tauschverhältnisse wurden noch nicht durch volkswirtschaftliche Durchschnittsgrößen der Produktivität bestimmt. Die Wertgröße war noch kein gesellschaftliches,

sondern ein lokales Maß. Die Produktionsmittel waren das Eigentum der Produzenten. Das Produkt wird vom Eigentümer der Produktionsmittel geschaffen, der es sich als unmittelbarer Produzent aneignet. Die Arbeitskraft war noch keine Ware geworden, d. h. freie Lohnarbeit gab es nicht. Die einfache Warenproduktion war keine eigenständige Produktionsweise. Sie war stets in andere Produktionsweisen eingebettet, deren ökonomischen Gesetzen untergeordnet und bildete den historischen Ausgangspunkt der kapitalistischen Warenproduktion. (Fabiunke, Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie, Berlin 1975: 82)

Die kapitalistische Warenproduktion ist bestimmt dadurch, dass auch die Arbeitskraft eine Ware ist. Das Produkt wird vom Lohnarbeiter geschaffen und vom Kapitalisten als Eigentümer angeeignet. Sie prägt die gesamte Produktionsweise. Die Produktionsmittel gehören nicht den Produzenten, sondern den Kapitalisten, für die die Aneignung von Mehrwert (Profit) das Hauptziel der Produktion ist.

Marxistische Ökonomen streiten darüber, womit sich Karl Marx im ersten Abschnitt des ersten Buches zum »Kapital« beschäftigt. Friedrich Engels sagt, es sei die »einfache« Ware, Marx schreibt, er beginne die Analyse mit der kapitalistisch erzeugten Ware. Ein Widerspruch? Einfache und kapitalistische Warenproduktion sind nicht nur Gegensatz, beachtet man die Dialektik zwischen Allgemeinem und Besonderem. Marx beginnt die Untersuchung der *kapitalistischen* Warenproduktion damit, »die allgemeinsten Merkmale der Warenproduktion, die private Warenproduktion im Allgemeinen« zu analysieren. (Lemmnitz, A. et. al. Politische Ökonomie des Kapitalismus, Berlin 1980: 82 f.) Die kapitalistische Warenproduktion ist eine besondere historische Form der Warenproduktion. Sie weist Merkmale auf, die für die Warenproduktion generell gelten. Die allgemeinen Merkmale der Warenproduktion treffen auch zu für ihre kapitalistische Form, sind aber für den Kapitalismus nicht spezifisch. Die von Marx im Band 1 des »Kapital« betrachtete Ware ist zwar schon kapitalistisch, aber noch nicht geprägt von den Besonderheiten der kapitalistischen Produktion und Konkurrenz. Ware, Wert und Geld sind Kategorien der *kapitalistischen* Warenproduktion, weil sie Kategorien der *Warenproduktion* sind. Sie sind die einfachsten Produktionsverhältnisse, die vor den kapitalismusspezifischen und komplizierteren Formen entstanden sind, aber im Kapitalismus nicht verschwinden. Das Konkrete, das Besondere der kapitalistischen Warenproduktion kann man nicht ohne das Abstrakte, das Allgemeine fassen. Marx analysiert »aus der Vielfalt der dem Kapitalismus eigenen Formen von Produktionsverhältnissen als erstes die einfachste Form ..., die vor allen anderen entstanden ist und die Grundlage für das Entstehen der anderen komplizierteren Formen war. Das Verfahren ähnelt dem der Chemie, die mit der Analyse der chemischen Elemente beginnt, um dann die komplizierten Verbindungen dieser Elemente zu untersuchen. Auch die Biologie beginnt mit der Analyse der Zelle, erforscht danach

Marxisten
streiten
über Marx'
»Kapital«

Zellkontakte und gelangt schließlich zu den Organen und Organsystemen eines Lebewesens. Im Kapitalismus stellt sich diese einfachste, historisch ursprünglichste Form ... dar in der Ware ...« Die »elementarsten und aus genetischer Sicht ursprünglichen Produktionsverhältnisse des *Kapitalismus*« wie Ware und Geld, sind »zugleich die Grundverhältnisse ..., die der *einfachen Warenproduktion* ... eigen sind.« (Zagalow et.al., Lehrbuch Politische Ökonomie, Vorsozialistische Produktionsweisen, Berlin 1972: 112) Dialektisch denken, heißt auch, das Allgemeine im Besonderen und das Besondere im Allgemeinen zu suchen. Alle, die behaupten, Marx habe *entweder* die einfache *oder* die kapitalistische Ware gemeint, stellen die Frage falsch. Kein Gesetz der Warenproduktion gibt es, das nicht auch in der kapitalistischen Produktion wirkt. Beim Übergang von der einfachen zur spezifisch kapitalistischen Ausprägung der Warenproduktion bleiben die allgemeinen Merkmale mit veränderter Bedeutung erhalten, werden modifiziert und durch Neues ergänzt.

Marx' klare
Antwort:
»und« statt
»oder«

Auf die Frage, ob Marx am Anfang des ersten Bandes des »Kapital« die einfache, vorkapitalistische *oder* die kapitalistisch produzierte Ware meint, gibt es eine klare Antwort: Marx behandelt dort die kapitalistische *und* die einfache Ware, die erste nur im allgemeinen Sinne des Warenbegriffs, wie er auch für die einfache Warenproduktion gilt. Richtig ist nicht »entweder/oder«, sondern ein »sowohl/als auch«. Der scheinbare Widerspruch zwischen der Marxschen Aussage und deren Engelscher Deutung kommt daher, weil Autoren annehmen, Marx beziehe den Warenbegriff, v. a. dessen Wertseite, von Anfang an auf die Ware im *vollkommenen* entwickelten Kapitalismus. Marx behandelt die Ware als Erscheinungsform im Kapitalismus. Was die Engels- und Marx-Kritiker übersehen, ist, dass dies im ersten Abschnitt des ersten Bandes allgemein, noch unspezifisch geschieht. Mit anderen Worten: Marx behandelt das Problem in einer Weise, mit der auch die einfache Warenproduktion erklärt werden kann. Er untersucht das, was im allgemeinsten Sinne der Warenproduktion auch für deren kapitalistischen Typ gilt. Wenn ein Produkt zur Ware wird, dann, weil es Merkmale annimmt, die ein Ding zur Ware machen, gleichgültig, ob es unter vorkapitalistischen, kapitalistischen oder nachkapitalistischen Bedingungen produziert wird. Unterschiede sich die kapitalistische nicht von der vorkapitalistisch produzierten Ware, bedürfte es keiner Differenzierung zwischen beiden Formen der Warenproduktion. Wer ahistorisch an das Problem herangeht und den Zusammenhang zwischen Allgemeinem und Besonderem missachtet, muss glauben, dass der dritte Band des »Kapital« im Widerspruch stünde zum Inhalt des ersten Bandes. Marx ergänzt im dritten Band die Aussagen des ersten Bandes dadurch, dass er den allgemeinen Beschreibungen warenproduzierender Systeme kapitalistische Spezifika hinzufügt. Der dritte Band korrigiert nicht die Darstellungen des ersten Bandes. Er konkretisiert sie, führt sie weiter. Darüber, ob die Bemühungen gelungen sind, diskutieren Ökonomen seit über 100 Jahren.

Über die menschliche Natur

Werner Zimmer-Winkelmann



Werner Zimmer-Winkelmann, Ranschbach, Soloselbstständiger Berater, Mitherausgeber der MBL

Der DDR-Philosoph Erich Hahn verwies vor 30 Jahren auf ein Defizit der marxistischen Theorie. Er meinte das Problem des Zusammenhangs »zwischen Änderung der Verhältnisse und der Änderung (Selbstveränderung) der Menschen im Prozess einer sozialistischen Revolution«.¹ Obwohl es wichtig ist, um gesellschaftliche Prozesse zu verstehen (nicht nur revolutionäre), wurde das Problem auch in den folgenden Jahrzehnten nur von sehr wenigen marxistischen WissenschaftlerInnen aufgegriffen.

Gesellschaftliche Entwicklungen und menschliche Emanzipation müssen im Bedingungs-zusammenhang mit den je menschlichen Individuen analysiert werden. Denn die »soziale Geschichte der Menschen ist stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung«.² Das Individuum lediglich auf einen allgemeinen subjektiven »Faktor« zu reduzieren und sich dann mit übergeordneten gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Prozessen zu beschäftigen, muss unseren Blick auf reale gesellschaftliche Bewegungen trüben.

Jede gesellschaftliche Realität basiert auf der Fähigkeit des Individuums zur Gesellschaftlichkeit, auf der Fähigkeit zur organisierten Werkzeugherstellung durch bewusste gesellschaftliche Arbeit, zur sozialen Kooperation und zur sprachlichen Kommunikation. Diese Fähigkeiten beruhen auf biologischen Grundlagen.³ Das zu ignorieren beseitigt weder den Tatbestand, dass Menschen als Individuen tätig sind, noch die Realität ihrer Naturbestimmtheit. Ohne materialistische Vorstellungen über eine menschliche Natur schleichen sich unbemerkt bürgerliche Auffassungen über eine abstrakt im Menschen hockende, destruktive Natur des Menschen ins Bewusstsein ein.

Klammert man das Problem der menschlichen Natur wie der Individualität aus, beinhaltet das »die Annahme einer unbegrenzten Anpassbarkeit des Menschen an beliebige gesellschaftliche Verhältnisse«⁴ – was schon aufgrund empirischer Beobachtungen massenhaften (psychischen) Elends der Menschen eine absurde Vorstellung ist.

Die Kategorie der »menschlichen Natur« ist unverzichtbar

- 1 Hahn, Erich (1993): Ist der Sozialismus daran gescheitert, daß er den Menschen »umbauen« wollte? in: Marxistisches Menschenbild – Eine Utopie?, Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, Bd. 20, Bonn 1993, S. 29–47, S. 32.
- 2 MEW 27, Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow, 28. Dezember 1846, S. 453.
- 3 Vgl.: Tolman Charles W. (1994): Psychologie, Gesellschaft und Subjektivität. Geschichte und Grundlagen der Kritischen Psychologie, Argument Verlag 2022, S. 133.
- 4 Holzkamp-Osterkamp, Ute (1975): Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1. Texte zur Kritischen Psychologie, Band 4/1, S. 43.

Dieses bürgerlich-restriktive Bild von der Gattung ist eine Ursache für politische Passivität, Resignation und die Neigung zu rechten Welt-erklärungen, weil Perspektivlosigkeit und die Unmenschlichkeit der Verhältnisse auf eine unveränderbare Natur des Menschen zurückgeführt werden. Dieses Bild bestimmt auch die (a)sozialen Handlungen und Beziehungen der Menschen im Alltag untereinander. Nur mit einer materialistischen Vorstellung über die menschliche Natur ist ein Kampf gegen die »Unmenschlichkeit« des Kapitalismus begründbar und eine sozialistische Alternative entscheidbar.

Abgrenzung von der bürgerlichen Psychologie

In der bürgerlichen Vorstellungswelt werden Menschen als einzelne Subjekte isoliert betrachtet. Die Gesellschaft wird als abstrakte, dem isolierten Subjekt gegenüberstehende äußere Umwelt konzipiert. Doch das Wesen des Menschen ist gesellschaftlich. Das Individuum ist nicht passiv den gesellschaftlichen Verhältnissen in seinem Lebensprozess mit Haut und Haar unterworfen. Es produziert mit seiner Tätigkeit gesellschaftliche Verhältnisse und damit die Bedingungen, die seine soziale Existenz und seine individuellen Lebensbedingungen ausmachen.

Die vielfältigen Widersprüche und Konflikte im gesellschaftlichen Verkehr wie im individuellen Lebensprozess sind daher nicht Ausdruck einer abstrakt im Individuum hockenden destruktiven Natur, sondern zeugen von der je individuellen Form der psychischen Verarbeitung der Lebensrealität in einer von unüberwindbaren Gegensätzen zerrissenen Klassengesellschaft.

Bedürfnisse und Interessen sind Bestimmungsmoment

Die Vorstellungswelt destruktiver Triebe oder (mislungener) Sozialisationsprozesse als Erklärung menschlichen Verhaltens stehen im Widerspruch zum wissenschaftlichen Sozialismus. Aggressive Handlungen beispielsweise sind nicht mystisch in einer Triebstruktur verankert. Sie treten als Verhalten nur dann auf, wenn die körperliche Unversehrtheit bedroht ist und wichtige Bedürfnisse verletzt, oder wenn Menschen sozial ausgegrenzt oder gedemütigt werden. Der sogenannte »Aggressionstrieb« ist daher der große Flop der Psychoanalyse. Dieser wird deshalb von den bürgerlichen Medien als unveränderliche menschliche Natur verkauft, weil damit zum Beispiel Kriegsursachen erklärt und wahnwitzige Aufrüstungsprogramme gerechtfertigt werden. Die den politischen und individuellen Handlungen der Subjekte zugrunde liegende Bedürfnis- und Interessenlage ist nicht triebhafter Natur, sondern wird vom Individuum mit den Möglichkeiten ihrer Realisierung antizipiert. Sie entwickelt sich mit der praktischen und psychischen Tätigkeit unter Klassenbedingungen.

Hunger und Müdigkeit beispielsweise verweisen zwar auf reale biologische Mangelsituationen, die erhebliche Bedeutung für Gefühle und Gedanken und damit für Handlungen gewinnen können. Doch entscheidet

das Individuum entsprechend seines körperlich-biologischen Zustandes und der Kenntnis seiner aktuellen Möglichkeiten und Bedingungen, in welcher Form, mit welchen Mitteln und wann es aktiv tätig wird, den Mangel zu beseitigen.

»Arbeit« als bewusste Lebenstätigkeit des Individuums zur Sicherung der gesellschaftlichen Existenz wird in manchen Diskussionen zu einem grundlegenden Bedürfnis des Menschen und gar zu einem Menschenrecht (v)erklärt. Doch Arbeit an sich ist kein Lebensbedürfnis. Sie ist es nur soweit sie den Menschen handlungsfähig macht im Sinne seiner Interessen und Bedürfnisse. Mithin ist nicht Arbeit, sondern Handlungsfähigkeit und ihre Erweiterung »das erste menschliche Lebensbedürfnis.«⁵

Die Kategorie der »Handlungsfähigkeit« bezeichnet individuelle, soziale und materielle Möglichkeiten, im Interesse der eigenen Bedürfnislage wirksam tätig zu sein. Im Zusammenschluss mit anderen streben Menschen um Verfügung über die für sie relevanten Lebensbedingungen. Sehr eingeschränkt wird die Handlungsfähigkeit durch die Trennung von den Mitteln der Produktion und ihrer erzeugten Produkte sowie durch die Vereinzelung im Kapitalismus. Das hat nicht nur soziale und materielle Verarmung zur Folge, sondern auch Entfremdung von sich und den anderen und verstärkt die Einschränkung der Handlungsfähigkeit.

Handlungsfähigkeit als menschliches Lebensbedürfnis verweist auf die Bedeutung der Kooperation mit anderen Menschen. Nur durch konkrete Kooperationen können Beschränkungen überwunden werden, die dem Menschen als Einzelwesen grundsätzlich und im Kapitalismus im Besonderen anhaften. Die Menschheit konnte sich in ihrem Entwicklungsprozess nur deshalb zur Gesellschaftlichkeit »hocharbeiten«, weil die Individuen in diesem Entwicklungsprozess auch biologisch basierte Fähigkeiten entwickelten, komplexe Sozialverbände und arbeitsteilige Gesellschaften auf Grundlage eines phänomenalen sozialen Kooperationsverhaltens zu bilden.

Die Komplexität der Lebensprozesse hat zur Konsequenz, dass die geistige Realitätsaneignung kein isolierter Akt des Subjekts mehr sein kann. Diese ist eine soziale Leistung in Gemeinschaft. Es ist dem Einzelnen unmöglich, isoliert für sich die notwendigen Informationen sinnvoll zu verarbeiten, selbst wenn es sich stundenlang in den asozialen Medien tummelt. Nur in der Gemeinschaft kann das Individuum eine für den Lebensprozess ausreichende Qualität in der Aneignung der Realität erreichen. Auch aufgrund der dabei unvermeidbar auftretenden psychischen Belastungen braucht das Individuum tragfähige

Handlungsfähigkeit ist ein Zentralbedürfnis

Ohne Kooperation geht nix

5 Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/Main New York, S. 243.

soziale Beziehungen. In realen Begegnungen und in realen Gruppen können zu starke emotionale Belastungen reduziert werden, die ab einer bestimmten Stärke der Entwicklung von Handlungsfähigkeit und langfristig orientiertem Denken im Wege stehen.

Der Kooperation liegt nicht nur Einsicht, sondern auch eine eigenständige Bedarfsgrundlage zugrunde, die sich im Entwicklungsprozess der Gattung ausgebildet hat.⁶ Auch dieses Bedürfnis wird in der alles zerstörenden Konkurrenzgesellschaft beschädigt. Das führt nicht nur zu verstärkten psychischen Leiden der Menschen und zur Verwahrlosung ihrer Beziehungen, sondern auch zur kollektiven Unfähigkeit, die Ursachen der drohenden Zerstörung der Gattung geistig zu durchdringen und kollektiv zu handeln.

Gesellschaft
gibt es nur
in Gestalt
konkreter
Beziehungen

Um unter gesellschaftlichen Bedingungen real handlungsfähig werden zu können, müssen Individuen die Entwicklung von Kooperationsfähigkeit als Notwendigkeit begreifen, deshalb konkrete Beziehungen in besonderer Weise eingehen und diese bewusst gestalten. Beziehungen sind zwar gesellschaftlicher Natur. Aber sie sind undenkbar außerhalb ihrer Realisierung in Gestalt der »wirklichen Beziehungen« der konkret tätigen Menschen. Diese »wirklichen Beziehungen« sind es, die Gesellschaft und damit Produktions- und Handlungsbedingungen des Subjekts überhaupt erst konstituieren.⁷ Menschlicher Lebensprozess und konkrete Kooperationsbeziehung sind eine untrennbare dialektische Einheit. Das gilt für den Bau eines Hauses, die Entwicklung der Geschlechterbeziehung und die Lösung eines komplizierten juristischen Problems ebenso wie für die Entfaltung des Klassenkampfes.

Damit sind spezifische Anforderungen an die Beziehungsqualität und damit die Beziehungsfähigkeit der einzelnen Individuen gestellt. Hier reicht keine allgemeine Willensbekundung zur Kooperation, sondern nur die innere Bereitschaft, die Interessen und Sichtweisen des Gegenübers in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen, um sich erfolgreich über gemeinsame Kämpfe für andere Verhältnisse zu verständigen.

Bedeutung
der Sprache

Es ist offenkundig, dass Kommunikation für die Entwicklung der Kooperation erforderlich ist und hier vor allem eine adäquate, ausreichend differenzierte Sprache. Sie ist das »auffälligste Merkmal« der gesellschaftlichen Natur des Menschen. Nur mit Hilfe der Sprache können Bedeutungen und subjektive Sichtweisen ausreichend differenziert in den Kommunikationsprozess eingebracht werden. Nur so kann die

6 Vgl.: Holzkamp, Grundlegung, S. 216 ff.

7 »Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn.« MEW 42, S. 189.

Erkenntnis- und Handlungsfähigkeit vorangetrieben und eine Verständigung über die je konkrete Lage, den Sinn und Zweck geplanter Handlungen, die Interessen und Handlungsgründe der Beteiligten sowie die aktuellen Kooperationsnotwendigkeiten erzielt werden.

Wer nachlässig mit Sprache umgeht und bürgerliche Kategorien und Begriffe unüberprüft in den Kommunikationsprozess einschleust (und beispielsweise die Zentralkategorie »Klassengesellschaft« vermeidet), behindert die Entwicklung kooperativer Erkenntnis- und Handlungsfähigkeit.

Die individuelle Entwicklung ist im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung zu sehen. Da Gesellschaft nur in konkreten (»wirklichen«) Beziehungen besteht und »Beziehung« den Zusammenhang einzelner Individuen bezeichnet, die sich gedanklich und real aufeinander »beziehen«, bedeutet Veränderung der Gesellschaft immer auch Beziehungsentwicklung und Selbstveränderung der beteiligten Individuen. Schon Marx sagte in der dritten Feuerbach-These, dass »Umstände« und handelnde Akteure (»Erzieher«) gleichermaßen verändert werden müssen – nämlich durch die aktiven Subjekte selbst.

Beziehungen und Fähigkeiten können in der Gesellschaft nur durch die aktive geistige Auseinandersetzung der Individuen entwickelt werden. Entwicklungen menschlicher Natur sind im Unterschied zum Tier Entwicklungen bewusster Natur. Sie sind nur als Selbstveränderung möglich, die den Zusammenhang zu gesellschaftlichen Bedingungen und zur Entwicklung sozialer Beziehungen mitdenkt. Weil bestimmte Entwicklungsschritte (historisch-logische) Voraussetzung für andere Entwicklungsschritte sind, gibt es Zonen der nächsten (notwendigen aber auch möglichen) Entwicklungsschritte, die sich menschliche Subjekte bewusst und oft mühsam erarbeiten müssen.

Die Vorstellungen über eine egoistische und festgelegte Natur des Menschen werden durch die oberflächliche Reflexion realer Alltagserfahrungen in der Klassengesellschaft verfestigt und lenken von der eigenen Mitverantwortung für gemeinsame Entwicklungsprozesse ab. Indem die Handlungen des Gegenübers personalisiert werden, wird diesem die ganze Verantwortung für das Misslingen der Kooperation in die Schuhe geschoben. Man selbst ist ja allgemeinphilosophisch zur Kooperation bereit, jedoch blind gegenüber dem eigenen, oft asozialen Verhalten und dessen sozialen Folgen.

Die blinden, bewusstlosen Flecken seiner eigenen Handlungen kann das individualisierte Subjekt jedoch nicht isoliert und allein im Studium kluger Bücher aufdecken. Im Dialog mit anderen (»Feedback«) können Probleme der Kooperation mit dem Gegenüber abgeschwächt werden. Unverzichtbar ist dabei ein Klärungsprozess auf der Grundlage eines materialistischen Menschenbildes. Nur mit der vorbehaltlosen »Anerkennung der realen Begründetheit der unterschiedlichen

Entwicklung
und Selbst-
veränderung

Perspektiven auf die gemeinsame Realität«⁸ ist überhaupt eine menschliche Grundlage für eine sanktionsarme Diskussion geschaffen, um sich auch über die Begrenztheit fremder und eigener Sichtweisen auf den Gegenstand zu verständigen und diese gemeinsam zu erweitern.

Die Voraussetzungen für »soziale Selbstverständigung« müssen die Beteiligten ebenfalls heute aktiv und selbst schaffen. Zu diesen Voraussetzungen gehören:

- ausreichend Zeit
- dialogische Interaktionen in persönlichen Begegnungen
- sanktionsarme Diskussionsräume
- tragfähige soziale Beziehungen und Bindungen
- spezifisches Wissen und allgemeine Informationen zum aktuellen Gesprächsgegenstand.

Unbewusstes und Emotionen

Seit längerem ist eine sogenannte »Emotionalisierung« gesellschaftlicher Diskurse zu beobachten, die bis in die privatesten Beziehungen wirkt. Die Art der Diskussionen und ihre Etikettierung entsprechen dem bürgerlich-restriktiven Verständnis über die menschliche Natur. Sie sind neben Isolation und Vereinzelung der Subjekte ein Herrschaftsmittel. Die Menschen sollen die realen Verhältnisse nicht vernunftgesteuert erfassen. Das erleichtert es, ihnen das Fell über die Ohren zu ziehen.

Gleichzeitig werden echte Emotionen abgewertet. Nämlich wenn es sich um solche handelt, die den Betrieb aufhalten und die Menschen in zunächst geistige und dann praktische Bewegung gegen die Verhältnisse bringen (Beschimpfung als »Wutbürger«). Emotionen gehören jedoch zur menschlichen Natur und haben eine wichtige erkenntnis- und handlungsleitende Funktion. Sie verkörpern eine Gesamtwertung der Realität in Bezug auf die aktuelle Bedürfnis- und Interessenlage so wie das Subjekt diese aktuell antizipieren kann. Sie sind eine Voraussetzung für eine adäquate, kognitive Erfassung von Welt.⁹ Emotionen sind nicht mystisch, sondern haben immer einen rationalen Entstehungszusammenhang. Dieser ist kognitiv mit Vernunft entschlüsselbar.

Handlungsfähig werden in den Verhältnissen

Emotionen selbst können ab einer bestimmten Intensität hinderlich sein. Sie setzen zwar notwendige Handlungsenergie frei (z. B. in Form von Wut), können durch ihre Dominanz jedoch Sozialbeziehungen, Denkfähigkeiten und aufwändige Durchdringung gesellschaftlicher Bedeutungsstrukturen blockieren. Erst in dem Maße, wie Menschen nicht mehr um ihre unmittelbar materielle oder soziale Existenz kämpfen müssen und Räume emotional tragfähiger Beziehungen finden, ist es ihnen möglich,

8 Osterkamp, Ute (2008): Soziale Selbstverständigung als subjektwissenschaftliches Erkenntnisinteresse, in: Forum Kritische Psychologie 52, S. 9–28, S. 16.

9 Vgl.: Osterkamp, Ute (1999): Zum Problem der Gesellschaftlichkeit und Rationalität der Gefühle/Emotionen, in: Forum Kritische Psychologie 40, S. 5–49.

gemeinsam mit Anderen psychische Distanz zum unmittelbaren zu wahren und über das unmittelbar konkrete, kurzfristige hinausdenken.

In der entwickelten Klassengesellschaft werden entsprechende Räume aufgrund des zunehmenden Verfalls der gesellschaftlichen Verhältnisse bis in den privaten Bereich immer weiter zerstört. Menschen müssen sich jedoch solche Räume organisieren und bewusst schaffen, wenn sie vom Unmittelbaren zur geistigen Durchdringung der Verhältnisse aufsteigen wollen. Sie brauchen Zeit und Raum für die emotionale Bewältigung belastender Situationen, eine psychische Stabilisierung, um kollektiv handlungs- und erkenntnisfähig zu werden. Ohne die Sicherheit einer gut kooperierenden Gruppe sind Menschen ganz auf sich allein gestellt. Das vereinzelte Individuum ist den Verhältnissen psychisch hilflos ausgeliefert, kann darin nicht bestehen und handlungsfähig im Sinne langfristig notwendiger Perspektiven werden. Solche Bedingungen und entsprechende Sozialbeziehungen auf Basis der hier entfalteten Vorstellungen über die menschliche Natur aktiv zu schaffen, ist eine Voraussetzung für den schwierigen Kampf um andere Verhältnisse.

URLAUB AUF DEM HOLLERHOF



Kabarettist Dietrich Kittner hatte seinen letzten Wohnsitz auf dem großen Dreiseiten-Hof in der Steiermark, direkt an der Grenze zu Slowenien. Sein Erbe wird hier gepflegt.



Zur Verfügung stehen drei große, günstige Ferienwohnungen voll an Kittner erinnerndem Kunst- und Gedankengut inmitten einer Region mit touristischen, kulinarischen und erholsamen Angeboten für jeden Geschmack.



JETZT BUCHEN!

Stiftung kultureller Förderung und
Bewahrung des Lebenswerks von
Dietrich und Christel Kittner

Dedenitz 6 · 8490 Bad Radkersburg
Internet: www.hollerhof.at
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at



Georg Klemp,
Diplom-Klavier-
pädagogen,
VVN-BdA

Das Arbeiterlied als Element einer musikalischen Gegenkultur

Georg Klemp

Die Agitprop- bewegung

Wenn man über Arbeiterkultur spricht, denkt man gerne zuerst an die Blüte der Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit von der Novemberrevolution bis zur Zerschlagung durch die Nazis 1933. Agitprop-Truppen zogen in dieser Zeit durch die Straßen großer Städte wie Berlin oder Hamburg und versuchten, Arbeiter mit künstlerischen Mitteln aufzuklären. Zum größten Teil standen sie der KPD nahe, bemühten sich deren Politik zu vermitteln und neue Anhänger zu gewinnen.

Mit einfachen Bühnen, die schnell errichtet werden konnten, um flexibel auf die Drangsalierung durch die Polizei reagieren zu können, ausgestattet mit wenig Dekoration, häufig angetan mit Masken zur typisierenden Darstellung der Akteure im Klassenkampf (Kapitalist, Arbeiter, Polizist, gelegentlich auch karikierte Sozialdemokraten), gestalteten sie ihre Revuen.¹ Es war eine lose gefügte Abfolge von Sketchen, Sprechchören, Liederinlagen zu aktuellen Ereignissen, sowie Tanz- und Gymnastikelementen, die flexibel der tagesaktuellen Situation angepasst werden konnten. Die Revuen wurden in kollektiver Arbeit von Laiendarstellern aus der Arbeiterschaft produziert, häufig unterstützt von Fachleuten wie Musikern, Schriftstellern, Schauspielern und Regisseuren, oft in Zusammenarbeit mit Genossinnen und Genossen der KPD.

Vor dem Auftreten der Agitproptruppen gab es bereits Versuche, künstlerische Formen einer kämpferischen Arbeiterkultur zu entwickeln. Dazu gehörten die Anfänge eines politischen Arbeitertheaters durch den jungen Regisseur Erwin Piscator, der 1920 in Berlin das »Proletarisches Theater« gegründet hatte und mit seinen Stücken Vorläufer der späteren Agitpropbewegung schuf.

Ein weiteres revolutionäres Kulturelement entwickelte sich mit den proletarischen Sprechchören – eine neue künstlerische Form, die von der KPD mit der Gründung des »zentralen Sprechchors der KPD« 1922 gezielt initiiert wurde. Die Leitung übernahm der ausgebildete Schauspieler Gustav von Wangenheim, der auch Mitglied der Partei war. Bis zu 60 Sprecher thematisierten in dialogischen Rezitationen ideologische Fragen. Szenische und pantomimische Elemente belebten die

1 Vgl.: Oliver Bendel, Das revolutionäre Arbeitertheater der Weimarer Zeit. Theater als Instrument kommunistischer Propaganda. Magisterarbeit im Fach Deutsche Literatur an der Universität Konstanz, Konstanz 1996, a. a. O., S. 43 ff.

Darbietungen. Die Texte wurden z. T. kollektiv erarbeitet, manche auch von einzelnen Autoren verfasst.²

Mit der Deutschlandtournee der Moskauer Agitproptruppe »Die blauen Blusen« 1927 kam neuer Wind in die Kulturarbeit der deutschen Arbeiterbewegung. Die Truppe, die ähnliche Stilmittel anwandte wie die soeben dargestellten, inspirierte besonders die Arbeiterjugend. Zahlreiche neue Agitpropgruppen entstanden, bis ihre Zahl auf dem Höhepunkt im Jahr 1929 ca. 300 Gruppen erreichte.³

Die zentrale Theatertruppe des KJVD nannte sich »das rote Sprachrohr«, hier wirkten Hanns Eisler und weitere künstlerische Fachleute mit. Das berühmte Solidaritätslied wird im Film »Kuhle Wampe« von dieser Agitproptruppe vorgetragen. Eisler hielt es neben dem Einheitsfrontlied von 1934 für sein bestes Kampflied⁴.

Der »Rote Wedding« gehört ebenfalls zu den Liedern, die von der Agitprobewegung hervorgebracht wurden. Es entstand als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Berliner Polizei beim »Blutmai« 1929, als Polizisten auf Anweisung von Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) im Zuge der Niederschlagung von Mai-Kundgebungen 33 Arbeiter erschossen. Hanns Eisler schrieb die Musik zunächst für eine Berliner Agitpropgruppe, die sich nach diesem Lied benannte. Das Lied erfuhr mehrere Umarbeitungen des Textes, darunter eine Version von Erich Weinert, und konnte so auch losgelöst von den lokalen Entstehungsbedingungen wirken.⁵ Die scharfe politische Aussage, Klarheit und Straffheit der musikalischen Anlage, konnten jedoch nicht verhindern, dass die Nazis dieses beliebte Lied für ihre Zwecke missbrauchten, den Text in ihrem Sinn abänderten.

Erfahrungen solcherart gaben den Ausschlag für einen Stilwandel in Eislers politischer Musik. Er vermied seitdem den Einsatz von Marschmusik, die viele Arbeiterlieder bisher geprägt hatte: Es war eine gängige Praxis, dass bekannte Soldatenlieder mit neuen Texten versehen wurden und sich so der reaktionäre Grundcharakter progressiv verkehrte. Problematisch war allerdings, dass marschartige Arbeiterlieder durch das Unterlegen von reaktionären Texten ebenfalls in ihr Gegenteil verkehrt werden konnten, was die Nazis gezielt einsetzten, um Einfluss auf die Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Die Agitprobewegung war in ihrer künstlerischen Neuartigkeit ein Ausdruck davon, dass Kommunisten sich nicht nur politisch, sondern auch kulturell als Avantgarde verstanden. Mit neu entwickelten Stilmitteln strahlte diese Gegenkultur über die Arbeiterbewegung hinaus auch auf Teile der bürgerlichen künstlerischen Avantgarde aus und

2 Vgl.: ebd., S. 18.

3 Ebd., S. 50.

4 Vgl.: Gespräche mit Hanns Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht. Gespräche mit Hans Bunge, Leipzig 1975, S. 95.

5 Vgl.: Inge Lammel: Das Arbeiterlied, Frankfurt a.M. 1973, S. 240f.

erhielt Anerkennung für die gekonnten und professionell ausgearbeiteten Vorstellungen ihrer Revuen, Chöre und Massenveranstaltungen. Sogar Theodor Adorno, der bedeutendste Theoretiker der bürgerlichen musikalischen Avantgarde, hatte noch in späteren Jahren für Eislers Kampfmusik ein paar lobende Worte übrig. Über dessen Arbeiterchöre schreibt er: »*Darin haben wirkliche kompositorische Phantasie und erhebliches technisches Vermögen in den Dienst von Ausdruckscharakteren, rein musikalischen Formulierungen sich gestellt, denen an sich, vor allem außermusikalischen Programm und Inhalt, eine bestimmte Art scharfer und spitzer Aggressivität zukommt.*«⁶

Die Arbeiter- sänger- bewegung

Die Agitpropbewegung machte jedoch nur einen sehr kleinen Teil der kulturellen Tätigkeit der Arbeiterbewegung aus. Vor allem die Arbeiterchöre hatten sich zu einer Massenbewegung entwickelt, die im Deutschen Arbeitersängerbund (DAS) organisiert war. Schon vor dem 1. Weltkrieg umfasste die 1908 gegründete Dachorganisation der Arbeitersängervereine über hunderttausend Mitglieder. In der Weimarer Zeit wuchs diese Zahl innerhalb weniger Jahre auf 260 000 Mitglieder im Jahr 1923 an.⁷ Für die sozialdemokratisch dominierte Sängerbewegung stand jedoch nicht das Singen revolutionärer Kampflieder im Vordergrund, sondern die Aneignung des bürgerlichen Musikerbes, indem Chorwerke der Klassik, aber auch gesellige Lieder unpolitischen Charakters gesungen wurden.

Es galt die vom bürgerlichen Idealismus geprägte Vorstellung, Kunst könne den Menschen veredeln, Gemeinschaftssinn und Sittlichkeit entwickeln und so gleichzeitig die Grundlagen für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft legen.⁸ Die Leitung der Chöre lag zum größten Teil in den Händen professioneller Chorleiter bürgerlicher Herkunft, die auch auf die Musikauswahl Einfluss ausüben konnten und damit die Tradition der geselligen Liedertafel verstärkten, die der Goethe-Freund Carl Friedrich Zelter begründet hatte. Hanns Eisler lehnte die Liedertafelliteratur ab, »*die ja nur das Verhältnis des einzelnen zur Natur, das Liebeserlebnis, die Gemütlichkeit oder die Geselligkeit widerspiegelt.*«⁹

Konnten die Arbeitersängervereine noch in der Zeit des Sozialistengesetzes Bismarcks 1878–1890 als geschickte Tarnorganisationen der verbotenen Sozialdemokratie fungieren, so förderten sie nun mehr die Realitätsflucht als den Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Die fehlende Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen zeigte sich u. a. daran, dass in der Zeit der Weimarer Republik von Seiten der sozialdemokratischen Singbewegung anders als von der kommunistisch geprägten

6 Theodor W. Adorno: Einleitung in die Musiksoziologie. Zwölf theoretische Vorlesungen, Frankfurt a.M. 1996, 9. Aufl., S. 86.

7 Klenke, Dietmar/Lilje, Peter/Walter, Franz: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992, S. 15.

8 Vgl.: Ebd., S. 34 f.

9 Hanns Eisler: Materialien zu einer Dialektik der Musik, Leipzig 1976, S. 73.

Agitpropbewegung kaum neue Lieder hervorgebracht wurden.¹⁰ Die politische und ideologische Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD wurde auch innerhalb der Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung ausgetragen.

Sucht man nach den Anfängen des eigentlichen Arbeiterliedes, so setzt man gewöhnlich mit dem Weberaufstand von 1844 an. Aus dieser Zeit stammt »Das Blutgericht«, das nach Kai Degenhardt »*allgemein als das erste deutsche Arbeiterlied gilt*«. ¹¹ Der Text eines unbekanntes Verfassers besteht in seiner Originalversion aus 25 Strophen, die auf die Melodie »es steht ein Schloss in Österreich« gesungen wurden – ein Lied aus dem 16. Jahrhundert, in dem es um die Hinrichtung eines Unschuldigen geht, das also auch schon einen politischen Hintergrund hatte.¹²

Hier wurde bereits das Parodieverfahren angewandt, das einen großen Teil der Arbeiterlieder prägt: Man brachte Texte zu aktuellen politischen Ereignissen in eine Gedichtform, die sich auf bereits bekannte Melodien singen ließ. Auf Flugblätter gedruckt konnten sie sich auf diese Weise schnell verbreiten. Weder für die Verfasser noch für die Sänger war dazu eine musikalische Vorbildung nötig.

Außerdem konnte inhaltlich dem Lied eine besondere Pointe verpasst werden, wenn man beispielsweise ein Huldigungslied an einen Repräsentanten der herrschenden Klasse auf eine sozialistische Führungspersönlichkeit ummünzte. So wurde aus dem Soldatenlied »Auf, auf zum Kampf« das auch heute noch lebendige gleichnamige Lied zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Aus »dem Kaiser Wilhelm haben wir's geschworen« wurde »dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen«. Ähnlich wie beim Roten Wedding war es auch hier allerdings für die Nazis ein Leichtes, den Text in ihrem Sinn umzudeuten. Nun hieß es in einer Version der SA von 1930: »Dem Adolf Hitler haben wir's geschworen«.

Neben den Parodien gab es aber auch Neukompositionen, wie z.B. Hymnen für Organisationen der Arbeiterbewegung. Zu den frühen Liedern gehört das Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, dessen Text Georg Herwegh geschrieben hatte. Die Vertonung ist ein Beispiel dafür, dass bei Neukompositionen von Arbeiterliedern häufig ausgebildete Musiker eine Rolle spielten. Die ursprüngliche Chorversion wurde von dem Dirigenten, Pianisten und Komponisten Hans von Bülow komponiert, die allerdings wenig Verbreitung fand. Die heute bekannte Version komponierte Peter Heinz um die Jahrhundertwende, also erst

Die Ursprünge des Arbeiterliedes und das Parodieverfahren

Lieder der Arbeiterorganisationen

10 Vgl.: Ebd., S. 55.

11 Kai Degenhardt: Wessen Morgen ist der Morgen. Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland, Köln 2023, S. 40.

12 Vgl.: Inge Lammel, a. a. O. a., S. 219.

Jahrzehnte nach dem historischen Anlass der Entstehung des Liedes. Die eingängige Melodie weist eindeutige Anleihen bei Robert Schumanns Kunstlied »Widmung« aus dem Zyklus Myrthen Op. 25 auf – mühelos lässt sich offenbar dieselbe Melodie sowohl für ein Lied subjektiver Innerlichkeit als auch für ein politisches Kampflied verwenden.¹³

Eine weitere Neukomposition war die Internationale, die mit Pierre Degeyter von einem französischen Arbeiter komponiert wurde, der das Drechslerhandwerk ausübte.¹⁴ Doch ohne musikalische Vorbildung war auch er nicht. Er hatte Musikunterricht genommen, fungierte als Liedermacher und leitete einen Arbeiterchor in Lille.

Der Sozialistenmarsch, der 1891 für den Erfurter Parteitag der SPD geschrieben wurde, geht auf den Komponisten mehrerer Arbeiterlieder und Chöre, Karl Gramm, zurück. Es war ursprünglich ein vierstimmiger Chorsatz, wie auch andere Chorwerke Gramms, der demnach über eine musikalische Ausbildung verfügen musste. Ansonsten ist über den Komponisten nur wenig bekannt.¹⁵

Einteilungen und Definitionen des Arbeiter- liedes

Die wenigen genannten Beispiele für Parodien auf der einen und für neu-komponierte Arbeiterlieder auf der anderen Seite reichen für die Feststellung aus, dass im historischen Rückblick kein prinzipieller Unterschied zwischen beiden Formen besteht und sie gleichberechtigt zum großen kulturellen Erbe einer oppositionellen Gegenkultur gehören, wie sie sich in jeder Klassengesellschaft herausbildet.¹⁶ Dabei macht die sprachliche Ebene den Hauptanteil der proletarischen Bewegung an einer Gegenkultur aus. Musikalisch kann erst mit Hanns Eisler und anderen Komponisten der Agitpropbewegung von einem Beitrag zu einer eigenständigen Arbeiterkultur gesprochen werden.

Die zahlreichen Einteilungen in der wissenschaftlichen Literatur zwischen Arbeitervolkslied, Arbeiterlied, Tendenzlied, Politsong etc. spielen in der Praxis keine wesentliche Rolle.¹⁷ Verallgemeinernd schlägt Kai Degenhardt in seinem Buch über das Arbeiterlied eine Definition vor, die eine Abgrenzung zu anderen Formen der Volksmusik nicht in musikalischen Stilmitteln oder in den angesprochenen Themen sucht, sondern im artikulierten Klassenbewusstsein: »*Kennzeichnendes Merkmal fürs Arbeiterlied ist ein ihm inhärentes Arbeiterklassenbewusstsein im Sinne einer Motivation zum solidarischen Klassenkampf – von*

13 Diese Beobachtung findet sich bisher in der Literatur nicht. Allerdings legt der fast wörtliche Tonverlauf der Melodie nahe, dass Peter Heinz bei Schumann Anleihen nahm.

14 Vgl.: I. Lammel, a. a. O. a., S. 223. Bei Wikipedia wird Degeyter als »Holzschnitzer« bezeichnet, vgl.: Pierre Degeyter – Wikipedia, Zugriff am 21.1.2024.

15 Vgl.: Inge Lammel, a. a. O. a., S. 225f und Carl Gramm – Wikipedia, Zugriff am 21.1.2024.

16 Inge Lammel zitiert zur Frage der Gegenkultur Lenin aus seinen »Kritischen Bemerkungen zur nationalen Frage«, siehe: I. Lammel, a. a. O. a., S. 12.

17 Kai Degenhardt, a. a. O. a., S. 31ff.

der betrieblichen Einzelaktion bis hin zur sozialen Revolution.«¹⁸ Damit umfasst das Arbeiterlied neben Liedern, die Arbeitskämpfe und Streiks thematisieren, auch Antikriegslieder, antifaschistische Lieder, solche, die den Kampf um demokratische Rechte ansprechen, ebenso wie Lieder des antikolonialen Freiheitskampfes und des Widerstands gegen Unterdrückung jeglicher Art.

Erstaunlicherweise konnte im Jahr 2014 auf Initiative der Musiker Bernd Köhler (Schlauch) und Joachim Hetscher erreicht werden, dass das Singen von Arbeiterliedern in das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurde.¹⁹ Diese Anerkennung kommt in einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung eine besondere Schwächephase durchläuft und sie als Trägerin einer Gegenkultur kaum wahrzunehmen ist. Voraussetzung für die Entstehung neuer Lieder und die Erhaltung einer lebendigen Arbeiterkultur ist die politische Bewegung, die Mobilisierung großer Massen für Arbeitskämpfe und für gesellschaftlichen Fortschritt. Arbeiterkultur braucht solche Kämpfe »wie die Luft zum Atmen«.²⁰ Bis sie wieder vermehrt auftreten, gilt es, die Erinnerung an dieses kulturelle Erbe wach zu halten.

Arbeiterlieder erinnern an die zahlreichen Kämpfe der Vergangenheit, stellen einen geschichtlichen Erfahrungsschatz dar. Sie sind Zeugnisse der Klassenkämpfe, in deren Tradition die verbliebenen Kommunisten und andere Linke heute stehen. Die Beschäftigung mit den Arbeiterliedern ist ein wichtiges Mittel, sich diese Tradition bewusst zu machen und wirkt gegen Resignation und das Gefühl, angesichts der gegenwärtigen Schwäche der Arbeiterbewegung, auf verlorenem Posten zu stehen.

Literatur

- Kai Degenhardt: Wessen Morgen ist der Morgen. Arbeiterlied und Arbeiterkämpfe in Deutschland, Köln 2023
- Oliver Bendel: Das revolutionäre Arbeitertheater der Weimarer Zeit. Theater als Instrument kommunistischer Propaganda. Magisterarbeit im Fach Deutsche Literatur an der Universität Konstanz, Konstanz 1996, bendel.PDF (uni-konstanz.de)
- Hanns-Werner Heister: Politische Kampflieder. Vorwärts und nicht vergessen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Sound des Jahrhunderts, Kapitel 2, abrufbar unter: Politische Kampflieder | Sound des Jahrhunderts | bpb.de (Zugriff vom 25.1.2024)

18 Ebd. S. 78.

19 Vgl.: IKE_Verzeichnis_2023_web.pdf (unesco.de), S. 128. Vgl. dazu auch Kai Degenhardt, a. a. O. a., S. 20.

20 Ebd., S. 194.

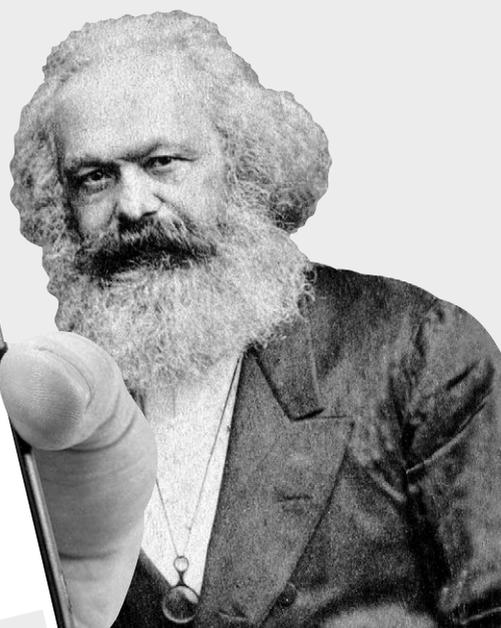
Zur heutigen
Stellung des
Arbeiterlied-
gesangs im
Kulturleben

Die erste App mit kommunistischer Intelligenz

Jetzt bestellen!
jungewelt.de/ki
0 30/53 63 55-80
abo@jungewelt.de

**1 Monat
Web+App
6€***

*muss nicht abbestellt werden,
endet automatisch.



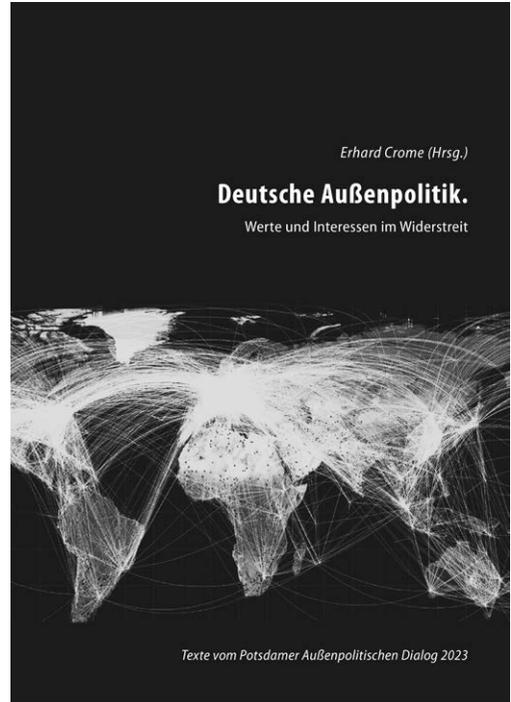
Innenansichten aus Russland

Kerstin Kaiser

Mit dem *Ukraine-Krieg und seinen Folgen für Russland* befasst sich ein Beitrag von Kerstin Kaiser, bis Mitte 2022 langjährige Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, beim Potsdamer Außenpolitischen Dialog im November 2023. Für realistisch hält die Autorin ein Szenario »bei dem Russland nach einem Ende der Kämpfe aus dem Krieg geschwächt herauskommt: politisch instabiler und autoritärer, sozial und regional tiefer gespalten, militärisch enger umstellt, mit weniger internationalem Einfluss«. Um diese These zu erörtern und zu belegen, hat sie als Momentaufnahme gesellschaftliche Innenansichten und politische Suchbewegungen aus Russland dargestellt. Mit freundlicher Genehmigung dokumentieren wir hier diesen Teil ihres Beitrages.

I. Innen-Ansichten als Momentaufnahmen

Die Bevölkerung, die Familien bezahlen diesen Krieg mit dem Leben der Soldaten. Wie schon in den acht Jahren des so genannten Bürgerkrieges in der Ostukraine sind dessen Ereignisse und Spuren von Anfang an auch in den grenznahen Gebieten im Westen Russlands erlebbar und sichtbar. Wie hoch Verluste und Brüche im Land noch werden und Widersprüche sich vertiefen und vervielfältigen, hängt von der Dauer des Krieges ab. Dennoch: Im Oktober 2023 behaupteten bei Umfragen des regierungsunabhängigen Lewada-Zentrums noch 83 % der Befragten in Russland, dass sie in »guter bis normaler Stimmung« leben, nur 17 % verspüren »Unruhe und Ängste«. Dabei sind junge Leute unter 24 Jahren mit 13 % weniger besorgt, als die Älteren über 55 Jahren mit 27 %. Gutsituierte sind zu 84 % zufrieden und nur zu 12 %



Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2023, ISBN 978-3-949887-37-6

beunruhigt. Bei Menschen, die sich mit ihrem Einkommen gerade so Essen und Kleidung leisten können, ändert die Kriegssituation für 83 % nichts, 14 % fühlen sich beunruhigt. Die Zahlen halten sich seit einem Jahr auf diesem Niveau. Dass der Konsum wieder steigt, mag belegen, dass der Zustand des Landes im Krieg inzwischen als Normalität empfunden wird und die Bevölkerung sich dem angepasst hat.

Widersprüche und Unterschiede sind dennoch unübersehbar. Walerij Fjodorow, Chef von Russlands führendem Meinungsforschungsinstitut WZIOM, machte in einem viel beachteten Artikel der Zeitung RBK vier Bevölkerungsgruppen aus, die das Maß an Betroffenheit durch die Folgen der »militärischen Spezialoperation« unterscheidet: Gruppe eins ist »das kämpfende Russland«. Hierzu zählt er die Familien der Armeeangehörigen, Soldaten, Mobilisierten und Freiwilligen, die Bevölkerung in Westrussland, ethnisch russische

Kriegsflüchtlinge oder Übersiedler aus der Ukraine seit 2014, aber auch die Anhänger/Befürworter einer starken Rolle des Militärs im Staat. Letztere sollen jetzt etwa 15 % der Bevölkerung ausmachen. Zweitens beschreibt Fjodorow das »hauptstädtische Russland« als Mischung vergleichsweise komfortabel und privilegiert lebender Leute in Millionen-Städten, die trotz des Wegfalls globalisierter Jobs und Geldquellen weiter versuchen, Lebensstandard und Normalität zu erhalten. Zu ihnen zählt er auch die Moskauer und Petersburger Mittelklasse, Kleinbourgeoisie und Intelligenzija. Als dritte Gruppe wird »das tiefe Russland« benannt. Hier sind Menschen in Gebieten abseits großer Zentren in der fernerer Provinz gemeint, wo Versorgungs- und Lebensbedingungen immer vergleichsweise schwierig waren und sich der Alltag deshalb kaum geändert hat: Man muss irgendwie zurechtkommen. In dieser Gruppe sehen die Älteren besorgter auf den Krieg. Als das »ausgereiste Russland« werden, viertens, die Emigranten ausgemacht, die nach Beginn des Krieges und der Teilmobilisierung im August 2022 ins Ausland gingen. Neben politisch kritischen, bedrohten und verfolgten Personen und Kriegsdienstverweigerern, zählen hierzu auch Leute, die wegen internationaler Sanktionen ihre Erwerbsarbeit auf dem Territorium der RF nicht weiter ausüben können. Man findet keine verlässlichen Zahlen, es dürften aber über eine Million Menschen sein, die mittlerweile in postsowjetische Länder, die EU, die Türkei und andere Länder ausgewandert sind.

Umfrageergebnisse von Lewada und WZIOM zur so genannten öffentlichen Meinung – zum Krieg, zur allgemeinen Entwicklung sowie dem Handeln von Präsident und Regierung – lesen sich im Sinne der herrschenden Macht relativ positiv, aber widersprüchlich. Bei Befragungen im Oktober 2023 versichern 76 % der Armee ihre Unterstützung zu, nur 16 % sagen Nein. Aber nur 62 % meinen, die Armee kämpfe erfolgreich. Gleichzeitig befürworten inzwischen 55 % der russländischen

Bürger:innen, sofortige Friedensverhandlungen, das sind 4 % mehr als im Vormonat. Nur 38 % setzen weiter auf Kampfhandlungen allein. Kriegs-Euphorie unter der Bevölkerung sähe anders aus. Zwei Drittel aller Befragten meinen, Russland entwickelt sich in die richtige Richtung, ein Plus von 6 % seit dem Sommer. Selbst wenn Lewada kürzlich eine ausführliche Untersuchung und kritische Auswertung zur Glaubwürdigkeit eigener Befragungsergebnisse veröffentlicht hat und auch WZIOM-Chef Fjodorow vorsichtig bleibt, belegt der Vergleich von Statistiken aus über zehn Jahren, dass weder von blinder Kriegs-Gefolgschaft noch von Umsturz-Stimmung unter der Bevölkerung die Rede sein kann. Es gab und gibt in Russland auch nach dem Kriegsbeginn noch gesellschaftliche Debatten jenseits der Kreml-Propaganda und mediale Alternativen, was z. B. Analyse und Erfahrungen von Anna Rebel aus Moskau zeigen. Sie fand in der russländischen Bevölkerung eine grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber Medien im In- und Ausland vor, einschließlich gegenüber dem staatlichen TV und seiner Propaganda. Die Menschen nutzen durchaus digitale und unabhängige, alternative Medienangebote für die Meinungsbildung, die wesentlich durch den Austausch im persönlichen Umfeld stattfindet. Das gilt unabhängig von Wohnort oder privaten Präferenzen und lässt sich ebenso aus Lewada-Umfragen schlussfolgern.

November 2023: Laut Sonntagsfrage zu den Duma-Wahlen hätte die Regierungspartei »Einiges Russland« (ER) mit erstaunlich guten 58 % rechnen können, die linkspatriotischen Kommunisten mit 12 %, die konservativ-nationalistischen Liberalen mit 11 % und die sozialpatriotische Partei »Gerechtes Russland« mit 6 %. Nimmt man Fjodorows »hauptstädtisches Russland«, steht dies am ehesten hinter der ER. Die Kommunisten können sich in Teilen auf Zuspruch aus dem »tiefen Russland« verlassen. Das »kämpfende Russland« kritisiert Staatsmacht und Armeeführung eher von rechts: Man will konsequenteren Kampf,

mehr Mittel, bessere Ausrüstung und Absicherung, Macht und Freiheiten für die Armee insgesamt. Alle Fraktionen in der Staatsduma unterstützen den außenpolitischen und Kriegskurs von Präsident Putin und glauben, dass ihnen daraus nach dem Krieg eigene politische Chancen erwachsen. Die Autokratie als Realität dürfte dem schon heute widersprechen, mehr Demokratie ist nicht zu erwarten.

Das Verhängnis ist da: der »Ausnahmezustand auf Dauer«. Mit Kriegsbeginn wurden in der Russländischen Föderation offiziell weder der Kriegszustand noch ein Ausnahmezustand erklärt. Der sprichwörtliche »Drucker im Kreml« musste pausenlos arbeiten, um Hunderte von Gesetzen auszuspucken, die die Duma allein im ersten halben Jahr durchwinkte. Diese schränken politische Grundrechte und Freiheiten ein, fesseln Presse und Medien, genauso wie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Je länger die Kämpfe dauern, je größer die Probleme im Land werden, umso eifriger sind Abgeordnete verschiedener Fraktionen beim Ausmachen von Gegnern im eigenen Land und in patriotischer Rhetorik. Die Folgen dieser Entwicklung sind komplex und langfristig. Alle politischen, demokratischen, grundrechtlichen und zivilgesellschaftlich-emanzipatorischen Räume sind und werden radikal verengt, Opposition und kritischer Kunst bleiben als Alternative nur private »Reservate« und Küchen. Staatliche Einschränkung und Verfolgung individueller und oppositionell organisierter Meinungsfreiheit, politischer Betätigung gegen den Krieg – bis hin zu Willkür – ist Alltag. Und der fatale Trick: Das wird mit dem Ende der Kampfhandlungen und des Krieges genauso bleiben. Niemand erwartet, dass diese Gesetzesänderungen, Regelungen oder politischen Urteile mit einer Waffenruhe oder dem erklärtem Ende der »Spezialoperation« zurückgenommen werden. Das System rutscht weiter in Richtung Diktatur.

Bei alledem ist und bleibt das »Phänomen Putin« offensichtlich genauso wirkmächtig

wie das »russländische Narrativ« akzeptiert und identitätsbildend. Mit dem Handeln des Präsidenten zeigen sich 2023 im November 85 % der durch Lewada am Telefon befragten Menschen in Russland zufrieden, das sind 5 % plus im Vergleich zum September, als noch 17 % gegen ihn sprachen. Das tun im November nur noch 13 %. Selbst bei allem Misstrauen in die Ergebnisse von Umfragen und Wahlen in Russland muss man davon ausgehen, dass Wladimir Putin seit seiner Wiederwahl 2012 zu keinem Zeitpunkt das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit verloren hat. Langfristige belegen die Umfragen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist: die Erhöhung des Rentenalters 2018 quitierte die Bevölkerung als Verrat Putins mit Protesten und Umfragewerten zwischen 60 und 70 %, die sich durch die Covid-Pandemie hielten. Das »Phänomen Putin« ist aber durchaus erklärbar. Es basiert zuerst auf sozialen Erfahrungen der als traumatisch erlebten »Ära Jelzin« nach dem Ende der UdSSR 1991 und dem daraus folgenden Zusammenbruch von Staat und Ökonomie. Danach gelang es der Macht im Kreml mit Putin, das Land zu stabilisieren und die Lebensverhältnisse für die breite Bevölkerung zeitweise zu verbessern, mehr oder weniger zu sichern, wenn auch die Korruption blieb. So entstand und blieb der Wunsch nach »Stabilität« durch einen starken Staat. Das Bewusstsein für den entrichteten Blutzoll nach dem Überfall und dem Sieg über Hitlerdeutschland einerseits und dem Verliererstatus nach dem Kalten Krieg andererseits begründet die Zustimmung zu Putins Außen- und Sicherheitspolitik. Und nach wie vor herrscht in der Gesellschaft die Illusion, der Präsident würde über den politischen Lagern stehen. Jenseits von Autorität, Repression und Populismus hinaus fußt Putins Popularität heute jedoch vor allem darauf, dass er in jeder Generation und jeder gesellschaftlichen Schicht seine Anhänger hat. Für alle relevanten politischen Parteien und Richtungen fungiert er als »Sicherheitsgarant« und somit als eine Art kleinster gemeinsamer Nenner, je nachdem: Für Liberale,

Neoliberale und russische Nationalisten ist er der Garant gegen die befürchtete Rückkehr von Kommunismus und Stalinismus. Für die KPRF garantiert er ein Minimum an Sozialstaat und das Fernhalten der Ultrationalisten von der Macht. Sein System bindet die Oligarchen ein und sichert ihre Profite, scheint sie jedoch irgendwie in Schach zu halten. Und fast alle schätzen Putin dafür, dass er Russlands Rolle international gestärkt hat und nicht – wie Jelzin – eine westliche Demokratie propagiert, die dem Land nur Verachtung, Unterwerfung und den Ausverkauf einbrachte.

Opposition, Protest und Gegenkultur existieren »unter dem Radar« oder im Exil. Spaltungen zur Kriegsfrage gehen dramatisch durch alle Gruppen und Schichten der Intelligenzija, der Künstler:innen. Es gibt Abgeordnete wie Oleg Smolin (KPRF), Oleg Scheijn (GR) oder Wissenschaftler wie Alexej Gromyko, Chef des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften Russlands, die widersprechen und sich halten. Es gibt aber auch Boris Kagarlitzkij, der Monate ohne Anklage in Untersuchungshaft gehalten wurde, aufgrund des Universal-Vorwurfs »Verleumdung der russländischen Streitkräfte«. (Anm. der Redaktion: Mittlerweile wurde er zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.) Und wie viele willkürlich Verhaftete sind unbekannt? Tatsächlich gibt es in der und um die KPRF noch Linke, die im Ergebnis des Krieges auf bessere Bedingungen für sozialistische Veränderungen oder mindestens bessere Sozialpolitik hoffen, aber derzeit abwarten. Ins Ausland emigrierte Menschen hoffen auf »Russland ohne Putin« und »Russland wird frei sein!«, haben aber – nach eigener Aussage – im Westen oft genug ihr Publikum, ihre gesellschaftliche Funktion verloren. Wer außerhalb Russlands nicht in den dort jeweils herrschenden Diskurs passt, wird auch dort ignoriert oder abgelehnt. In vielen persönlichen Gesprächen mit Emigrant:innen beschrieben sie mir gegenüber ihre Situation als russländische Oppositionelle auch im Ausland als widersprüchlich, materiell schwierig

und politisch aussichtslos. Sie möchten weder als Verräter der eigenen Familien und Leute noch als Repräsentant:innen »des Verbrecherstaates« dastehen. Unabhängig arbeitende Wissenschaftler:innen, die in Russland geblieben sind, beklagen den Abbruch der direkten und digitalen Kommunikation durch Partner im Westen, besonders in Deutschland.

Kapitalismus im Krieg: Seit 2014 haben Sanktionen und Wirtschaftskrieg gegen Russland ihr Ziel, den Staat zu ruinieren und zu schwächen, nicht erreicht. Sie wirken widersprüchlich. Natürlich trug die Bevölkerung die Folgen: Teuerung, Inflation, Engpässe bei Computertechnik und Arzneimitteln, zum Beispiel. Landwirtschaft und Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion konnten dagegen stabilisiert und gesichert werden. Abgesehen vom ökonomischen Bumerang für die EU-Sanktionsstaaten inklusive Deutschland ist aber damit auch ein Umbau der russländischen Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit oder Gerechtigkeit ferner denn je. Ebenso Erfolg im Kampf gegen Korruption. Wenn Russland auf kapitalistischem Weg in der globalen Konkurrenz um Machtdominanz nicht mithalten kann, verliert es durch die jetzige Politik mögliche Träger einer nachhaltigen, sozialen, humaneren Entwicklung »danach«, sowohl von innen als auch von außen.

Und russländische Alternativen von innen? Je länger der Krieg dauert und die Opfer zunehmen, wenn militärische und wirtschaftliche Geländegewinne ausbleiben, wird das offizielle russländische Narrativ zerbröseln. Derzeit spielt die Politik des so genannten Westens der Macht in Moskau noch in die Hände, man kann sich als Opfer der Anderen darstellen, als betrogen und umstellt, und die eigene Verantwortung für falsche Politik verdrängen. Solange die politische Depression der Linken weiter anhält, marschiert der patriotisch- bis nationalistisch gefärbte Konservatismus in Russland weiter ungebremst. Er dringt selbst in bisher progressive gesellschaftliche, international orientierte

Schichten ein, durchaus spiegelbildlich zu Entwicklungen hierzulande.

Die Kombination aus autoritärer Politik und aggressiv propagierter national-konservativer Werte mit der staatlichen Konzeption »Russkij Mir« steht und wirkt inzwischen der multi-ethnischen *russländischen* Realität und Identität der Menschen entgegen. Möglicherweise werden sie den Vielvölkerstaat »Rossija«, also die Russländische Föderation, nicht davor bewahren können, sich in Richtung eines *russischen* Nationalstaates zu entwickeln. Dies könnte in autonomen Republiken und Gebieten jeweils eigene ethnische Konflikte und nationalistische Tendenzen hervorbringen oder verstärken.

II. Suchbewegungen in der Sackgasse

Im Frühjahr 2023 wurde die neue Außenpolitische Strategie Russlands offiziell vorgestellt und beschlossen. Damit ist die Abwendung vom so genannten westlichen Entwicklungsmodell vollzogen und Russlands Selbst-Zuordnung als stabiler Partner der EU obsolet. Die Priorität der eigenen Entwicklung mit Ausrichtung auf China, Indien, Lateinamerika wurde manifestiert. Der einstige Plan B (Eurasien und BRICS plus) wurde zur alleinigen strategischen Grundlage. Russland stellt das als Folge des Verrats durch den transatlantischen Westen dar, mit dem dieser darauf abzielt, »Russland auf jede erdenkliche Weise zu schwächen, seine schöpferische zivilisatorische Rolle, seine Macht, seine wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeiten zu unterminieren, seine Souveränität in der Außen- und Innenpolitik einzuschränken und seine territoriale Integrität zu zerstören. Dieser westliche Kurs ist inzwischen allumfassend und auf der Ebene der Doktrin verankert. Die Russische Föderation hat ihn nicht gewählt. Russland betrachtet sich nicht als Feind des Westens, isoliert sich nicht von ihm, hegt keine feindlichen Absichten ihm gegenüber und erwartet, dass die Staaten

der westlichen Gemeinschaft in Zukunft die Sinnlosigkeit ihrer Konfrontationspolitik und ihrer hegemonialen Ambitionen erkennen, die komplexen Realitäten einer multipolaren Welt berücksichtigen und zu einer pragmatischen Interaktion mit Russland zurückkehren ...«

Die Vision vom gemeinsamen Wirtschaftsraum »von Lissabon bis Wladiwostok« ist damit genauso krachend gescheitert, wie sich die bis vor kurzem noch unerschütterliche Hoffnung Russlands auf die privilegierte wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland als ökonomische Vormacht Europas als Illusion erwies. Diese vorerst endgültige Entscheidung und relevante Weichenstellung verdient es, an anderer Stelle im Hinblick auf mögliche Entwicklungen *nach* einer Waffenruhe in der Ukraine genauer analysiert zu werden. Die Darstellung Putins hierzulande als irrational oder sprichwörtlich als »Fuchs, dem die Trauben zu hoch hängen« und der sie – den Westen – deshalb als zu sauer verschmäht, wird der Tragweite der Strategie nicht gerecht ...

Russland ist an der Seite Chinas nicht ebenbürtiger, sondern ökonomisch schwächerer Partner und davon abhängig, seine Rolle als Rohstofflieferant und Markt spielen zu können. Solange seine strategische Neuorientierung nicht einher geht mit der kritischen Analyse der eigenen Politik und Wirtschaft der letzten Jahrzehnte, kann es nur mehr vom Falschen geben. Dem Macht-System in Russland ist es über zwanzig Jahre nicht gelungen, den Reichtum an Ressourcen und die Gewinne aus deren Verkauf dazu zu nutzen, die Wirtschaft nachhaltig zu modernisieren, um internationale Macht nicht nur auf Abhängigkeiten durch Handel und militärischer Stärke aufzubauen. Das durch die Kriegswirtschaft forcierte »Weiter so« ist tatsächlich keine Umkehr, sondern führt ökonomisch und außenpolitisch tiefer in die Sackgasse.

Die Suche nach neuen Wegen, Auswegen oder Alternativen für Russland würde einen Realitäts-Check von innen und außen und eine

Debatte voraussetzen, die öffentlich während des Krieges dort kaum geführt werden wird.

Und so musste auch das Papier »Reifeprüfung – oder: Eine (Welt)Ordnung, die es noch nie gab. – Phantasie über eine Zukunft ohne Hierarchien« mehrerer Autoren ausdrücklich als »Utopie« erscheinen. Es war zur 20. Tagung des konservativen Waldai-Klubs im Oktober 2023 in Sotschi mit gewisser Spannung erwartet worden, da Waldai-Macher Fjodor Lukjanow und seine Kollegen weltweit als in Russland einflussreiche Experten gelten, er selbst sich aber eine gewisse Unabhängigkeit von der »Macht im Kreml« bewahren konnte und nicht zu Extremen neigt. Die Utopie-Ausarbeitung von Sotschi taugte dennoch nur fürs Schaufenster. Aus der Darstellung »einer Welt ohne Sieger und Besiegte« folgt wenig, wenn reale Politik und der eigene Präsident trotz Atomkriegsgefahr die Welt nicht *anders* sehen, denken und wahrnehmen wollen. Im Papier wird die internationale Ordnung als Hierarchie dargestellt, deren Strukturen und Polarisierung als Ergebnis der heute existierenden Hierarchie der Mächte. Die Autoren definieren diese Hierarchie zu Recht als auslaufende, überholte Beziehungsart und- struktur und suchen ein neues Verständnis von Abhängigkeit und Offenheit. Ausgesuchte Wirtschaftszahlen sollen als Argumente dienen. Auf den Punkt gebracht werben Lukjanow und Co. damit für eine polyzentrische Welt, in die Russland wiederum nur mit seinen Bodenschätzen und Potentialen viel einzubringen hat.

Der tiefe Griff in die Geschichte zur Absicherung ihres Plädoyers für Koexistenz auf Grundlage einer Definition Russland als eigene Zivilisation überzeugt nicht. Ja, Länder und Regionen heute lassen sich nicht nach einer Schablone entwickeln oder in ein Prokrustesbett legen, das allein der Mächtigste für sie gezimmert hat. Das »Ende der Geschichte« ersetzen die Autoren durch das »Ende der Hierarchien«: Alle Staaten kooperieren zum gegenseitigen Nutzen, schreiben sich gegenseitig keine Ordnungen vor und konkurrieren

nicht um Territorien und Machtbereiche. Militärisch sei die Welt längst schon polyzentrisch, der Mächtige – gemeint sind die USA – müsse einsehen, dass er das Machtspiel auf die Spitze getrieben hat. Den 24.2.2022 benennen die Autoren als Wendepunkt und stellen fest, dass man beim Ukraine-Konflikt um die globale Militärübermacht ringt. Russland hat – aus ihrer langfristigen Perspektive – mit seinem Angriff nur reagiert.

Im Stil des russländischen Positivismus wird hier eine Utopie im Rahmen des heutigen globalisierten Kapitalismus geliefert, die vermutlich nicht einmal als ironische Provokation *der eigenen und fremden Mächte* gelesen werden kann. Sie ist der Versuch, aus der Defensive heraus der realen Politik Russlands eine nichtreligiöse ideologische Hülle zu verpassen. Mit der Grundannahme, Traditionen seien unveränderbar, landen die Autoren in der national-konservativen Ecke: die Dominanzmächte der Zivilisationen sollen den jeweils anderen eine »eigenständige Entwicklung« garantieren. Präsident Putin reichte es dann in Sotschi auch sinngemäß zu sagen: *Uns geht es um die Prinzipien der internationalen Weltordnung, von der mehr als nur die USA/ NATO-EU-Staaten profitieren sollen. Und Wir in Russland – multikulturell und multireligiös – zeigen schon lange, wie das geht und lassen uns nichts mehr vorschreiben, schon gar keine Doppelstandards.*

Der Waldai-Klub in Sotschi liefert keine realitätstüchtigen Auswege aus der Sackgasse, in die sich Russland gesellschaftlich, ökonomisch und militärisch manövriert hat. Sie zeichnen ideologische Landschaften, in denen sich ein geschwächtes Russland in neuen geopolitischen Bündnissen verorten und Stärke demonstrieren kann, ohne die historischen ökologischen ökonomischen und sozialen Herausforderungen anzupacken, über denen zudem ein permanentes Welt-Kriegsregime droht.

Nach einem Jahr Krieg setzte Boris Kagarlitzkij mit seiner Einschätzung der Kriegsgründe eine zu Recht deutliche Gegenposition:

»Als der Kreml 2022 seine Spezialoperation begann, ließ er sich weder von imperialen Ambitionen leiten, noch zeigte er Bestrebungen, die UdSSR wiederherzustellen. Selbst wenn solche Ideen in einigen Köpfen reifen mögen, waren sie nicht ausschlaggebend – es handelt sich bei derlei Gedankenspielen eher um eine Methode der ideologischen Rechtfertigung der bereits getroffenen Entscheidungen ... Die Hauptursachen für den Beginn der Kriegshandlungen sind innenpolitischer Natur. Russland erlebt derzeit seine schärfste politische und ökonomische Krise. Darüber hinaus beginnt der Kampf um die Thronfolge« ... Kriegshandlungen gestatten es, ein Notstandsregime einzuführen ... Der Kreml wollte das alte Rezept vom »kleinen siegreichen Krieg« nutzen, der dazu berufen ist, alle inneren Probleme auf einmal zu lösen und das Ansehen der Staatsführung zu erhöhen ...«. – Die Methode ist bekannt und führte in Sackgasse. Weiter sind die mächtigen Männer im Moskauer Kreml bisher nicht gekommen.

Quellenangaben bitte im Textband des Potsdamer Außenpolitischen Dialogs 2023 nachlesen.

Russische Stimmen zur Verurteilung von Boris Kagarlitski

Dmitrij Rodionow

Das Militärberufungsgericht des Moskauer Gebiets hat das Urteil gegen den Soziologen und Publizisten Boris Kagarlitski* auf Antrag der Staatsanwaltschaft verschärft. Anstelle einer Geldstrafe wurde er zu einer realen Strafe verurteilt und noch im Gerichtssaal in Gewahrsam genommen.

»Das Urteil wird geändert: [...] es wird eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren verhängt, die in einer allgemeinen Strafkolonie zu verbüßen ist«, heißt es in der Entscheidung der Gerichtskammer. Das Gericht verbot Boris Kagarlitski außerdem, zwei Jahre lang Websites zu verwalten.

Die Anhörung fand in der geschlossenen Militärstadt Wlasicha statt. Journalisten durften der Verhandlung nicht beiwohnen, doch konnte der Prozess über eine im Gebäude des Kontrollpunkts organisierte Übertragung verfolgt werden.

Zuvor hatte der Staatsanwalt die Auffassung vertreten, dass das erstinstanzliche Gericht ein »übermäßig mildes« Urteil gefällt hatte, und beantragt, den Soziologen zu 5,5 Jahren Haft in einer allgemeinen Strafkolonie mit einer Reihe von Einschränkungen zu verurteilen. Die Verteidigung ihrerseits bestand darauf, die Entscheidung des Gerichts unverändert zu lassen und betonte, dass die verhängte Geldstrafe bereits bezahlt worden sei.

»Ich habe die Tatsache der Platzierung, die Tatsache meiner Urheberschaft, nie geleugnet. Ich war und bin immer gegen den Terrorismus. [...] Ich glaube, dass es meine Pflicht als Wissenschaftler ist, über Probleme zu sprechen. In meinen Reden habe ich nie die Absicht gehabt, dem Land Schaden zuzufügen. Die Tatsache selbst wurde nie bestritten, die Aussage über die bewusste Rechtfertigung des Terrorismus ist umstritten«, sagte Kagarlitski.

Den Ermittlungen zufolge soll er als Chefredakteur der Internetseite Rabkor einen Videoclip veröffentlicht haben, der »auf die öffentliche Rechtfertigung des Terrorismus abzielt«. Seit Ende Juli befand er sich in Untersuchungshaft. Am 12. Dezember hatte ihn das Militärgericht des zweiten westlichen Bezirks auf einer Feldsitzung in Syktywkar Kagarlitski zu einer Geldstrafe von 600 Tausend Rubel verurteilt, der Angeklagte wurde im Gerichtssaal freigelassen.

SP: Wie ist das alles zu verstehen? Erst haben sie ihn zu einer Geldstrafe verurteilt, jetzt haben

sie ihn ins Gefängnis gesteckt – für dasselbe! Was werden die westlichen Linken, für die Kagarlitski auch eine maßgebliche Figur in der internationalen marxistischen Bewegung ist, dazu sagen? Und wie wird unsere Gesellschaft reagieren? ... Natürlich ist Kagarlitski in vielerlei Hinsicht eine umstrittene Figur. Zum Beispiel hat er die militärische Spezialoperation nicht unterstützt, obwohl er früher immer für den Donbass war. Aber auch gegen den Führer der Linksfront, Sergej Udalzew, der sicherlich von Anfang an für die militärische Spezialoperation war, wird wegen Rechtfertigung des Terrorismus im Internet ermittelt.

»Solche Strafverschärfungen in der Berufung kommen vor, aber nur selten«, erklärt der Anwalt und Aktivist **Dmitrij Agranowski**. »Ich zum Beispiel bin in 27 Jahren Arbeit noch nie auf so etwas gestoßen. Leider ist es nach dem Gesetz jetzt möglich. Da ich an diesem Prozess nicht beteiligt war, kann ich auch nichts über die Beweggründe für diese Entscheidung sagen.«

SP: Erst Kagarlitski, dann Udalzew. Wird dies nicht dem Ansehen Russlands in der internationalen linken Bewegung schaden, wo sie Autorität genießen?

»Die Fälle von Kagarlitski und Udalzew haben nichts gemeinsam, außer ihren Qualifikationen. Udalzew ist nie als ausländischer Agent anerkannt worden, Udalzew hat immer von patriotischen Positionen aus gesprochen, insbesondere hat er die militärische Spezialoperation unterstützt. Ich weiß nichts über die Autorität von Kagarlitski in internationalen linken Kreisen. Ich glaube, dass ein echter Linker, ein Marxist, sich nicht gegen die militärische Spezialoperation und den antikolonialen Kampf, den Russland derzeit führt, stellen kann. Es gibt eine Erklärung zu diesem Thema von kommunistischen und linken Parteien mit marxistischer Ausrichtung.«

»Mit Boris Kagarlitski geht etwas sehr Merkwürdiges vor sich«, sagt **Andrej Dmitrijew**, Redakteur von APN Nord-West. „... Im

Allgemeinen ist es äußerst selten, dass ein Berufungsgericht ein Urteil ändert, insbesondere in Richtung einer Strafverschärfung. In der Regel bestätigen die höheren Gerichte die Entscheidungen der unteren Instanzen oder mildern die Strafe geringfügig. In diesem Fall haben sie ostentativ die volle Strafe ausbreitet... Schauen wir uns an, was zwischen der Verhaftung von Boris Juljewitsch und dem ersten Prozess passiert ist. Die Verhaftung eines bedeutenden und bekannten marxistischen Wissenschaftlers hat in den linken Kreisen der Welt ein großes Echo ausgelöst. Und es sind übrigens die Marxisten, die die militärische Spezialoperation und Russlands Kampf gegen den Weltimperialismus massiv unterstützen. Die Verfolgung von Kagarlitski hat sie entmutigt.

Ich möchte daran erinnern, dass der brasilianische Präsident Lula da Silva seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht hat, und Professor Radika Desai von der Abteilung für politische Studien an der Universität von Manitoba hat sich auf dem Waldai-Forum persönlich an Wladimir Putin gewandt. Der Präsident versprach, darauf zu reagieren. Und als Kagarlitski im Gerichtssaal freigelassen und zu einer Geldstrafe von 600.000 Rubel verurteilt wurde, schien es, dass genau dies geschehen war und der Eifer der besonders eifrigen Strafverfolgungsbehörden gebremst worden war.“

SP: Doch wie ist das heutige Urteil zu verstehen? Welchen politischen Hintergrund hat diese Entscheidung (und es gibt sicherlich einen)? Um das Image Russlands und Putins in linken Kreisen zu beschädigen? Schließlich könnten sich Marxisten in der ganzen Welt weigern, Russland zu unterstützen, da die Marxisten hier unterdrückt werden. Und in Verbindung mit der Verhaftung des Anführers der Linksfront, Sergej Udalzew, scheint dies kein Einzelfall mehr zu sein. Es sieht vielmehr so aus, als hätte der Staat die Kontrolle über seine eigenen Sicherheitskräfte verloren. Eine Art Kampf zwischen den »Türmen des Kremls«

und völlig irrationalen Entscheidungen vor dem Hintergrund der militärischen Spezialoperation.

»Zunächst sah es so aus, als ob der formale Grund, ein Kommentar in einem Telegramm-Kanal über die Explosion der Kertsch-Brücke, und der tatsächliche Grund für die Strafverfolgung sehr unterschiedlich wären«, so **Anatoli Baranow**, Chefredakteur von FORUM.Msk. »Ich persönlich wurde über einige ›falsche‹ Verhaltensweisen von Kagarlitski während der belarussischen Krise informiert.«

SP: *Was bedeutet die aktuelle Verschärfung? Ist Kagarlitski jemandem in die Quere gekommen? Oder ist es Druck, um die Opposition beständig unter Spannung zu halten?**

»Ich denke, es ist beides. Außerdem steht Kagarlitski als Linker auf der ›liberalen Liste‹. Ich denke, man hat Boris Zeit gegeben, das Land zu verlassen, und er hat es nicht getan. Er hat im Ausland nichts zu tun, obwohl er fünf Sprachen beherrscht und als Wissenschaftler gefragt sein könnte. Aber er ist nicht gegangen, weil es nicht seine Art ist ...«

SP: *Wie wird die internationale linke Bewegung auf dieses Urteil reagieren? Unsere Partner in BRICS? Wird es nicht dem Image Russlands einen Schlag versetzen? Einerseits versucht Putin, Unterstützung für Russlands Position auf der internationalen Bühne zu gewinnen, er gibt Carlson ein Interview – und dann gibt er einem in internationalen linken Kreisen maßgeblichen Soziologen ein »A«¹. Nicht einmal auf Bewährung. Das wird Millionen von Menschen, die mit Russland sympathisierten, verprellen.*

»Und wen von uns kümmert das schon? Die Staatsanwaltschaft hat andere Aufgaben. Genau wie das Militärgericht, das Kagarlitski verurteilt hat. Und wen es interessiert, hat keinen Einfluss auf die Repressionsorgane, sie haben

wahrscheinlich Angst, selbst zu ausländischen Agenten zu werden... Und dann sind da noch die Wahlen im März, offenbar als Geschenk an Putin für die Wahlen.«

SP: *Was sollten wir Ihrer Meinung nach als nächstes erwarten? Erhöhter Druck auf Oppositionelle und Meinungsführer? Werden die Schrauben angezogen werden?*

»Es gibt keine Möglichkeit, die Schrauben weiter anzuziehen. Und es gibt fast keine öffentlichen Meinungsführer mehr ...«

<https://svpressa.ru/society/article/404864>

Übersetzung aus dem Russischen: Ditte Gerns



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e. V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Schwerpunkt 1/2024: Antifa-Prozesse

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

1 Eintrag des Justizministeriums der Russischen Föderation in das Register der ausländischen Agenten: <https://svpressa.ru/society/article/404864>.

Immanuel Kant

1724–1804

Hermann Klenner

Vor dreihundert Jahren, am 22. April 1724, wurde im damals in Preußen liegenden Königsberg (dem seit 1946 zu Russland gehörendem Kaliningrad mit ihrer seit Juli 2005 nach dem jetzigen Jubilar benannten »Immanuel-Kant-Universität«) einer der bedeutendsten Philosophen nicht nur Deutschlands geboren. Mit Fichte, Hegel und Feuerbach leitete Kant den von Leibniz begonnenen Denkweg ein, der schließlich zu Karl Marx führte. Ohne dessen Vorauskang wäre der deutsche wissenschaftliche Sozialismus nie zustande gekommen, war die Meinung von Friedrich Engels, welcher auch Lenin (der übrigens Kants Werke mit in die Verbannung nahm) zustimmte.¹

*

Zunächst zu seinem Leben: Immanuel Kant wurde am 22. April 1724 als viertes von neun Kindern des Handwerkmeisters Johann Georg Kant und dessen Ehefrau Anna Regina Kant geboren. Von 1730 bis 1732 besuchte er eine Hospitalschule, danach bis 1740 das pietistische Kollegium *Fridericianum*, von dem seine Begeisterung für antike Autoren wie seine Abneigungen gegen religiösen Zwang, Pietismus und Kirchgängerei für sein ganzes Leben geblieben sind. Seine Mutter wie sein Vater erhielten nach ihrem Ableben 1737 bzw. 1746 ein Armenbegräbnis. Kant wohnte dann nicht mehr in der elterlichen Wohnung und verdiente seinen Unterhalt durch Privatstunden.

Er begann 1740 ein Universitätsstudium, verließ aber die Universität ohne Examina. Als erste und einzige zu seinen Lebzeiten erschienene Originalausgabe publizierte er 1746 »Gedanken von der wahren Schätzung der lebendigen Kräfte und Beurteilung der Beweise, derer sich Herr von Leibniz und andere Mechaniker [...] bedient haben«. (Dazu Gotthold Ephraim Lessing, *Werke*, Bd. 5, Weimar 1963, S. 39: »K... unternimmt ein schwer Geschäft, / Der Welt zum Unterricht. / Er schätzt die lebend'gen Kräfte, / Nur seine schätzt er nicht«.)

Bis 1755 arbeitete Kant in der Umgegend Königsbergs als Hauslehrer (Hofmeister) bei drei verschiedenen Familien: einem Prediger, einem Gutsbesitzer und einem Grafen. Nach seiner Promotion und Habilitation unterrichtete er für die nächsten fünfzehn Jahre als Privatdozent für Philosophie an der Universität von Königsberg und begann eine an Themen und Stundenzahl umfangreiche Vorlesungstätigkeit über Logik, Metaphysik, Theologie, Mathematik, Physik, Geographie, Anthropologie, Pädagogik, Religions-, Geschichts-, Moral- und Rechtsphilosophie. Durch eine harte Disziplin – tagtäglich von vor 5 Uhr früh bis 22 Uhr – verlangte der nur 1,57 m große (blonde und blauäugige) Kant seinem schwächlichen Körper diese außergewöhnliche Arbeitslast ab. Seine Bewerbungen für freigewordene Professuren wurden 1756 und 1758 von Preußens König bzw. Russlands Zarin abgelehnt. In seinem zweiundvierzigsten Lebensjahr erhielt der »berühmt gewordene Magister Kant« auf seine Bewerbung hin die mit 62 Talern Jahresgehalt dotierte Stelle eines Unterbibliothekars an der Königlichen Schlossbibliothek.

In seinem siebenundvierzigsten Lebensjahr wurde Kant endlich an der Universität Königsberg »Ordentlicher Professor für Metaphysik und Logik« mit einem Jahresgehalt von 236 Talern, 76 Groschen und 12 Pfennigen. Er kaufte für 5.500 Gulden ein eigenes Haus in Königsberg, einer Stadt von 6.000 Häusern; in seinem mit einer nur kleinen Bibliothek von 500 Bänden bestückten, ansonsten bescheiden

1 Marx/Engels, *Werke*, Bd. 7, Berlin 1960, S. 541 (MEGA I/24, S. 382); Lenin, *Werke*, Bd. 5, Berlin 1955, S. 381; *Register zu Lenins Werken*, Band II, Berlin 1964, S. 245; N. K. Krupskaja, *Erinnerungen an Lenin*, Berlin 1960, S. 44.

möblierten Haus – als einziger Bildschmuck hing in seinem Arbeitszimmer ein ihm geschenktes Portrait Rousseaus – lehrte und lebte fortan Kant. Er amtierte 1786 und 1788 als Rektor der Universität, hatte nun ein Jahresgehalt von 417 (1789 von 725) Talern und wurde zum Auswärtigen Mitglied der Berliner, später auch Ehrenmitglied der Petersburger Akademie der Wissenschaften berufen. Auf persönliches Betreiben des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. wurde der siebzigjährige Kant durch eine spezielle Kabinettsorder verwarnt, da er durch seine veröffentlichte Schrift über *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* gegen »Unsere landesväterlichen Absichten« gehandelt habe.

Kant beendete 1796 seine mehr als vierzig Jahre währende Vorlesungszeit an der Universität, während der er 54-mal Logik, 49-mal Metaphysik, 28-mal Moralphilosophie, 1-mal Natürliche Theologie, 11-mal Enzyklopädie, 4-mal Pädagogik, 24-mal Anthropologie, 46-mal Physische Geographie, 20-mal Theoretische Physik, 16-mal Mathematik, 2-mal Mechanische Wissenschaften, 1-mal Mineralogie und 12-mal (vor wenig mehr als je 20 Hörern!) auch Naturrecht vorgetragen hatte. Im fünfundsiebzigsten Lebensjahr, »obgleich bei noch nicht völlig eingetretener Hinfälligkeit« – so des Philosophen eigene Worte – veröffentlichte er nach einer Auseinandersetzung mit den Zensurbehörden im Herbst 1798: »Der Streit der Fakultäten«; in dieser Publikation vereinigte er drei zu verschiedener Zeit und in verschiedener Absicht geschriebene Abhandlungen zu einem Ganzen, und von ihr waren noch 35 Jahre danach mehr als tausend Exemplare nicht verkauft worden. Auch in dieser Abhandlung bekennt Kant sich zur Französischen Revolution, die »in den Gemütern aller Zuschauer eine *Teilnehmung* dem Wunsche nach finde, die nahe an Enthusiasmus grenzt«.²

Um 1800 klagte Kant über seine allmählich auftretende Hinfälligkeit: »Meine Gesundheit ist nicht die eines Studierenden, sondern Vegetierenden«. 1802 unterzeichnete er dann einen von fremder Hand geschriebenen Brief, in dem es heißt: »Mein Kräfte schwinden, und ob ich gleich keine eigentliche Krankheit jemals gehabt habe und auch jetzt keine befürchte, so bin ich doch bis jetzt seit zwei Jahren nicht aus meinem Haus gewesen«. 1803: Im Oktober Schlaganfall; im Dezember als »letzter Federstrich« seine Unterschrift, mit der er seinem Vertrauten Ehrengott Wasianski Generalvollmacht erteilt. Todesanzeige 1804: »Am 12. Februar, mittags um 11 Uhr erfolgte das Absterben des Herrn Professor Immanuel Kant in einem Alter von 79 Jahren und 10 Monaten.« – Seinem Sarg folgte am 28. Februar um 14 Uhr unter dem Geläute aller Glocken der ganzen Stadt Königsberg eine unabsehbare Menschenmenge, gemäß des Verblichenen Intention: »ohne irgendeine Rangbeobachtung«.

*

Kant hinterließ ein vielbändiges und vielseitiges Werk, dessen Kommentierungen ganze Bibliotheken füllen und von niemandem mehr vollständig erfasst, geschweige denn verarbeitet werden kann. Bereits bei seinem Tod betrug die Sekundärliteratur zu seiner Philosophie mehr als zweitausend Bände. Er gehört auch in der Gegenwart zu den meistzitierten Autoren der Weltphilosophie.

Sein fundamentalstes Werk ist die von ihm 1781 gegen ein Bogenhonorar von 4 Talern in Riga veröffentlichte *Kritik der reinen Vernunft*, mit der er nach eigener Einschätzung eine »Revolution der Denkart« einleitete und der Philosophie den »Rang von Wissenschaft« eroberte. In der Vorrede beansprucht er Francis Bacons Einschätzung für sich selbst: keine bloße Meinung zu bieten, sondern »eines endlosen Irrtums Ende«.³ Vierfaches Ziel dieses Werkes,

2 Immanuel Kant, *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie* (ed.: Hermann Klenner), Berlin 1988, S. 391.

3 Immanuel Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, (ed.: Wilhelm Weischedel), Stuttgart 1992, S. 7; Francis

heißt es auf S. XI der Erstauflage, ist eine Kritik »des Vernunftvermögens überhaupt« hinsichtlich aller Erkenntnisse, zu denen die Vernunft »unabhängig von aller Erfahrung streben mag«; außerdem die Bestimmung der Grenzen reiner Vernunftkenntnis; ferner die Erörterung der »Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Metaphysik überhaupt«; und schließlich die Begründung möglicher Erkenntnis *a priori*. – Es gab und gibt immer nur eine kleine Minderheit von Professionellen, die diese Anforderungen Kants an seine *Critik der reinen Vernunft*, und damit diese selbst, überhaupt verstehen. Schon damals kommentierte ein professoraler Amtskollege Kants, dass die *Critik der reinen Vernunft* aus lauter Hieroglyphen bestände, und Moses Mendelssohn, guter Freund von Kant, legte das »nervensaftverzehrende Werk« ungelesen beiseite. Überliefert ist aber auch eine Bemerkung Lichtenbergs, einer Autorität, die Kant zu würdigen wusste, dass andere meinen, »Herr Kant habe [deshalb] recht, weil sie ihn verstehen.«⁴ Politisch eindeutig ist jedenfalls Kants Anspruch (S. A XI), mit seiner Vernunftkritik zu einem »Zeitalter der Kritik« beizutragen, deren Ziel es sei, dass sich *alles* der Kritik unterwerfen müsse, auch Religion und Gesetzgebung, die sich beide gemeiniglich wegen ihrer heiligen bzw. ihrer staatlichen Herkunft der Kritik zu entziehen versuchen. Dass Kant mit seiner Vernunftkritik alle nur möglichen Gottesbeweise widerlegt hat, trug gewiss dazu bei, dass – wie Werke von Bacon, Galilei, Hobbes, Rousseau, Voltaire und Heinrich Heine (nicht hingegen Adolf Hitlers »Mein Kampf«) – natürlich auch seine *Critik der reinen Vernunft* auf dem Index der von Roms Kirche verbotenen Bücher landete.⁵

*

Kant war auch ein politischer Denker. Nach heutigen Begriffen ist seine »Rechtslehre der reinen Vernunft«, wie er sie nannte, »links« einzuordnen. Bereits in seiner *Critik der reinen Vernunft* zielte er auf eine »Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, dass jedes Freiheit mit der anderen ihrer zusammen bestehen kann« (A 316). Der sogar in der neueren Zeit vorgebrachten Infamie: Kants politische Theorie sei auf den Staat Friedrichs II., des sogenannten Großen, zugeschnitten, und die preußisch-deutschen Zustände seien das Modell für sein politisches Denken gewesen, widersprechen auf das Fundamentalste Kants eigenen Anforderungen: Verwerflich sei es, Gesetze über das, was getan werden solle, aus denjenigen abzuleiten, was getan wird; nicht vom *Empirischen*, sondern vom *Vernünftigen* müsse man ausgehen, denn eine empirische Rechtslehre sei ein Kopf ohne Gehirn.⁶ Auf Preußens Friedrich wie auf jedes anderen Staates sich aufgeklärt gebenden Absolutismus gemünzt, schreibt Kant in einer Nachlassbemerkung: »Der Fürst hält sein Volk wie das liebe Vieh, er schießt ihm die Wolle knapp ab, lässt sie nicht nach ihrem, sondern nach seinem Willen weiden [...] und lässt ihnen keinen Verstand als zum Gehorchen.«⁷

Der in Fortführung der Gedanken von Spinoza und Rousseau von Kant erhobene »Rechtsanspruch der Menschenvernunft auf Freiheit des Willens«,⁸ musste mit den bestehenden deutschen Zuständen kollidieren, und Kant machte daraus keinen Hehl. Wo immer er auf feudalen Despotismus und feudalen Plunder zu sprechen kam,⁹ attackierte er:

Bacon, *Neues Organon*, (ed.: Wolfgang Krohn), Hamburg 1990, S. 10.

4 Georg Christoph Lichtenberg, *Werke*, Berlin 1975, S. 132.

5 Albert Sleumer, *Index Romanus*, Osnabrück 1951, S. 149, 175. (Das Zweite Vatikanische Konzil hat 1966 den *Index librorum prohibitorum* außer Kraft gesetzt.)

6 Immanuel Kant, *Metaphysik der Sitten* (ed.: Karl Vorländer), Hamburg 1966, S. 34.

7 Immanuel Kant, *Gesammelte Schriften*, Bd. 19, Berlin 1971, S. 514.

8 Immanuel Kant, *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten* (ed.: Karl Vorländer), Leipzig 1947, S. 87.

9 Belege in: Hermann Klenner, »Zur Rechtslehre der reinen Vernunft«, in: M. Buhr / T.I. Oiserman

- den *Adel*, den er samt Fideikommiss und Majorat als »Anomalie«, als »temporäre Zunftgenossenschaft«, als überfällig also, markiert;
- die *Leibeigenschaft*, die er unverblümt als Verbrechen bezeichnet;
- die *absolute Monarchie*, denn nur die reine Republik sei eine rechtmäßige Verfassung;
- die *Kriegs-, Rüstungs- und Eroberungspolitik* (es gereicht ihm zur besonderen Ehre, gegen die Teilung Polens ebenso offen aufzutreten zu sein wie gegen die militärische Intervention in Frankreichs Revolution und den Söldnerverkauf an fremde Staaten);
- den *Kolonialismus* und den *Sklavenhandel* durch diejenigen, die von der »Frömmigkeit viel Werks machen und Unrecht wie Wasser trinken«;
- die »furchtbare Gewalt« des *Klerus* und die *Kirche*, die er vom Staat zu trennen vorschlägt und deren Güter enteignet zu werden verdienen.

Wohlgemerkt, es handelt sich bei diesen Attacken Kants nicht um Randbemerkungen oder Entgleisungen. Schließlich hat Kant selbst in unverwechselbarem Gleichlaut mit »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, jenen Losungen, unter denen das Volk von Paris die Bastillen des französischen Feudalismus stürmte, »Freiheit, Gleichheit und weltbürgerliche Einheit (Verbrüderung)« zu den dynamischen Kategorien jener Politik erklärt, die kraft Vernunft der Staatsverfassung zugrunde liegen.¹⁰ Kant hielt der französischen Revolution, der er mit »Enthusiasmus«, »Zujauchzen«, »heißer Begierde« gedenkt, bis zu ihrem und seinem eignen Ende die Treue.

Freilich, auch das muss gesagt werden: Kant war – politisch (anders: erkenntnistheoretisch!)

(ed.), *Revolution der Denkart oder Denkart der Revolution. Beiträge zur Philosophie Immanuel Kants*, Berlin 1976, S. 162–177.

10 Immanuel Kant, *Gesammelte Schriften*, Bd. 23, Berlin 1969, S. 139, 143.

gesehen – kein Revolutionär. Den Übergang vom Staat seiner Zeit zum Staat seiner Vernunft wünschte er sich »nicht revolutionsmäßig, durch einen Sprung, d.i. durch gewaltsame Umstürzung«, sondern durch »allmähliche Reform nach festen Grundsätzen, in kontinuierlicher Annäherung«. So endet jedenfalls seine *Rechtslehre*.¹¹ Auch schränkte Kant seinen Demokratiebegriff bis hart an die Grenze seiner Rücknahme ein, indem er – wie übrigens Frankreichs revolutionäre Nationalversammlung auch – Tagelöhnern, Handwerksgehilfen, Bediensteten, Hauslehrern und Frauen kein Wahlrecht zubilligte, womit die Mehrheit des Volkes nicht »Bürger zu sein« qualifiziert wurde.¹²

*

Zwischen seinem sechzigsten und seinem fünfundsechzigsten Lebensjahr hat Kant sich zu keinem Problem häufiger geäußert als zu der Frage, wodurch das nach seiner Meinung größte Übel der Völker: der »kontinuierliche Krieg« zwischen ihnen, in einen »immerwährenden Frieden« überführt werden könne.¹³ Zu diesem – damals wie erst recht heute! – Fundamentalproblem der Menschheit hat er sich in mindestens acht verschiedenen seiner Schriften geäußert,¹⁴ sowie 1795 in einem in zunächst zweitausend Exemplaren verbreiteten selbständigen Traktat von 104 Seiten:

11 Immanuel Kant, *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie*, Berlin 1988, S. 172.

12 Immanuel Kant, ebenda, S. 128 f.; Kant, *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Berlin 1912, S. 295.

13 Immanuel Kant, *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Berlin 1912, S. 120 f.

14 Immanuel Kant, *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie*, Berlin 1988, S. 160–173, 279–338, 474–480, 508–516. – Vgl. Volker Gerhardt, *Immanuel Kants »Entwurf zum ewigen Frieden«*, Darmstadt 1995; Hermann Klenner, »Kants »Entwurf zum ewigen Frieden – Illusion oder Utopie«, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, Jg. 82, Stuttgart 1996, S. 151–160; Klenner, »Pax Kantiana versus Pax Americana«, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 69, Jg. 2004, S. 43–54.

»Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf« (Reprint: Berlin 1985).¹⁵ Ausgelöst wurde Kants Friedensprojekt durch den im April 1795 abgeschlossenen Friedensvertrag zwischen der revolutionären Republik Frankreich und der konterrevolutionären Monarchie Preußen. Kant hatte zuvor schon gegen die Einmischung des Landes, dessen Bürger er war, in das Experiment der französischen Revolution Stellung bezogen, an der er, wie er es selbst formulierte, »dem Wunsche nach, der nahe an Enthusiasmus grenzt«, wenigstens meinungsmäßig teilnahm.

Für Kant war die durch die Vernunft a priori gebotene friedliche Gemeinschaft aller Völker auf Erden kein bloß moralisches, sondern ein geschichtlich gebotenes *Rechtsprinzip*:

- Das kriegerische Morden der Menschen durch ihresgleichen hielt er weder für ein durch deren angeborene Triebausstattung bedingtes Verhaltensmuster, noch für eine göttliche Mission zur Bestrafung sündiger Gemeinschaften, sondern charakteristisch nur für vorübergehende Phasen der Menschheitsentwicklung, und zwar während ihrer barbarischen Zeiten. Von Natur aus seien die Völker zu einer fortschreitenden Koalition in einer weltbürgerlichen Gesellschaft bestimmt. Nicht auf den Edelsinn der Völker setzte Kant, sondern auf deren Einsicht in ihren Eigennutz.
- Sodann hat Kant die Kriegsentstehung wie die Kriegsführung aus den Interessen der Obrigkeiten erklärt, womit er das Interesse am Frieden dem Volk zuordnete. Mit der Staatenpflicht zum Frieden korrespondiert bei ihm das Menschenrecht auf Frieden. Daraus lässt sich ein pazifistischer Imperativ erschließen: Jeder Staat solle in seinem Inneren so organisiert sein, dass nicht die Staatsoberhäupter, sondern das Volk die entscheidende Stimme hat, ob Krieg sein solle oder nicht.

- Damit hat Kant neben dem Wechselverhältnis zwischen inner- und zwischenstaatlicher Gewaltherrschaft, eben auch das Wechselverhältnis zwischen inner- und zwischenstaatlicher Freiheitsverwirklichung thematisiert. Seine Idee einer mit dem natürlichen Recht jedes Menschen übereinstimmenden Verfassung, dass nämlich die dem Gesetz Gehorchenden zugleich die das Gesetz Gebenden sein sollen, sei die ewige Norm für alle bürgerliche Verfassung überhaupt und für den ewigen Frieden.
- Und schließlich zeigt sich in der Option Kants für eine »Föderation nach einem gemeinschaftlichen Völkerrecht«, dass er seinen allseits bekannten *kategorischen Imperativ*: »Handle so, dass du wollen kannst, deine Maxime solle ein allgemeines Gesetz werden«,¹⁶ vom Gegenstandsbereich des zwischenmenschlichen auf den der zwischenstaatlichen Beziehungen transferiert hat, eine Übertragung, die wenig beachtet, wenn überhaupt bisher erkannt worden ist.

Und, um auch das noch zu sagen: diese auf die Gemeinsamkeit der Völker und ihrer Interessen orientierende Konzeption Kants steht im Einklang mit dem Völkerrecht der Gegenwart; sie steht aber in vollständigem Gegensatz zu dem seit Beendigung des zweiten Weltkriegs als berechtigt ausgegebenen Dominanzanspruch der USA gegenüber dem Rest der Welt, ebenso wie zur Bereitwilligkeit der EU und der NATO, sich diesem Anspruch unterzuordnen. Die gegenwärtige BRD-Regierung verwendet ihre ökonomischen, militärischen, diplomatischen und ideologischen Mittel nicht, um gezielt zur Friedensherstellung in völkerrechtswidrig sowohl begonnenen wie geführten Kriegen anderer Staaten beizutragen. Durch Geldüberweisungen und Waffenlieferungen ohne Ende beteiligt sie sich – zwar nicht juristisch, wohl aber soziologisch – an diesen Kriegen.

15 Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden. Mit Texten zur Rezeption 1796–1800*, Leipzig 1984.

16 Immanuel Kant, *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie*, Berlin 1988, S. 283, 327, 418.

Eine hilfreiche Kant-Lektüre bei der Analyse des gegenwärtigen Weltkriegs-Geschehens in Osteuropa und Palästina wird freilich niemand von den uns beherrschenden Politikern erwarten. Auch wenn Bundeskanzler Olaf Scholz auf Einladung der *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften* am 22. April dieses Jahres den Immanuel Kant gewidmeten Jubiläumsvortrag halten wird, wäre es illusionär anzunehmen, dass er dabei die ideologische, finanzielle und militärische Kriegsbeteiligung der BRD als der Gedankenwelt Kants widersprechend be- und verurteilt wird. Als jedenfalls der promovierte Jurist Olaf Scholz im Oktober 2022 mit dem an der privaten Harvard Universität lehrenden US-Amerikanischen Philosophie-Professor Michael Sandel über das »Gemeinwohl« diskutierte (was auch gegenwärtig noch in voller Länge auf YouTube online gesehen und gehört werden kann), blieben die aktuellen Kriege samt deren Gründe und Hintergründe ebenso wie das Gegenwartsverhältnis von Privateigentums- und Kriegsinteressen sowie die menschenrechtswidrige Funktion des Chauvinismus ausgespart.

Kant-Sentenzen

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.

Alle Politik muss ihre Knie vor dem Recht der Menschen beugen.

Wo Staat und Volk zwei Personen sind, ist Despotismus.

Eine väterliche Regierung ist die am meisten despotische Regierung.

Der Besitz der Gewalt verdirbt das freie Urteil der Vernunft.

Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie.

Die Freiheit eines jeden beginnt dort, wo die Freiheit eines anderen aufhört.

Der ziellose Mensch erleidet sein Schicksal, der zielbewusste gestaltet es.

Denken ist Reden mit sich selber.

Es ist nichts beständiger als die Unbeständigkeit.

Kein Mensch ist so wichtig, wie er sich nimmt.

Erfahrung ist eine verstandene Wahrnehmung.

Mathematik ist eine Bedingung der exakten Erkenntnis.

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Es ist höchst verwerflich, die Gesetze über das, was ich tun soll, von demjenigen herzunehmen, was getan wird.

Würde man die Handlungen der Menschen von Gott abhängig denken, wäre der Mensch eine Marionette.

Der Friede ist das Meisterwerk der Vernunft.

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
analysen. fakten. argumente.



BILANZ 2023
Ausblick 2024
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation in der Daseinskrise



Außerdem: Außenhandels- / Konzepte statt Korruption I
Chemische Industrie: Das Chemiewort ist nicht Energie-
wirtschaft! Geldpolitik und Zinspolitik

In 6 Kapiteln – Inflation, Konjunktur, Branchenentwicklung, Beschäftigung, Klimaschutzpolitik, Renten – untersuchen die Autoren, wie sich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation im Inflationsjahr 2023 entwickelt hat. In weiteren Kapiteln wird die Entwicklung der Energiewirtschaft, der Chemischen und der Automobilindustrie sowie die Geld- und Zinspolitik beleuchtet.

isw-wirtschaftsinfo 64
März 2024 / 64 S. / 6,00 EUR + V.

isw – institut f. sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Nur Linke warten auf die Linke als Messias

Warum die Partei nützlich sein muss

Tobias Schweiger,
Bundessprecher der KPÖ

Wer Österreich kennt, wundert sich über den kürzlichen Aufstieg der KPÖ. Neben großen Erfolgen in der zweitgrößten Stadt des Landes, Graz, wo die KPÖ seit 2021 mit Elke Kahr die Bürgermeisterin stellt und in Salzburg, einem vom Tourismus geprägten Bundesland, liegt auch der Einzug ins bundesweite Parlament in Reichweite. Verwunderlich angesichts der langjährigen Flaute auf linker Seite und einem gescheiterten Parteigründungsprojekt nach dem anderen. Woher kommt der plötzliche Erfolg von Österreichs Kommunist:innen und was hat das mit ihrer Jugendorganisation zu tun.

Zum einen ist die Grundlage des Erfolgs alles andere als plötzlich. Die KPÖ Steiermark gewinnt seit Jahrzehnten großes Vertrauen in der Stadt Graz und konnte auch in anderen Gemeinden des Bundeslandes ihre Verankerung ausbauen. Zum anderen lieferte der Erfolg in Graz auch ein praktisches Beispiel zur Neuorientierung der KPÖ im Jahr 2021. Prämisse dieser Neuorientierung war es, die arbeitende Klasse entlang ihrer Interessen zu organisieren und als Partei so zu arbeiten, dass wir im Leben der Klasse einen alltäglich merkbaren Unterschied machen wollen.

Diese Neuorientierung geht einher mit dem Zustrom vieler neuer Mitglieder und dem Zusammenwachsen mit den Jungen Linken, einer breit aufgestellten Jugendorganisation. Die Junge Linke hat sich über die letzten Jahre der KPÖ angenähert und sich schließlich als Jugendorganisation der kommunistischen Bewegung mit der KPÖ als deren Zentrum deklariert. Heute bilden die Jungen Linken einen

entscheidenden Teil der Mobilisierungsfähigkeit und Kaderentwicklung der KPÖ. Hier wird es um die Rolle der Jungen Linken in diesem Prozess der Neuorientierung und die grundlegenden Überlegungen in diesem Prozess gehen.

Die Gründungsgeschichte der Jungen Linken

Die Jungen Linken haben sich 2018 gegründet. Eine ihrer zentralen Quellen sind die Jungen Grünen, die ehemalige Jugendorganisation der Grünen Partei in Österreich. Dabei waren die Jungen Grünen von ihrer Gründung an eine Jugendorganisation, die sich der Kritik der politischen Logik und postdemokratischen Praxis der Grünen Partei verschrieben hat. Trotz einzelner erfolgreicher Auseinandersetzungen ist eine Wendung der Grünen Partei jedoch nicht gelungen – im Gegenteil. Auslöser der Abtrennung der Jungen Grünen von der Mutterpartei war ein eskalierender Konflikt um die grüne Studierendenorganisation GRAS. Ursache war eine implizite Auseinandersetzung um die Machtverhältnisse in der Grünen Partei.

Für die Jungen Grünen war der Marxismus seit ihrer Gründung wesentlicher Bezugsrahmen der Bildungsarbeit und marxistische Perspektiven wichtige Stichwortgeber für die Einschätzung der Gegenwart. Mit dem 2017 vollzogenen Bruch zu den Grünen stellte sich die Frage nach der politischen Heimat neu. In Folge stehen ein gemeinsames Antreten mit der KPÖ im Rahmen des Wahlbündnisses KPÖplus bei der Nationalratswahl 2017 und die Gründung der Jungen Linken als linker Jugendorganisation 2018.

Für unsere Suche nach einer politischen Heimat waren folgende Überlegungen zentral: Die Voraussetzung des Kommunismus ist die Revolution der Gesellschaft. Die wirkliche Bewegung des Kommunismus ist die Erlösung der Demokratie. Aber was macht das zu mehr als schönen Worten? Wie machen wir als Marxist:innen Politik? Wie organisieren wir,

dass die Widersprüche der Gesellschaft zur Austragung kommen, die auch die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft enthalten? Und wie gehen wir damit um, dass es um eine Partei der Arbeiter:innenklasse und ihre Bewegung, um Klassenbewusstsein und utopische Zukunftsvorstellungen, ja demokratisches Bewusstsein und Machtanspruch im Sinne der Selbstermächtigung der Menschen schon einmal besser bestellt war?

Mit der Gründung von Junge Linke wollten wir die Prämissen der Linken zu diesen Fragen neu bestimmen. Ein wesentlicher Punkt dieser Neubestimmung war, die Schwäche der Linken aus ihrem Handeln und nicht zuerst aus den widrigen Bedingungen zu erklären. Als Ausweg aus dieser Schwäche wollten wir eine andere Haltung, ein anderes Verständnis der Beziehung der Linken zur Gesellschaft und andere Formen des Organisierens anbieten. Dass das Meiste davon gar nicht so neu war, ist selbstverständlich.

Unser Selbstverständnis

Im ersten Selbstverständnis, dass sich die Jungen Linken gegeben haben, nimmt der Aspekt der Nützlichkeit eine große Rolle ein. Im Hintergrund stand dabei ein breites Klassenverständnis: Für die arbeitende Klasse und ihre Teile sollte die Linke nützlich sein. Die Linke haben wir als aufklärerisch, selbstbezogen und abgehoben erlebt. Viele Momente der Kapitalismuskritik haben andere Linke detaillierter und richtiger bestimmt als wir. Daran haben wir uns auch oft bedient. Was uns fehlte, war vor allem eine strategische und taktische Vorstellung davon, wie das Ziel des Sozialismus mit dem resigniert-reaktionären Zustand unserer Gesellschaft vermittelt werden kann. Wie gelingt es, die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus in so konkrete organisatorische Formen zu bringen, dass die Nicht-Überzeugten trotzdem zuhören, mitdenken und mitmachen würden? Dazu hielten wir in unserem Selbstverständnis fest:

»Das heißt einerseits, sich auf das harte Handwerk der Überzeugungsarbeit einzulassen und eine Sehnsucht nach einer anderen Welt zu wecken. Es heißt andererseits, dass wir im Kleinen beginnen müssen, das Leben für uns alle besser zu machen:

Nur wenn wir es schaffen, als Linke nützlich zu sein, indem wir Schritt für Schritt einen Unterschied im Leben der Menschen machen, werden sich viele davon überzeugen lassen, dass man die Gesellschaft tatsächlich zum Guten verändern kann.«

Die Wendung auf die kleinen Schritte war nicht reformistisch gemeint. Sie war auf die Beziehung der Linken zur Gesellschaft und ihren Problemen bezogen. Wer nicht weiß, woher das Geld für die Reparatur der Waschmaschine kommt, hat heute allzu oft wenig Zutrauen in die große Veränderung. Das unterscheidet unsere gesellschaftliche Situation vom revolutionären Russland Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Der damaligen Situation gingen Jahrzehnte sozialistischer Agitation und Organisation voraus. Die heutige Situation ist geprägt durch Jahrzehnte ihrer Abwesenheit. Wenn die Inhalte der Linken sich aber vorrangig auf einer Ebene bewegen, die für die meisten Menschen als naturgegeben oder wenigstens realistisch unveränderlich erscheint, wird kein Vertrauen entstehen. Wie können wir als Kommunist:innen den Blick wieder für die großen Fragen öffnen? Wie kann die Linke sich in der Gesellschaft verankern als selbstverständlicher Teil des Alltags, als selbstverständliche Kämpferin für die gemeinsamen Interessen? Auch diese Verankerung spielte für uns eine zentrale Rolle. In Abwendung von einem Solidaritätsverständnis der Grünen, dass wir als von oben herab und für »die Anderen« erlebt haben, haben wir gesagt:

»Solidarität ist kein Akt der Barmherzigkeit. Solidarität [...] wird durch die Gesellschaft zu einer Notwendigkeit: Solidarität ist ein praktisches Instrument des gesellschaftlichen

Zusammenhalts. Wir können einander helfen und viel voneinander lernen. [...] Wir setzen uns ein für eine Politik, die allen nutzt.»

Solidarität sollte nichts sein, was die, die es nicht brauchen, für die tun, die es notwendig haben, weil sie es angeblich nicht können. Solidarität wollten wir vor allem dort entwickeln, wo die, die es können, mit denen zusammenfallen, die es brauchen. Partei der Arbeiter:innenklasse, das heißt das Zentrum der Selbstorganisationsfähigkeit der arbeitenden Klasse zu sein. Dabei gingen natürlich historische Überlegungen zum Aufbau der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung in unsere Vorstellungen ein. Beispielhaft ist hier die Perspektive von Karl Kautsky zu nennen.

»Eine der Hauptwirkungen der Organisation auf den Charakter des Arbeiters besteht in der Zuversicht auf den materiellen Rückhalt der Gesamtheit, den der einzelne findet.«

Karl Kautsky, Der Weg zur Macht

Das Versprechen des gemeinsamen Rückhalts wurde durch die neoliberalen Reformen auch dort in Frage gestellt, wo es die längst integrierte Sozialdemokratie noch aufrechterhalten konnte. Dieses Versprechen neu aufzubauen und mit einer antikapitalistischen Perspektive zu verbinden, ist unser Anspruch.

»Im Fortgange des Kampfes wächst mit der numerischen Stärke des Arbeiterstandes auch sein Gefühl der Solidarität, welche [...] in seiner Brust die Obergewalt über den Egoismus erlangt haben wird, so dass er reif ist zur Gesellschaftsordnung der Solidarität, des Kommunismus.«
Karl Kautsky, Gewerksvereine und Unternehmerverbände in Frankreich

Die Idee war und ist, dass bestimmte Formen der Organisation in der Lage sind, den Widerspruch aufzuheben, dass es für die befreite Gesellschaft Menschen braucht, die darin ihre Bedürfnisse erfüllt finden und, dass es für das

Bedürfnis nach befreiten Menschen eine Gesellschaft braucht, die dieses Bedürfnis hervorbringt. Dieser Zirkel soll im Selbstverständnis der Jungen Linken durch die Organisation konkreter Nützlichkeit aufgelöst werden. Wo Teilhabe an der Linken die nützliche Antwort auf die Krisen des Kapitalismus wird, wird dessen Überwindung zur logischen Folge.

Den Bruch organisieren

Auch wenn wir es oft nicht so klar formuliert haben, die Aufgabe einer nützlichen Linken besteht in der Organisation der Menschen anhand ihrer konkreten Interessen auf den Bruch mit dem Kapitalismus hin. Eine wichtige Voraussetzung für diesen Bruch liegt in unserem täglichen Leben. Die Parteien der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung hatten nur deswegen jemals eine soziale Bedeutung, weil sie über Orte verfügten, in denen der kommunistische Standpunkt erfahrbar war.

Die Erfahrungen, die wir heute sammeln, schließen umfassendes Wissen für die Neuorganisation der Gesellschaft mit ein. Die Netzwerke und Organisationen, die wir aufbauen, bilden die Grundlage für Politik und Kultur der neuen Gesellschaft. Die Erfahrungen, auf die wir zurückblicken, zeigen Organisationen und Vereine, die für viele Menschen eine Bedeutung hatten. Wo gemeinschaftliche Lösungen für soziale Probleme gefunden werden. Wo plausibel wurde, wie stark die gemeinsame Aktion des Proletariats, der bewussten arbeitenden Klasse, sein kann.

Deshalb geht es heute darum, genau solche Orte wieder hervorzubringen, in denen der kommunistische Standpunkt erfahrbar ist. So können wir den Möglichkeitsraum für eine klassenlose Gesellschaft in den Köpfen öffnen. Kein Anliegen – ob Nachhilfe, die nicht leistbar ist oder Mietpreise, die laufend erhöht werden – ist uns zu klein, um es mit der großen Perspektive zu verbinden. Hinter den meisten kleinen Dingen im Leben steht ein großes Stück Arbeit der Gesellschaft. Diese Arbeit können

wir soweit es geht aus dem Markt herausziehen und in die gemeinsame Mitte zurückzuholen. Miteinander zu schaffen, wozu vielen alleine Geld, Zeit oder Möglichkeiten fehlen.

Erst mit dem Kollektiv jenseits staatlich organisierter Strukturen entsteht das Selbstbewusstsein, dass wir die Gesellschaft besser organisieren können, als Staat und Kapital es uns diktieren. Diese Haltung gibt uns in jeder Situation des Lebens die Möglichkeit zu fragen: Muss ich das wirklich alleine tun? Wäre es einfacher, das gemeinsam zu tun? Wer würde davon auch profitieren, wenn wir das gemeinsam tun? Was können wir dadurch verändern, wenn wir uns zusammentun? Das Kollektiv macht uns für viele Dinge frei, die uns allein verstellt sind.

Das handlungsfähige Kollektiv ist die Quelle unserer Glaubwürdigkeit. Wenn wir nicht da sind, wenn es um den Kampf um höhere Löhne geht, glaubt man uns zurecht nicht, dass das Ende der Lohnarbeit möglich ist. Wenn wir nicht da sind, wenn das Geld für Heizstoffe oder die Miete nicht da ist, glaubt man uns zurecht nicht, dass die Bereitstellung der Lebensmittel eine gesellschaftliche Entscheidung sein kann. Utopie und Alltagskampf gehören zusammen. In dieser Perspektive waren die Jungen Linken auf der Suche nach einer Partei, die in diesem Verständnis vorangeht. Mit der Neuorientierung der KPÖ haben wir diese Partei letztendlich gefunden und haben gleichzeitig dazu beigetragen, dass diese Neuorientierung möglich war.

Die Jungen Linken und die KPÖ

Seit 2017 stehen die Jungen Linken in enger Beziehung zur KPÖ. Abweichende Vorstellungen von Kampagnenarbeit, ideologische Unterschiede, kollidierende Organisationskulturen und die alltäglichen Ärgernisse über den Putzplan machten eine Annäherung nicht immer einfach. Wenn es unter den vielen Faktoren einen gibt, warum es dennoch geklappt hat, dann war es vielleicht, dass auf beiden Seiten

immer wieder der Impuls gesetzt wurde: Gemeinsam tun. Und das zunehmend im Rahmen von: Etwas nützliches tun.

Einen wichtigen Eindruck auf die KPÖ machte das Junge Linke Lernnetz. Wie kann eine Jugendorganisation nützlich sein, haben wir uns seit der Gründung gefragt. Dieser Aufgabe wollten wir gerecht werden in dem Sinne, dass die, die nützlich sein können, mit denen zusammenfallen, die es brauchen. Für eine Jugendorganisation ergeben sich damit große Herausforderungen. Es arbeiten noch nicht alle, es bezahlen nicht alle Miete, und viele andere Fragen des Erwachsenwerdens spielen eine übergeordnete Rolle. Doch während den Anfängen der Covid-19-Pandemie haben wir einen ersten Einsatzpunkt dafür gefunden. Wir alle sind oder waren Schüler:innen. Wir alle gehen durch ein Schulsystem oder sind durch ein Schulsystem gegangen, das nicht auf den Erfolg aller ausgerichtet ist. Die Klassenfrage spielt im Hintergrund des Schulsystems eine große Rolle, und oft brauchen gerade die Menschen am dringendsten Nachhilfe, die sie sich am wenigsten leisten können.

Mit der Organisation des Lernnetz – der kostenlosen Nachhilfe – wollten wir mehrere Punkte abdecken. Viele Menschen innerhalb der Jungen Linken konnten Nachhilfe geben oder es lernen. Menschen innerhalb der Jungen Linken brauchten selber Nachhilfe. Und im besten Fall werden aus denen, die wegen der Nachhilfe kommen, später selber Nachhilfegebende.

Mit dem Lernnetz startete also das erste Projekt, in dem ausgehend von dem konkreten Problem, dass in Österreich jedes dritte Kind Nachhilfe braucht, Menschen bei Junge Linke organisiert wurden. Dabei wurden zuerst Online-Nachhilfe und später Lerncafés organisiert und viele hundert Menschen in einer gemeinsamen Sache zusammengefasst. Dabei ist vieles gelungen und manches gescheitert. Aber für die KPÖ war deutlich: Da ist eine Jugendorganisation, die die Selbstorganisation von Schüler:innen entlang ihrer Interessen als Zugehörige der Arbeiter:innenklasse probiert.

Einen wichtigen Eindruck auf die Jungen Linken machte die Übertragbarkeit des Modells KPÖ Graz auf andere Gemeinden. Die Jungen Linken unterstützten den Wahlantritt der KPÖ zur Gemeinderatswahl in Salzburg Stadt. Mit Kay-Michael Dankl wurde ein ehemaliger Junger Linker Gemeinderat, fokussierte auf das Thema Wohnen, startete Sozialberatungen und gab einen Teil seines Einkommens an Menschen in Notlagen ab. Binnen weniger Jahre wurde der vereinzelt KPÖ-Mandatar zum Gespräch der Stadt und darüber hinaus, zahlreiche neue Mitglieder erlebten die Salzburger Partei, eine Vielzahl verschiedener Aktivitäten wurde möglich und die Partei stellte sich auf neue Füße.

Die Neuorientierung der KPÖ

Mit dem Parteitag 2021 flossen diese Momente personell und perspektivisch zusammen. Organisierende Kampagnen sollten ein Schwerpunkt der Partei werden, die Diskursfähigkeit der KPÖ sollte gestärkt werden, die Kaderentwicklung wieder ernst genommen und die alten Konflikte beigelegt werden. Gemeinsam was tun!

In den letzten Jahren gewann die KPÖ damit viele Ressourcen. Die Öffentlichkeitsarbeit mit der bürgerlichen Presse und auf den sozialen Medien wurde gestärkt und erste Schritte zu einem neuen Parteiorgan mit »Das Argument« gesetzt. Die Kampagnen rund um das Thema Wohnen suchen immer wieder den Anknüpfungspunkt an lokale Praxis, Angebote für Mieter:innenberatung inklusive. Die KPÖ hat die Perspektive vorgestellt, die Partei der solidarischen Projekte werden zu wollen. Von der Suppenküche gegen die Krise der Teuerung über Holzspendenaktionen gegen die explodierenden Energiepreise bis hin zum Ausbau der Sozialberatungen. Eine größtmögliche Verschränkung bundesweiter Kampagnen mit lokaler Praxis ist das Ziel und wird immer wieder geübt. Als Zwischenschritt in dieser Vision stehen die Parteilokale der KPÖ als Orte,

als soziale Zentren, in denen Parteigruppen diskutieren, veranstalten, kochen, Junge Linke Nachhilfe geben und Raum für weitere Angebote der Selbstorganisation entstehen können.

Die notwendige Verankerung der Partei in den Bezirken und Vierteln betont einerseits die Tatsache, dass Kommunist:innen Teil der Gesellschaft oder auch »der Klasse« sind. Zum anderen gibt uns diese lokale Verankerung erst die Möglichkeit, entsprechende Kontakte herzustellen, als Partei die realen Probleme des Alltags wahrzunehmen, Menschen entsprechend zu organisieren und da und dort auch solidarische Projekte – wie Tauschbörsen, Foodsharing-Küchen, Nachbarschaftstreffe, Beratungszentren etc. – aufzubauen. Und damit auch, um unsere Treffpunkte und Lokale herum, Räume der Solidarität und Begegnung zu schaffen.

Die KPÖ orientiert auf sich als Partei, die die Erfahrungen, Ängste, Hoffnungen und diversen Interessen der von der Teuerung betroffenen, beziehungsweise von Armut bedrohten Menschen miteinander in Beziehung setzen kann. Die Jungen Linken sind wichtiger Teil dieser Entwicklung. Als Aktive innerhalb der KPÖ, aber auch als selbstständige Jugendorganisation.

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Sozialismus und Jugend

MarxLenin P. Valdés¹
(Havanna/Kuba)

Sozialismus und Jugend sind sich ähnlich. Beide sind soziale Konstruktionen mit starken historischen Determinanten, die zu uns von Transit sprechen – von Wegen, die notwendigerweise zurückgelegt werden müssen, in der Konstruktion des »Anderen«, das beide morgen sein werden – qualitativ anders, vorzugsweise höher entwickelt. Deshalb sind beide auch Bewegung, Veränderung, Widerspruch, Kampf, Bruch, Fluss, Komplexität.

Der Sozialismus kann nicht passiv oder konformistisch sein, ebenso wenig wie die Jugend. Was ist die Jugend anderes als eine revolutionäre Kraft? Wie der Sozialismus will sie die alte Welt verändern, um eine neue zu schaffen. Deshalb braucht der Sozialismus die Jugend für seine Existenz. Er braucht ihre schöpferischen Fähigkeiten, ihren Eroberungsdrang und ihre Kraft, ihren Willen und ihre Bereitschaft zu handeln, ihre Energie, sich selbst und alles andere zu verändern.

Die Rettung des Sozialismus ist daher auch eine Rettung der Jugend. Dies zu erreichen, den Weg der Paradoxien und Herausforderungen zu beschreiten, die es zu bewältigen gilt, führt uns in eine direkte Kollision mit dem Weltbild, das der Kapitalismus projiziert, indem er sich als die einzige und beste aller möglichen Welten legitimiert. Wir müssen uns dem entgegenstellen, was Fidel Castro die »kulturelle Invasion, die unsere Identitäten zerstört, eine Atomwaffe des 21. Jahrhunderts zur Beherrschung der Welt« nannte. Nur wenn wir uns selbst vor der Barbarei retten, die der

Kapitalismus reproduziert, können wir die Menschheit retten, und in diesem großen Werk ist die Jugend von entscheidender Bedeutung.

Es ist kein Zufall, dass der Kapitalismus an vielen Fronten ständig daran arbeitet, die Kraft und die historische Mission der Jugend als Bannerträgerin der Zukunft zu entstellen. Und für diese Aufgabe schafft er alle möglichen Mittel. Er schafft unermüdlich materielle und geistige Objekte, mit denen er uns alle in der Lethargie der programmierten Obsoleszenz verankern will – aber mit besonderem Augenmerk auf die Jugend und die Kindheit.

Damit verdammt er uns zu einer unerträglichen Liquidität, in der – wie Marx und Engels feststellten – »alles Feste zu Luft zerfließt«. Dies verurteilt in erster Linie jeden Versuch, kritisch zu denken, jede subversive Anstrengung, die sich gegen den Kapitalismus richtet.

Inmitten dieses problematischen Szenarios müssen wir uns fragen: Wie können wir heute die Beziehung zwischen Sozialismus und Jugend projizieren und uns aneignen, so dass sie eine Identität bleibt und keine Antinomie, so dass sie nicht in eine Beziehung der Feindseligkeit und des Gegensatzes zerbricht und zersplittert?

Wenn der Sozialismus der Übergang ist, müssen wir uns fragen: Wohin will die Jugend? Mit welchen Symbolen identifizieren sie sich: mit denen des Sozialismus und Kommunismus oder mit denen des Kapitalismus? Welche Werte definieren sie: soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Internationalismus, kollektiver Kampf – oder Konkurrenz, Kommerzialisierung, Apathie, Gleichgültigkeit gegenüber anderen und Konsumismus?

So nimmt der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus die Form eines tiefgreifenden medial-kulturellen Krieges in all seinen Dimensionen an. Das Problem der Kommunikation muss für die Linke im Mittelpunkt stehen, wobei der Schwerpunkt auf der aktiven Arbeit ihrer Publikationen und ihrer Medien im Allgemeinen liegen muss.

Welche Rolle sollten linke Publikationen angesichts dieses Problems spielen?

1 Rede auf dem Ersten Internationalen Treffen der theoretischen Publikationen linker politischer Parteien und Bewegungen, Havanna, Kuba, 10.–12. Februar 2023.

Die Rolle linker Publikationen besteht erstens darin, die strategische Bedeutung der sozialen Kommunikation in diesem Krieg zu begreifen und zu verstehen. Zweitens besteht die Rolle darin, eine doppelte, gleichzeitige Bewegung zu unternehmen: einerseits die Dekonstruktion der kapitalistischen Aneignung des gegenwärtigen Zustands der Dinge und andererseits den Aufbau einer neuen Hegemonie mit sozialistischem Charakter.

Heute zu existieren bedeutet, von den hegemonialen Medien wahrgenommen zu werden. Die Macht liegt in den Händen der großen bürgerlichen Informations- und Kommunikationsmonopole. In diesem Sinne hat die Linke durch diese Medien (aber nicht nur durch sie) die Pflicht, die Netzwerke der Zivilgesellschaft als Raum par excellence für Gegenhegemonie zu erobern. Sowohl die Linke als auch ihre Medien haben die moralische Pflicht, unseren Völkern einen Kompass des Kampfes und des Durchhaltens zu bieten.

Die Generationen von gestern hatten Helden, organische Intellektuelle; die von heute haben »Influencer«. Wen imitieren die Jugendlichen heute: ihre Lehrer, ihre Politiker, ihre Eltern oder diejenigen, die von zwei oder drei mathematischen Algorithmen bestimmt werden? Welche Verhaltensmuster bestimmen heute das Leben von Kindern, Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen, und wer verkörpert sie? Das Weltpanorama zeigt eine tiefe Krise der Spiritualität und der Subjektivität, in deren Zentrum die Jüngsten der Gesellschaft stehen. Sie sind die Zielscheibe schlechthin für die Banalität, die Oberflächlichkeit, die Mittelmäßigkeit und die Kommerzialisierung, die die virtuellen Netze überfluten.

Deshalb müssen wir Revolutionäre, Humanisten und Kommunisten uns kollektiv und organisch in einem Kampf der Ideen artikulieren, der die Produktion emanzipatorischer Bedeutungen bedingt. Unsere Identitäten, Bräuche, Kulturen und Geschichten dürfen nicht ausgelöscht werden, im Gegenteil, wir müssen unsere Vielfalt und Pluralität betonen. Wir

müssen die Bedingungen für die Stärkung dieser Besonderheiten schaffen, damit unsere Wurzeln den Angriffen der kapitalistischen Industrie widerstehen können, die den Menschen homogenisieren und standardisieren will. Wir müssen einen Mentalitätswandel herbeiführen – vor allem von Kindesbeinen an – durch ehrliche, kreative, originelle und intelligente Inhalte. Wir müssen die Idee des Attraktiven und seiner Repräsentationen neu begründen – oder, was auf dasselbe hinausläuft, die kapitalistische Ästhetik bekämpfen, die in sich fetischistisch ist, entfremdet und verdinglicht.

Aber wir müssen auch die Idee der Unterhaltung überdenken, was uns zwingt, den Begriff der Freizeit neu zu definieren. Die Jugendlichen verlangen, dass wir uns nicht langweilen. Wenn also die Art und Weise, wie Unterhaltung präsentiert wird, größtenteils auf die kapitalistische Kolonisierung der Unterhaltungsindustrie zurückzuführen ist, wie können wir dann Inhalte schaffen, die sozialistisch, aber nicht langweilig sind?

Wissen wir, was die Jugendlichen heute lesen? Was sehen sie? Was interessiert sie? Wie viele unserer linken Publikationen werden von Jugendlichen gemacht? Beteiligen sie sich daran? Wie tun sie das? Wir können Texte und Werke von hervorragender Qualität haben, aber wenn sie die Jugendlichen nicht erreichen, haben sie ihre Daseinsberechtigung nicht erfüllt.

Wir müssen in unseren Publikationen, aber auch in unseren Radio-, Fernseh- und Internetprogrammen den Begriffen, die uns der Kapitalismus genommen und verdrängt hat, eine neue Bedeutung geben: Sozialismus, Kommunismus, Demokratie, Freiheit, Marxismus, Heimat, Kultur etc. Wir müssen diesen Begriffen ihren wahren, scharfen, subversiven Inhalt zurückgeben, einen Inhalt, der den intellektuellen Fortschritt der Mehrheit politisch möglich macht und nicht nur den einiger isolierter Gruppen.

Wir müssen erzählen können, was mit der Linken passiert, nicht losgelöst, sondern im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Und wir müssen dies mit den Codes der Jugend tun,

indem wir unsere eigenen neuen Codes aufbauen. Aber dafür müssen wir zuerst eine linke Leserschaft aufbauen. Wir müssen verstehen, dass linke Publikationen selbst Guerillabewegungen sind, Bannerträger eines Kampfes, in dem die Kultur als mächtiges Schlachtfeld verstanden werden muss. Wir müssen sie zu Plattformen des Zugangs zu einem globalen Dialog und der Kommunikation machen, um den Menschen als historisch-universales Subjekt zu konditionieren.

Möge die Sache des Sozialismus, für die Freiheit des Menschen als gemeinsames Ziel, uns zur Solidarität, Verbindung und Einheit zwischen unseren Publikationen und Medien auffordern. Nur ein festes Ziel kann uns ein Ziel geben, das nicht vergänglich ist, sondern im Gegenteil einen in die Zeit eingeschriebenen Sinn hat. Dieses Ziel ist die Emanzipation zu einer wesentlich humanisierten Gesellschaft.

Aus den ideologischen Apparaten der Bourgeoisie werden immer wieder triviale Aussagen wie die Parole »Die Linke ist schwach« benutzt, um uns zu karikieren. Das ist ein soziales, ästhetisches, politisches und ideologisches Konstrukt, das wie so viele andere darauf abzielt, jeden praktischen Versuch, die Realität zu revolutionieren, zu entwaffnen.

Und ich frage: Ist unsere heutige Zukunft nicht Beweis genug, dass wir nicht schwach sind? Wir müssen den Unterdrückten, den Elenden der Erde, den Rebellen eine Stimme geben, nicht nur durch Propaganda, sondern vor allem durch Aktionen, die erzieherisch, pädagogisch und konstruktiv sind, um die revolutionäre Sache, die wir brauchen, voranzubringen. Es gibt keinen anderen Weg, als die Vielfalt zu ergänzen, zu sensibilisieren und für die gemeinsame Sache zu vereinen: die Eroberung einer besseren Welt. Und in diesem Bestreben muss die Erziehung zur Philosophie, zur Kunst und später zum kritischen Marxismus von frühester Kindheit an einen zentralen Platz einnehmen.

Von unseren Räumen aus müssen wir alle transformatorischen Bewegungen begleiten,

die sich dem Kapitalismus entgegenstellen. Wir müssen die Hoffnung wiederherstellen, dieselbe Hoffnung, die der Kapitalismus für sich beansprucht, weil er den Anschein der Unüberwindbarkeit braucht und deshalb pessimistische, deprimierte und hoffnungslose Menschen hervorbringt.

Unser Gegenmittel ist die Geschichte, die Bewahrung des historischen Gedächtnisses als Schlüssel zur Entwicklung eines sozialistischen und revolutionären Bewusstseins in unseren Völkern. Wir müssen uns integrieren, Vorurteile abbauen, mobilisieren, der Sprache der Bourgeoisie widersprechen, für die Wahrheit und für gerechte und würdige Anliegen kämpfen, dies zu einer Lebensweise machen und die Jugend als Protagonisten in den Vordergrund stellen.

Keine Klimagerechtigkeit ohne Frieden

Abrüsten – auch fürs Klima

Anne Rieger

90 Prozent der klimaschädlichen Emissionen sollen bis 2040 unter den Wert von 1990 gebracht werden. Das empfiehlt die EU-Kommission als Klimaziel. So will sie die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllen. Die Nutzung von erneuerbarer Energie soll ausgebaut, fossile Brennstoffe schrittweise verringert werden. Auch in der Landwirtschaft sollen Emissionen reduziert werden. Die Vorschläge sind umfangreich. Viele sind vernünftig wie kürzere Arbeitszeiten, klimafreundliche Raumplanung oder klimafreundliche Verkehrskonzepte. Viele sind an Verzicht geknüpft. Radikal ausgeschlossen ist die Diskussion über Emissionen und andere umweltschädliche Aktivitäten von Rüstung, Militär,

Krieg. Schnell wären massenhaft Emissionen eingespart. Denn die Gruppe »Scientists for Global Responsibility« hat errechnet, dass die Militärs der Welt zusammen mit den Rüstungsindustrien ungefähr sechs Prozent der globalen Emissionen verursachen.¹ Ohne sie könnten Verzicht und zusätzliche Steuern zur Rettung des Klimas minimiert werden.

Klimakosten des Gaza-Krieges

Der Guardian berichtete Anfang Januar: »Emissionen aus Israels Krieg in Gaza haben ›immense‹ Auswirkungen auf die Klimakatastrophe². Die in den ersten beiden Monaten des Gaza-Krieges erzeugten Treibhausgase waren größer als der jährliche CO₂-Fußabdruck von mehr als 20 der klimaschutzbedürftigsten Länder der Welt«, so Nina Lakhani, Reporterin für Klimagerechtigkeit. Die Klimakosten der ersten 60 Tage der militärischen Reaktion Israels entsprächen mindestens der Verbrennung von 150.000 Tonnen Kohle. Die Daten, die dem Guardian zur Verfügung gestellt wurden, lieferten eine erste, wenn auch konservative Schätzung der CO₂-Kosten des Gaza-Konflikts, denn sie basiere nur auf einer Handvoll kohlenstoffintensiver Aktivitäten. Daher unterschätze sie wahrscheinlich die realen Emissionen erheblich.

Die überwiegende Mehrheit (über 99 Prozent) der geschätzten 281.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂-Äquivalent), die in den ersten 60 Tagen nach dem Angriff der Hamas im Oktober erzeugt wurden, seien den israelischen Luftangriffen und Bodeninvasionen des Gazastreifens zuzuschreiben. Hamas-Raketen, die im selben Zeitraum auf Israel abgefeuert wurden, erzeugten etwa 713 Tonnen CO₂, was etwa 300 Tonnen Kohle entspreche. Lakhani unterstreicht die

Asymmetrie der Auswirkungen der Kriegsmaschinerie beider Seiten. Die Analyse, die noch einer Peer-Review³ unterzogen werden müsse, umfasse CO₂ aus Flugzeugmissionen, Tanks und Treibstoff aus anderen Fahrzeugen sowie Emissionen aus der Herstellung und Explosion von Bomben, Artillerie und Raketen. Andere Gase wie Methan, die den Planeten erwärmen, wurden nicht berücksichtigt. Fast die Hälfte der gesamten CO₂-Emissionen entfielen auf US-amerikanische Frachtflugzeuge, die militärische Lieferungen nach Israel flogen.

Klimaaktivisten protestierten bei der COP28 in Dubai zur Unterstützung der Palästinenser im Gazastreifen. Gaza würde zum Brennpunkt der Klima-Aktivisten, wurde im Guardian kommentiert. Die mediale Öffentlichkeit war nicht interessiert.

Pentagon, weltweit größter institutioneller Emittent

So wichtig Klima-Aktionen gegen den Gaza-Krieg sind, so wenig dürfen wir den militärischen Kohlenstoff-Fußabdruck von Pentagon und NATO aus den Augen verlieren. Denn deren Emissionen liegen erheblich darüber – sind immens klimabedrohend. Neta C. Crawford, Professor of Political Science an der Boston University, Kriegs- und seit sieben Jahren auch Klimaforscherin zum Militär – hat 2022 ein Aufsehen erregendes Buch veröffentlicht. Darin nennt sie das US-Verteidigungsministerium inclusive dessen Militär den größten Einzelverbraucher von Energie in den Vereinigten Staaten und den weltweit größten institutionellen Emittenten von Treibhausgasen⁴.

Sie zeichnet den wachsenden Energieverbrauch des US-Militärs nach und fordert ein neues Konzept von Außenpolitik und

1 <https://www.stern.de/panorama/wissen/krieg-und-klima--wie-militaerische-konflikte-unseren-planeten-belasten-32908382.html>.

2 <https://www.theguardian.com/world/2024/jan/09/emissions-gaza-israel-hamas-war-climate-change> 9.1.2024.

3 Bewertung einer wissenschaftlichen Arbeit durch unabhängige Gutachter, Wissenschaftler desselben Fachgebietes, sog. »Peers«.

4 <https://mitpress.mit.edu/9780262047487/the-pentagon-climate-change-and-war/>.

Militärdoktrin. Das Pentagon, Klimawandel und Krieg zeigten, wie die US-Wirtschaft und das Militär zusammen einen tiefen und langfristigen Zyklus des Wirtschaftswachstums, der Nutzung fossiler Brennstoffe und der Abhängigkeit geschaffen haben. Dieser Zyklus habe die US-Militärdoktrin geprägt und in den letzten 50 Jahren die »Mission« zum Schutz des Zugangs zum Öl am Persischen Golf vorangetrieben.

Crawford, die schon früher vorgerechnet hatte, dass ein B-52-Kampfflugzeug in einer Stunde so viel Treibstoff wie ein durchschnittlicher Autofahrer in sieben Jahren brauche, fordert ein Umdenken in der US-Strategie. Betrachte man den Klimawandel als »Bedrohungsmultiplikator«, der bestehende Tendenzen, Spannungen und Instabilität noch verschlimmere, dann sei die nationale Sicherheit der USA durch den Klimawandel stärker gefährdet, als durch den Verlust des Zugangs zum Öl am Persischen Golf – oder durch die meisten militärischen Konflikte. Das Treibhausgas sei zwar unsichtbar, habe aber dramatische Folgen. Der effektivste Weg, militärische Emissionen zu senken, bestehe nach Crawford darin, die Nationale Sicherheitsstrategie der USA zu überdenken. Das würde den Vereinigten Staaten ermöglichen, die Größe und die Operationen des Militärs zu reduzieren.

Ihrer Auffassung nach könne so die Verbindung zwischen nationaler Sicherheit und dem Verbrauch fossiler Brennstoffe durchbrochen werden. Das ginge durch die Vermeidung von Kriegen, so ihr erster Punkt in einem Interview in der »Zeit«. »All die Angriffe derzeit haben mit einem Versagen von Institutionen und der Diplomatie zu tun«⁵, ist sie überzeugt. Sie hält den Ausbau der NATO-Ressourcen für eine »Überreaktion«, denn Russland sei geschwächt. »Die Gefahr, dass Russland Deutschland angreift, ist gering ... Der Klimawandel allerdings ist zu 100 Prozent Realität«.

Die 100 Mrd. Euro sollten »sicher nicht für viele neue Waffen oder Militärlübungen« ausgegeben werden.

Da sind wir einer Meinung. Nicht aber darüber, wie das Geld stattdessen ausgegeben werden soll. Mit dem Argument des »Rechts auf Selbstverteidigung« schlägt sie vor, mit einem Teil des Geldes herauszufinden, welche Form der »deterrence by denial«⁶ für Deutschland funktionieren würde. Diese »Vorvertheidigung« ist ebensowenig unser Weg, wie ihr Vorschlag, das Militär anders »aufzustellen«, um »Emissionen dramatisch herunterzufahren«, also beispielsweise durch Elektromotoren. Eine Ökologisierung des Militärs ist keine Lösung der Klimakatastrophe. Eher fällt sie da auf den Zynismus und die Verkommenheit des kapitalistischen Systems herein, in dem der Kölner Stadtanzeiger titeln kann: »Rheinmetall will Öko-Panzer bauen.«

NATO trägt zum Klimazusammenbruch bei

Im November vergangenen Jahres hat ein Bündnis verschiedener Organisationen die Studie »Clima Crossfire – Wie die Zwei-Prozent-Ziele der NATO für Militärausgaben zum Klimazusammenbruch beitragen«⁷ herausgegeben. Dort heißt es: »Wären die NATO-Militärs ein einzelnes Land, würde es an 40. Stelle der größten Kohlenstoffverschmutzer der Welt rangieren«. Der durchschnittliche jährliche militärische Kohlenstoff-Fußabdruck der NATO von 205 Mio. Tonnen CO₂ Äquivalent (tCO₂ e) ist höher als die gesamten jährlichen Treibhausgasemissionen vieler einzelner Staaten. Er ist größer als der von Katar, dem weltweit größten Exporteur von Flüssigerdgas (LNG)⁸.

6 Abschreckung durch dauernde Kriegsführung unterhalb der Schwelle zu einem großen Krieg.

7 https://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/NATOs_Climate_Crossfire.pdf.

8 Umfangreiche Teile der nachfolgenden Texte wurde als Übersetzung direkt von der Studie übernommen.

5 <https://www.zeit.de/2023/46/neta-crawford-krieg-klimaschutz-militaer/komplettansicht>.

Gleichzeitig erhöhen die reichsten und kohlenstoffverschmutzendsten Länder ihre Militärausgaben. Die weltweiten Militärausgaben haben ein Rekordhoch von 2,24 Billionen Dollar erreicht. Mehr als die Hälfte davon werden von den 31 NATO-Mitgliedsstaaten ausgegeben. Zu erwarten sei, dass die Budgets massiv steigen werden.

In der Studie werden die Auswirkungen einer der wichtigsten »Triebkräfte« für die Erhöhung der weltweiten Militärausgaben untersucht: Das Ziel der NATO, dass alle Mitgliedstaaten mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts BIP für das Militär ausgeben sollen, sowie mindestens 20 Prozent davon für Ausrüstung aufwenden. Die Forscher zeigen, dass sich das Ziel der NATO schnell zu einem Maßstab für Militärausgaben entwickelt hat, es jedoch keine klare methodische Grundlage habe. Es wurde 2006, vor der Eskalation in der Ukraine im Jahr 2014, festgelegt. Nun werde es als notwendig verteidigt, um der russischen Bedrohung zu begegnen.

Natürlich habe Russland in der jüngeren Vergangenheit militärisch interveniert. Doch schon vor Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels gaben die 31 NATO-Mitgliedstaaten im Jahr 2021 mehr als 16 Mal so viel aus wie Russland und seine Verbündeten in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS, zu der Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan gehören). Trotzdem habe das Ziel eine breite Zustimmung gefunden. Nun stelle es der NATO-Generalsekretär als erforderliches Minimum dar.

Auf der Grundlage detaillierter Berechnungen erläutern die Forscher, dass der gesamte militärische Kohlenstoff-Fußabdruck der NATO von 196 Mio. Tonnen tCO_2e im Jahr 2021 auf 226 Mio. tCO_2e im Jahr 2023 stieg. Das sind 30 Mio. Tonnen mehr in zwei Jahren und entspreche dem Einsatz von mehr als 8 Mio. zusätzlichen Autos auf der Straße.

Wenn alle NATO-Mitglieder das Ziel von zwei Prozent des BIP einhalten, würde sich ihr kollektiver militärischer

Kohlenstoff-Fußabdruck zwischen 2021 und 2028 auf zwei Mrd. tCO_2e belaufen und damit größer sein als die jährlichen Treibhausgasemissionen Russlands, eines großen Erdöl fördernden Landes mit rund 1.652 Mio. tCO_2e .

Die Militärausgaben der NATO stiegen zwischen 2021 und 2023 von 1,16 auf 1,26 Billionen Dollar, die Zahl der Staaten, die das Zwei-Prozent Ziel erfüllen, hatte sich von sechs auf elf fast verdoppelt. Würden alle 31 Mitgliedstaaten das Mindestziel von Zwei-Prozent des BIP einhalten, würde das zwischen 2021 und 2028 zu geschätzten Gesamtausgaben von 11,8 Billionen US-Dollar führen. Die Erhöhung der Militärausgaben wird immer zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen führen.

Finanzierung des Klimawandels wäre möglich

Dagegen rechnen die Forscher, dass die Militärausgaben der NATO von 1,26 Billionen Dollar im Jahr 2023 das – unerfüllte – Versprechen der umweltverschmutzendsten Länder zur Finanzierung des Klimawandels in Höhe von 100 Mrd. Dollar pro Jahr für 12 Jahre bezahlt werden können.

Wenn alle NATO-Mitglieder die Verpflichtung einhalten würden, zwei Prozent des BIP für Militärausgaben aufzuwenden, würde die NATO bis 2028 2,57 Billionen Dollar zusätzlich ausgeben. Das würde ausreichen, die vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) geschätzten Klimaanpassungskosten für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen für sieben Jahre zu decken.

Für die europäischen NATO-Mitglieder entsprechen die zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 1 Billion Euro, die erforderlich sind, um das Ziel von zwei Prozent des BIP für Militärausgaben zu erreichen, dem Betrag von 1 Billion Euro, der für den Green Deal der EU benötigt wird.

Rüstungsindustrie fordert Begrenzung der Umweltauflagen

Hauptnutznießer der NATO-Ziele ist die Rüstungsindustrie, deren Gewinne und Aktienkurse in die Höhe schnellen. Die Industrie betreibt Lobbyarbeit, um sicherzustellen, dass diese Gewinnströme dauerhaft werden, indem sie langfristige strukturelle Verpflichtungen für die Waffenproduktion und eine Begrenzung der Umweltauflagen fordert. Die Lobbyarbeit hat sich für sie ausgezahlt, wie das EU-Gesetz zur

Unterstützung der Munitionsproduktion (ASAP) von 2023 oder der NATO-Aktionsplan zur Verteidigungsproduktion zeigt. Vor allem aber, dass der CO₂-Abdruck des Militärs auf Druck von USA und NATO in Klimaabkommen, dem Kyoto-Protokoll 1997 und dem Pariser Klimaschutzabkommen 2015, ausklammert wurde, ist der Erfolg des weltweiten Rüstungsmolochs. Das führt dazu, dass die größten staatlichen Klimasünder aus dem Blickfeld geraten, sowohl der Klimabewegung, noch mehr aber aus dem der normalen Bevölkerung.

Waffenexporte – wohin?

Die Lobby wird auch die Waffenexporte in Länder außerhalb der NATO ankurbeln, da die Kriegswirtschaft nach Beendigung des Krieges in der Ukraine nach weiteren Absatzmärkten sucht. Eine Analyse der Waffenexporte von NATO-Mitgliedern zeigt, dass diese derzeit in 39 der 40 klimaanfälligsten Länder geliefert werden; 17 davon befinden sich bereits in einem bewaffneten Konflikt, 22 haben ein autoritäres Regime, 26 weisen niedrige Indikatoren für die menschliche Entwicklung auf und neun von ihnen unterliegen einem Waffenembargo der UN oder der EU. Die Exporte schüren Konflikte und Unterdrückung im gefährlichen Moment des Klimazusammenbruchs. Diese NATO-Ziele – mit allen damit verbundenen Umweltfolgen – lösen ein neues Wettrüsten aus, während sich die Klimakrise verschärft. Dies wird zu einem Anstieg der Emissionen führen und finanzielle Mittel aus der ohnehin schon völlig unzureichenden Klimafinanzierung

absorbieren. Unsere gemeinsame Sicherheit, das Leben auf der Erde hängen davon ab.

Ukraine- und Irakkrieg

Neben dem Krieg in Gaza wird die Klimakatastrophe durch die vielen weiteren Kriege vorangetrieben. Als kurze Ergänzung zwei Beispiele: Die Tagesschau berichtete im Dezember 2023, dass laut einer Studie der Krieg in der Ukraine den Ausstoß von 150 Millionen Tonnen CO₂ verursacht hat, soviel wie die jährlichen CO₂-Emissionen Belgiens. Die Zerstörung des Kachowka-Staudamms sowie die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines und die dadurch verursachten Treibhausgasemissionen wurden in der Studie berücksichtigt. Verursacht werden die Klimaschäden durch die Kriegshandlungen an sich, durch Truppentransporte und Fluchtbewegungen, aber auch durch die Folgen von Gebäude-, Wald-, Landschaftsbränden und andere Naturzerstörungen. Den größten »Schadensposten« stellen nach Berechnungen der Autorinnen und Autoren jedoch die absehbaren Wiederaufbau-Emissionen dar⁹.

Scientist4future berichten über den Irakkrieg und die immensen Folgen fürs Klima: Während des zweiten Golfkriegs brannten 1991 in Kuwait die Ölfelder. Ungefähr 4,6 Millionen Barrels verbrannten pro Tag. Das verursachte zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen in jenem Jahr. Der Rauch verdunkelte die Sonne über dem Persischen Golf. Der Ruß erreichte tibetische Gletscher, setzte sich dort ab und beschleunigt so deren Schmelzen, da eine dunkle Oberfläche mehr Wärme aufnimmt.¹⁰

9 <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/ukraine-krieg-klima-umwelt-100.html>.

10 <https://at.scientists4future.org/2021/12/09/blut-und-co2-was-der-krieg-mit-dem-klima-macht/>.

Atomwaffen

Jeglicher Einsatz von Atomwaffen verursacht katastrophales menschliches Leid. Ein Atomkrieg würde das Ende unserer Zivilisation und eine Katastrophe für die Ökosysteme des Planeten bedeuten. Schon ein regional begrenzter Atomkrieg hätte so weitreichende Konsequenzen für das Klima und unsere Landwirtschaft, dass das Leben und die Gesundheit von Milliarden von Menschen bedroht wären, schreibt die IPPNW¹¹. Ihr Ziel ist es, über die medizinischen Folgen von Uranbergbau, Herstellung, Testung und Einsatz von Atomwaffen aufzuklären und ein vollständiges Verbot von Atomwaffen durchzusetzen¹².

Ohne Abrüstung wird es keine Klimagerechtigkeit und keinen Frieden geben. Es ist notwendig, über diesen Zusammenhang intensiver aufzuklären.

11 Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.

12 <https://www.ippnw.de/atomwaffen.html>.

Lateinamerika und das Ende der westlichen Vorherrschaft (Teil 1)

Peter Gärtner

Die »Entdeckung« Amerikas und seine koloniale Unterwerfung durch euroatlantische Mächte stellt anerkanntermaßen eine historische Zäsur von globaler Reichweite dar. In den darauffolgenden fünf Jahrhunderten eroberte und dominierte zuerst Europa, später der um die USA erweiterte transatlantische Westen den Rest der Welt. Der gegenwärtige geopolitische

Umbruch setzt der Vorherrschaft des Westens in dreifacher Hinsicht ein Ende: erstens dem vor über 500 Jahren eingeläuteten »kolumbischen Zeitalter« (Domenico Losurdo)¹, zweitens dem »American Century« (Henry Luce 1941) und drittens dem »unipolaren Moment« (Charles Krauthammer 1990), in dem sich die USA seit dem Ende des »Kalten Krieges« wä(hn)t(en). Für Lateinamerika, das diesen drei Herrschaftsepochen und -phasen in besonderer Weise unterworfen war bzw. ist, ergibt sich damit die Chance, mit seinem Schicksal als neo-/kolonialer Hinterhof zu brechen. Dies auszuloten, ist Anliegen meines Beitrages, in dessen erstem Teil die Auswirkungen der 500jährigen Herrschaft des Westens skizziert werden, um dann im zweiten² die neuen Möglichkeiten aufzuzeigen.

Der historische Platz Lateinamerikas im kolumbischen Zeitalter

Will man den bisherigen Weg und den heutigen Platz Lateinamerikas in der Welt umreißen und seine neuen Chancen diskutieren, dann kommt man nicht umhin, mit dem Epochenjahr 1492 zu beginnen. Mit der Reise von Christoph Kolumbus (spanisch: Cristóbal Colón) über den Atlantik begann ein Prozess, der aus einem bislang isolierten Kontinent nicht nur eine »Neue Welt« machte, sondern auch in einer Weise auf die expandierenden Kolonialmächte zurückwirkte, die den Lauf der Welt für die nächsten 500 Jahre entscheidend veränderte. Diese »kolumbische Ära« wirkte zwar weltweit, prägt

- 1 In der deutschen Übersetzung von Losurdos Buch »Eine Welt ohne Krieg« (PapyRossa Verlag 2022) findet sich die Formulierung »kolumbianische Ära« (S. 401) bzw. »kolumbianische Epoche« (S. 403). In Analogie zur üblichen Bezeichnung der vorkolonialen Ära der Americas als »prä-kolumbisch« verwende ich im Folgenden »kolumbisch« als den m. E. geeigneteren Begriff.
- 2 Erscheint in Marxistische Blätter 3_2024.

aber jenen Teil der »Neuen Welt«, der uns heute als Lateinamerika bekannt ist, in besonderer Weise.

Das kolumbische Zeitalter – Merkmale und Folgen

1. Mit der »Entdeckung« Amerikas durch Kolumbus gewann die globale Interaktion eine völlig neue Qualität. Der Nachweis der Kugelform der Erde (Kolumbus 1492; Magellan 1519–1521) und die folgenden Erkundungsfahrten eröffneten den europäischen Mächten den Weg zur Kolonisierung der Welt. Das amerikanische Silber wurde rasch zu einem globalen Gut. Dem Transport nach Spanien folgte der Transfer nach Amsterdam und London, um später als Zahlungsmittel im Handel mit China zu dienen. Zu einem geringen Teil ging es auch direkt von Mexiko über die spanischen Philippinen in das asiatische Kaiserreich. Lange Zeit diente es dazu, das chronische Handelsdefizit der Europäer im Handel mit Asien auszugleichen. Die massenhafte Nachfrage nach billigen Arbeitskräften in den kolonialen Ökonomien Amerikas initiierte einen Sklavenhandel, durch den auch Afrika in die transatlantischen Handelsbeziehungen eingegliedert wurde. Aus dem so genannten Dreiecks-Handel entwickelte sich schrittweise ein modernes, von den Europäern dominiertes Weltssystem.

2. Die Eroberung und Ausbeutung des amerikanischen Doppelkontinents verschaffte den europäischen Seemächten gegenüber dem Rest der Welt ein globales Übergewicht, das sie dafür nutzten, ihre kolonialen Eroberungen, die sie militärisch geschickt abzusichern verstanden, weiter voranzutreiben. Nach der kolonialen Unterwerfung Indiens durch die Briten fiel schließlich auch das hochentwickelte China der europäischen Expansion zum Opfer. 1913 war die Welt unter einen kleinen Klub von Mächten aufgeteilt, zu denen neben den klassischen europäischen Kolonialmächten (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Portugal, Spanien) imperialistische Aufsteiger

wie die USA, Deutschland, Italien, Russland und Japan zählten. Selbst der belgische König war mit von der Partie.

3. Die Kolonialisierung der Amerikas ging mit einer demographischen Katastrophe einher, die teilweise die Züge eines Genozids trug. Bis Mitte des 16. Jahrhunderts wurde die ursprüngliche Bevölkerung durch Krieg, Zerstörung, Krankheiten und Überausbeutung um ca. 90 Prozent reduziert. In Abhängigkeit vom Arbeitskräftebedarf der jeweiligen Kolonialwirtschaft hing ab, welchen Platz die europäischen Eroberer der indigenen Bevölkerung zuwiesen. In Nordamerika, wo der englische Siedlerkolonialismus dominierte, waren die Siedler vor allem an Land interessiert, während die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung kaum eine Rolle spielte. Diese war vielmehr Zielscheibe einer permanenten Ausrottungs- und Verdrängungspolitik. In knapp 300 Jahren eigneten sich die Siedler im Zuge der »Indianerkriege«, die die *frontier* immer weiter nach Westen schob, das riesige Gebiet, auf dem sich heute die Vereinigten Staaten erstrecken, an. Die überlebenden Ureinwohner wurden in Reservate gepfercht. In Kanada verlief dieser Prozess ähnlich.

In den übrigen Regionen des Doppelkontinents entstanden Kolonien, deren Funktion darin bestand, Edelmetalle und Agrarprodukte (Zucker, Kakao, Kaffee) ins Mutterland zu exportieren. In diesen Extraktionskolonien bildeten indianische Bauern (in den Bergbaukolonien) und afrikanische Sklaven (in den Plantagenkolonien) die Masse der ausgebeuteten Arbeitskräfte, während die europäischen Siedler in der Minderheit blieben. Die Kolonialgesellschaft wurde damit zu einem Ort, in dem altamerikanische, afrikanische und europäische Kulturen zusammentrafen und bis heute interagieren. Die Hautfarbe und die Rolle innerhalb der kolonialen Arbeitsteilung bestimmten die soziale Stellung. Von Anfang an kam dem Rassismus eine zentrale Funktion bei der Errichtung und Festigung der Kolonialherrschaft zu: Je heller die Hautfarbe, desto höher

der soziale Rang. Bis heute wird er in beiden Teilen des Doppelkontinents als Herrschaftsinstrument eingesetzt.

4. Die in der Kolonialzeit entstandene Nord-Süd-Teilung der Amerikas vertiefte sich im Zuge des Kampfes um die Unabhängigkeit. Den Anfang machten die 13 englischen Kolonien an der nordamerikanischen Atlantikküste, in denen weiße Siedler die überwiegende Mehrheit bildeten. Aus dem Krieg gegen das britische Empire, der von 1776 bis 1783 währte, gingen sie siegreich hervor. Die Protagonisten der ersten antikolonialen Revolution weltweit waren also europäische Siedler, die ihrerseits die indigene Bevölkerung einem »inneren« Kolonialismus unterwarfen und afrikanische Sklaven ausbeuteten. Der Aufstand und der daraus erwachsende Unabhängigkeitskrieg der Sklaven im heutigen Haiti (1791–1804), die die französische Kolonialmacht vertrieben, stellt in gewisser Weise das Gegenstück zur Unabhängigkeitsrevolution der USA dar. In einer dritten Welle erkämpften sich die spanischen Kolonien auf dem Festland (1810–1825) und Brasilien (1822) ihre staatliche Selbstständigkeit. Es gelang den jungen Staaten jedoch nicht, sich aus ihrer ökonomischen Abhängigkeit zu befreien. Sie blieben Teil der Peripherie des sich entwickelnden kapitalistischen Weltsystems. Im besten Fall gelang es solchen Ländern wie Argentinien, Brasilien oder Mexiko, zu Schwellenländern aufzusteigen. Der Durchbruch ins weltkapitalistische Zentrum ist bislang keinem Land Lateinamerikas gelungen. Anders die USA, die in der historisch kurzen Zeitspanne von 170 Jahren von einer Kolonie zum mächtigsten imperialistischen Land, zur »einzigen Weltmacht« (Zbigniew Brzeziński), aufgestiegen sind.

5. Gegenüber Lateinamerika beanspruchten die USA bereits 1823, als sich die spanischen Kolonien in Amerika gerade erst befreit hatten bzw. noch gegen die Spanier kämpften, in Gestalt der Monroe-Doktrin die Hegemonie. Dies brachte sie zwar in Konflikt mit den kontinentaleuropäischen Mächten, ermöglichte

aber zugleich, einen *modus vivendi* mit Großbritannien zu finden, das von 1815 bis 1914 als globale Hegemonialmacht das Sagen hatte. Mit dem Sieg im Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 hatten sich die Vereinigten Staaten nicht nur als regionaler Hegemon über die westliche Hemisphäre durchgesetzt, sondern waren zugleich zur Weltmacht aufgestiegen. Seitdem gilt Lateinamerika als »Hinterhof« der USA.

Lateinamerikas Kampf um seine zweite Unabhängigkeit

Meilensteine in diesem Kampf waren drei Revolutionen, die jede auf ihre Weise, die imperialistische Vorherrschaft der USA über Lateinamerika infrage stell(t)en. Den Reigen eröffnet die mexikanische Revolution von 1910. Anders als in der antikolonialen Unabhängigkeitsrevolution 1810–1825, die in den engen Grenzen einer politischen Revolution verblieb, vermochten es die Volksmassen, insonderheit die Bauernschaft unter Führung von Emiliano Zapata, in Mexiko soziale Umwälzungen durchzusetzen. Die Agrarreform, die 1917 in der Verfassung verankert und während der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas (1934–1940) weiter vorangetrieben wurde, und die Nationalisierung der Erdölindustrie 1938 stehen für den anti-oligarchischen und anti-imperialistischen Charakter der Revolution. Dieser Impuls wurde später von den Revolutionen in Guatemala (1944–1954) und Bolivien (1952–1964) aufgenommen. Es gelang den USA jedoch, beide Versuche eines Ausbruchs aus der Abhängigkeit entweder blutig niederzuschlagen (Guatemala) oder geschickt auszubremsen (Bolivien).

Ein neues Kapitel wurde durch die kubanische Revolution von 1959 aufgeschlagen, die in Lateinamerika erstmals den Sozialismus auf die Tagesordnung setzte. Dies eröffnete einerseits dem gesamten Kontinent eine Perspektive, die über den Kapitalismus hinausweist, andererseits die USA auf den Plan rief. Washington setzt bis heute auf eine Doppelstrategie, die einerseits auf die Zerstörung des

revolutionären Kubas gerichtet ist, andererseits ein »zweites Kuba« um jeden Preis zu verhindern sucht. Letzteres gilt insonderheit für Chile, wo unter Präsident Salvador Allende (1970–1973) der Versuch unternommen wurde, den Weg zum Sozialismus auf der Grundlage der demokratischen Institutionen einzuschlagen. Eine konterrevolutionäre Koalition aus USA, Oligarchie und Militärs verhinderte dies. Unter General Pinochet wurde am 11. September 1973 eine blutige Diktatur errichtet, die bis 1990 währte.

Alle drei Revolutionen haben Neuland beschritten: In Mexiko (1910–1940) fand die erste soziale Revolution Lateinamerikas statt, Kuba proklamierte 1960 den sozialistischen Charakter der Revolution und Chile versuchte erstmals, den Sozialismus auf demokratischem Wege durchzusetzen. Alle drei Revolutionen war zweitens gemeinsam, dass sie sich gegen den US-Imperialismus und seine einheimischen Juniorpartner richteten. Daraus folgt drittens, dass Washington sich als Hauptakteur und Zentrum der kontinentalen Konterrevolution profilierte. Damit konnten viertens die USA verhindern, dass die Befreiung Lateinamerikas aus der kolonial ererbten Abhängigkeit Wirklichkeit werden konnte.

Der Dreiklang von Konterrevolution, neoliberaler Globalisierung und unipolarer Weltordnung

Abgesehen vom kolonialen und neokolonialen Erbe liegen die Gründe dafür in drei Prozessen, die sich zeitlich überlappen und durch die USA als gestaltende Kraft miteinander verbunden sind. Dieser Dreiklang systemstabilisierender Faktoren wurde durch die konterrevolutionäre Gegenoffensive der USA eröffnet. Im Kontext des Kalten Krieges ging Washington an mehreren Fronten gegen die anti-imperialistischen Befreiungskämpfe vor. Gegen Kuba selbst wurde das volle Programm des Rollback eingesetzt:

Sabotage, Söldnerinvasion (1961), Embargo und Wirtschaftskrieg (seit 1960), Attentate auf Fidel Castro, außenpolitische Isolierung bis hin zur so genannten Raketenkrise im Oktober 1962, mit der die »Schlacht um Kuba« ihren weltweit gefährlichsten Eskalationspunkt erreichte. Auf kontinentaler Ebene ging es Washington vor allem darum, ein »zweites Kuba« zu verhindern. Dabei kamen vier Strategien zum Tragen: An erster Stelle ist die »Counterinsurgency« (dt.: Aufstandsbekämpfung) gegen die zahlreichen Guerillabewegungen zu nennen. Mit der Ermordung von Ernesto Che Guevara am 9. Oktober 1967 in Bolivien fand der Versuch, eine kontinentale Revolution zu entfachen, ein tragisches Ende. Flankiert wurde diese Strategie der Aufstandsbekämpfung zweitens durch die »Allianz für den Fortschritt«, die im August 1961 von Präsident John F. Kennedy (1960–1963) in Punta del Este (Uruguay) initiiert worden war. Durch Entwicklungshilfe und Reformen sollte der drohenden Revolution der Nährboden entzogen werden. Mit der militärischen Invasion der US-Armee in der Dominikanischen Republik 1965 unter Präsident Lyndon Johnson (1963–1969), die eine dritte Strategievariante bildete, wurde die »Allianz für den Fortschritt« faktisch zu Grabe getragen.

Die vierte und nachhaltigste Strategie der US-Konterrevolution bestand in der Errichtung von Militärdiktaturen »neuen Typs«. Ideologisch aufgerüstet mit der »Doktrin der Nationalen Sicherheit«, die unter Regie Washingtons entwickelt worden war, begründeten die lateinamerikanischen Militärs ihren Anspruch auf eine zentrale Rolle in Staat und Gesellschaft. Legitimiert wurde dies mit dem Konstrukt eines »inneren Feindes«, der zur Verteidigung der »nationalen Interessen« physisch vernichtet und zu dessen Bekämpfung weite Teile der Bevölkerung kontrolliert werden mussten. In einem von den USA orchestrierten »schmutzigen Krieg« wurden alle, die sich für soziale Veränderungen einsetzten, bis hin zur physischen Vernichtung verfolgt. Diese Entwicklung gipfelte ab 1976 in der »Operation

Condor«. Sie basierte auf streng geheimen Vereinbarungen zwischen den Geheimdiensten Argentiniens, Chiles, Paraguays, Uruguays, Boliviens und Brasiliens. Mit Unterstützung der USA wurde die Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung politischer Gegner koordiniert. Dem Staatsterror der südamerikanischen Militärdiktaturen fielen mehrere hunderttausend Menschen zum Opfer. Schätzungen gehen von mindestens 50.000 Toten, 30.000 Verschwundenen und 400.000 Inhaftierten aus.

Der Zyklus der neuen Militärdiktaturen wurde am 31. März 1964 in Brasilien mit dem Putsch gegen Präsident Joao Goulart eröffnet. Er richtete sich gegen die erstarkende Bauernbewegung und diente zur Verhinderung einer Agrarreform. Die Ausschaltung der Opposition wurde von einer technokratischen Entwicklungsstrategie begleitet, die von ihren Nutznießern in den Rang eines Wirtschaftswunders gehoben wurde. Als die Institution Armee wegen wachsender politischer Kosten immer mehr unter Verschleißerscheinungen zu leiden begann, wurde 1985 per Elitepak der Übergang zu einem demokratischen Regime vollzogen. Die repressiven Diktaturen in Bolivien (1964–1969), Uruguay (1973–1985), Chile (1973–1990) und Argentinien (1976–1983) sind weitere Fälle im 1964 begonnenen Zyklus. Die Militärdiktaturen in Peru (1968–1975) und Bolivien (1969–1971) haben hingegen einen inklusiven Charakter. Mit ihrer anti-oligarchischen und anti-imperialistische Stoßrichtung weichen sie von der Regel der konterrevolutionären Diktaturen ab.

Die Pinochet-Diktatur in Chile verweist auf einen weiteren Faktor, der der zweiten Unabhängigkeit Lateinamerikas entgegenwirkte: die neoliberale Globalisierung. Es ist geradezu paradigmatisch, dass der Siegeszug des Neoliberalismus in einem lateinamerikanischen Land begann, das 17 Jahre von einer konterrevolutionären Militärdiktatur beherrscht wurde. In den 1990er Jahren wurde – mit Ausnahme Kubas – ganz Lateinamerika zum

Experimentierfeld neoliberaler Politik. Im Zuge eines paktierten Übergangs trat die Diktatur des Marktes an die Stelle der Militärherrschaft. Unter den Regierungen von Carlos Menem (1989–1999) in Argentinien, Fernando Henrique Cardoso (1995–2003) in Brasilien und Alberto Fujimori (1990–2000) in Peru sowie während der »Concertación« in Chile (1990–2010) wurde der »Konsensus von Washington«, der die Privatisierung staatlicher Einrichtungen und Unternehmen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Liberalisierung der Wirtschaft und die Öffnung des Landes für den Weltmarkt »empfahl«, zur verbindlichen Richtschnur. Noch einen Schritt weiter gingen die PRI-Regierungen in Mexiko. Unter Carlos Salinas de Gortari (1988–1994) trat das Land 1994 der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) bei. Das Abkommen verschaffte den US-amerikanischen Unternehmen ungehinderten Zugang zum einheimischen Markt und zementierte damit die Abhängigkeit vom »Koloss im Norden«. Die Fragmentierung, Verrohung, Verarmung und Polarisierung der Gesellschaft, die weltweit die Folgen neoliberaler Politik sind, waren in Lateinamerika besonders verheerend, was sich nicht zuletzt in wachsender Gewalt und immer neuen Migrationswellen äußert.

Geopolitisch flankiert wurde dieser »Krieg gegen die Gesellschaft« durch einen dritten Faktor, der nach dem Ende des Kalten Krieges und der Implosion der Sowjetunion dem Neoliberalismus endgültig zum globalen Durchbruch verhalf. Die westlichen Eliten, insonderheit die der USA, wähten sich nunmehr am »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) und nutzten das »unipolare Moment« zur Errichtung einer neuen Weltordnung, in der die »einzige Weltmacht« das alleinige Sagen haben sollte.

Historische Prägungen und strukturelle Probleme Lateinamerikas zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Die maßgeblichen historischen Prägungen Lateinamerikas sind von »langer Dauer« (Fernand Braudel) und haben ihren Ursprung im Erbe der altamerikanischen, kolonialen und postkolonialen Geschichte des Doppelkontinents, die wiederum eingebettet ist in die Entstehung und Ausformung eines europäisch-westlichen Weltsystems. Das altamerikanische (vorkoloniale) Erbe manifestiert sich vor allem im Widerstand und Überleben der indigenen Völker. Im Zuge der europäischen Kolonialisierung, die 1492 begann, wurden sie und ihr Lebensraum gewaltsam in das entstehende Weltsystem eingegliedert. Das Kolonialregime diente vorrangig der Aneignung und Ausbeutung der natürlichen wie menschlichen Ressourcen der Amerikas durch die Kolonialmächte. Es ist zuvörderst der unvollendet gebliebenen Unabhängigkeitsrevolution (*Independencia*) geschuldet, dass Lateinamerika – im Unterschied zu Nordamerika – bis heute in der Peripherie bzw. Semiperipherie des Weltsystems verharret. Als Rohstoff-, Agrar- und Arbeitskräftelieferant ist der Kontinent damit auf die Bedürfnisse der Zentren ausgerichtet. Die kreolische Elite, die an der Spitze des Unabhängigkeitskampfes stand, hat sich als unfähig erwiesen, mit den kolonialen Strukturen zu brechen.

Aus der Verbindung von kolonialem Erbe und unvollendeter *Independencia* resultiert eine Reihe von sozio-politischen Problemen struktureller Natur, die hier kurz genannt seien: Neben dem Rassismus sind dies vor allem solche Defizite der Staatlichkeit wie Institutionenschwäche, Caudillismo, Populismus und Korruption, die darin münden, dass der Staat gegenüber den Volksmassen repressiv agiert und den Partikularinteressen der Oligarchie untergeordnet bleibt. Diese Polarisierung zwischen Oligarchie einerseits

und Marginalisierten andererseits ist Ausdruck einer fehlenden oder mangelhaften »Durchkapitalisierung«. Versuche, diese Entwicklungsblockade entweder durch Reformen in Richtung einer importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) oder durch anti-imperialistische Revolutionen aufzubrechen, sind ebenso gescheitert wie die Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO), mit der die UNO in den 1970er Jahren die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu überwinden gehofft hatte.

Die Ausformung der oben beschriebenen kontinentalen Bifurkation zwischen Nord- und Lateinamerika hat zwei Seiten. Zum einen drückt sie sich in der jeweils erreichten Qualität der »Europäisierung« beider Teile des Doppelkontinents aus. Während sich die USA zu einer Art »Neu-Europa« entwickelt haben und Lateinamerika dominieren, hat dort – in von Region zu Region unterschiedlicher Weise – die Interaktion von indigenen, afrikanischen und europäischen Kulturen und Völkern etwas Neues hervorgebracht, das sich sowohl von Europa als auch von Nordamerika unterscheidet. Diese Unterschiede in der Prägung durch Europa erscheinen damit zugleich als Spiegelbild der geopolitischen Machtverhältnisse, die die zweite Seite der Bifurkation bilden. Auf dem amerikanischen Doppelkontinent, der bis 1492 vom eurasisch-afrikanischen »Superkontinent« isoliert war und anschließend von den Europäern kolonialisiert wurde, hat sich im Verlauf von fünf Jahrhunderten eine regionale Ordnung etabliert, die dem weltweiten Macht- und Entwicklungsgefälle entspricht: Der neo-/europäische Norden herrscht über den multi-zivilisatorischen Süden. Als der globale Norden 1992 den 500. Jahrestag der »Entdeckung« Amerikas feierte, schien seine Dominanz gerade in Lateinamerika unangreifbar. 30 Jahre später wird sichtbar, wie schnell sich dies ändern kann. Welche Rolle Lateinamerika im heutigen Ringen um eine neue, multipolare Weltordnung spielt und welche Chancen diese bietet, der Dominanz der USA zu entkommen, ist Gegenstand des zweiten Teils dieses Beitrages.

Weshalb Portugal eine neue Agrarreform braucht

Martin Leo, Lagos Portugal

Natürlich blickt man 2024, im Jahre 50 nach der Aprilrevolution in Portugal, noch einmal anders auch auf ihre größte Errungenschaft, die Agrarreform.

Rückblickend muss man sich vergegenwärtigen, dass nur den Veränderungen, die hier nach dem Sturz der Diktatur am 25. April 1974 bis 1976 durchgesetzt wurden, zu verdanken ist, dass aus einer militärischen Erhebung eine »Aprilrevolution« genannte Volksrevolution wurde. Diese zwei Jahren erschütterte zwar nicht die Welt, aber doch die Heimat der Portugiesen. In diesen zwei Jahren bis 1976 fand Geschichte im Zeitraffer statt.

Volle achtundvierzig Jahre dauerte es dagegen, die tiefgreifendsten Veränderungen dieser beiden Jahre schrittweise wieder zurückzudrängen. Das waren jene revolutionären Maßnahmen, die bereits weit über eine einfache bürgerlich-demokratische Erneuerung hinaus reichten und schon in eine Richtung wiesen, die die ökonomische Macht von großen Banken und Monopolen sowie den Einfluss der reichsten portugiesischen Familien dauerhaft überwinden wollten.

Ausgeprägter als heute gab es in der damaligen Gesellschaft ein Verständnis dafür, dass diese sozialen Kräfte die eigentlichen Nutznießer und Stützen des faschistischen Regimes waren. Heute spricht man gern von Oligarchen und »Eliten«, verknüpft dies jedoch selten mit einer Kapitalismuskritik oder mit dem großen Kapital des eigenen Landes. Schon gar nicht ist weiterhin davon die Rede, dass Faschismus und Krieg erst auf dem Boden einer Gesellschaft entstehen, in der die Eigentumskonzentration in den Händen sehr weniger Menschen

gesetzmäßig ist und die sich Institutionen geschaffen hat, die diese Herrschaft verewigen sollen.

Agrarreform sollte neue Entwicklungslogik etablieren

Die Versuchung bleibt groß, die portugiesische Agrarreform mehr unter einem nostalgischen, sozialromantischen Blickwinkel zu betrachten. Das aber hat sie nicht verdient. Sie war ein sehr ernst zu nehmender Versuch, durch die Übertragung des Bodens an die, die ihn bearbeiten, einer neuen Entwicklungslogik auf der Grundlage einer neuen Eigentumsstruktur zum Erfolg zu verhelfen. Sie war die unmittelbar auf der Hand liegende Antwort auf die Frage, auf welche Weise und zu wessen Nutzen der vorhandene landwirtschaftliche Boden mit allen verfügbaren Händen genutzt werden sollte. Diese neue Entwicklungslogik war eine Provokation der bis dahin sozial, politisch, wirtschaftlich und auch ideologisch vorherrschenden Mächte.

Sie sabotierten die Fortsetzung dieses »Versuchs« von dem Augenblick an, in dem sie die »Kommandohöhen« im Staat wieder vollständig zurückerlangt hatten. Ein wirtschaftliches und soziales Modell, das nicht auf dem Boden kapitalistischen Eigentums basierte, durfte keinen Erfolg haben.

Diese Feststellung ist wichtig, denn die demokratische bürgerliche (kapitalistische) Gesellschaft nimmt zwar immer wieder gern »Pluralismus« für sich in Anspruch, versteht darunter jedoch am allerwenigsten einen Pluralismus von Eigentumsverhältnissen: Hier hört normalerweise der Spaß auf, es sei denn, besondere Umstände (d. h. Kräfteverhältnisse) erzwingen die Duldung eines starken öffentlichen, zum Beispiel genossenschaftlichen Sektors.

In Portugal fehlte, wie seine nachrevolutionäre Geschichte seit fünfzig Jahren beweist, selbst jenen Parteien das Interesse an einer »gemischten Wirtschaft«, der einen quasi-sozialistischen Genossenschaftssektor

umschlossen hätte, die zunächst das Ziel eines »demokratischen Sozialismus« in ihre Programme geschrieben hatten und den Kommunisten mit allerlei wohlklingenden Phrasen das Wasser abzugraben versuchten.

Kaum waren sie an der politischen Macht und mussten diese weder mit linken Militärs noch mit der PCP und ihren Verbündeten teilen, enttäuschten sie die eigenen ehrlichen Anhänger und Wähler, die tatsächlich geglaubt hatten, es ginge ihnen um Projekte der Arbeiterselbstverwaltung (und nicht nur um den Kampf gegen »kommunistischer Parteiherrschaft«) in Unternehmen der Landwirtschaft, der Industrie oder in Dienstleistungen.

Klassenkampf von oben

Erinnern wir uns, wie insbesondere Vertreter der Sozialistischen Partei monierten, wie unerhört groß einige der Produktionsgenossenschaften geworden waren – dem Latifundium sei ein »Parteilatifundium« gefolgt! Erinnern wir uns daran, wie kleinen und mittleren Landwirten suggeriert worden war, dass die Agrarreform sie beseitigen wollte. Erinnern wir uns daran, dass ihnen versprochen worden war, sie im Zuge der Rückverteilung von Bodeneigentum zu berücksichtigen und die familiären Betriebe generell besonders zu fördern. Erinnern wir uns daran, dass man dem Genossenschaftssektor, dessen Entwicklung man keine ruhige Minute gegönnt hatte, eine mangelnde Diversifizierung der Produktion, mangelnde Fachlichkeit und zu geringe Produktivität vorgeworfen hatte.

Für die Verteidiger der Agrarreform war die Größe der Güter allein kein Kriterium. Das Kriterium war die für das Land sinnvolle Art der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen. Das Land hatte für sie eine soziale Funktion.

Strategisch gesichert werden sollte die Erzeugung von Nahrungsmitteln für ganz Portugal. Der ansässigen Bevölkerung sollte die Aussicht auf eine menschenwürdige Existenz geboten werden mit ganzjähriger Erwerbsarbeit,

einer guten öffentlichen sozialen Infrastruktur, ausreichenden Renten und einem kulturellen und sozialen Umfeld, das auch die Jugend von der Flucht in die Städte oder ins Ausland abhalten sollte.

Regionale Asymmetrien sollten beseitigt werden; Bevölkerungs- und Altersgleichgewichte sollten hergestellt werden. Die schrittweise Erhöhung der Produktivität hätte der industriellen Verarbeitung der Erzeugnisse in der Region den Weg gebahnt, ganzjährige Arbeitsplätze geschaffen und mittelfristig zugleich die Mittel bereitgestellt für ein verbessertes Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen. Die angestrebte Ausweitung der agrarischen Produktpalette hätte die Abhängigkeit von Monokulturen verringert, der gesamten nationalen Versorgungssicherheit gedient und ökologisch höheren Nutzen erbracht.

In Wirklichkeit hatten jedoch auch die Gegner der Agrarreform keine grundsätzlichen Probleme mit großen Gütern. Für sie kam es wesentlich darauf an, in wessen Händen sich diese befanden und in wessen Interesse sie – gegebenenfalls – bewirtschaftet wurden. Die Gleichsetzung des Genossenschaftswesens mit der PCP sollte dumpfen Antikommunismus für die Zerschlagung eines konkurrierenden Gesellschafts- und Eigentumsmodells mobilisieren. Als dieses Ziel erreicht war, spielten viele der bisherigen Einwände keine Rolle mehr und erwiesen sich einmal mehr als vorgeschoben.

Erinnern wir uns daher an den Klassenkampf von oben, mit dem Effizienz, Potenzial und soziale wie demokratische Verankerung der Agrarreform bekämpft wurden und werfen wir einen kurzen Blick auf die Frage, ob die vorläufigen Sieger dieser Geschichte denn irgend etwas Gutes für Portugal erreicht haben.

Fortdauer des Grundproblems

Wie uns die portugiesische Agrarstatistik für die Jahre 2009–2019 bestätigt, blieb das Grundproblem der portugiesischen Landwirtschaft,

die Konzentration riesiger Flächen in den Händen weniger Eigentümer, nicht nur bestehen, sondern verschärfte sich. So verfügten 5% der Agrarbetriebe über 36,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während sich 95% der Betriebe die restlichen 58,6% der Nutzfläche teilten. Der Norden Portugals ist weiterhin viel stärker von bäuerlichem Kleineigentum geprägt als der Süden. Dennoch schreitet auch dort die Konzentration voran.

Insbesondere das Alentejo mit den Distrikten Évora, Beja und Portalegre bleibt das Land des privaten Großgrundbesitzes. 4.731 Betriebe (das entspricht einem Anteil von 14%) von großen, zumeist ausländischen, oft spanischen Agrargesellschaften verfügten 2019 über 48,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. 26.657 einzelbäuerliche Wirtschaften teilten sich den Rest der Nutzfläche.

Für die weiter vorangeschrittene Konzentration von Grundbesitz im Alentejo spricht auch die Tatsache, dass auf seine drei Distrikte 2019 zwar 55,9% der gesamten portugiesischen Nutzfläche entfielen, aber nur 11,7% der Landwirtschaftsbetriebe. Mit einer Durchschnittsfläche von 68,9 ha pro Betrieb (portugiesischer Durchschnitt 13,7 ha) gab es im Alentejo mit weitem Abstand die größten Betriebe.

Niedergang der Familienbetriebe

Während 2019 in der EU noch mehr als drei Viertel des landwirtschaftlichen Arbeitsvolumens auf Familienbetriebe entfielen, waren es in Portugal 68%.

Eine Studie des Lissabonner Universitätsinstituts kam 2021 zu dem Ergebnis, dass nur 13% der Familienbetriebe ausschließlich von der Landwirtschaft leben konnten. Die Durchschnittsgröße eines Familienbetriebs bestand aus zwei Personen. Kennzeichen waren Überalterung, geringe Qualifikation und niedrige Effektivität. Das Einkommen vieler Bauern, schrieb die Zeitschrift »Militante«, habe oft nicht gereicht, um Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.

Die Durchschnittsgröße des deutschen Landwirtschaftsbetriebs liegt mit 64,13 ha (2022) deutlich über der aktuellen portugiesischen. Auch hier sank die Gesamtzahl der überlebenden Betriebe in den letzten dreißig Jahren gewaltig. Beide Länder, Portugal seit 1986, unterliegen den gleichen Vorgaben der Brüsseler Agrarpolitik, die faktisch auf die Beseitigung kleinerer Betriebe zielen. Festzustellen ist deswegen, dass es natürlich nicht die sozialistische Agrarreform mit ihren Kooperativen war, die bäuerliche Familienbetriebe in Portugal zerstörte. Sie nutzte man lediglich als antikommunistisches Schreckgespenst ...

Zu den Skandalen gehört aktuell, dass nun tausende unter beschämenden Bedingungen arbeitende ausländische, häufig asiatische Landarbeiter den Reichtum schaffen, der weder ihnen noch den Einheimischen zufließt, sondern weiterhin jenen, die das Land niemals selbst bebaut hatten.

Saisonarbeit und prekäre Lebensverhältnisse

Auf die Agrarunternehmen, die mit hohem Kapitaleinsatz, hohem Mechanisierungsgrad und niedrigsten Löhnen (man spricht in Portugal erneut von »Sklavenarbeit«) intensive und hochintensive Landwirtschaft betreiben, entfallen 20,7% aller in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen.

Von 2009 bis 2019 stieg die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiter von 41.369 auf 59.808 (+44%). Die meisten von ihnen arbeiteten in Agrarunternehmen. Hinzu kamen 2009 27.621 Saisonarbeiter; 2019 waren es 30.350.

Stellten Lohnarbeiter 2019 im gesamten Land 28,7% der landwirtschaftlich Beschäftigten, so stieg deren Anteil im Alentejo von 49% 2009 auf 56,1% 2019. Ein knappes Drittel davon war nur saisonal beschäftigt. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse und verschärfte Ausbeutung sind Merkmale auch des modernen, intensiv wirtschaftenden kapitalistischen Großgrundbesitzes im Alentejo.

Die Beschäftigung in der portugiesischen Landwirtschaft sank zwischen 2009 und 2019 um 14 %. Gleichzeitig konnten Produktion und Export gesteigert werden:

»Es wird mehr mit weniger Personen produziert«, freute sich der Verband der Großagrarier und Agrounternehmen, CAP.

Dabei ist vollkommen klar, dass die Steigerung der Produktivität zu Lasten der Familienbetriebe ging, deren Anteil an Arbeitskräften im gleichen Zeitraum um 30 % (bei Eigentümern) bzw. um 25 % (im Fall ihrer Angehörigen) sank. Die Erhöhung der Produktivität der portugiesischen Landwirtschaft wurde um den Preis weiterer regionaler, demografischer und sozialer Ungleichgewichte erreicht, wobei die Konzentration von Boden in immer weniger Händen sowie die Lohnarbeit vorangetrieben wurden.

Die Landwirtschaft verlor dadurch und durch EU-Vorgaben an Produktvielfalt. Sozial und ökologisch sehr bedenkliche, intensive und

hochintensive Monokulturen wurden gerade im Alentejo gefördert. Wurden Familienbetriebe nicht von Brüssel drangsaliert, zum Beispiel durch Quoten oder Flächenstilllegungen, waren es Banken als Kreditgeber, die den privaten Landwirten die Entscheidung darüber abnahmen, was sie anbauten und was benötigt wurde.

Sie sind deswegen häufig gezwungen, sich zum Beispiel auf Kartoffeln, auf Salat, auf bestimmte Obstsorten oder auf die Schafzucht zu spezialisieren. Produziert wird, was die kapitalistische Agrarindustrie interessiert.

Familienbetriebe und Kooperativen wären ein größerer Schutz vor dem Einfluss großer multinationaler Hersteller von Saatgut, Pestiziden oder Dünger gewesen, die auf einem globalen Markt den Handel, die Produktion, den Konsum und die Reproduktion kontrollieren.

Richtig und für das Land nützlich wäre eine diversifizierte Produktpalette unter



Jürgen Meier
Vom Kopf auf die Füße
Verändern – Weltbezogen – Selbst sein

Die Welt verändern wollen, setzt voraus, dass sich der einzelne Mensch den Widersprüchen in der Welt stellt. Der Mensch muss aber auch sich selbst verändern wollen. In dieser Dialektik zeichnet das Buch die Wurzeln der Menschheitsgeschichte im Matriarchat (Feministischer Marxismus) nach, um ein Verständnis für die Entstehung der patriarchalen Klassengesellschaften und der permanenten Diskriminierung der Frau zu vermitteln.

288 Seiten, 26 €, ISBN 978-3-946946-37-3

mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
 info@mangroven-verlag.de

www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Berücksichtigung regionaler und meteorologischer Bedingungen sowie der Bodenbeschaffenheit. Richtig wäre eine Unterstützung der Familienbetriebe durch den Bau von Lagern, Kühlhäusern und Silos. Dies können und wollen weder die monopolisierte Agrarwirtschaft noch die ihnen verpflichteten Regierungen leisten. Sie sind keine Verbündeten der regionalen Entwicklung.

Überausbeutung

Die portugiesischen Regierungen selbst bevorzugten die großen Agrar- und Agrarvertriebsunternehmen besonders im Alentejo. Gefördert wurde damit ein Modell der Landausbeutung, das aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht nicht nachhaltig ist.

Der Alqueva-Stausee, das größte künstliche Gewässer Europas, staut das Wasser des Rio Guadiana auf und erweitert die Bewässerungsflächen des Alentejo um mindestens 120.000 ha. Das 2002 fertig gestellte Projekt ist vielen Ausländern nur wegen seiner Auswirkungen auf die Umwelt bekannt geworden, ganz so, als habe es von Anfang an einer Landwirtschaft dienen sollen, die mit ihren hochintensiven Monokulturen extrem viel Wasser verbraucht und mehr Kunstdünger, Herbizide, Insektizide und Fungizide einsetzt.

Das war jedoch ganz und gar nicht der Fall. Die Planung für das »Mehrzweckprojekt« Alqueva entstammte noch der Zeit Salazars; die Idee wurde jedoch auf Grund des fehlenden Interesses an der Entwicklung des Alentejo nie verwirklicht. Erst 1977, etwa zeitgleich mit dem berüchtigten »Lei-Barreto« der PS-Regierung, das der Agrarreform den Todesstoß versetzte, waren erste Realisierungsschritte unternommen worden. Für die Kooperativen verbanden sich mit der Bewässerung alle Hoffnungen auf eine deutliche Erhöhung der Erträge und auf eine Erweiterung ihrer Erzeugnisse, auf stabile Einkünfte und Beschäftigung, eben auf »Zukunft«.

Es ist jedoch bezeichnend, dass diese auf sozialistischer und nichtkapitalistischer

Produktionsweise basierenden Betriebe erst zerstört werden mussten, damit nicht sie, sondern die großen Agrarkonzerne vom Stausee profitieren konnten. Dennoch wurde die Fertigstellung von Anhängern einer neuen Agrarreform als ein »überwältigender Sieg der Alentejaner« (»O Militante« Nr. 368, Sept. 2020) betrachtet, der allerdings gegenwärtig vor allem mehrheitlich spanischen Agrarkonzernen wie Elaiia, De Prado, Olivomundo, Agraria, Innooliva und Bogaris zu Gute kommt. Denn sie halten im Einzugsgebiet mit ihren Intensivkulturen 65,5% des Olivenanbaus im Alentejo. Sie bekamen seit 2007 etwa 800 Millionen Euro Subventionen. Im Bewässerungsgebiet des Alqueva pflanzten sie 70 Millionen Olivenbäume, die 60% der Fläche einnehmen. Dafür waren auch alte Steineichen, Korkeichen und jahrhundertealte Olivenbäume gefällt worden. Die eingesetzte Agrarchemie verpestet Luft, Böden, das Grund- und das Oberflächenwasser.

In den letzten Jahren hat sich der Einsatz von selbstfahrenden Erntemaschinen im hochintensiven Anbau von Oliven, Mandeln und Trauben vervierfacht. (Recenseamento). Für diese Arbeit werden also kaum noch Menschen benötigt. Diese Mechanisierung erfordert einen Kapitaleinsatz, den ein Familienbetrieb nicht leisten kann.

Das Bewässerungsland im Alentejo um den Alqueva-Stausee herum hat zu einer »Überausbeutung« und damit zu Verhältnissen geführt, die Befürworter der alten und einer neuen Agrarreform befürchtet hatten.

Dauerkulturen wie Oliven, subtropische Früchte und Mandeln nehmen in Portugal nun die größte Fläche seit dreißig Jahren ein. Dies ist eine für das Land sehr schlechte Entwicklung, denn sie geht zu Lasten des Ackerbaus, d.h. des Anbaus von Kartoffeln und von Getreide. Allein zwischen 2009 und 2019 wurden die Flächen für Kartoffeln um 28,6% und von Getreide um 32,2% verringert. Im Alentejo, einst portugiesische Kornkammer, reduzierte sich die Anbaufläche von 187.000 ha (2009) auf 99.000 ha (2019).

Gefährdung der Ernährungssicherheit

Der eher konservative portugiesische »Expresso« berichtete im März 2022, dass die Selbstversorgung Portugals bei Getreide von 23 % 2018 auf 10 % 2022 gefallen sei.

Dazu erklärte die PCP, wichtigste politische Verteidigerin der Agrarreform im März 2022, das Defizit in der Agrar- und Ernährungsbilanz bei Getreide, Rindfleisch oder Kartoffeln stelle »nicht nur die Ernährungssouveränität des Landes, sondern sogar die nationale Sicherheit in Frage.«

Bei Weizen bestehe sogar eine 95-prozentige Abhängigkeit, bei Mais zu 70 % und bei anderen Getreidearten zu 75 %. Die heutige portugiesische Landwirtschaft garantiere nicht einmal die Produktion der wesentlichen Lebensmittel für die Bevölkerung. Die Familienbetriebe sollten nicht weiter missachtet werden, die Preise für Kunstdünger und Pestizide sollten kontrolliert und die Energie- und Treibstoffpreise begrenzt werden. Die Bauern benötigten eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und eine Vergünstigung beim Agrardiesel. Man befürworte Anreize für den Getreideanbau und Unterstützung bei der Auswahl der dafür besten Böden. Die kleinen und mittleren Produzenten bräuchten Preis- und Absatzgarantien.

Die neuen Intensiv- und Hochintensivkulturen trugen dazu bei, dass die portugiesische Handelsbilanz der Land- und Forstwirtschaft positiv ist (gestützt vor allem auf Zellulose, Kork, Wein, Getränke, Obst und Gemüse).

Den großen Profiten der Konzerne stehen aber neben der Abhängigkeit von ausländischen Grundnahrungsmitteln Umweltverschmutzung (Pestizide, transgenes Saatgut), die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und die Abhängigkeit vom Finanzkapital gegenüber.

Billige Arbeitskräfte aus dem Ausland

Das Alentejo, einst Kerngebiet der revolutionären Agrarreform, ist auch heute wieder ein dünn besiedeltes Gebiet. Doch die Veränderungen seither haben dazu geführt, dass die unterbezahlte Arbeit in der Landwirtschaft immer weniger akzeptiert wird. Die Reaktion der Agrarkonzerne darauf besteht nicht darin, die Löhne zu heben und breit in die regionale Entwicklung zu investieren, sondern in der massiven Anwerbung von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland, vor allen Dingen auch aus asiatischen Ländern wie Nepal, Bangladesch, Indien und auch Thailand.

Die oft untergeordneten und wenig Qualifikation erfordernden Arbeiten im Obst- und Gemüseanbau fördern einen Drehtüreffekt. Viele Arbeiter, insbesondere auch Osteuropäer, bleiben nur vorübergehend und nutzen die Arbeit als Sprungbrett.

Wie elend die nepalesischen Arbeiter entlang der schönen Westküste des Alentejo und um die Stadt Odemira herum untergebracht, bezahlt und versorgt wurden, machte in Portugal erst während der Pandemie Schlagzeilen. Es offenbarten sich schlimmste Ausbeutungsmethoden sowie gravierende Defizite in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Schule, Familie und Bildung.

Für die fortschrittlichen Kräfte in Portugal sind dies neue Herausforderungen. Es sind kulturelle und sprachliche Brücken zu bauen. Gewerkschaften müssen die neuen Kolleginnen und Kollegen in ihre Reihen integrieren. Das alentejanische, das portugiesische Landproletariat verändert sein Gesicht und seine Sprache. Vorherrschend sind nach 50 Jahren nicht mehr die absentistischen Großgrundbesitzer, sondern der Agrarkapitalist. Die heroische Klasse der Landarbeiter des Alentejo, so formulierte eine portugiesische Monographie über die Agrarreform 2004, unterlag tiefen qualitativen und quantitativen Mutationen.

Verfassungswidrige Realität

Die portugiesische Realität in der Landwirtschaft ist, gemessen an der portugiesischen Verfassung, die selbst nach sieben Revisionen noch fortschrittlich ist, verfassungswidrig.

So verlangt *Artikel 93* u. a. die bessere Versorgung des Landes, die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage von Landarbeitern und Bauern. Er verlangt Zugang zu Eigentum und Besitz von Land und anderen Produktionsmitteln sowie die Gewährleistung einer rationellen Bodenbewirtschaftung.

Artikel 94 verlangt die Größenanpassung landwirtschaftlicher Betriebseinheiten, die in Bezug auf agrarpolitische Ziele überdimensioniert sind. Enteignete Ländereien sollen an Kleinbauern oder Genossenschaften übergehen.

Artikel 95 verspricht Hilfen für Minifundien, sich zu vergrößern.

Artikel 97 verlangt vom Staat, dass er vorrangig kleine und mittlere Landwirte sowie Genossenschaften im Bereich der Produktion und Kommerzialisierung unterstützt. Er soll

Vereinigungen von Landarbeitern und Landwirten fördern.

Artikel 98 wiederum verpflichtet die Regierung, Landwirte und Landarbeiter an der Festlegung der Agrarpolitik zu beteiligen.

Von all dem geschah unter den Regierungen der PS und der Rechtsparteien das Gegenteil.

Die notwendige neue Agrarreform wird eines Tages unter ganz anderen Bedingungen stattfinden als die alte. Sie muss auch die Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit schließen. Damit sie gelingen kann, wird die mit ihr verbundene Umwälzung, was ihre sozialen Inhalte betrifft, vielleicht noch etwas mehr an die Oktober- als an die Aprilrevolution erinnern müssen.

Terminhinweis

– *Portugal und seine Aprilrevolution*

Samstag, 20. April 2024, 13–17.30

Essen, Hoffnungstraße 18 (DKP-Haus)

Seminar der Marx-Engels-Stiftung mit dem heute in Lagos (Algarve) lebenden Politikwissenschaftler und Genossen Martin Leo

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu

Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927



Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

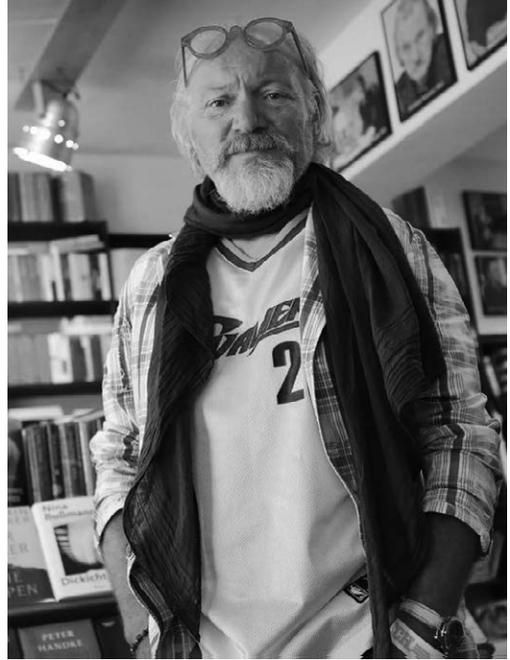
Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialerbes zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

Wist empfiehlt Literatur (Alles – außer Stapelware)

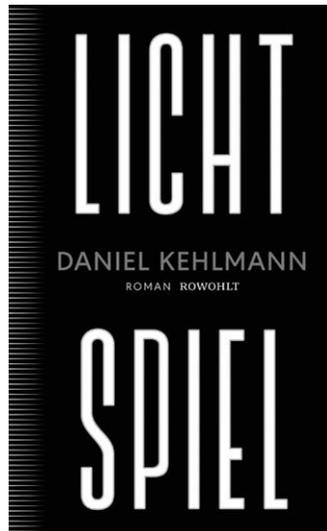
Mit dieser neuen Rubrik wollen wir – neben unseren »sachbuchlastigen« Rezensionen – zukünftig stärker auch zeitgenössische »schöne Literatur« (Belletristik) empfehlen, für den eigenen Genuss oder als Geschenk-idee. Unser Autor **Carsten Wist** ist mehrfach ausgezeichnete Buchhändler und Inhaber von »Wist. Der Literaturladen« in Potsdam. (Immer einen Besuch wert.) Sein Motto seit 1/3 Jahrhundert: »Die Literatur lebt! Das Leben ist zu kurz für schlechte Bücher!« Mehr unter: www.derliteraturladen.buchhandlung.de



Daniel Kehlmann, Lichtspiel

Rowohlt Verlag 2023, 480 Seiten, 26 Euro

»Ich will doch nur spielen«, verteidigt sich Hendrik Höfgen im »Mephisto« von Klaus Mann. »Ich bin doch nur ein Schauspieler.« Die Frage, wie weit sich ein Künstler in politisch dunkelsten Zeiten ausschließlich auf seine Kunst berufen darf, ist auch das ganz zentrale Problem in dem neuen Roman »Lichtspiel« von Daniel Kehlmann. Schon der Titel verrät des Autors Vorliebe für den Film, speziell für die Zeit, als aus einer Attraktion auf Jahrmärkten eine Kunstform wurde. Georg Wilhelm Pabst, Kehlmanns Protagonist, war damals so etwas wie ein Regie-Superstar der Stummfilmzeit. Er, Maestro des Schnitts genannt, war Entdecker und Förderer der Garbo. Drei Teile



hat dieser Roman, im ersten, mit »Draußen« überschrieben, ist Pabst schon in Hollywood. Doch der erste Film des Meisters wird ein Flop – schlechtes Drehbuch, mindere Schauspielkunst und dreinquatschende Produzenten. Also nicht einmal seine Schuld. Doch »Kein Emigrant überstand einen Misserfolg« heißt es. »Man würde ihn in Deutschland mit offenen Armen empfangen, er könne tun, was er wolle, jeden Film machen«, umgarnt ihn ein vom Autor erfundener Unterhändler Goebbels. Und Pabst geht mit Frau und Sohn nach Nazideutschland zurück, ist nun wieder »Dritten«, wie der zweite Romanteil heißt. Er arrangiert sich, teils unterwürfig, teils demutsvoll, als ihm Goebbels so ganz aasig die Instrumente zeigt. Und so dreht er tatsächlich wieder Filme, unverfängliche, unpolitische, wie er meint. Doch wie groß ist seine moralische Verfehlung bei diesen schrittweisen Zugeständnissen? »All

das geht vorbei. Aber die Kunst bleibt«, lässt Kehlmann ihn sagen, und Trude, Pabst seine Frau, fragt hingegen: »Bleibt die Kunst nicht beschmutzt?« Auch in seltsamen, aus den Fugen geratenen Zeiten, wollte Pabst seinen Weg finden, einfach nur seine Arbeit machen. Doch welchen Preis kostet der Pakt mit dem Teufel? Er wird seinen Sohn an die Nazis verlieren. Aber Kehlmann verurteilt nicht, moralisiert nicht in diesem dramatischen Kampf zwischen dem Künstler und den Mächtigen. Er beschreibt lediglich die Abfolge von Entscheidungsschritten, die an den Abgrund führen. »Danach«, so heißt der dritte Teil, erzählt von der Nachkriegszeit, und was mit den Filmrollen des letzten Films, fertiggestellt in Prag in den allerletzten Tagen des Untergangs, geschehen ist, bleibt spekulativ. Kehlmann steht bestens im Stoff, hat genauestens recherchiert, durchsetzt die Wirklichkeit mit Fiktion und entstanden ist nichts geringeres als ein Meisterwerk. Durchaus filmisch komponiert, mit schnellen Szenenwechseln, bestens geschnitten, temposicher, brillant zusammengesetzt, mit präzisen Dialogen, verdichtend. Kehlmann ist ein erzählerischer Szenenbildner. Er zeigt mit »Lichtspiel« einmal mehr, dass er in einer ganz eigenen Literatur-Liga schreibt. »Lichtspiel« ist, ohne wenn und aber, DER beste deutschsprachige Roman des Jahres!!!

Joanna Bator, Bitternis

Suhrkamp Verlag 2023,
826 Seiten, 34 Euro

Gäbe es ein gemischtes literarisches Nationalmannschaftsquartett, die Polen wären mit Andrzej Stasiuk, Szczepan Twardoch, Olga Tokarczuk und Joanna Bator absolute Weltspitze. Letztgenannte; Joanna Bator hat soeben mit ihrem neuen Roman

»Bitternis« einmal mehr ihre literarische Könnerschaft nachgewiesen. Erzählt werden einhundert Jahre polnisch-deutsche Familiengeschichte in einem niederschlesischen Dorf über vier Frauen-Generationen. Gleich im ersten Kapitel, das eine unwiderstehliche Sogwirkung entfaltet, offeriert Bator ihre Erzählpositionen. Die Ich-Erzählerin tritt selbst in dieser Geschichte selten auf, mal in der dritten, dann Kalina genannt, mal in der ersten Person, das überschneidet sich, fließt ineinander. Nichts anderes als die Familiengeschichte will sie aufschreiben. Die wird nicht handlungslinear, nicht chronologisch erzählt. Der Auftritt der vier Protagonistinnen geschieht stets in der gleichen Reihenfolge: Berta, Barbara, Violetta, Kalina. Elf mal! Am Anfang steht die Geschichte der Urgroßmutter Berta, 1920 geboren, die bei ihrem Vater aufwächst und das Fleischerhandwerk erlernt. Der Vater drangsaliert sie brutal. Das nimmt ein blutig-absurdes Ende. Ihre Tochter Barbara, also Kalinas Oma, 1939 geboren, wächst in einem Waisenhaus und in einer Adoptivfamilie auf. Barbara hat nun wirklich kein einfaches Leben, kämpft sich irgendwie durch, doch ihre große Liebe geht in Flammen auf. Und danach kommt ein brutaler Sadist, den sie viel zu lange erträgt. Violetta, mit V und Doppel -T, ist ihre Tochter, also Kalinas Mutter, will in der neuen Zeit als moderne Frau durchstarten, doch alles ist nur erbärmlich und

jämmerlich, denn die Verhältnisse, die sind nicht so. Um ihre Tochter Kalina kümmert sie sich so gut wie gar nicht. Und Kalina sagt an einer Stelle: »Ich war fast 30 und konnte nichts außer Kuchenbacken, Bücherlesen und auf einen Mann warten«. Ja, und weiter steht geschrieben: »Die Geschichte meiner Familie ist durchsetzt mit männerförmigen Löchern«. Hinzufügen möchte man, wenn sie mal anwesend waren, dass das Verhältnis meistens toxisch-brutal ist. Kann Kalina da ausbrechen, den Fluch, das Traumata beenden?



Alle Frauen wünschen sich ein anderes Leben, das Schicksal ist nie auf ihrer Seite, das Glückspendel hängt durch. Was vom Lebenstraum bleibt, ist Verzweiflung. Die befreiende Tat ist folgerichtig eine blutige, schockierende. Joanna Bator beschreibt das drastisch realistisch, mitunter auch ironisch, äußerst einfühlsam, sinnlich und körperlich, tragisch und komisch. Dieses erzählerische, glanzvolle Mosaik ist auch eine dramaturgische Meisterleistung. Alles ist so unverschämt gut! Selten war ich nach so einer anspruchsvollen, ereignisreichen üppigen Lektüre von immerhin 826 Seiten so frisch, so angeregt, so bereit für die nächsten 500 Seiten. Für Joanna Bator soll es unbedingt nicht alle Literaturpreise dieser Welt regnen.

Peter Handke, Ballade des letzten Gastes

Suhrkamp Verlag 2023, 185 Seiten, 24 Euro

Bei Peter Handke spalten sich die Lesermeinungen vehement. Es gibt die hingebungsvollen Handke-Leser, die enthusiastischen, die ihm Verfallenen und die genervten-Nicht-oder-nicht-mehr Handke-Leser, die Gelangweilten. Die einen fiebern jeder neuen Zeile des Maestros entgegen und wollen nie wieder einen Tag ohne Handke-Lektüre vergehen lassen und die anderen fassen nicht einmal mit spitzen Fingern mehr ein Buch des Nobelpreisträgers an. Daran wird sich voraussichtlich auch durch den neuen Roman »Die Ballade des letzten Gastes« nichts ändern, ist es doch in Themenwahl, Stil und Sound ein ganz typischer Handke. Einen Plot bei ihm zu umreißen,

ist nie einfach. Hier ein Versuch: Ein Mann kehrt nach Hause zurück. Davon wird auf 200 Seiten in 3 Kapiteln erzählt. Georg wird der Heimkehrer genannt: »Seit Menschengedenken auf einem anderen Kontinent lebend und immer wieder mal auf einer Ein-Mann-Expedition unterwegs« heißt es über ihn. Er kehrt zurück ins einstige Vieldörflerland, die jetzige große Agglomeration von Handke genannt. Geändert hat sich viel in Dorf, Ort, Wald und Landschaft. Ihn erwartet wie üblich die Familie; das allabendliche Kartenspiel ohne Worte mit dem Vater, das Befragtwerden durch die Mutter und die Männergeschichten der Schwester. Neu ist, dass die Schwester ein Kind hat, nicht gerade freundlich fett und buddhabäuchig und Furzkaspar von Georg genannt, der in dieser Woche den Taufpaten geben soll. Und dann ist da noch die Nachricht, die der Heimkehrer kurz vor Ankunft auf seinem Taschentelefon, so nennt der Wortfinder Handke das Handy, vom Tod des jüngeren Bruders in der Fremdenlegion erhalten hat. Wie damit umgehen? In diesen Tagen ist Georg weniger zu Haus als an verschiedenen, für Handke typischen Orten. Im zur heillosen Ruine abgewirtschafteten Obstgarten. Oder im Kino, im Fußballstadion mit der Alleinspielerin im Mittelkreis. Die Übernachtung im Wald, in einer Mulde. Die letzte Station ist das Gasthaus, hier der Letzte sein, hier der letzte Gast,

der bleiben darf. Der Letzte seiner Art, wie Handke auch. Ein Chronist wollte der Autor sein, gibt dann am Ende jedoch zu, »daß dieses angemäßte Chronistentum eine Fälschung war, eine Verpuppung seiner selbst«. Der Wortschöpfer, der Satz-Zeichner, der erfindungsreiche Dichter Handke macht den Leser sehend. Handke, der kürzlich seinen 80. Geburtstag in Paris beging, muss in Zeitlupe gelesen werden. Es ist ein wanderndes Lesen ins Offene hinaus, das zu einer unvergesslichen Erfahrung werden kann.



Der Mann mit dem Megafon

Claus-Jürgen Göpfert: **»Wer nicht hören will, wird bestreikt!«, Jürgen Hinzers Arbeitskampfgeschichten in der Gewerkschaft NGG seit 1979**, VSA: Verlag, Hamburg 2023, 216 Seiten, 16,80 Euro

Mit dem Durchbruch des Neoliberalismus seit spätestens 1980, das ist bekannt, begannen schwarze Jahre der Arbeiterbewegung in den Zentren des Kapitalismus. Die Gewerkschaften, geschwächt durch zunehmende Arbeitslosigkeit, gerieten in die Defensive, verloren Mitglieder und an Kampfkraft. Dies trifft im Großen und Ganzen zu, aber nicht immer im Einzelnen. Es gab Gegenwehr, an der zuweilen bislang Unorganisierte teilnahmen. Kämpfe gingen verloren, aber da und dort entstand auch in Niederlagen neues Selbstbewusstsein. Gewerkschaften, die bislang eher als wirtschaftsfriedlich galten, fanden zu entschlossener Klassenpolitik. Zu den angenehmen Überraschungen gehörte die Entwicklung der Gewerkschaft, Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG). Diese war lange ein eher konservativer Verband, dessen Vorsitzender Günter Döding u.a. durch seinen Protest dagegen auffiel, dass auf DGB-Kongressen ein Rauchverbot gelten sollte. Immerhin war die NGG unter seiner Führung eine der ersten Gewerkschaften, die 1959 die 40-Stundenwoche (in der Zigarettenindustrie) und 1974 einen bundesweiten Einkommenstarifvertrag durchsetzte. Parallelen zeigen sich zu den IGs Bau Steine Erden unter dem Antikommunisten Georg Leber sowie Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE): in der Gesamtorientierung eher sozialpartnerschaftlich, tarifpolitisch aktiv und nach Maßgabe der Möglichkeiten erfolgreich.

Die Wirkungsbedingungen der NGG sind kompliziert. Betriebe der Getränke- und der Genussmittelindustrie waren lange klein, inhabergeführt mit häufig patriarchalen Strukturen. Die für sie zuständige Gewerkschaft hat nicht viele Mitglieder, widerstand aber der Versuchung, im Konzentrationsprozess der DGB-Verbände an der Jahrtausendwende Unterschlupf etwa bei ver.di zu suchen. Sie blieb selbstständig.

Es ist also eine Gewerkschaft auch der Sonderentwicklungen und Ausnahmen.

Hierher passt die Biografie ihres Funktionärs Jürgen Hinzer. Er wurde 1948 geboren, ist Sohn eines Bergarbeiters, begann mit vierzehn eine Maurerlehre, wurde Geselle, geriet früh und ziemlich gleichzeitig unter den Einfluss der Achtundsechziger-Bewegung, Wolfgang Abendroths, leistete Wehrdienst und besuchte die DGB-Bundesjugendschule in Oberursel. Über den zweiten Bildungsweg kam er zum Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg, das er 1976 als Diplom-Sozialwirt abschloss. Von 1976 bis 2013 war er bei der NGG Gewerkschaftssekretär.

Das ist eine Art politischer Facharbeiterberuf mit einer großen Bandbreite von Kenntnissen, Fertigkeiten und Herausforderungen auf verschiedenartigen Gebieten: Tarifpolitik, Mitgliederverwaltung, Arbeit als Rechtshilfe, Öffentlichkeitsarbeit und Vieles mehr. Inzwischen gibt es sogar diplomierte und promovierte Betriebswirte und -wirtinnen, Soziolog(inn)en und Politolog(inn)en, die auf ihre akademischen Titel weniger stolz sind als auf ihre Berufsbezeichnung: eben Gewerkschaftssekretär(in).

Jürgen Hinzer nun hat sich ein besonderes Feld gesucht, auf dem er sich bewährte. Als Büromenschen kann man ihn sich nicht vorstellen. Er war stattdessen Streikbeauftragter in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie auf Bundesebene. Wo ein Ausstand zu organisieren war, wurde er angefordert, auch noch als Rentner. Zu seiner ständigen Ausstattung gehörten (und gehören) ein Megafon und ein großes Spruchband mit der Aufschrift: »Streik«. An 153 Arbeitsniederlegungen war er beteiligt. Der Journalist Claus-Jürgen Göpfert hat lange Interviews mit ihm geführt und daraus ein Buch gemacht: zugleich eine Biografie und ein Stück Organisationsgeschichte der NGG.

In den Kämpfen, die Jürgen Hinzer führte, zeichnet sich ein Muster ab:

Am Anfang steht häufig eine Phase nachholender Organisierung. In den Molkereien, Brauereien, Mineralwasserfirmen, Branntweindestillen, Hotels und Gaststätten waren der gewerkschaftliche Mitgliederstand und die

Arbeitsentgelte oft niedrig. Dann tauchte Hinzer als Organizer auf. Gegen Behinderungsversuche der Firmenleitungen wurden Betriebsräte gegründet. Forderungen nach Einführung von Tariflöhnen waren mit Streiks verbunden, es kam zu Eintritten in die NGG. Erfolge stellten sich ein. Von Niedergang der Arbeiterbewegung konnte da keine Rede sein, in bisher gewerkschaftlich zurückgebliebenen Branchen war Jürgen Hinzer sogar eine Art Pionier.

Phase zwei: Niederlagen. Gleichzeitig fand in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ein Konzentrationsprozess statt. Traditionsfirmen wurden von international operierenden Konzernen übernommen: Asbach in Rüdesheim durch United Distillers in London, dann durch Underberg, Binding von Oetker in Bielefeld. Die Zentralen verlegen Standorte dorthin, wo die Lohnkosten am niedrigsten sind oder machen – wie Coca-Cola in Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz) sowie Liederbach (Main-Taunus-Kreis) – einzelne Niederlassungen dicht. Ganze Belegschaften werden arbeitslos oder stark reduziert. Wieder kommt Hinzer mit Megafon und Transparent und organisiert Streiks, jetzt zur Abwehr. Nun sind die Lohnabhängigen von der Offensive in die Defensive geraten. Man könnte die Ergebnisse dieser Kämpfe auch als eine Serie von Niederlagen interpretieren. »Auf einen Sieg folgt ein bitteres Ende: Milupa in Friedrichsdorf konnte nicht gerettet werden« (S. 132): So lautet das Fazit von Auseinandersetzungen in einem Betrieb der hessischen Milchwirtschaft, wo 1992 zunächst eine Lohnerhöhung von 8,61 bis 9,17% Prozent durchgesetzt worden war. Ein Jahr später wurden 200 Arbeitsplätze vernichtet. 1995 kaufte »der niederländische Nahrungsmittel-Konzern Nutritia das Werk«, (S. 137) verlegte die Produktion nach Polen und machte 2006 die Firma in Friedrichsdorf dicht. Ein trauriges Ende nach 14 Jahren. Dazwischen war aber noch etwas gewesen: »Zehn Tage der Freiheit«. (132). Gemeint war die Euphorie nach dem Sieg von 1992, der mit einem großen Fest gefeiert worden war. Damals wurde laut gesungen: »Keiner kann es wagen, keiner kann es wagen, unsere NGG zu schlagen« (136). Eine Betriebsrätin hatte festgestellt, dass sich etwas Entscheidendes verändert habe: »Es gab ein ganz neues Selbstwert-Gefühl bei

den Kolleginnen und Kollegen«. (136) Das war nicht nur Psychologie. Selbst wenn eine Niederlage nicht mehr abzuwenden war, entschied Kampfbereitschaft darüber, wie viel für die Belegschaften dann doch noch herauszuholen war: mit Sozialplänen und Abfindungen. Auch in anderen Branchen erinnern sich ehemalige Teilnehmer(innen) an solchen Auseinandersetzungen daran, dass hierbei noch Erfolge hätten erzielt werden können.

Das Buch von Claus-Jürgen Göpfert aufgrund der Berichte von Jürgen Hinzer ist lehrreich. Es zeigt, dass selbst in Zeiten des Marktradikalismus Gegenwehr möglich war und ist.

Georg Fülberth

Faschismus ante portas?

Ekkehard Lieberam: 100 Jahre Faschismusdebatte, Schriftenreihe des Forum Gesellschaft & Politik e.V., pad-Verlag, Bergkamen 2023, Bestellung: pad-verlag@gmx.net, 97 Seiten, 6,00 Euro

Droht ein neuerlicher Faschismus? Sind wir schon mittendrin? Diese Fragen haben an Brisanz zugenommen. In einer Zeit, in der die Bundesrepublik auf Krieg gegen Russland getrimmt wird, wozu der forciert betriebene reaktionäre Staatsumbau unabdingbar ist, beobachten wir einen geradezu inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs. Damit im Zusammenhang steht die Umdeutung des Begriffs Antifaschismus, der soweit ausgehöhlt wurde, dass ihn sogar die imperialistische Regierung für sich in Anspruch nehmen kann. Der Faschismus selbst hat sich ein antifaschistisches Outfit zulegen können. Antifaschismus im Sinne des Marxismus wird ausgegrenzt und verboten. Marxistische Autoren melden sich deshalb vermehrt zu Wort, um sich mit der Faschismusproblematik auseinanderzusetzen. Sie tragen eine große Verantwortung, denn von der Antwort auf die damit aufgeworfenen Fragen hängt die richtige Strategie und Taktik des Kampfes gegen den

Faschismus ab. Zu diesen Autoren gehört Ekkehard Lieberam, der seinen im Rahmen eines politischen Bildungsabends gehaltenen Vortrag zu »100 Jahre Faschismusdebatte« im pad-Verlag veröffentlichte.

Widersprüchlich verlief die Analyse der neuen Erscheinung »Faschismus«, wie Lieberam aufzeigt. Seine antikapitalistische Pose und seine Massenbasis versperrte nicht wenigen linken Faschismustheoretikern die Sicht auf den Klassencharakter des Faschismus. Dabei war der Zusammenhang zwischen Faschismus und Krieg unübersehbar: »Wer Hitler wählt, wählt Krieg!« 1933 kam es zu einem »Schreckensregiment gegen die Massen selbst, mit Hilfe der Massen errichtet«, wie Hans Günther schrieb. Der Faschismus war eine Sache des Monopolkapitals bzw. von Fraktionen des Monopolkapitals. Seine Massenbasis hatte er im Kleinbürgertum sowie in Teilen der Arbeiterklasse mit geringer politischer Klassenbildung. Politische Konflikte, die sich aus dem Widerspruch zwischen Klassencharakter und Massenbasis ergaben, wurden, so Lieberam, von der Führung der Nazi-Partei 1930 noch mühelos gelöst. Die faschistische Bewegung als eine besondere Form der Organisierung der Massen im Sinne des Kapitalismus, war die massenpolitische Grundlage für die Übertragung der Staatsmacht durch das Monopolkapital an die Naziclique, somit eine Voraussetzung für einen besonders schnellen Weg zum imperialistischen Krieg, zur Weltkriegsallianz des Faschismus. Das erleichterte auch die Pauschalisierung des Faschismusbegriffes zu einem Kampfbegriff, der es scheinbar ermöglichte, jede reaktionäre Handlung als faschistisch zu schimpfen. Die Vielgestaltigkeit und Wandelbarkeit des Faschismus, die hierfür ausschlaggebend ist, nimmt die bürgerliche Ideologie sehr oft zum Anlass, dessen konstante Merkmale zu verneinen. Umso wichtiger ist es, sich dieser Merkmale zu vergewissern, wie sie auf dem VII. Weltkongress der KI 1935, der ein politischer Kongress war, herausgearbeitet wurden, nach 12 Jahren zählen Ringens um die Erkenntnis seiner Wurzeln. Lieberam arbeitet fünf Merkmale heraus, auf die der VII. Weltkongress ausführlich einging. Zentral ist die Enthüllung des Klassencharakters des Faschismus,

die Erhellung wesentlicher Zusammenhänge zwischen Faschismus und Kapitalismus – sowohl als Bewegung als auch als Faschismus an der Macht. Besonders wichtig ist, dass der Faschismus einen Staatsformwechsel und keinen bloßen Regierungswechsel bedeutet. Vor allem gilt: Die faschistische Diktatur wurde installiert, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion, die Versklavung und Aufteilung Chinas vorzubereiten und letztlich eine Revolution zu verhindern. Faschismus ist Kriegspolitik und eng mit der Vorbereitung eines imperialistischen Raubkrieges verbunden, Faschismus und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille, betont der Autor. Kritisch vermerkt er, dass man die faschistische Diktatur nicht schlechthin als »die« terroristische Diktatur bezeichnen könne. Eine Militärdiktatur, die nicht mit Hilfe der Massen errichtet wird, sei auch terroristisch. Die Existenz einer großen Massenbewegung wird allerdings nicht von allen Faschismusforschern als eine unabdingbare Voraussetzung für die Errichtung einer faschistischen Diktatur angesehen.

Der »historische Faschismus« wurde 1945 besiegt, aber seine Wurzeln existieren weiter. Für die BRD schätzt Lieberam die Lage differenziert ein. Wer heute von einer drohenden Abschaffung »der Demokratie« spräche, verkenne die Lage, übersehe die vorhandene Unfähigkeit vieler Linker, die bestehende Demokratie als vom Monopolkapital derzeit bejahte Form der Kapitalherrschaft zu erkennen und den in ihrem Rahmen stattfindenden Demokratieabbau zu kritisieren. In unveröffentlichten Thesen für eine Diskussion in der Marx-Engels-Stiftung spricht er davon, dass die »Position, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie« vollziehe sich heute in der Bundesrepublik eine »Faschisierung«, inkorrekt sei. Die AfD charakterisiert der Autor als eine »rechtskonservative Partei mit neonazistischen Einsprengseln«. Eine faschistische Partei sei sie nicht, jedoch nicht wenige ihrer Politiker und Anhänger können dem in der Bundesrepublik bestehenden neofaschistischen Netzwerk zugeordnet werden. Unser politischer Hauptgegner seien die in der BRD Regierenden einschließlich CDU/CSU als Hauptpartei des Monopolkapitals.

»Die AfD ist nicht nur ein politischer Konkurrent, sondern auch ein potenzieller Partner der CDU/CSU.« Sie wird den Parlamentarismus nicht beseitigen, jedoch deutlich weiter nach rechts ausrichten. Die Neonaziszene insgesamt in der BRD sei bedrohlich.

Von besonderem Interesse sind die Darlegungen Lieberams zur Demokratie als »konservative Lebensform« (Marx) der Kapitalherrschaft. Für ihn ist klar, dass man heute nicht über Faschismus sprechen kann, ohne auch über den Zustand der parlamentarischen bzw. bürgerlichen Demokratie als aktuelle Staatsform der Kapitalherrschaft nachzudenken und zu reden. Das Monopolkapital wolle die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform funktionstüchtig halten, auch durch den Einbau diktatorischer Elemente. Eingeräumt wird aber, dass dies durchaus wieder anders werden könne. Jedoch eine faschistische Massenpartei, die die bürgerliche Demokratie beseitigen will und kann, ist für Ekkehard Lieberam in der heutigen BRD ebenso wenig in Sicht wie ein Monopolkapital, das auf eine terroristische Diktatur nach dem Vorbild des Nazifaschismus hinarbeitet. Einschränkung ergänzt der Autor, dass der Übergang zur terroristischen Diktatur auf Zeit allerdings für den Fall einer ernsten politischen Krise vorgesehen sei, wie das die Notstandsgesetze bewiesen. Dabei ist zu bedenken, dass der imperialistische Krieg vom Monopolkapital auf parlamentarischem Wege, wie es gegenwärtig geschieht und dem Faschismus an der Macht vorbereitet werden kann. Hierzu wären angesichts der aktuellen Situation weitere Ausführungen Lieberams wünschenswert gewesen. Zur Ukraine schätzt er ein, dass es sich hier um eine Herrschaftsform handle, die sowohl Merkmale des Faschismus als auch solche der bürgerlichen Demokratie aufweise, eine Mischform also.

Ekkehard Lieberam hat seinem Vortrag eine Textsammlung beigelegt, die zeigt, wie Marxisten und Linke bis heute darum ringen, Klarheit über den historischen Platz des Faschismus, seine Merkmale, sein Wesen zu gewinnen, als Voraussetzung dafür, dass antifaschistischer Kampf erfolgreich sein kann. Ein solcher Kampf wird nicht übersehen, dass die Errichtung der faschistischen

Diktatur ein Weg zur Rettung des Kapitalismus sein soll. Die gesammelten Texte bereichern die Auseinandersetzung und Debatte, insbesondere in der Frage, gegen wen muss wie gekämpft werden, wenn es um den Faschismus geht.

Herbert Münchow

Der Kommunismus der Zukunft

Domenico Losurdo: »Der Kommunismus – Geschichte, Erbe und Zukunft«, PapyRossa-Verlag, Köln 2024, ISBN 978-3-89438-7815-7 260 Seiten, 24,00 Euro

Drei Jahre nach seinem Tod erschien 2021 in Italien das Buch *La questione comunista. Storia e futuro di un'idea* (Die kommunistische Frage. Geschichte und Zukunft einer Idee). Auf dem Einband der deutschen Ausgabe ist vermerkt: »Dieses Buch ist auch ein persönliches Erbe und Vermächtnis Losurdos als eines führenden Philosophen der Gegenwart«. Domenico Losurdo war aber auch sein Leben lang der kommunistischen Bewegung verbunden.

Doch lohnt heute überhaupt noch eine Auseinandersetzung mit dem »Erbe« des Kommunismus? Und ist es nicht vermessen, angesichts der Niederlage von 1989/91 nach einer »Zukunft« für ihn suchen zu wollen? Losurdo sah im Verschwinden des europäischen Sozialismus zwar stets eine Niederlage, aber kein Scheitern des mit dem Roten Oktober eingeschlagenen Wegs, denn »während letztere Kategorie ein total negatives Urteil impliziert, ist die erstere ein partiell negatives Urteil, das auf einen bestimmten historischen Kontext Bezug nimmt und es ablehnt, die Realität einiger Länder (und sogar eines Landes, das ein Kontinent ist) zu verdrängen, die sich weiterhin auf den Sozialismus berufen«. Zu diesen Ländern zählte er neben China, die Volksrepublik Korea,

Vietnam, Laos und Kuba. Zur Lebendigkeit des Kommunismus gehört auch die Existenz großer kommunistischer Parteien mit Massenanhang in kapitalistischen Ländern wie Brasilien, Japan, Südafrika oder Russland.

Das neue Buch beinhaltet sowohl eine Verteidigung des kommunistischen Erbes als auch eine kritische Bilanz der Fehler und Irrtümer von Theorie und Praxis des Kommunismus.

Die liberale Freiheit und die Kommunisten

Losurdo hat in seinen Büchern immer wieder die Frage gestellt, ob der Liberalismus gleichbedeutend mit Freiheit bzw. dem Eintreten für das Ideal der Freiheit ist: »Die üblichen Antworten auf unsere Frage lassen keinen Zweifel: Der Liberalismus ist die Denktradition, die ins Zentrum ihrer Beschäftigung die Freiheit des Individuums stellt (...)«, schrieb er in seinem Buch *Freiheit als Privileg*. Losurdo zog aber zugleich diese Sicht in Zweifel, denn »aus diesem Bild sind die Versklavung der Schwarzen (und der anschließende Rückgriff auf die indischen und chinesischen *Kulis*), ebenso die Enteignung, Deportation und Dezimierung der Ureinwohner, die Unterwerfung der Kolonialvölker und die Zwangsarbeit sowie die genozidalen Praktiken, denen sie unterworfen wurden, getilgt«. (125) Und dies betrifft nicht ein inzwischen als überwunden angesehenes Zeitalter des Kolonialismus, sondern auch die Gegenwart. Dazu genügt allein ein Blick auf die Herrenvolkdemokratie des Kolonialstaates Israel. Dazu gehört aber auch die rassische Diskriminierung von Minderheiten in den westlichen Metropolen, vor allem von Schwarzen und Muslimen, und die Missachtung der Rechte der Nativen in den USA, Kanada, Australien und Neuseeland.

Der Autor weist auf die internationale Dimension der Frage der Freiheit hin, d. h. inwieweit die liberalen Gesellschaften den Frieden fördern, indem sie auf Furchteinflößung und offene Aggression verzichten. Doch das tun sie mitnichten. Die Internationale der westlichen liberalen Gesellschaften verhängt über nicht genehme Länder

brutale Sanktionen und bedroht sie mit offener Aggression. Und immer wieder greift sie zu den Waffen, um ihren Willen durchzusetzen. Der Liberalismus tritt daher international nicht für die »Abwesenheit von Furcht« (127) ein.

Es stellt daher für Losurdo ein verbreitetes Missverständnis dar, wenn man den Liberalismus als zuständig für die Verteidigung der Freiheit und den Marxismus als zuständig für die soziale Gleichheit ansieht: »Alles dreht sich weiterhin um das Problem, die vom Liberalismus bevorzugte ›individuelle Freiheit‹ mit der vom ›Sozialismus und Kommunismus‹ bevorzugten ›Gleichheit‹ (...) zu versöhnen, als ob der von der kapitalistischen und liberalen Welt geförderte koloniale Expansionismus nicht den Verlust der Freiheit für die Mehrheit der Menschheit zur Folge gehabt hätte und als ob die weltweite antikoloniale Revolution, deren Hauptakteure die Kommunisten waren, nicht ein Kampf um Freiheit gewesen wäre.« (144) »Es waren jedoch gerade die Kommunisten, die (...) gegen das Regime der Rassentrennung und Diskriminierung insgesamt kämpften, die dafür vor allem in den Südstaaten der USA als ›Nigger-Liebchen‹ (*nigger lovers*) gebrandmarkt und, weil sie zur Rassenvermischung und Verunreinigung der überlegenen weißen Rasse neigten, entsprechend behandelt wurden.« (113) Und wie in den USA, so standen auch in Südafrika und stehen heute in Israel Kommunisten in vorderster Front gegen die Apartheid. So ist es nach Losurdo in Wirklichkeit »gerade die Sache der Freiheit, die junge Menschen dazu treibt, Kommunisten und später bedeutende Führer der internationalen kommunistischen Bewegung zu werden. Ho Chi Minhs politische Überzeugung reifte aufgrund der schmerzhaften Erfahrung der Unterdrückung und der Bedingungen des völligen Mangels an Freiheit, die der französische Kolonialismus dem vietnamesischen Volk aufzwang.« (113)

Der antifaschistische Kampf um demokratische Freiheiten spielte im 20. Jahrhundert aber auch in den entwickelten europäischen kapitalistischen Staaten eine entscheidende Rolle. Er war maßgeblich daran beteiligt, den Plan Nazi-Deutschlands zu vereiteln, hochentwickelte Staaten wie Polen,

die Tschechoslowakei, Italien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich in Kolonien zu verwandeln: »Selbst wenn man von der Sache der Freiheit in Bezug auf die Kolonialvölker absehen will (...), besteht kein Zweifel, dass sich in Ländern wie Italien, Spanien, Portugal die kommunistischen Parteien entwickelt haben, indem sie sich an die Spitze des Kampfes gegen die durch den Faschismus – und bereits zuvor durch die weitgehende Notstandsgesetzgebung aus Anlass des Ersten Weltkrieges – eingeleitete Abschaffung demokratischer Freiheiten gestellt haben.« (114.f.)

Es ist daher für Losurdo schwer erklärlich, »dass die Kommunisten, obwohl sie sich in entscheidenden Freiheitskämpfen engagieren, die Freiheit, die sie bis zur Aufopferung des Lebens verteidigen, häufig auf die *libertas minor* beziehungsweise die lediglich »formale« Freiheit herabgestuft haben. (...) Groß ist die intellektuelle Anstrengung, die erforderlich ist, um die vielfältigen Grenzen der liberalen Freiheit zu verstehen: Einfacher und schneller geht es, sie als *libertas minor* und »formelle« Freiheit en bloc abzutun. Auf diese Weise gerät die kommunistische Theorie jedoch in eklatanten Widerspruch zur kommunistischen Praxis, aber es ist zweifellos Letztere, die sich als aufgeklärter erweist.« (115.f.) »Weiter erschwert wurde die Ausarbeitung der marxistischen und kommunistischen Theorie über die Freiheit durch die Erwartung des Absterbens des Staates nach einer kurzen Übergangsperiode: Im Vergleich zur mitreißenden Perspektive des Verschwindens der Macht als solcher, konnte die Begrenzung der Macht durch die Herrschaft des Rechts, den *rule of law*, nur wie eine *libertas minor* und formal erscheinen, ohnehin dazu bestimmt, zusammen mit dem Staat zu verschwinden.« (116)

Es waren nach Losurdo aber »die reiferen Stimmen der kommunistischen Bewegung«, wenn sie den »Hinweis von Engels beherzigten, der Ende des 19. Jahrhunderts auf die Arbeiterklasse als der »Erbin der deutschen klassischen Philosophie« (theoretischer Ausdruck der Französischen Revolution) hingewiesen hatte. Und sie machten sich auch die Lehre Lenins zu eigen, der am Vorabend des Ersten Weltkrieges ebenso in der

»deutschen Philosophie« eine der »Quellen« und »Bestandteile des Marxismus« identifiziert hatte.« (91)

Der Autor stellt die Frage: »Aber wie will man die Freiheit des Individuums garantieren ohne Staat, ohne Rechtsnormen und die Rechtspflege (...)?« (191) Und: »Existiert überhaupt ein Sozialismus oder Kommunismus, der nicht »staatsgetragen« ist?« (199)

Wendepunkte der kommunistischen Bewegung

Losurdo fragt nach »den wichtigsten historischen Wendepunkten, die die kommunistische Bewegung überraschten«. (230) Es war vor allem die Verlagerung des »Epizentrums der Revolution von West nach Südost sowie das Auftreten der sozialen Revolution fast immer als nationale Revolution, wie es im Laufe des 20. Jahrhunderts geschah (...).« Dies lag »ganz und gar jenseits des Horizonts von Marx und Engels.« (231)

Für den Autor ist dies »nicht nur durch die Unvorhersehbarkeit des historischen Prozesses im Allgemeinen erklärbar. Es gibt etwas Spezifischeres, bestehend aus den Schritten, derer sich die Gegner des von einer revolutionären Bewegung verfolgten emanzipatorischen Projekts bedienen«. Der Brite Cecil Rhodes erklärte am Ende des 19. Jahrhunderts: »Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden«. Es war eine Lektion, die in vielen Ländern Schule machte; dem Abklingen des sozialen Konflikts in der kapitalistischen Metropole entsprach jedoch einerseits die Erweiterung und Verschärfung des Widerspruchs zwischen den Kolonialvölkern und den kolonialistischen sowie imperialistischen Mächten und andererseits die extreme Verschärfung des Widerspruchs zwischen den kolonialistischen und den imperialistischen Mächten selber, die in den Weltkrieg mündeten.« (231.f.)

Mit dem Zweiten Weltkrieg spitzte sich der Konflikt unter den imperialistischen Ländern erneut zu: »Das Dritte Reich löste einen barbarischen Krieg aus, der darauf abzielte, die Slawen Polens und der Sowjetunion zu unterwerfen und zu

versklaven; ebenso ging das Reich der aufgehenden Sonne (gemeint ist Japan, A.W.) gegen China vor, und etwas Ähnliches versuchte das faschistische Italien auf dem Balkan. Insbesondere jene gegen die Sowjetunion und China waren die beiden größten Kolonialkriege der Geschichte.« (233)

Im Ergebnis gewann die nationale Frage »weltweit wieder an Bedeutung und Stellenwert; die Niederlage der Achsenmächte gab, trotz der Bildung eines ›sozialistischen Lagers‹ in Osteuropa im Gefolge des Vormarschs der Roten Armee, nicht den Anstoß zu einer Reihe sozialistischer Revolutionen, sondern zu einer gigantischen Welle antikolonialer Revolutionen, die im Übrigen häufig von Kommunisten geleitet oder beeinflusst wurden und daher eine sozialistische Ausrichtung hatten (...) Der Klassenkampf überließ dem nationalen Kampf den Platz; in der Sowjetunion und in China trat an die Stelle der Leninschen Losung von der Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen revolutionären Bürgerkrieg der Aufruf, den Großen Vaterländischen Krieg gegen das Dritte Reich und den Widerstandskrieg gegen den japanischen Imperialismus zu Ende zu führen.« (233f.)

Die abenteuerliche Reise des Kolumbus als Metapher

Die Quintessenz seiner Überlegungen zum Kommunismus fasste Domenico Losurdo in einem nur wenig mehr als eine Seite langen Schlusskapitel zusammen, überschrieben mit *Die abenteuerliche Reise des Kolumbus als Metapher für die Revolution*: »Lenin und die Führer der Kommunistischen Internationale strebten nach einer sowjetischen Weltrepublik, mit dem Verschwinden der Klassen, der Staaten, der Nationen, des Marktes, der Religionen. Nicht nur, dass man sich diesem Ziel nie genähert hat, man hat es auch nie geschafft, in diese Richtung zu marschieren. Wir stünden folglich vor einem offensichtlichen und totalen Scheitern. In Wirklichkeit ist die Diskrepanz zwischen Programmen und Ergebnissen für jede Revolution charakteristisch. Die französischen Jakobiner haben die antike *Polis* nicht realisiert

oder restauriert; die amerikanischen Revolutionäre haben keine Gesellschaft der Kleinbauern und Produzenten hervorgebracht, ohne Polarisierung von Reichtum und Armut, ohne stehendes Heer und ohne starke Zentralmacht ...« Nach Losurdo kann daher »die Geschichte von Christoph Kolumbus, der sich auf die Suche nach Indien macht, dann aber Amerika entdeckt, als Metapher dienen, um die objektive Dialektik revolutionärer Prozesse zu verstehen.« (241)

Jede politische Bewegung, die sich in Deutschland und in anderen entwickelten kapitalistischen Staaten zum Ziel setzt, heute an die kommunistische Tradition anzuknüpfen und sie wiederzubeleben, wird an den Erkenntnissen des Buches von Domenico Losurdo nicht vorübergehen können.

Andreas Wehr

Die Innovation des Marxismus in China

Innovative Marxist School in China. Comments by International Scholars on Cheng Enfu's Academic Thoughts, Canut International Publishers, 2023, ISBN 978-605-4923-74-8, auch als e-Book

Bekannt ist der Aufstieg Chinas zur größten Wirtschafts- und Handelsnation – aber dabei wird eine systemische Tatsache meist übersehen: Die chinesische Globalisierung kommt vollständig ohne die militärische Begleitung aus, wie sie der führende kapitalistische Staat USA mit seinen gut 800 Militärstützpunkten auf allen Kontinenten in 80 Staaten praktiziert, verbunden mit den globalen militärischen Präsenzen, Manövern, (Stellvertreter)Kriegen, regime changes und US-geführten Allianzen wie der NATO.

Unbekannt im Westen ist auch der Marxismus, der sich in China entwickelt hat. Dazu liegt jetzt aber ein dickes Buch vor, in englischer Sprache: *Innovative Marxist School in China*. Das Buch soll

aber nicht nur den »Marxismus mit chinesischen Merkmalen« bekannt machen, sondern lädt zum weltweiten Austausch ein. Das Buch ist selbst schon ein Medium eines solchen Austausches: Etwa 50 Autoren aus allen Kontinenten referieren und kommentieren die Entwicklungen und den gegenwärtigen Stand des Marxismus in der Volksrepublik.

Dabei dreht es sich im Wesentlichen um die Arbeiten von Professor Cheng Enfu und seiner Mitarbeiter. Cheng Enfu hat führende Funktionen im Wissenschaftsbetrieb Chinas, etwa in der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) inne, er ist auch Präsident der World Association for Political Economy (WAPE): Sie organisiert seit 2006 jährlich internationale Marxismus-Foren, in China, aber vor allem in anderen Staaten wie USA, Brasilien, Südafrika, Japan, Mexiko, Indien, Russland, Frankreich, Kanada, Vietnam, einmal auch in Deutschland (Berlin 2018); das nächste Forum im August 2024 findet in Athen/Griechenland statt.

Frühe internationale Kooperation

So berichten die griechischen Autoren Roula Tsakalidou und Alexandros Dagkas über die Anfänge. Der US-Philosoph Erwin Marquit war Mitglied der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA). Er erhielt deshalb Berufsverbot in den USA, verbunden mit der Diskriminierung wegen seiner jüdischen Abstammung. Marquit gründete außerhalb der etablierten Universitäten und auch außerhalb der stalinistisch erstarrten CPUSA die *Marxist Educational Press* (MEP) und die Zeitschrift *Nature, Society and Thought* (NST).

Während die kleine CPUSA die Entwicklung in der Volksrepublik China, die sich in den 1980er Jahren den USA geöffnet hatte, als unsozialistisch und kapitalistisch verdammt, wurde Marquit mit einigen griechischen Marxisten nach China zur CASS eingeladen. Von 1991 an wurden gemeinsame Konferenzen organisiert, mit zunächst nicht mehr als zwei Dutzend Teilnehmern. Zu ihnen gehörten auch die stalinismuskritischen Marxisten Domenico Losurdo (Italien) und Andras

Gedö (Ungarn). Die Konferenz in Wuhan 1999 hatte den Titel »Sozialismus im 21. Jahrhundert«; 2000 in Peking lautete der Titel »Marxistische Philosophie im 21. Jahrhundert«.

In Vietnam – von den USA weitgehend zerstört, aber nun sozialistisch regiert – fand im Austausch mit der KP Portugals unter Álvaro Cunhal 2003 die Konferenz »Globalisierung und Nationalstaat« statt, mit Marquits NST und der Ho Chi Minh Nationalakademie für Politik. Dem folgten Konferenzen in China, von NST mit der Akademie für Marxismus, die Prof. Cheng Enfu an der CASS neu gegründet hatte.

Mühsamer Ausstieg aus bisherigen Lehrgebäuden

So mussten die chinesischen Marxisten nicht nur aus den Erfahrungen der besiegten, zusammengebrochenen Sowjetunion lernen und dem Lehrgebäude des »Stalinismus« herausfinden. Auch der Maoismus erwies sich für die weitere Entwicklung als ungeeignet.

Die chinesische KP mit Mao hatte seit den 1920er Jahren erkannt, dass für die Revolution gegen die Diktatur Tschiang Kaisheks, die von einheimischen Warlords, den USA und Hitler gestützt wurde, und gegen den Aggressor Japan nicht die wenigen Arbeiter die entscheidende Kraft sind, sondern die vielen Millionen Bauern. So war die Revolution erfolgreich, die Volksrepublik wurde 1949 gegründet.

Aber gegen Maos Konzept des Sozialismus, der vermeintlich ideologisch rein bleibt, aber zugleich arm und damit auch schwach bleibt gegen seine Feinde, kam es zu einer wichtigen Innovation: Entwicklung und Sicherung des Sozialismus und des Wohlstands der Bevölkerung sind nur möglich mithilfe großflächiger Industrialisierung. Die Mehrheit der durch 150 Jahre Kolonialismus völlig verarmten Bauernmassen musste in die Industrie überführt werden. So wurden seit Beginn der 1980er Jahre westliche, zunächst vor allem US-Konzerne und US-Berater nach China geholt. Die Industrialisierung kam voran, aber zugleich hatte das große Land den führenden antikommunistischen Systemfeind im

Haus, der neues, typisch kapitalistisches Unrecht verbreitete.

Daran begannen sich die anfänglich wenigen Marxisten um Marquit und Cheng Enfu abzuarbeiten: Zu den Erkenntnissen gehörte, dass »Marktwirtschaft« und »Nationalstaat« keine Gegensätze zum Sozialismus sein müssen, im Gegenteil: Es kann oder muss sogar eine »sozialistische Marktwirtschaft« geben, als Übergang. Dabei ist aber auch – entgegen diffusem Globalisierungs-Gerede – nationale Souveränität mit starkem Staat elementar. Und: Der Klassenkampf geht weiter, aber unter kommunistischer Führung, etwa auch gegen Korruption und Insidergeschäfte, die zum importierten westlichen Kapitalismus gehören.

Kritik der US-geführten, imperialistischen Globalisierung

Konfrontiert mit den Aktivitäten kapitalistischer Konzerne aus den USA, aber auch aus Europa und dem US-Protectorat Taiwan setzten sich die an Zahl und mit internationaler Kooperation gestärkten chinesischen Marxisten auch mit dem US-Neo-Imperialismus und seinen Sub-Imperialisten auseinander.

Die chinesische Autorin Peggy Fuyet fasst dazu die Ergebnisse zusammen: Der US-Imperialismus verfügt über drei Machtinstrumentarien: 1. *hard power* mit weltweit präsentem Militär, NATO usw.; 2. *strong power* mit transnationalen Konzernen/Banken, Investoren, Weltbank, WTO, G7 usw.; 3. *soft power* mit Medien, »Kultur«, Stiftungen usw.: Sie fördern egoistischen Individualismus und »neue Werte«, damit auch die Schwächung und Auflösung von Gewerkschaften und anderen menschenrechtlichen Zusammenschlüssen.

Mithilfe dieser Instrumentarien führt der westliche Kapitalismus alle Arten von Kriegen – mit Militär, Handelssanktionen, erpresserischer Überschuldung, Währungsmanipulation, Desinformation, Ressourcenraub, regime changes und über direkt und indirekt beauftragte Dritte. Die Imperialisten beuten so nicht nur die eigene arbeitende Bevölkerung aus, sondern noch viel mehr die in Entwicklungsländern. Aus der

EU praktiziert das am direktesten Frankreich in Afrika. So schafft sich der niedergehende Imperialismus für seine schwindenden, aber auch sich neu organisierenden und verjüngenden kapitalistischen Minderheiten noch extreme Supergewinne, wird gerade deshalb noch gefährlicher, brutaler als bisher. Konsequenz: gute Arbeit, Entwicklung, Frieden sind nur im Kampf gegen den Imperialismus durchsetzbar.

Deshalb setzten sich die chinesischen Marxisten auch mit »postmodernen« westlichen Theorien auseinander, auch solchen mit linkem und sozialistischem Anspruch, die die Imperialismus-Analyse für überholt ansehen – etwa durch »Totalitarismus«-Narrative – und in der Folge China als neuen Kapitalismus kritisieren. Das betrifft namentlich solche Theoretiker wie zunächst Arendt, Foucault, Habermas, dann Harvey, Arrighi, Negri/Hardt, Bobbio, Žižek und die »Neue Linke«. Als wichtige Hilfe bei der Kritik erwiesen sich dabei die Analysen von Domenico Losurdo, so die brasilianischen Autoren Diego Pautasso und Tiago Nogara.

China wurde groß durch eigene, lebendige harte Arbeit

Die Volksrepublik China stieg nicht auf durch die Ausbeutung von fremden Ressourcen und auch nicht durch massenhaft ausgelagerte Niedriglohn-Zulieferungen aus armen Staaten – und auch nicht durch westliche »Entwicklungshilfe«. Sowohl die nationale wie die internationale Entwicklung folgte einer dem Imperialismus entgegengesetzten Logik. So stieg China durch eigene, lebendige harte Arbeit auf, verbunden mit dem Aufbau eigener Produktionsketten im offenen, aber souveränen Staat.

Bei allen technischen Modernisierungen der zunächst einfacheren Industrie: Die lebendige Arbeit ist die einzige Quelle von Wert. Auch das scheinbar körperlose und materialfreie Internet, Digitalisierung und KI brauchen eine nie dagewesene Menge an Material, an Rohstoffen, an Energie für Herstellung und Betrieb von Geräten, für transatlantische Kabel und Satelliten, auch etwa

für riesige Speicherfarmen – und im Imperialismus auch schwere körperliche Niedrigstlohnarbeit, die von »Unsichtbaren« in fernen, armen Regionen verrichtet wird. Dabei öffnete sich die Frage: Was ist lebendige Arbeit, und welche ist notwendig, welche ist unnötig, welche sogar schädlich?

Dies ist wohl der wichtigste Teil des Buches. Insbesondere die Autoren Roland Boer (Australien), Alan Freeman (Kanada) sowie die beiden Franzosen Jean-Claude Delaunay und Tony Andreani referieren die Weiterentwicklung der Marx'schen Wertlehre. Sie beziehen sich dabei insbesondere auf das Buch *The Creation of Value by Living Labour* von Cheng Enfu, Wang Guijin und Zhu Kui (Die Schaffung von Wert durch lebendige Arbeit).

China hat zunächst die westliche, kapitalistisch geprägte Industrie importiert und hat heute unter allen Volkswirtschaften den weitaus höchsten Anteil an industrieller Arbeit, insbesondere gegenüber den USA. Gleichzeitig aber wurde diese Arbeit staatlich ganz anders reguliert als im Imperialismus, wurde und wird emanzipatorisch transformiert, arbeits- und wertschätzend. Dies ist ein langfristiger Prozess, mit Widersprüchen und neuen Ungleichheiten. So kritisierten Cheng & Kollegen etwa zeitweilige Übertreibungen bei der »Befreiung der Produktivkräfte«.

Zur Organisation und Innovation der industriellen Arbeit in Richtung des Sozialismus gehört notwendig auch solche Arbeit, die nicht traditionell und direkt der Herstellung materieller, auch agrarischer Güter dient, sondern auch ihrer Organisation, Verwaltung, Verteilung, Sicherung. Notwendige lebendige Arbeit, so Cheng & Kollegen, verrichten deshalb auch Manager, Forscher, Ärzte, Pfleger, Fahrer, Lehrer, Verkäufer, Techniker, Ingenieure, Banker, Förster, Kulturarbeiter und auch die Beschäftigten im Staat, in Behörden, Parteien, Militär – und auch private Eigentümer. Marx kannte nicht »Dienstleistungen« – China kennt 14 Dienstleistungs-Gruppen.

Der Unterschied zu einem kapitalistischen Staat besteht darin, dass alle Arbeiten nach ihrem Beitrag für das *common good*, das Gemeinwohl, bewertet werden, für das gesellschaftliche Wohlstands-Produkt. Denn Ökonomie ist,

ausdrücklich gerade im Marxismus, *politische* Ökonomie: Staatliche und zivile Gestaltung und auch militärische Sicherung des Wohlstands für alle – notfalls zwangsweise gegenüber unnötiger oder gar schädlicher Arbeit wie etwa privater und geheimer Selbstbereicherung und betrügerischer Kreditvergabe.

Perspektiven

Lange Zeit stand für diese »emanzipatorische Ökonomie« natürlich zunächst China im Vordergrund. Aber die extrem zersplitterten, unterschiedlich ausgebeuteten und verarmten, teilweise aber auch privilegierten abhängig Beschäftigten im US-geführten Westen mit ihrer meist desorientierten, aber wachsenden Unzufriedenheit: Wie können sie sich wirksam neu organisieren, national, global, mit der Perspektive Sozialismus? So fragt etwa Alan Freeman aus Kanada. Auch die schon weiter entwickelten Organisationsformen der »unsichtbaren« hunderte Millionen Ausgebeuteten in den globalen Produktionsketten der westlichen Digital-, Rüstungs-, e-Mobilitäts-, Nahrungsmittel- und Plattformkonzerne wie insbesondere etwa in Indien ist noch kein angemessenes Thema: Für die internationale wissenschaftliche Kooperation tun sich im Blick auf die ganze Welt noch große Felder auf, Innovationen eingeschlossen.

Werner Rügemer

Ohne Kommunismus keine Zukunft

Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, aus dem Japanischen von Gregor Wakounig, dtv, München 2023, 270 Seiten, ISBN 978-3-28369-4, 23,00 Euro

Wenn es nicht gelänge, mittels eines radikalen Systemsturzes das für alle wesentlichen Krisen verantwortliche Gesellschaftsmodell »Kapitalismus« durch ein alternatives zu ersetzen, drohe Barbarei. Diese Alternative sieht der Autor, Mitherausgeber

der Marx-Engels-Gesamtausgabe, im von ihm so benannten Degrowth-Kommunismus.

In den ersten drei von insgesamt acht Kapiteln beschreibt Saito zunächst die Charakteristika der kapitalistisch geprägten imperialen Lebensweise mit ihren negativen sozialen Auswirkungen im Inneren wie zwischen Metropolen und Peripherien und kritisiert jeweils fundiert kapitalismuskonforme Politiken zur Scheinlösung der daraus resultierenden Krisen: Auf Grundlage zahlreicher Darstellungen aus der jüngeren Vergangenheit weist der Autor gut nachvollziehbar nach, dass der Kapitalismus u. a. deswegen noch relativ stabil erscheint, weil er bislang noch stets neue Betätigungsmöglichkeiten in inneren, noch nicht kapitalisierten Nischen sowie peripheren Territorien finden konnte. Damit ist, nach Saitos Ansicht in Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg, nunmehr bzw. in nächster Zukunft Schluss! Eine Entkoppelung von Wachstum und Umweltbelastung sei illusionär und Stagnation oder gar Degrowth im Kapitalismus unmöglich. Effizienzsteigerung führe regelmäßig zu mehr und/oder anderen Umweltbelastungen und/oder Belastungen in anderen Sektoren. Konsequenz und schlüssig wird mit dem Unfug Elektroauto und anderen technokratischen Wahnvorstellungen wie Speichertechnologien für CO₂ sowie Verschleierungsstrategien wie Green New Deal und Klima-Keynesianismus abgerechnet.

Die theoretische Begründung für seinen Degrowth-Kommunismus als Alternative liefert der Autor im vierten, dem Kernkapitel des Buchs: Basierend auf dem Spätwerk von Marx habe dieser nach Kenntnisnahme der entsprechenden Untersuchungen des Chemikers von Liebig Arbeit als »Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur« im dritten Band des Kapital charakterisiert. Es könne keine Rede davon sein, dass Marx einem hemmungslosen Extraktivismus/Produktivismus angehangen habe, wie es die Formulierung aus dem Kommunistischen Manifest, »Entfesselung der Produktivkräfte« und »Unterjochung der Naturkräfte«, nahegelegt hatte. Anhand des Briefes an Vera Sassulitsch weist Saito auch nach, dass Marx sein eurozentrisches Weltbild später überwunden

hatte und u. a. für Russland die Möglichkeit sah, nicht zwangsläufig dem westeuropäischen Weg der kapitalistischen Modernisierung folgen zu müssen. Die russischen Dorfgemeinschaften (Mir) könnten Vorläufer einer kommunistischen Entwicklung werden, wie es im Vorwort der russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifest von 1882 heißt. Die von Marx so genannte »ursprüngliche Akkumulation« stellt nach Ansicht des Autors eine künstliche Verknappung dar, da die vorher allen zur Verfügung stehenden Allmenden wie Brachflächen, Wiesen, Wald und Wasser durch Einhegungen privatisiert und damit der gemeinsamen Nutzung entzogen wurden. Sie war zwar notwendige Bedingung für die im Kommunistischen Manifest beschriebene stürmische Entwicklung des Kapitalismus, aber gleichzeitig mitverantwortlich für die später erkannte umfassende Zerstörungsdynamik für den Planeten, nachdem diese Produktionsweise in sämtliche Poren desselben eingedrungen war.

Die erwähnten Allmenden, Gemeingüter zurückzuholen, im modernen Sprachgebrauch Commons, eine auf Negri und Hardt zurückgehende Wortschöpfung, stehen im Zentrum des von Saito vorgeschlagenen Wegs zum propagierten Degrowth-Kommunismus, den er in den folgenden vier Kapiteln herleitet und auf Grundlage der aktuellen, insbesondere digitalen Bedingungen erklärt. Commons seien heute nichts anderes als das, was Marx als Gemeinbesitz bezeichnete und ihre Verallgemeinerung, d. h. die Vergesellschaftung öffentlich zu nutzender Güter wie Wasser, Elektrizität, andere Energieträger, Wohnen, Gesundheit, Bildung, aber auch Großbanken, Monopole und digitale Infrastruktur insbesondere Google, Apple, Facebook, Amazon etc. müssen demokratischer Kontrolle und Selbstverwaltung unterworfen werden. Die erfolgreiche Rückholung und Verallgemeinerung der Commons würde einen alternativen Entwicklungspfad, sowohl zum Neoliberalismus, als auch zur Verstaatlichung in Verbindung mit zentralstaatlicher Planung sowjetischen Typs darstellen; also kein dritter, sondern ein zeitgemäßer, auf Marx'scher Analyse gründender, zweiter Weg

gesellschaftlich-politischer Zukunftsentwicklung. Nur auf dem Weg des Degrowth-Kommunismus, lasse sich Wachstum, gemessen an den Kennziffern bürgerlicher Ökonomie, begrenzen bzw. Schrumpfung derselben herbeiführen und gleichzeitig ein Wachstum an Lebensqualität erreichen in einer Gesellschaft, in der »alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen« (Kritik des Gothaer Programm, 1875). Das und wo im Einzelnen in solch einer Zukunftsgesellschaft ein Mehr an Lebensqualität, ein geradezu »radikaler Überfluss« entstehen kann, begründet Saito gut nachvollziehbar. Im Zentrum steht das, was in den 1970er Jahren unter »Humanisierung der Arbeitswelt« in der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung diskutiert wurde und natürlich die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Gerade im Herkunftsland des Autors, Japan und in weiteren fernöstlichen Ländern, ist das Phänomen des Tods durch Überarbeitung (jap.: Karoshi) ein bedeutendes Problem, worauf der Übersetzer hinweist.

Die detaillierten abgeleiteten Charakteristika des Autors für den projektierten Degrowth-Kommunismus lassen sich kurz und vereinfachend als Wandel von der Tauschwert- zur Gebrauchswertwirtschaft bei Demokratisierung der Wirtschaft, Orientierung auf sinnvolle Arbeit und Produkte bei radikaler Arbeitszeitverkürzung zusammenfassen.

Dass ein solcher Systemwechsel unabdingbar ist, soll die Menschheit nicht in o.g. Barbarei enden, wird schlüssig begründet. Stellt sich zum Abschluss zwingend die Frage, wie dort hinzukommen ist. Wie üblich und nicht anders zu erwarten bei dieser Art grundsätzlicher Systemkritik wird es auch bei Saito hier relativ unverbindlich und verschwommen. Letztlich schlägt er ein massenhaftes Engagement in den diversen, im Einzelnen aufgeführten Basisbewegungen incl. weltweiter Vernetzung derselben vor sowie Wahrnehmung politischer Mandate in diesem Sinne auf den verschiedenen Ebenen, Unterschriftenlisten, online-Petitionen etc.

In diesem Zusammenhang verweist der Autor auf die 2012 von der US-Politologin Erica Chenoweth in ihrer Arbeit »Why Civil Resistance

Works« aufgestellte und empirisch anhand vieler Ereignisse und Bewegungen aus der jüngeren Vergangenheit umfangreich begründete These, dass das entschlossene gewaltlose Aufbegehren von 3,5% betroffener Bevölkerung ausreiche, grundstürzende gesellschaftliche Veränderungen auszulösen. Kaito schließt sich etwas unkritisch dieser These an; es gibt etliche Bedenken gegen die Aussagekraft und Repräsentativität der Chenoweth-These. Bemerkenswert ist allerdings, dass Kaitos Buch in Japan über 500.000 Mal verkauft wurde; würden alle Käufer:innen im Sinne des Autors aktiv werden, wäre das 3,5%-Ziel leicht überschritten und Japan könnte das Degrowth-Kommunismus-Zentrum werden.

Letztlich schlägt der Autor einen bunten Strauß herkömmlicher Protestmuster vor. Der Vorwurf illusionärer Vernachlässigung der Machtfrage ist da leicht zu machen. Ob das für einen Systemsturz ausreicht? Diese Frage stellen, heißt sie schon beantwortet zu haben. Das soll aber nicht als Grundsatzkritik an diesem Werk verstanden werden. Der Autor ist marxistischer Philosoph und sein Buch ein philosophisches Grundlagenwerk, von dem man kein ausgearbeitetes Programm des politischen Umsturzes erwarten sollte. Sein Anliegen hingegen, auf marxistischer Basis den zentralen Widerspruch zwischen kapitalistischer Wachstumslogik und den Reproduktionszyklen in der Natur nachzuweisen, ist er voll gerecht geworden. Und das auch noch allgemeinverständlich; man muss kein Wissenschaftler sein, um seinen Argumentationen folgen zu können.

Rainer Venzke

Leicht verständlicher Einstieg¹

Tolman Charles W. (1994): **Psychologie, Gesellschaft und Subjektivität. Geschichte und Grundlagen der Kritischen Psychologie**, Argument Verlag 2022, ISBN 978-3-86754-597-6, 192 Seiten, 20,00 Euro

Charles W. Tolman, marxistischer Psychologieprofessor in Kanada, schrieb 1994 eine gut strukturierte Einführung in die Kritische Psychologie. Nach fast 30 Jahren ist sie ins Deutsche übersetzt worden und im Argument Verlag erschienen. Damit liegt neben Markards Einführung und Meretz' »Grundlegung lesen« ein leicht verständlicher Einstieg in die Grundlagen der Kritischen Psychologie vor.

Tolman schildert die Entstehungsgeschichte der Kritischen Psychologie. Er beschreibt die 1968er Studierendenbewegung an der FU Berlin als fruchtbaren Boden für die Herausbildung einer Psychologie in Abgrenzung zu den gesellschaftstheoretischen Grundlagen der bürgerlichen Psychologie. Damit wurde eine Psychologie begründet, die eine Wissenschaft nicht über, sondern für den Menschen, seine Selbstbestimmung und seine Handlungsfähigkeit in Klassenverhältnissen darstellte. Basierend auf der gesellschaftstheoretischen Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus wurde eine in die Praxis eingreifende psychologische Wissenschaft entwickelt, die dem Menschen theoretisches Rüstzeug an die Hand gab, den Mensch-Welt-Zusammenhang und sich selbst besser zu verstehen. Dazu braucht es eine Wissenschaft vom Standpunkt des Subjekts, d. h. eine Wissenschaft über und für den je einzelnen Menschen, wie dieser unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen seinen Lebensprozess vollzieht und dabei die gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv hervorbringt, denen der Mensch dann unterworfen ist.

Mit der Kritischen Psychologie entstand eine psychologische Wissenschaft, die nicht auf einer abstrakten Universalität des Menschen aufbaute, sondern die Fähigkeit aufwies, den Einzelfall klären zu können (92). Klassenverhältnisse legen das Individuum keineswegs fest. Sie sind durch gesellschaftliche Arbeit geschaffene, objektive Bedingungen, zu denen der einzelne Mensch sich bewusst in Beziehung setzen und verhalten kann. Das Individuum hat »stets die Wahl, die es für sich selbst treffen kann oder auch nicht, indem es die Grenzen seiner bestehenden Handlungsmöglichkeiten erweitert oder aber innerhalb der bestehenden Möglichkeiten lebt.« (149) Ein wesentliches und relevantes Merkmal menschlicher Subjektivität, das beispielsweise durch den Gegensatz zwischen dem Denken eines Friedrich Engels und seiner realen Klassenzugehörigkeit als Kapitalist eindrucksvoll bestätigt wird.

Der Kern der Kontroversen zwischen der Kritischen Psychologie und allen nichtmarxistischen Psychologien (z.B. kognitive, psychoanalytische, humanistische, systemtheoretische Ansätze) ist das Verhältnis zwischen Subjektivität und Gesellschaftlichkeit. Alle bürgerliche Psychologie geht von Gesellschaft als unabänderliche, dem »abstrakt-isolierten« (62) Subjekt fremd gegenüberstehende Umwelt aus. Die das gesamte gesellschaftliche und psychische Dasein durchdringenden realen Klassengegensätze werden als naturwüchsig entstandene Umwelt ignoriert und auf »unmittelbare soziale Interaktion reduziert« (59).

Die Kritische Psychologie geht dagegen von einer »grundsätzliche(n) Annahme einer dialektischen Einheit von Individuum und Gesellschaft« aus (70). Sie geht darüber hinaus davon aus, dass das Subjekt nicht in einer Gesellschaft allgemein, sondern in der Klassengesellschaft konkret existiert.

Eine wichtige Erkenntnis der Kritischen Psychologie ist, dass im phylogenetischen Prozess, der auch unter gesellschaftlichen Bedingungen noch fortwirkt, das Individuum nur durch Gruppenaktionen in der Lage war, seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Fähigkeit dazu hat sich im Lebensprozess herausgebildet. Laut Tolman wurden die

1 Im Internet zu finden als PDF: https://www.kritische-psychologie.de/files/Charles-Tolman_Psychologie-Gesellschaft-Subjektivitaet.pdf.

individuellen Aktivitäten »immer stärker von den Beziehungen zu anderen bestimmt« und insofern zum »Selbstzweck«, als der Einzelne »nun nicht mehr alleinig für sein eigenes Überleben, sondern für das Überleben der Gruppe« kooperierte (120). Nach Tolman werden unsere Beziehungen zur gesellschaftlichen als auch zur natürlichen Welt durch unsere Beziehungen zu anderen Menschen vermittelt und zwar über Sprache, weil diese »uns erlaubt, Dinge über unsere Welt zu »wissen«, die weit über die Reichweite der Sinne selbst hinausgehen« (133). Psychologie vom Subjektstandpunkt, schreibt Tolman, »ist eine politische, gesellschaftliche Praxis« (40). Ihre Aufgabe ist es, dies in ihrer theoretischen und praktischen Arbeit und in der Entwicklung einer klaren wissenschaftlichen Sprache deutlich zu machen.

Eine Wissenschaft vom Subjektstandpunkt darf nicht nur den Zusammenhang aus Klassenverhältnissen und psychischen Prozessen des Individuums betrachten. Sie muss auch die sozialen Beziehungen der Menschen in den Fokus nehmen. Denn die Lebenspraxis des Menschen im phylogenetischen und gesellschaftlichen Prozess erforderte immer, dass bereits bestehende Sozialbeziehungen weiterentwickelt werden. Auch diese müssen auf den Begriff gebracht werden und in die Theorie einfließen. Die Beziehung zwischen Individuum und Gruppe wurde lebensnotwendig und das »vielleicht methodisch wichtigste Merkmal der gesellschaftlichen Existenz – im Gegensatz zur biologisch-sozialen Existenz« (123). Das gesellschaftliche Sein bleibt mit dem biologischen Sein verbunden, auch wenn die Logik sich unterscheidet.

Weil ein Individuum nicht über alle Kenntnisse sowie körperlichen oder geistigen Fähigkeiten verfügen kann, liegt es auf der Hand, dass jeder Grad der Isolation eines Individuums zu einer Verminderung der Möglichkeiten zweckgerichteter Handlungen führt. »Dies betont die Notwendigkeit einer organisierten, bewussten und ungehinderten Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft als Voraussetzung für eine effektive Erweiterung der individuellen Möglichkeiten (149).«

Tolman vertritt die begründete Ansicht, dass die Biologie des Menschen insgesamt die Naturgrundlage seiner gesellschaftlichen Existenz ist und auch heute noch fortwirkt. Schon lange vor dem Wechsel vom phylogenetischen zum gesellschaftlichen Prozess müsse die biologische Evolution Organismen geformt haben, »die Werkzeuge herstellen, sozial leben, bei der Arbeit kooperieren und begriffliche Informationen durch Vokalisation kommunizieren konnten« (132) und damit Voraussetzungen für die gesellschaftliche Existenzweise heute.

Tolman hat einen komplizierten Gegenstand verständlich beschrieben, so dass seine Einführung in manchen Kreisen als beste Einführung in die Kritische Psychologie betrachtet wird. Er zitiert viel aus Originaltexten, so dass deren Ausführungen auch einer mit ihnen nicht vertrauten Leserschaft nachvollziehbar und verständlich werden. Politische Praxis ist immer konkrete geistige und praktische Tätigkeit zur Gewinnung von Erkenntnis über den Mensch-Welt-Zusammenhang und die Entwicklung kollektiver Handlungsfähigkeit. Das Werk von Tolman trägt dazu bei, diese Zusammenhänge besser zu verstehen.

Werner Zimmer-Winkelmann

Dialektik der (Unter-)Entwicklung

*Walter Rodney: **Wie Europa Afrika unterentwickelte. Mit Beiträgen von Peluola Adewale, Bafta Sarbo und René Arnsburg**, Manifest Verlag, Berlin 2023, Softcover, 414 Seiten, 20,00 Euro*

Einen besseren Zeitpunkt zur Veröffentlichung der Neuübersetzung dieses Klassikers von Dr. Walter Rodney hätte sich der Manifest Verlag kaum aussuchen können: Die kommunistische Bewegung in Deutschland diskutiert über den Aufstieg des ehemals kolonialisierten Chinas, über den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Faschismus,

über Dekolonialisierung – aktuell insbesondere in Westafrika – und die multipolare Weltordnung. Zu all diesen Punkten hat der Historiker und Panafrikanist aus Guyana einiges beizusteuern. Immer noch, denn sein Hauptwerk erschien 1972. Schon im Jahr darauf veröffentlichte der Verlag Klaus Wagenbach eine deutsche Übersetzung des Bandes. Aus dem Originaltitel »How Europe underdeveloped Africa« machte Wagenbach »Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung«. Vielleicht ist dieser schlecht gewählte Titel, der den Agens und damit den Kern von Rodneys Untersuchung verschleiert, mit ein Grund dafür, dass das Werk in Deutschland nie die Beachtung fand, die ihm in anglophonen Ländern zuteil wurde. Die Wagenbach-Ausgabe litt unter weiteren sprachlichen Verzerrungen wie der fehlerhaften Übertragung marxistischen Vokabulars ins Deutsche. Und sie ist längst vergriffen. Die Neuübersetzung von Andreas Brandl war also notwendig und ist verdienstvoll – zunächst.

Rodney wurde 1942 in Guyana als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Er studierte an der University of the West Indies in Kingston, Jamaika, und promovierte ab 1963 an der School of Oriental and African Studies in London. Seine Dissertation, eingereicht an der einstigen Ausbildungsstätte für Kolonialverwalter, beleuchtete die Geschichte des Sklavenhandels an der Küste Guineas, Sierra Leones und Liberias. Noch in Jamaika begann Rodney, sich mit der russischen Oktoberrevolution und Marxismus-Leninismus auseinanderzusetzen. Sein Interesse daran speiste sich aus erfolgreichen antikolonialen Befreiungskämpfen wie der kubanischen Revolution, die keine 200 Kilometer von ihm entfernt vorstatten ging. Trotz seiner wissenschaftlichen Erfolge bewahrte Rodney Zeit seines Lebens kritische Distanz zu akademischen Institutionen. In Kingston etwa lehrte und diskutierte er ab Januar 1968 nicht nur an der Uni, sondern auch auf der Straße, in Arbeitervierteln. Der Regierung gefiel das nicht. Auf der Rückreise von einer Konferenz in Kanada am 15. Oktober 1968 verweigerte sie ihm die Wiedereinreise. Die Proteste in Kingston gegen diese Maßnahme gingen als »Rodney Riots« in die Geschichte ein.

Rodney zog nach Tansania, das wenige Jahre zuvor unabhängig geworden war. Während seiner Zeit als Dozent an der Universität von Dar es Salaam schrieb er »Wie Europa Afrika unterentwickelte« – in erster Linie als Selbstermächtigung für Afrikaner, die »die Art ihrer Ausbeutung genauer untersuchen wollen« (S. 85). Der Text genügt akademischen Standards, legt aber größeren Wert auf Allgemeinverständlichkeit.

Rodney skizziert darin zunächst, was er unter Entwicklung versteht, und führt dann seinen Begriff der Unterentwicklung ein. Letzterer ist relativ, funktioniert nur vergleichend und drückt ein Ausbildungsverhältnis aus (S. 99). Beide Begriffe stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander (S. 162). »Kommen zwei Gesellschaften unterschiedlicher Art in längeren [...] Kontakt miteinander, werden Tempo und Charakter des Wandels in beiden Gesellschaften so stark beeinflusst, dass völlig neue Muster entstehen.« (S. 96) Diese Muster konkretisiert Rodney, indem er einen weiten historischen Bogen vom 15. Jahrhundert bis zum Ende der Kolonialzeit um 1960 aufspannt. Nur kurz streift er die Entwicklung Europas vor dessen Expansion, dazu gebe es schließlich genug europäische Literatur. Sehr viel ausführlicher rekonstruiert er die Art der Entwicklung Afrikas vor der Ankunft der Europäer. Er analysiert den Beitrag Afrikas zur kapitalistischen Entwicklung Europas, erläutert, wie Europa von ungleichen Handelsbedingungen zu seinen Gunsten profitiert und zur dominierenden Macht des globalen Handels wird. Viel Raum gibt er dem transatlantischen Sklavenhandel mit seinen katastrophalen Folgen für Afrika. Anfang des 15. Jahrhunderts war der Kontinent auf Augenhöhe mit Europa. Der Abzug so vieler junger Arbeitskräfte bremst, behindert die ökonomische Entwicklung Afrikas massiv, dreht sie gar zurück. Europas Sklavenhändler hingegen akkumulieren Kapital und investieren das zuhause, wovon ihre ganze Wirtschaft profitiert. 1885 ist Afrika sturmreif und der europäische Imperialismus so weit, dass er fast den ganzen Kontinent kolonialisieren kann. Die Arbeitskraft plündern die Kolonialmächte nun vor Ort, dazu den Boden und natürliche Ressourcen. Die verschärfte Ausbeutung beschleunigt die

Industrialisierung, die Entwicklung des Kapitalismus, Monopolbildung, auch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Europa. Schließlich verlängert der Kolonialismus das Leben des Kapitalismus, schreibt Rodney, da die Extraprofite dessen innere Widersprüche abmildern und die Konfrontation zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den Metropolen hinauszögern (S. 303). Afrika bezahlt dafür mit wachsender Armut, Hungersnöten, chronischer Mangelernährung, physischem Verfall der Menschen (S. 344ff.) und mit zerstörter Natur (S. 323). Die Kosten für ihre koloniale Unterjochung trugen die Afrikaner übrigens selbst. En passant nimmt Rodney praktisch alle gängigen bürgerlichen Apologetiken für Sklavenhandel und Kolonialismus auseinander, mal mit Witz, mal mit Ekel. »Die einzige positive Entwicklung im Kolonialismus«, resümiert er, »war sein Ende.« (S. 374)

Die Neuausgabe des Manifest Verlags krankt leider an einigen Unzulänglichkeiten. Zwar gelingt es Andreas Brandl gut, Rodneys Diktion ins Deutsche zu übertragen. Bei der Kommasetzung jedoch ist er zu nahe am Original und hält sich an englische statt deutsche Regeln, was den Lesefluss stört. Völlig unzureichend das Lektorat: Häufige Fehler in Orthographie, Grammatik und Zeichensetzung erschweren das Textverständnis. Das durchgängig gesetzte Gendersternchen ist eine unzulässige Verfälschung des Originaltextes von 1972. Es brems die Lesegeschwindigkeit, und spätestens bei »Sklavenhändler*innen« (S. 169) wirkt es unfreiwillig komisch.

Drei Beiträge gehen dem titelgebenden Inhalt des Buches voraus. Der nigerianische Aktivist Peluola Adewale erläutert eingangs die Relevanz von Rodneys Werk anhand aktueller Zahlen zum Stand der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas. Eine naheliegende und gute Idee – leider kippt der Versuch schnell in eine schematische Abarbeitung an historischen Bruchlinien der kommunistischen Bewegung samt Fehlschlüssen über rezente Entwicklungen in der Volksrepublik China oder der multipolar werdenden Weltordnung. Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Bafta Sarbo gibt einen Überblick über Rodneys Biographie und zeichnet die Entwicklung seines Denkens nach. Ihr Beitrag

ist als einziger der drei wirklich hilfreich bei der Vorbereitung auf die Lektüre von Rodneys Text. René Arnsburg nämlich möchte Rodney nicht »posthum zu einem Trotzkiten« (S. 57) machen, versucht sich implizit dann aber doch daran.

Trotz der Unzulänglichkeiten dieser Ausgabe: Walter Rodneys Klassiker »Wie Europa Afrika unterentwickelte« hilft ungemein dabei, zu verstehen, wie ökonomische Entwicklung funktioniert, weshalb Karl Marx Sklavenhandel und Kolonialismus als »Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära« bezeichnete und warum diese Phänomene Afrika so massiv und nachhaltig geschadet haben. Rodneys stringente Argumentation gibt Munition gegen das Narrativ von der angeblichen »zivilisatorischen Funktion« des Kolonialismus, schult das dialektische Denken und bildet die Grundlage für das Verständnis des heutigen Neokolonialismus. Und deshalb ist es heute so aktuell wie 1972.

Valentin Zill

ISW institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.



Endspiel des Kapitalismus?
/ Die ungeheuerlichen The-
sen des Marxismus / Lücken
im klassischen Marxismus:
Frauen und imperialistische
Globalisierung / Die neue
Trennlinie: Reiche Welt ge-
gen Arme Welt / Deutsch-
land hängt am globalen
Markt / Ist eine bessere
Welt möglich?

isw-report 135

Sept. 2023 / 32 S. / 3,50 EUR + V.

isw – institut f. sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Es schrieben diesmal

Ulf Brandenburg, Hamburg, Systemanalytiker, DKP-Bildungskommission, »Kapital«-Kurse bei der MASCH-Hamburg und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Raimund Ernst, Ostseebad Rerik, Historiker, Selbstst. Finanzberater

Jenny Farrell, Galway/Irland, Literaturwissenschaftlerin

Niall Farrell, Belfast/Galway/Irland, Kommunist und Aktivist der Bürgerrechts- und Friedensbewegung

Georg Fülberth, Marburg, Politikwissenschaftler i. R., Publizist

Peter Gärtner, Leipzig, Politikwissenschaftler, Mitarbeit am Lateinamerika-Magazin Quetzal

Vladimiro Giacché, Italien, Wirtschaftswissenschaftler, Philosoph, Essayist

Joachim Guilliard, Heidelberg, IT-Berater, Friedensaktivist, Autor

Joachim Höslner, Marburg, Lehrer und Apl. Prof. für Neuere und Osteuropäische Geschichte

Nina Hager, Berlin, Physikerin, ehemals stellvertretende Parteivorsitzende der DKP und Chefredakteurin der UZ, Leibniz-Sozietät

Kerstin Kaiser, Straussberg, Diplomslawistin, 2016 bis 2022 Leiterin des Moskauer Büros der RLS

Georg Klemp, Dipl. Klavierpädagog, VVN-BdA

Hermann Klenner, Berlin, Jurist, Rechtsphilosoph, Leibniz-Sozietät

Maria Krüger, Frankfurt, Studentin

Martin Leo, Laos/Portugal, Politikwissenschaftler, Linke Deutschsprachige Freunde Lagos (LDFL), www.uhudla.at/ldfl-2/

Klaus Müller, Chemnitz, Ökonomie-Prof. bis 1991 an der TH Karl-Marx-Stadt, danach freiberuflicher Ökonomie-Dozent und Buchautor

Herbert Münchow, Leipzig, Rentner

Kathrin Otte, Netzwerk »Was tun!«

Franz Stephan Parteder, Graz/Österreich, langjähriger Landesvorsitzender der KPÖ-Steiermark im (Un-)Ruhestand

Artur Pech, Schöneiche, Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber der MBI

Anne Rieger, Graz/Österreich, Friedensaktivistin, KPÖ-Steiermark

Werner Rügemer, Köln, Philosoph, Publizist

Fred Schmid, München, Ökonom, isw

Ulrich Schneider, Kassel, Historiker, Generalsekr. der FIR/VVN-BdA

Anke Schwarzenberg, Potsdam, Dipl.Ingenieurin Maschinenbau, MdL Brandenburg, Die Linke

Tobias Schweiger, Wien/Österreich, Bundessprecher der KPÖ

Lukas Seidensticker, Recklinghausen, Lehrer

MarxLenin P. Valdés, Havanna/Kuba, Professorin für Marxismus, Geschichte der Philosophie, Hermeneutik und Kommunikationsphilosophie, Fernsehmoderatorin, Aurorin auf Cubadebate

Claudius Vellay, Frankreich, Philosoph

Rainer Venzke, Schmitthachenbach, Dipl. Ingenieur

Andreas Wehr, Berlin, Jurist, Marx-Engels-Zentrum Berlin

Holger Wendt, Hattingen, Wirtschaftswissenschaftler

Carsten Wist, Potsdam, Buchhändler

Jonathan White, London/GB, Kommunist, Mitarbeit in der Marx-Memorial-Library & Workers School, Buchautor,

Valentin Zill, Gelsenkirchen, Ethnologe, UZ-Redakteur

Werner Zimmer-Winkelmann, Ranschbach, Soloselbstständiger Berater



Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

ISSN 0542-7770 • ISBN 978-3-96170-672-3

Heft: 2_2024, 58. Jahrgang

Redaktionschluss: 1. März 2024

Herausgeberkreis: Achim Bigus, Vincent Czielsa, Raimund Ernst*, Jenny Farrell, Hannes A. Fellner, Ditte Gerns, Wolf-Dieter Gudopp-von Behm, Thomas Hagenhofer, Walter Herbster, Richard Höhmann*, Joachim Höstler, Patrik Köbele, Heike Krämer, Artur Pech, Rainer Perschewski, Anne Rieger, Tina Sanders, Volkmar Schöneburg, Ulrich Schneider, Manfred Sohn, Claudius Vellay*, Werner Zimmer-Winkelmann* (Sekretär) sowie die gesamte Redaktion
*Schwerpunktverantwortliche dieses Heftes

Redaktion: Lothar Geisler (verantwortlicher Redakteur), Nina Hager, Hermann Kopp, Beate Landefeld, Herbert Lederer

Anschrift:

MARXISTISCHE BLÄTTER
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:
www.marxistische-blaetter.de
www.facebook.com/MarxBlaetter

Webmaster:

webmaster@marxistische-blaetter.de

Satz und Gestaltung:

Medienwerkstatt Kai Münschke, www.satz.nrw

Korrekturen:

Bernd Gerwanski, Kurt W. Fleming

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion

Druck: Interpress

Heft 3_2024 erscheint im Juli 2024.

MARXISTISCHE BLÄTTER erscheinen vierteljährlich zu Beginn jedes Quartals. Der Bezug erfolgt über den Buchhandel oder direkt ab Verlag.

Einzelheft: 14,50 Euro

Jahresabonnement: 54,00 Euro

verbilligtes Jahresabonnement

(auch im europäischen Ausland): 38,00 Euro

Ausland und Streifbandbezug: 10,00 Euro

Versandkostenzuschlag

Förder-Abonnement: 100,00 Euro

Mindestbezugszeitraum: 8 Ausgaben (2 Jahre). Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums schriftlich gekündigt wird.

Bankverbindung:

Postbank Essen
IBAN DE08 3601 0043 0033 7094 32
BIC PBNKDEFF

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

»Solange Englands Industrie-
monopol dauerte, hat die
englische Arbeiterklasse bis
zu einem gewissen Grad teil-
genommen an den Vorteilen
dieses Monopols ... Mit dem
Zusammenbruch des Monopols
wird die englische Arbeiter-
klasse diese bevorrechtete
Stellung verlieren. Sie wird sich
allgemein – die bevorrechtete
und leitende Minderheit nicht
ausgeschlossen – eines Tages
auf das gleiche Niveau gebracht
sehen, wie die Arbeiter des
Auslandes.« *

* Was Friedrich Engels im Vorwort
[zur englischen Ausgabe (1892) der »Lage
der arbeitenden Klasse in England«]
MEW Bd. 22, S. 276, geschrieben hat, blüht
auch dem aktuellen deutschen Stamokap
und seiner Arbeiterklasse. Dagegen hilft
nur Internationalismus.

Nein zum Krieg heißt

Nein zur NATO!



FREIHEIT

DEMOKRATIE

SICHERHEIT

FRIEDEN

GRUNDRECHTE

KOREA & CHINA (1950-53) **GUATEMALA** (1954 / 1960 / 1967-1969)
INDONESIEN (1958) **KUBA** (1959-1961) **KONGO** (1964) **LAOS** (1964-1973)
VIETNAM (1961-1973) **KAMBODSCHA** (1969-1970) **GRENADA** (1983)
LIBANON (1983, 1984) **LIBYEN** (1986 / 2011 / 2015) **SALVADOR** (1980)
NICARAGUA (1980) **IRAN** (1987) **PANAMA** (1989) **IRAK** (1991-2003 / 2003-2015)
KUWEIT (1991) **SOMALIA** (1993 / 2007-2008 / 2011) **BOSNIEN** (1994, 1995)
SUDAN (1998) **AFGHANISTAN** (1998 / 2001-2015) **JUGOSLAWIEN** (1999) **JEMEN** (2002 / 2009 / 2011) **PAKISTAN** (2007-2015)
SYRIEN (2014-2015)

Kriegseinsätze der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten (Auswahl)



Sagen, was ist!

unsere zeit Lesen – abonnieren – verbreiten

Tel.: 0201 177889-15 | abo@unsere-zeit.de | unsere-zeit.de

Jetzt
6 Wochen
kostenlos
testen.



Russland besser verstehen

Joachim Höslers¹

Der liberal-konservative Osteuropahistoriker Andreas Kappeler hat in einem Büchlein zur russischen Geschichte 1997 elf »Problemfelder« beschrieben, die meines Erachtens helfen können, die Vergangenheit des vorrevolutionären Russlands und der Sowjetunion sowie die Entwicklung des postsowjetischen Russlands in den kausalen Zusammenhängen besser zu analysieren, zu erklären und zu verstehen. Es geht dabei um Strukturen und Mentalitäten, die durch topographische Gegebenheiten, sozioökonomische Grund-sachverhalte und politische Kräfteverhältnisse verursacht sind. Mithin handelt es sich um Strukturen, Verhaltens- und Denkweisen mit hoher Stabilität und mit Geschichtswirksamkeit über lange Zeit hinweg (Kappeler 1997: 47–92).² Der liberale Historiker Reinhart Koselleck hat solche Phänomene als »Vorgegebenheiten« bezeichnet und beschrieben: Erscheinungen, die sich nur langsam und langfristig ändern und sich »der direkten Verfügung, der Machbarkeit,

entziehen« (Koselleck 1995: 277). Auch Karl Marx kannte solche Phänomene, die er als »Alp auf dem Gehirne der Lebenden« bezeichnet hat. Die Menschen machen Geschichte, aber sie tun dies nicht auf einer Tabula rasa, sondern unter vorgefundenen Verhältnissen. Marx hat betont, dass die Menschen gerade in Phasen des Aufbruchs zu Neuem sich auf die Tradition besinnen. Vor allem in »[...] Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen« (Marx 1978: 115). Im Folgenden skizziere ich in Anlehnung an Kappeler fünf über Jahrhunderte hin gewachsene Problemfelder, die in der Sowjetunion geschichtsmächtig waren und im postsowjetischen Russland unter den Bedingungen der Gegenrevolution noch wirk-samer geworden sind.

- 1 Ich danke Dr. Ditte Gerns für wichtige Hinweise auf Literatur und weiterführende Überlegungen.
- 2 Kappeler, Jg. 1943, hat sich profiliert als Kenner der Heterogenität des russischen Reichs und der Sowjetunion; in den 1990er Jahren initiierte und förderte er den Ausbau der westlichen Ukraine-Forschung; vgl. meine Rezension zu seiner Darstellung der Geschichte der Ukraine in MBl 4/2022: 124–126.

Dokumenten-Anhang

Das russische Rückgrat der Macht

von Gennadi Sjuganow (KPRF) Seite 12

Lasst Euch vom russischen Geist anstecken!

von Wladimir S. Nikitin

(Russische Einheit) Seite 15

1. Weltliche Macht und Orthodoxe Kirche

Seit der Christianisierung Ende des 10. Jahrhunderts besteht eine enge Partnerschaft zwischen der weltlichen Macht und der Russisch-Orthodoxen Kirche (Stökl 1990: 54 ff.; Goehrke 2010: 238 ff.). Dies folgte zunächst dem byzantinischen Prinzip der »symphonia« und führte in der Kiewer Rus vom 9. bis zum 13. Jh. zu einer einvernehmlichen Zusammenarbeit von weltlicher und geistlicher Macht auf gleicher Augenhöhe. Nach der Auflösung der Kiewer Rus verkörperte die Orthodoxe Kirche unter der Tribut Herrschaft der Tataren die Kontinuität der Gemeinschaft der slawischen Christenheit. Bei der Abschüttlung der Tribut Herrschaft 1480 und der Stabilisierung des Fürstentums in Moskau, das sich nach und nach gegen die Konkurrenz in Galitsch-Wolyn, Susdal-Wladimir, Nowgorod und Twer durchsetzte, entschied sich das Spitzenpersonal der Amtskirche für die Nähe zur weltlichen Macht. Die Orthodoxe Kirche legitimierte die moskowitzische Fürstenherrschaft als legitime Nachfolge der Kiewer Rus. Sie segnete die Herrschaft des Fürsten über Bauern und städtische Untertanen sowie die Privilegien des Adels. Seit der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen 1453 schrieb sich die Orthodoxe Kirche die Rolle des »Dritten Rom« zu: Rom und Byzanz seien untergegangen, Moskau, das Zentrum des Heiligen Russland, der letzte Hort des Christentums, dürfe nicht untergehen. Eine perfekte Legitimation der Herrschaft des Zaren im Bündnis mit Adel und Amtskirche.

Die Beziehungen zwischen weltlicher und geistlicher Macht änderten sich mit beginnender Säkularisierung, vor allem unter Zar Peter I., der die Kirche und die Klöster in ganz neuem Ausmaß für den Staat in Dienst nahm. Doch wirklich aufgelöst wurde das Bündnis zwischen Zar und Amtskirche erst in Folge der Revolutionen von 1917. Mit dem Aufbau einer atheistischen, säkularen Gesellschaft in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)

wurde der Russisch-Orthodoxen Kirche zum ersten Mal seit ihrem Bestehen hart zugesetzt. Kirche und Religion sollten eliminiert werden; zahlreiche ihrer Vertreter wurden verfolgt und ermordet (Hauptmann/Stricker 1988). Nach einem Vierteljahrhundert vollzog Stalin jedoch im Jahr 1943 einen kirchenpolitischen Kurswechsel. Unter staatlicher Kontrolle wurde kirchliches Leben wieder ermöglicht, so dass auch die Orthodoxe Kirche und ihre Gläubigen sich für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg einsetzen konnten.³

Nach 1945 bleibt es bei einer Art Modus Vivendi: Die Russisch-Orthodoxe Kirche kann in der säkularen Sowjetgesellschaft weiter bestehen, nicht ganz ohne Repression, aber die Institution bleibt erhalten. Im Jahr 1988 werden tausend Jahre Christentum gefeiert, die Orthodoxe Kirche wird in der Endphase der Sowjetunion rehabilitiert. Im postsowjetischen Russland nimmt sie wieder eine privilegierte, herrschaftsnahen Position ein. Demonstrativ bekennen sich Jelzin, Putin und Sjuganow zur Kirche, lassen sich und den von ihnen befürworteten militärischen Aktionen den Segen der Orthodoxen Kirche geben. Wie im vorrevolutionären Russland fungiert die Kirche als nationales und kulturelles Symbol des Landes. Somit gibt es seit der Christianisierung Ende des 10. Jahrhunderts nur jene kurzen 25 Jahre nach der Oktoberrevolution, in denen die enge Beziehung zwischen weltlicher und geistlicher Macht mit Gewalt zeitweise aufgebrochen, aber nicht überwunden wurde.

2. Abwehr und Expansion

Vor der Eroberung der Kiewer Rus 1240 hatten Truppen der Tataren die städtische Konföderation bereits mehrfach überfallen. Den Herrschenden und ihren Beratern war klar: Sie werden weder militärisch noch politisch eine

3 Ende der 1930er Jahre bezeichneten sich 57% der Bevölkerung und 44% der Zwanzig- bis Dreißigjährigen als »gläubig«; Goehrke 2010: 259 f.

Chance gegen die Angreifer haben. In dieser Situation kam in mehreren Städten der Kiewer Rus die Überlegung auf, bei den westlichen Nachbarn um Hilfe zu bitten. Noch während darüber diskutiert wurde, griffen Truppen aus dem christlichen Schweden mit dem Segen des Papstes Nowgorod an. Ihnen folgten Ritter des Deutschen Ordens; nachdem auch diese zurückgeschlagen worden waren, versuchten litauische Truppen die Probleme der Slawen auszunutzen. Von 1240 bis 1245 zogen sich diese Kämpfe hin. Die drei westlichen Angriffe wurden unter dem Oberbefehl des Fürsten Alexander Newskij abgewehrt. Diesen Erfolg mussten die Slawen »mit der Beugung unter das Joch der Ungläubigen« (Stökl) bezahlen. In der Folgezeit wurde Newskij zunächst als regionaler Held verehrt, bald galt er reichsweit als Wundertäter und heldenhafter Verteidiger der Heimat. Die Heroisierung Newskijs in Erzählungen, Liedern und Schulbüchern wird nur zwanzig Jahre lang unterbrochen, von 1917 bis 1937. Die Bolschewiki haben kein sonderliches Interesse an großen Männern und individuellen Helden. Sie lassen den marxistischen Historiker Michail Pokrowskij eine neue Geschichtswissenschaft aufbauen, die sozial- und strukturgeschichtlich ausgerichtet ist und nicht mehr Einzelpersonen, sondern den Volksmassen die entscheidende geschichtsmächtige Wirkung zuschreibt. Seit Beginn der 1930er Jahren lässt Stalin jedoch die Pokrowskij-Schule liquidieren. Geschichte soll »sowjetpatriotisch« interpretiert werden. Nach intensiver »Bearbeitung« fügt sich Pokrowskijs wichtigste Schülerin Anna Pankratowa und übernimmt dabei die wissenschaftliche Leitung. In diesem Kontext und in der Erwartung eines Angriffs Hitler-Deutschlands lässt Stalin den Fürsten wieder verehren. 1938 kommt der Heldenfilm »Alexander Newskij« von Sergej Eisenstein in die sowjetischen Kinos. Stalin beschwört in seinen Reden das Vorbild aus dem 13. Jh. Seit 1942 erhalten verdiente Offiziere der Roten Armee den Alexander-Newskij-Orden. Die Daten aus den 1240er Jahren gehören in sowjetischen Geschichtsbüchern zu den

wichtigsten der Staatsgeschichte. Bis heute gilt der Verteidiger von Nowgorod bei Umfragen regelmäßig als »der größte Russe aller Zeiten« (Stökl 1990: 130 f.; Höslér 1995: 9–37; Schenk 2020).

Nun ist die Geschichte Moskaus bzw. Russlands eine Geschichte der Ausdehnung. Friedrich Engels bezeichnet Russland als »Eroberernation« (Engels 1975: 17). Unter dem Eindruck des Überfalls der Ukraine durch Russland hat dies dazu geführt, von einem »Irrweg in der russischen Geschichte« zu sprechen; bis heute habe Russland – anders als Deutschland – seine imperialistische Außenpolitik und die Bedrohung der Nachbarn nicht aufgegeben (vgl. Schulze Wessel 2023; Höslér 2023). Auch wenn es sich hierbei um eine Überakzentuierung aufgrund außerfachlicher Impulse handelt, bleibt dieser Widerspruch: Helden im Geschichtsbewusstsein, in der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur sind in Russland trotz der Expansionsgeschichte nicht Eroberer, sondern Verteidiger. Newskij ist dafür das markanteste Beispiel. Dies nur diskursiv und als Ausdruck einer willkürlichen, imperialen Ideologie zu deuten, greift zu kurz. Es ging nie nur um Abwehr oder Expansion, immer prägten beide Momente die Außenpolitik. Der Umstand, dass diese Überzeugung – wir haben die Gebiete erobert, aus denen wir immer wieder bedroht und angegriffen wurden; wir müssen selbst für unsere Sicherheit sorgen, da unsere Nachbarn uns immer wieder hintergehen – so tief ins Bewusstsein eingespart ist, liegt nicht nur am Interesse der Herrschenden, sondern vor allem an der sich tatsächlich wiederholenden Erfahrung, aus dem Westen, aus dem Norden und aus der Steppe im Südosten immer wieder angegriffen zu werden. Bis Mitte des 17. Jahrhunderts war die Existenz des Moskauer Fürstentums und des Zarenreichs wiederholt gefährdet durch Angriffe aus Polen-Litauen und Schweden. Diese beiden Machtgebilde löste Russland erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts als osteuropäische Großmächte ab. Im 19. Jh. gewannen imperialistische Motive

in der Außenpolitik der russischen Autokratie an Bedeutung und dominierten im Kontext der Konkurrenz imperialistischer Staaten das Momentum der Abwehr. Marx und Engels kritisierten dies wiederholt scharf.

Die Bolschewiki waren seit 1917 mit Bedingungen konfrontiert, die den in der internationalen Arbeiterbewegung gehegten Erwartungen einer künftigen Weltrevolution widersprachen (Hofmann 1984: 35 ff.). Sie sahen sich gezwungen, die Revolution und den Sowjetstaat mit militärischer Gewalt und Repression zu verteidigen: gegen die Konterrevolution, gegen 14 Interventionsarmeen, gegen Polens Angriffe 1920, später gegen die Expansion Japans und den Angriff Hitler-Deutschlands. Dies bedingte die Entstehung einer »Mentalität der belagerten Festung« und reproduzierte das Selbstverständnis eines immer wieder bedrohten, angegriffenen und grundsätzlich defensiv eingestellten Staates. Bis Ende 1923 verstand sich diese Außenpolitik auch als »Element eines revolutionären Weltprozesses« (Fülberth 1988: 7): die Weltrevolution sollte damit unterstützt werden. Nachdem auch diese Erwartung enttäuscht worden war, gab Stalin das Konzept des »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« aus. Die Außenpolitik wurde im Wesentlichen defensiv und zielte bis Ende 1938 auf ein System kollektiver Sicherheit. Erst nachdem die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs die Sowjets mit dem Münchner Abkommen ein weiteres Mal dupiert hatten, wurde dieses multilaterale Konzept aufgegeben. Es gab keine Alternative mehr zu bilateralen Abkommen und zur eigenständigen Verbesserung der territorial-strategischen Ausgangslage. Immer balancierte Stalins Außenpolitik dabei zwischen Abwehr und Expansion, um die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu wahren. Auch wenn in der Retrospektive inzwischen aufgrund außerfachlicher Motive andere Akzente gesetzt werden: Es waren die liberal-demokratischen Westmächte, die mit der Isolierung des sozialistischen Landes dieses zur eigenständigen Verteidigung seiner Interessen

gezwungen haben. Die Rückeroberung der von der Wehrmacht besetzten und ausgeplünderten Gebiete diesseits und jenseits der Grenzen der UdSSR durch die Rote Armee hatte im Wesentlichen die Funktion der Befreiung von Faschismus und Krieg (Geyer 1972; Hofmann 1984: 17; Fülberth 1988: 8–11; Pietrow-Ennker 2000; Nolte 2012: 54 ff.). Die Breschnew-Doktrin, die in den verbündeten Staaten keine Abweichung vom sowjetischen Kurs duldete, hielt die Balance von Abwehr und Expansion.

Nach der Auflösung der UdSSR hatte Moskau dem Triumphalismus der USA und der Ostausdehnung der NATO nichts entgegen zu setzen. Die NATO expandierte nicht wegen der Stärke, sondern wegen der Schwäche Russlands Richtung Osten. Seit 2007/08 betreibt die russische Regierung wieder eine betont eigenständige, aggressiver wahrgenommene Außenpolitik, da die USA, die NATO und die EU nicht bereit waren, legitime Sicherheitsinteressen Russlands anzuerkennen und gemeinsam mit Russland eine europäische Sicherheitsordnung zu errichten (Hösler 2022; Wood 2022).

3. Russen und Nichtrussen

Mit fortschreitender Ausdehnung wurde Russland sprachlich, kulturell und religiös heterogen. Mitte des 16. Jahrhunderts eroberte das Großfürstentum Moskau unter Iwan IV. die tatarischen, überwiegend muslimischen, bevölkerungsmäßig gleichwohl heterogenen Chanate Kasan und Astrachan. Damit war das Tor nach Sibirien aufgestoßen. Der Umgang mit dem Fremden wurde zum Dauerthema. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts war das Petersburger Imperium der bevölkerungsreichste Staat Europas. Infolge der Teilungen Polens werden eine Million Juden Untertanen des Zaren. Der Antisemitismus findet in der Folgezeit eine nicht unerhebliche Resonanz. Die Systemkrise des Russischen Reichs wird von antisemitischen Pogromen begleitet. Ende des 18. Jahrhunderts liegt aufgrund der Gebietserweiterungen der Bevölkerungsanteil der russischen Erstsprecher

erstmalig unter 50 Prozent. Bis zum Ersten Weltkrieg sinkt er weiter auf knapp 45 Prozent (44,6 %). In der UdSSR bewegt sich dieser Wert zwischen 53 und 58 Prozent (Bohn 2009: 33; Dohrn 2009: 393 ff.; Hildermeier 2022: 1266).

Mit der Gründung der UdSSR war nicht nur der Anspruch verbunden, mittels Sozialismus den Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie zu überwinden, sondern auch eine Alternative zum Modell des homogenen Nationalstaats zu finden, das sich insbesondere im östlichen Europa als nicht besonders geeignet erweist, wie die zahlreichen Nationalitätenkonflikte nach dem Ersten Weltkrieg und seit 1990 zeigen. Wie in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei wurde auch mit der Sowjetunion versucht, einen synthetischen Staat zu entwickeln, mit einem nicht mehr national definierten, sondern einem politisch begründeten, übernationalen Staatsvolk, im Fall der UdSSR mit dem »Sowjetvolk« (Lemberg 1994a und 1994b; Gerns 1988 und 2023). Naturgemäß fragt die bürgerliche Geschichtswissenschaft nicht nach der Verantwortung der Herrschenden in Deutschland, EU oder USA für das Scheitern dieser Projekte und für die Auflösung dieser Staaten. Seit dem Ende der UdSSR sind Russland und auch die Ukraine wieder belastet von dem Widerspruch zwischen nationalstaatlichem Homogenitätsanspruch und faktischer Bevölkerungsvielfalt. Für die Herrschenden in beiden Staaten hat der Krieg auch die Funktion, den Zusammenhalt der Titularnation zu festigen.

4. Privilegierte Oberschichten versus ausgebeutete Unterschichten

Man könnte einwenden, antagonistische Interessengegensätze zwischen Ober- und Unterschichten seien ein allgemeines Phänomen aller Klassengesellschaften seit der Antike. Aber in Russland scheint dieses Problemfeld doch in einer besonderen Weise ausgeprägt zu sein. Vom 15. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts ist die Masse der bäuerlichen Bevölkerung

mit der unablässigen Verschlechterung ihrer materiellen Lebensbedingungen konfrontiert. Die Gegenwehr im großen Bauernaufstand unter Iwan Bolotnikow während der »Zeit der Wirren« bleibt erfolglos. Dies nutzen die Herrschenden, um auch den rechtlichen Status der Unterschichten zu verschlechtern. Ziel dessen: weitere Aufstände im Keim zu ersticken. Dies gipfelt in der juristischen Festschreibung der Leibeigenschaft 1649. Seitdem ist die Leibeigenschaft der Bauern als sozioökonomische Basis des Herrschaftssystems juristisch fixiert. Politisch aufrecht erhalten und legitimiert wird dies von der Autokratie des Zaren im Bündnis mit Adel und Russisch-Orthodoxer Kirche. Drei machtvolle Aufstände der Zaporoger Kosaken unter Bogdan Chmelnyzki Mitte des 17. Jahrhunderts, der Donkosaken unter Stepan Rasin 1667 bis 1671 und der freien Bauern, Leibeigenen, muslimischen Bevölkerungsgruppen und Fabrikarbeiter unter der Führung von Jemeljan Pugatschow 1773/74 können dieses Herrschaftssystem nicht beseitigen. Die Dorfgemeinde (obschtschina, mir) hilft den Bauern jahrhundertlang, unter diesen Bedingungen auszuhalten. Für sie hat der Mir (russ. auch Welt, Frieden) die Funktion, das zu bearbeitende Land periodisch umzuverteilen und die gutherrliche Belastung kollektiv zu schultern. In ihrer Umteilungsgemeinde erfahren und praktizieren die Bauern Solidarität; kollektiv beraten sie ihre Interessen. Hier wird der Widerstand gegen Gutsbesitz und staatliche Repression besprochen und organisiert. Gutsbesitz und Staat halten am Mir fest; er garantiert die Abgaben, er bietet eine Handhabe, die Gemeinde kollektiv zur Verantwortung zu ziehen.

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 nimmt die Bedeutung des Mir zu, denn nicht der einzelne Bauer, sondern die Gemeinde wird Eigentümer des vormaligen Gutsbesitzes. Sie schützt die Bauern vor Vermarktlichung und sozialer Differenzierung. Erst die Stolypinschen Reformen 1906 erlauben den Bauern erstmals den Austritt aus der Umteilungsgemeinde,

woraufhin sich die soziale Differenzierung vertieft. Die Armut treibt die Bauern in die Industriestädte, wo sie zu Arbeitern werden und das Proletariat rasch vergrößern; auch diese neue Klasse lebt überwiegend in extremer Armut (Haumann 1996: 60 ff.; Hildermeier 2013: 347 ff.).

Erstmals in der Geschichte Russlands und in der Weltgeschichte beginnt mit der Oktoberrevolution 1917 der Versuch, den dem kapitalistischen System wesenseigenen Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufzuheben. Staatliches, genossenschaftliches und gesellschaftliches Eigentum wird ausgebaut, privates Eigentum an Produktionsmitteln zurückgedrängt. Die sozioökonomische Distanz zwischen Ober- und Unterschichten wird signifikant verringert. Unterschiede der Einkommen in der UdSSR in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bewegen sich in einem für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften unüblich moderaten Verhältnis von 1:10 (Nolte 2012: 346).

Aber den arbeitenden Massen wurde weiterhin viel abverlangt. Infolge der gegenrevolutionären Intervention von außen und des Bürgerkriegs von 1917 bis 1920 verzeichnete das Land den Verlust von etwa einem Viertel des Nationalvermögens Russlands vor 1914 – über die Kriegsschäden hinaus! 1945 war die Sowjetunion eine Siegermacht, aber im Innern abermals zerstört und verwüstet. Die Wehrmacht hat bei ihrem Rückzug »verbrannte Erde« zurückgelassen; sie hatte »ein Territorium okkupiert und ausgeplündert, auf dem früher 45 Prozent der Bevölkerung, 33 Prozent der Industrieproduktion, 47 Prozent der landwirtschaftlichen Anbauflächen und 55 Prozent des Schienennetzes konzentriert waren.« (Deppe/Meyer 1984: 17). Mitte der 1950er Jahre erreichte die Volkswirtschaft der UdSSR wieder das Vorkriegsniveau.

Bis Mitte der 1960er Jahre werden die Menschen immer wieder konfrontiert mit existenzieller Verunsicherung. Die Mehrheit

kommt erst nach der Ablösung Nikita Chruschtschows durch Leonid Breschnew im Oktober 1964 zur Ruhe. Lebens- und Familienplanung sowie sozioökonomische Aufstiegsprozesse werden in ruhigeren Bahnen als bisher realisierbar. Keineswegs stagniert die Gesellschaft dabei. In den 1960er/70er Jahren holt die Sowjetgesellschaft innerhalb von nur zwei Jahrzehnten die Strukturveränderungen nach, die sich in den kapitalistischen Industrieländern deutlich langsamer seit Beginn des 20. Jahrhunderts über fünf bis sechs Jahrzehnte hinweg vollzogen haben (Fedossow 1987: 23–25). Darauf müssen Strukturpolitik und vor allem Bildungspolitik mit immensen staatlichen Investitionen reagieren. Die von den USA und der NATO aufgedrängte militärische Aufrüstung stört hierbei massiv. Daraus folgt die soziale Überdehnung der Ökonomie. Seit Mitte der 1970er Jahre sind die arbeitenden Volksmassen wieder mit sinkendem Lebensstandard konfrontiert. Die Probleme verschärfen sich während der Perestrojka und in der kapitalistischen Schocktherapie dramatisch, bis die wirtschaftliche Entwicklung unter Putin konsolidiert wird und der allgemeine Lebensstandard wieder etwas steigt (Segbers 1989; Jaitner 2014; Segert 2023).

5. Starker Staat versus schwache Gesellschaft

Die Kiewer Rus konnte von den Tataren besiegt und aufgelöst werden, weil sie dezentral angelegt war, nur über eine schwache Zentralmacht verfügte und im Innern uneins blieb (zum Folgenden Stökl 1990: 101 ff.; Kappeler 1997: 47–53; Torke 1997: 34 ff.). Das moskowitzische Fürstentum setzte sich gegen alle Konkurrenten durch, weil sich eine starke Zentralmacht entwickelt hatte, die von Adel, Kirche und Bevölkerung erfolgreich Loyalität einforderte. Dieses Muster: starker Staat und loyale, schwache Gesellschaft, die das Autoritäre, Patriarchale und Imperiale akzeptiert, hat sich über sieben, acht Jahrhunderte hinweg bewährt und wird immer wieder reproduziert.

Es wird zum Erfolgsmodell der Herrschenden im Russischen Reich. Zar Peter I. hat damit Russland zu Beginn des 18. Jahrhunderts in die Neuzeit geprügel, ohne Rücksicht auf Verluste. Die Untertanen wurden wie Werkzeug vernutzt. Der Staat schwoll, das Volk schmachtete unter Peter I., so der liberal-konservative Historiker Wasilij Kljutschewskij, der Lehrer von Michail Pokrowskij, treffend.

Die damit verbundene Reproduktion des Autoritären, des Patriarchalen und des Imperialen konnte nach 1917 nur ansatzweise und vorübergehend abgeschwächt werden. Stärker als erwartet musste das Projekt des Roten Oktobers sich mit Gewalt behaupten (Hofmann 1984: 29–49). Ein wehrhafter, repressiver Staat wurde benötigt angesichts der gegenrevolutionären Kräfte im Innern und von außen. Dissens wurde nicht mehr toleriert. Der starke Staat blieb notwendig, um mit zentraler Planung die Kollektivierung, die Industrialisierung, die Aufrüstung und den soziokulturellen Aufbau der Gesellschaft zu realisieren. Stalin konnte unter diesen Bedingungen in Verbindung mit Terror und Massenmobilisierung eine exzessiv macht-orientierte Ordnung errichten, die über die objektiv bedingte »Erziehungsdiktatur« (Hofmann) hinausging. Die Gesellschaft wurde von einem neuartigen diktatorisch-autokratischen System ohne Rücksicht auf Verluste zur nachholenden Modernisierung geprügel, die diesmal sozialistisch definiert war (Nolte 2012: 234 ff.; Kosing 2016: 32; Deppe 2017: 107–171).

Der Stalinismus wurde nach Stalins Tod auf bemerkenswert friedliche Weise, aber nur halbherzig abgebaut. Täter des Terrors wurden nicht angemessen ermittelt und bestraft, Stalinisten nicht wirklich entmachtet. Die »Humanisierung des Sozialismus« und seine Re-Demokratisierung gelangen nicht (Schmidt 2016: 238). Seit der Ablösung Chruschtschows durch Breschnew machte die Führung der Kommunistischen Partei Schluss mit der Fehlersuche bei(m) Stalin(ismus) (Höslér 1995: 84; Kosing 2016: 25). Wie schon im ersten

Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution, entwickelt sich auch nach Stalin kein Resonanzverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Es ist bei einem Verfügungsverhältnis geblieben, in dem der starke Staat die mitunter umfangreiche Aktivität der Gesellschaft steuert und kanalisiert (Rosa 2016; Dörre 2022: 96–99). Die sowjetische Arbeiterklasse konnte gegen Partei- und Staatsbürokratie keine eigene Kraft bilden, sie »konnte sich aus der Gefangenschaft des Sozialpaternalismus nicht lösen.« Sie vermochte es nicht, ein Gegenmodell von unten zu entwickeln (Pirker 2024).

Deshalb blieb auch die Perestrojka eine Umgestaltung von oben, scheiterte und änderte nichts an dieser Vorgegebenheit. Die Erfahrung der Krise unter Jelzin hat das gesellschaftliche Bedürfnis nach einem patriarchalen Staat eher gestärkt. Bei alledem sollte Gesellschaft nicht bloß als staatliche Veranstaltung (Geyer) verstanden werden. »Veranstalter« sind auch unter diesen spezifischen Bedingungen immer beide: Staat und Gesellschaft. Es gilt, das widersprüchliche Wechselverhältnis zwischen Staatsorganen und gesellschaftlichen Akteuren zu analysieren. Nicht zuletzt aufgrund der Weite und der »Unterverwaltung« des Landes gab und gibt es immer Freiraum, Eigenaktivität und Eigensinn der Bevölkerung, so dass die Analyse »nicht allein von der Staatsspitze her ausgehen« kann (Kappeler), sondern die Dynamik und die Widersprüche herausarbeiten muss, die durch das dialektische Verhältnis zwischen einem starken Staat und einer lebendigen, aber immer wieder gemaßregelten Gesellschaft generiert werden.

Zusammenfassung

Seit mehreren Jahrhunderten werden Strukturen und Mentalitäten reproduziert, die ausnehmend stark religiös und von den konservativen Werten der Russisch-Orthodoxen Kirche geprägt sind, verbunden mit einem auch zu Selbstgerechtigkeit neigenden defensiven Selbstverständnis und einem autoritär, patriarchal und imperial

definierten Verfügungsverhältnis zwischen einem starken Staat und einer immer wieder ruhig gestellten Gesellschaft. Der sowjetische Sozialismus konnte dies nur kurzzeitig aufbrechen und wurde seinerseits von diesen Vorgegebenheiten stark geprägt.

Über diese Problemfelder hinaus wirken die Belastungen aus den Kriegen des 20. Jahrhunderts nach. Hans-Heinrich Nolte hat für alle militärischen Auseinandersetzungen, an denen Russland vom Russisch-Japanischen Krieg 1905 bis einschließlich des Zweiten Weltkriegs beteiligt war, eine Zahl von fast 49 Millionen gefallenen, verwundeten und vermissten Soldaten ermittelt. Die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg bleibt mit dem Bewusstsein des Verlusts von 27 Millionen Menschen, vor allem in den ukrainischen, weißrussischen und westrussischen Gebieten verbunden (zehn Mio. gefallene Soldaten und 17 Mio. tote Zivilisten). Bei dem neunjährigen Einsatz in Afghanistan, dem dort zehn Millionen Menschen zum Opfer fielen, betrug die Zahl der Gefallenen, Verwundeten und Vermissten der sowjetischen Truppen etwa 485.000, darunter 14.700 Tote (Nolte 2012: 264–268 und 334).

Eine weitere, kaum zu überschätzende Belastung stellt der Terror des Stalinismus von 1928 bis 1953 dar. Die Zahlen der Todesopfer und Lagerhäftlinge sind bis heute umstritten, die Klärung ist problematisch. Seriöse Berechnungen bewegen sich zwischen sieben und zehn Millionen Todesopfern, darunter die Opfer der Hungersnot von 1932/33 in der Ukraine, in Südrussland und Kasachstan. Von den staatlichen Repressionen war statistisch gesehen fast jeder zweite sowjetische Haushalt in irgendeiner Weise betroffen. Eine Atmosphäre der Angst legte sich wie eine schwarze Decke über das Land (Nolte 2012: 234 ff.; Deppe 2017: 115 ff.; Hildermeier 2022: 470 ff.).

In Folge dessen ist von einer unermesslichen Brutalisierung und Traumatisierung der Gesellschaft auszugehen. Eine politische oder sozialpsychologische Aufarbeitung hat weder nach 1945 noch nach 1953 stattgefunden. Staats- und

Parteiführung versäumten es, diesem Problem mittels juristischer Aufarbeitung abzuhelpfen. Es fehlte das politische Interesse, es fehlten auch Zeit und Kraft (Fieseler 2002; Merl 2002). In Dichtung und Literatur, z. B. bei Anna Achamatowa und Tschingis Aitmatow, kommt dies zum Ausdruck. Die 1972 in Moskau geborene, inzwischen in Berlin lebende Lyrikerin Maria Stepanowa ist überzeugt, »dass die Mentalität der Gesellschaft durch einen ›traumatischen Korridor‹ geformt ist: eine Folge von historischen Traumata, die nie gelöst oder behandelt wurden.« Die Menschen müssen seit Jahrzehnten, ob in ihrem Alltag, im Berufsleben oder in politischen Funktionen, damit irgendwie zurechtkommen, müssen agieren auf den Trümmerhaufen und Leichenbergen der Vergangenheit. Stepanowa fürchtet, dass in Folge dessen unter den Bedingungen der konservativen Wende (präziser: im Rahmen der seit 1990 andauernden Gegenrevolution) umfassender als in anderen Ländern die Zukunftsfähigkeit verloren gehe: »Niemand [...] betrachtet die Gegenwart als Vorstufe eines noch zu erringenden Paradieses. Man träumt nicht von der Zukunft, sondern von der Vergangenheit.« (Stepanowa 2017). Das ist die Konstellation, in der die staatliche Geschichtspolitik autoritäre, patriarchale und imperiale Identifikationsangebote erfolgreich anbietet, um materiellen Mangel und vorenthaltende Partizipation zu kompensieren (Langenohl 2009; Höslner 2009). Progressives Denken, das auf solidarisches Engagement von unten für einen humanistischen, demokratischen und nachhaltigen Sozialismus zielt, wird diskursiv und repressiv marginalisiert. Zur Beisetzung des Putin-Kritikers Nawalny flackerte ein »liberales« Russland auf, das dabei ist, sich dem politischen Westen zu verkaufen. In Regierungserklärungen zeigen sich durchaus vernünftige Positionen, wie zum Beispiel in Putins Rede an die Föderationsversammlung am 29. Februar 2024 die Feststellung, »Selbständigkeit, Selbstgenügsamkeit und Souveränität« sollten die drei Prinzipien russischer Politik werden

(Lauterbach 2024). Sonst wird die Szenerie dominiert von Konservatismus, Nationalismus, slawophilem Denken und folkloristischer Idyllisierung der vorrevolutionären Zeit und ihrer Helden – ein wahrer »Alp auf dem Gehirne der Lebenden« (Marx). Für alle wäre es besser, Russland zu verstehen, es weder zu mystifizieren noch zu dämonisieren.

Unser Autor ist Apl. Prof. für Neuere und Osteuropäische Geschichte Philipps-Universität Marburg, Seminar für Neuere Geschichte und Mitherausgeber der »Marxistischen Blätter«.

Literatur

- Bohn, Thomas 2009: Demographie, Bevölkerungsverteilung. In: Ders./Neutatz, Dietmar (Hg.) 2009: Studienhandbuch Östliches Europa, Band 2, Köln: 32–40.
- Deppe, Frank 2017: 1917–2017. Revolution & Gegenrevolution, Hamburg.
- Deppe, Frank/Meyer, Gert 1984: Vorwort. In: Hofmann, Werner (1984): Was ist Stalinismus? Heilbronn: 7–19.
- Dörre, Klaus 2022: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.
- Dohrn, Verena 2009: Juden. In: Bohn/Neutatz (Hg.) 2009: Studienhandbuch a. a. O.: 393–398.
- Engels, Friedrich 1975 [1853]: Worum es in der Türkei in Wirklichkeit geht. In: MEW 9: 13–17.
- Fedossow, Pjotr 1987: Leben in der Sowjetunion, Heilbronn.
- Fieseler, Beate 2002: Innenpolitik der Nachkriegszeit 1945–1953. In: Plaggenborg, Stefan (Hg.) 2002: Handbuch der Geschichte Russlands, 5, I: 1945–1991, Stuttgart: 36–77.
- Fülberth, Georg 1988: Zurück zu Stalin? In: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik, Heft IV: 5–14.
- Gerns, Ditte 1988: Nationalitätenpolitik der Bolschewiki. Die Herausbildung der bolschewistischen Konzeption der Nationalitätenpolitik von den Anfängen der marxistischen Bewegung in Rußland bis zur ersten Verfassung der UdSSR, Düsseldorf.
- Gerns, Ditte 2023: Lenin und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. In: MBI, H. 1: 81–87.
- Geyer, Dietrich (Hg.) 1972: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik I, 1917–1955, Köln.
- Goehrke, Carsten 2010: Russland. Eine Strukturgeschichte, Paderborn etc.
- Hauptmann, Peter/Stricker, Gerd (Hg.) 1988: Die Orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte 1860–1980, Göttingen.
- Haumann, Heiko 1996: Geschichte Russlands, München.
- Hildermeier, Manfred 2013: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, München.
- Hildermeier, Manfred 2022: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München.
- Höslér, Joachim 1995: Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953 bis 1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte, München.
- Höslér, Joachim 2009: Der »Große Vaterländische Krieg« in der postsowjetischen Historiographie. In: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland, hrsg. von Lars Karl und Igor J. Polianski, Göttingen: 237–248.
- Höslér, Joachim 2022: Zu Russlands Transformation, Geschichtspolitik und Imperialismus. In: MBI, H. 4, Beilage: 13–23.
- Höslér, Joachim 2023: Der Fluch der außerfachlichen Impulse. Rezension zu Schulze Wessel 2023. In: MBI, H. 5–6: 190–192.
- Hofmann, Werner 1984: Was ist Stalinismus? Vorwort von Frank Deppe und Gert Meyer, Heilbronn.
- Jaitner, Felix 2014: Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin, Hamburg.
- Kappeler, Andreas 1997: Russische Geschichte, München.
- Koselleck, Reinhart 1995: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M.
- Kosing, Alfred 2016: Stalinismus – Untersuchung von Ursprung, Wesen und Wirkungen, Berlin.
- Landefeld, Beate 2023: Kräfteverhältnisse und Formen der Ostexpansion. In: MBI, H. 3: 98–105.
- Lauterbach, Reinhard 2024: Russland koppelt sich ab. In: junge Welt, 1.3.: 2.
- Lemberg, Hans 1994a: Der Versuch der Herstellung synthetischer Nationen im östlichen Europa im Lichte des Theorems von Nation-Building. In: Schmidt-Hartmann, Eva (Hg.) 1994: Formen des Nationalbewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismus-Theorien, München: 145–161.

- Lemberg, Hans 1994b: Unvollendete Versuche nationaler Identitätsbildungen im 20. Jahrhundert im östlichen Europa – die »Tschechoslowaken«, die »Jugoslawen«, das »Sowjetvolk«. In: Berding, Helmut (Hg.) 1994: Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2, Frankfurt/M.: 581–607.
- Marx, Karl 1978 [1852]: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW 8: 111–207.
- Merl, Stephan 2002: Entstalinisierung, Reformen und Wettlauf der Systeme 1953–1964. In: Plaggenborg (Hg.) 2002: Handbuch a. a. O.: 175–318.
- Nolte, Hans-Heinrich ³2012: Geschichte Russlands, Stuttgart.
- Pietrow-Ennker, Bianca (Hg.) 2000: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M.
- Pirker, Werner 2024 [2010]: Der Antiimperialist. In: junge Welt, 13./14.1.: 4 f.
- Rosa, Harmut 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehungen, Berlin.
- Schenk, Frithjof Benjamin 2020: Alexander Newski – Russlands unsterblicher Held, unter <https://www.owep.de/artikel/alexander-newski-russlands-unsterblicher-held> (Zugriff am 21.8.2023).
- Schulze Wessel, Martin ⁴2023: Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte, München.
- Schmidt, Werner 2016: Peter Weiss – Leben eines kritischen Intellektuellen, Berlin.
- Segbers, Klaus 1989: Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt/Main.
- Segert, Dieter 2023: Post-sowjetischer Kapitalismus als Gesellschaftsform – Russland und Ukraine im Vergleich. In: Z., H. 133: 25–37.
- Stepanowa, Maria 2017: In Russland geht es bei Geschichtsfragen nie um die Wahrheit. In: Neue Zürcher Zeitung, 24. April.
- Stökl, Günther ⁵1990: Russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart.
- Torke, Hans-Joachim 1997: Einführung in die Geschichte Rußlands. München.
- Wood, Tony 2022: Die Matrix des Ukraine-Krieges. In: MBI H. 5, Beilage: 2–19.

Das Erbe aneignen: Find es im Fundus

www.marxistische-blaetter.de/de/topic/10.fundus.html

Im Vorfeld unseres 60. Geburtstages im vergangenen November sind wir mit einer neuen Webseite online gegangen, mit der wir unseren Abonnent:innen den digitalen Zugriff auf alle bisher erschienenen Marxistischen Blätter geben. Dazu gehört auch unser »Fundus«, das Redaktionsarchiv von Zeitschriften, die bis 1989/90 im Umfeld der DKP unsere Wegbegleiter und auch Partner waren.

Neu im Fundus sind jetzt:

- **AIB** – Antiimperialistisches Informationsbulletin (1970–1988)
- **elan** – Jugendmagazin der SDAJ (1968–1989)
- **Facit** – SDS/MSB Spartakus (1965–1975)

Schon vorhanden:

Marxismus Digest-IMSF (1970–1977), **Rote Blätter** – Studentenmagazin des MSB Spartakus (1971–1989), **Kürbiskern** – Literatur, Kritik, Klassenkampf (1965–1987), **Tendenzen** – Blätter für engagierte Kunst (1960–1989), **Eiserne Lerche** – Hefte für demokratische Musikkultur (1976–1989), **Düsseldorfer Debatte** – Zeitschrift für Politik. Kunst. Wissenschaft (1984–1988), **Sozialistische Politik** (1969–1978), **Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie** (1971–1986)

Mehr für's Abo! Jetzt abonnieren!

Redaktionelle Vorbemerkung zum Anhang

Im Folgenden dokumentieren wir auszugsweise zwei Beiträge aus der Führung der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation (KPRF): von Gennadi Sjuganow, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der KPRF, von Mai 2020, und von Wladimir Nikitin, dem Vorsitzenden des Koordinationsrates der landesweiten Organisation Russkij Lad (Russische Einheit) von Januar 2024; Nikitin ist auch Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF und er war von 1996 bis 2015 Abgeordneter der Staatsduma.

Beide thematisieren die Krise Russlands und formulieren ihre Lösungsvorschläge. Sjuganow tut dies fast zwei Jahre vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, aber unter dem Eindruck des sich zuspitzenden Konflikts mit dem politischen Westen. Nikitin schreibt im zweiten Kriegsjahr und reagiert auf einen Erlass des Präsidenten zur »Erhaltung und Stärkung der traditionellen geistigen und moralischen Werte Russlands«, den Wladimir Putin Mitte Dezember 2023 der Presse vorstellte.

Beide Kommunisten tragen (geschichtsphilosophisch betrachtet) keine materialistische und (aus sozialistischer Sicht gefragt) keine sozialpolitische Kritik am Präsidentenerlass vor. Sie formulieren beide eine slawophile, eurasische Antwort auf die »russische Frage«, in der sie die wesentliche Krise des Landes

sehen. Sie berufen sich dabei auf das orthodoxe Christentum, aber auch auf vorchristliche Glaubensrichtungen.

Referenzen finden sie ganz überwiegend in der vorrevolutionären Geschichte Russlands: z. B. Fürst Newskij, Großfürst Donskoi, der 1380 als erster die Tataren besiegte, die Anführer des Landesaufgebots 1612 gegen polnische Truppen in Moskau, Minin und Poscharski, der Feldherr Suworow, der 1794 in Polen die Anhänger der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution unterdrückte, der alte, im Vaterländischen Krieg sehr populäre Offizier Kutusow, die Schriftsteller Puschkin, Turgenjew und Dostojewski, der idealistische Dichter und Diplomat Tjutschew, der antiaufklärerische Slawophile Danilewski, der wissenschaftlich die Überlegenheit und Vollkommenheit Russlands nachzuweisen suchte; aus der Sowjetzeit der Philosoph Iwan Iljin, der 1934 für die Formierung eines neuen russischen Menschen warb, Stalin und ein klein wenig Lenin.

Indem sie die Bedeutung des orthodoxen Christentums, der kontinuierlichen Bedrohung Russlands von außen sowie der Überlegenheit der Russen betonen und konservative, nationale und slawophile Denkfiguren verwenden, reproduzieren und illustrieren sie die Problemfelder, die Joachim Hösler in seinem Beitrag darlegt.

Das russische Rückgrat der Macht

Gennadi Sjuganow¹

[...] 1990 gab es in Russland über 120 Millionen Russen, heute sind es 10 Millionen weniger. Weitere 25 Millionen Russen lebten zu dieser Zeit außerhalb der Russischen Föderation. Ihre Zahl hat sich in den letzten 30 Jahren ebenfalls um 10 Millionen verringert. Zwanzig Millionen Menschen weniger – ein Opfer, das mit dem vergleichbar ist, das wir während des Großen Vaterländischen Krieges erlitten haben! [...] Ohne die Würde und die Interessen der anderen ethnischen Gruppen, aus denen sich das multi-nationale russländische Volk zusammensetzt, herabzusetzen, muss man zugeben, dass die russische Frage heute die akuteste und brennendste Frage ist. Von ihrer Lösung hängt das Schicksal Russlands und aller in seinen Grenzen und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion lebenden Völker ab.

Wir Kommunisten sind überzeugte Befürworter und Anhänger des Internationalismus. Und wir verstehen gut: Jede Nation ist daran interessiert, ihre Sprache, ihre Kultur, ihren Glauben, ihre traditionelle Lebensweise und ihr Wohlergehen zu bewahren. Aber die Russen sind das geistige, moralische und souveräne Rückgrat des Landes. [...]

Wenn die Krise des russischen Ethnos, die durch die zerstörerischen Prozesse der letzten 30 Jahre verursacht wurde, anhält, wenn seine Zahl weiterhin so schnell abnimmt, wird dies fatale Auswirkungen auf den eurasischen Raum und den gesamten Planeten haben. Es wird schließlich die geopolitische und wirtschaftliche Stabilität der Welt zu Fall bringen, in der die Russen seit Jahrhunderten eine der Schlüsselnationen sind, die ihr Aussehen, ihre Geschichte, ihre moralischen und ethischen

Ideale prägen. [...] Die KPRF ist die einzige politische Kraft, die in all den postsowjetischen Jahren konsequent die Idee der Wiederherstellung von Demokratie und Gerechtigkeit, der Stärkung des national ausgerichteten Regierungssystems in der Gesellschaft und im Land verteidigt hat. Es ist logisch, dass die russische Frage, von der die Schlüsselprobleme unseres Staates untrennbar sind, diejenige ist, die wir immer wieder aufwerfen und gründlich analysieren. [...]

In Russland ist das patriotische Gefühl viel früher entstanden als die politische, wirtschaftliche oder kulturelle Einheit seiner Völker. Deshalb versuchten alle Feinde Russlands, wie auch heute, dieses Gefühl zu zerstören, die Russen und andere ihnen nahestehende Völker Eurasiens in ein zweitklassiges Ebenbild der Deutschen, der Horde, der Byzantiner, der Waräger, der Chasaren zu verwandeln... Aber jedes Mal erwies sich das patriotische Gefühl als stärker als der Druck von außen. Russland wurde nicht zu einer Kolonie, es löste sich nicht in fremde Ethnien auf. Das war an sich schon eine historische Leistung. Vor allem in Anbetracht der schwierigen Bedingungen, unter denen unser Land zu leiden hatte: kaltes Klima, Mangel an landwirtschaftlich nutzbarem Boden und eine offen feindselige Umgebung an den gesamten westlichen und östlichen Grenzen des Landes. [...]

Die Einzigartigkeit und Stärke der russischen Welt liegt in der Tatsache, dass sie versuchte, genau die besten Eigenschaften des Ostens und des Westens zu vereinen, dass sie aus einer Kombination von hoher Spiritualität, Bekenntnis zu traditionellen Werten und Kollektivismus und innovativem Denken, dem Streben nach wissenschaftlichen und kulturellen Höhenflügen erwuchs. [...] Das von den Russen

1 Vorsitzender des Zentralkomitees der KPRF.
Aus: Krasnaja Liniija, 14.5.2020.

geschaffene Reich ist das einzige in der Weltgeschichte, das nicht durch Eroberung, Raub und Ausrottung anderer Völker entstanden ist, sondern durch verbündete Einheit mit ihnen, in der Regel auf freiwilliger Basis. Auf diesem Weg mussten die Russen nur dann zu den Waffen greifen, wenn sie die Völker, die mit ihnen ein Bündnis eingingen, unter ihren Schutz nahmen und ihnen halfen, sich gegen die Eindringlinge zu verteidigen, die ihnen mit Untergang drohten.

Russland hat eine herausragende militärische Geschichte. Aber dies ist keine Geschichte der Aggression, sondern eine Geschichte der Friedensstiftung. Es ist die Geschichte nationaler Befreiungskriege gegen Aggressoren, die in unser Land eingedrungen sind, und die Geschichte der Rettung anderer Völker vor ausländischer Intervention, Völkermord und Zerstörung. So war es auch im XVII. Jahrhundert, als die Ukraine, die sich gegen die polnische Unterdrückung auflehnte, mit Russland wiedervereinigt wurde. [...] Seit Jahrhunderten ist unser Land das Haupthindernis für all jene, die nach der Weltherrschaft streben [...] Unsere Armee hat nie die Art von Raub und Verrat begangen, auf der das System des globalen Kapitalismus gewachsen ist. [...]

Die Kombination aus großem Mut und bedingungslosem Humanismus war schon immer der Schlüssel zu den siegreichen Taten des russischen Soldaten. Am deutlichsten kam dies im Sowjetland und in der Roten Armee zum Ausdruck, die den Kampf gegen den Faschismus aufnahm. Im Großen Vaterländischen Krieg war unser Volk wirklich geeint. Ihre Einheit war die wichtigste Grundlage für den Sieg im Mai 1945. Diese Einheit hat sich in allem entschlossen gezeigt. Die sowjetische Führung und die Kommunistische Partei teilten voll und ganz das Schicksal der kämpfenden Menschen. Alle erwachsenen Söhne der Politbüromitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gingen an die Front, viele von ihnen starben heldenhaft. Die Einheit von Macht und Gesellschaft zementierte eine

beispiellose nationale Solidarität und diente treu der Sache des Sieges über den Feind.

Kann man sich das im heutigen kapitalistischen Russland vorstellen, das von einer Oligarchie regiert wird, die das Land in den Bankrott treibt und es vorzieht, im Ausland, auf dem Territorium unserer Hauptgegner, Bankkonten zu unterhalten, sich Krankenversicherungen zu lassen und ihre Kinder auszubilden? [...]

»Lasst euch in diesem Krieg vom mutigen Bild unserer großen Vorfahren – Alexander Newski, Dmitri Donskoj, Kusma Minin, Dmitri Poscharski, Alexander Suworow, Michail Kutusow – inspirieren«, sagte Stalin am 7. November 1941. Diese Worte wurden von der Tribüne des Lenin-Mausoleums bei einer Militärparade anlässlich des 24. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gesprochen. [...]

Ein richtiges Verständnis der russischen Geschichte im Allgemeinen und ihrer herausragenden sowjetischen Periode ist nicht möglich, ohne zu erkennen, dass die sozialistische Idee im Christentum verwurzelt ist. In der evangelischen Verkündigung von Barmherzigkeit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Ablehnung von Lüge und Ausbeutung. Die primäre Grundlage der sozialistischen Weltanschauung liegt in diesem Glauben, mit dessen Annahme sich die Russen schließlich zu einer geeinten Nation formten. [...] Wir sollten nicht von einem Widerspruch des Sozialismus zum Christentum sprechen, sondern von der historisch natürlichen Entwicklung des Bewusstseins, der Weltanschauung und der Moral der Menschen, die in der Orthodoxie verwurzelt sind, hin zu ihrer politischen und sozialen Umsetzung. Und eine solche Umsetzung ist nur in einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, im Sozialismus möglich. [...] Erinnerung sei nur an das Treffen zwischen Stalin und den Metropoliten der Russisch-Orthodoxen Kirche im September 1943. Es war von großer historischer Bedeutung und trug in den harten Kriegsjahren zu einer noch größeren Stärkung der nationalen Einheit bei. [...]

Der Sozialismus und die Sowjetmacht wurden für Russland zu einer neuen historischen Form der jahrhundertealten russischen Idee, die nicht nur bewahrte, sondern zum ersten Mal in der Praxis verkörperte, was in ihr wesentlich ist: Altruismus, Kollektivismus, Gerechtigkeitsdrang, Opferbereitschaft im Namen höherer Ideale. [...] Anders als der Kapitalismus zielt der Sozialismus in erster Linie darauf ab, den Boden zu beseitigen, auf dem ethnische Unterschiede und Konflikte entstehen. Er schafft die Voraussetzungen für eine Annäherung der Nationen, die die Klassenspaltung auf der Grundlage von Zusammenarbeit und gegenseitiger Bereicherung überwunden haben. Dies unterscheidet sich grundlegend von der nationalen und kulturellen Vereinheitlichung, die der Kapitalismus seit langem erzwungen hat. Daher ist der Gegensatz von Patriotismus und Internationalismus, der das Gegenteil des antinationalen kapitalistischen Kosmopolitismus ist, in seinem Wesen absolut unbegründet. [...]

Unter Stalin wurden bewusst wichtige Schritte unternommen, um die Kosten und Spaltungen der Vergangenheit zu überwinden. Seit den frühen 1930er Jahren verurteilte die UdSSR kategorisch die Versuche, die vorsowjetische russische Geschichte nur als eine Mischung aus Rückständigkeit, Unterdrückung und aggressiven Feudalkriegen darzustellen. Die Herrscher, Feldherren und Diplomaten des Landes wurden in Schulbüchern und literarischen Werken als lebendige, vielschichtige Persönlichkeiten dargestellt. Die kontinuierliche historische Entwicklung des Kiewer und des Moskauer Russlands, des petrinschen Russlands und des Sowjetlandes wurde hervorgehoben. Und nach dem Sieg sprach Stalin offen davon, dass das entscheidende Verdienst daran den Russen zukomme. Er wurde nicht müde, uns daran zu erinnern, worauf die Kommunistische Partei besteht, was in unserem Programm steht und was wir fordern, dass es sich bedingungslos in der Verfassung widerspiegelt: Die Russen sind

das Volk, das die Nation bildet, das eine zentrale, einigende Rolle in unserem Vaterland spielt, wie es die Geschichte vorgesehen hat. [...]

Nach dem Sieg schuf unser Land einen neuen geopolitischen Raum – das sozialistische Gemeinwesen unter der Führung der Sowjetunion. Es wurde ein geopolitisches und wirtschaftliches Modell eingeführt, das eine hervorragende Verschmelzung zweier traditioneller russischer Konzepte darstellte: des imperialen – mit seiner Idee der staatlichen Autarkie – und des panslawischen, das auf der Idee eines slawischen Großraums beruhte. [...]

Stalin hinterließ ein Land, in dem das Volkseinkommen bis Mitte der 1950er Jahre im Vergleich zu den späten 1920er Jahren um das 14-fache wuchs und in dem die Industrie jedes Jahr um durchschnittlich 12,3 Prozent zulegte. [...] Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg zwischen 1929 und 1955 um 23 Jahre. Die Bevölkerung wuchs um 40 Millionen. Vor allem dank des schnellen Wachstums der russischen Bevölkerung. Und dies trotz der schrecklichen Verluste während des Großen Vaterländischen Krieges, der 27 Millionen Sowjetbürger, darunter 20 Millionen Russen, das Leben kostete. [...] Dieser gigantische Erfolg beruhte auf drei entscheidenden Faktoren: einer klugen strategischen Planung, massiven staatlichen Investitionen in die Entwicklung und einer gerechten Verteilung des Volkseinkommens zum Nutzen des Staates und seiner Bürger. Und das heißt im Interesse des russischen Volkes, das die absolute Mehrheit im Staat stellt. [...]

1987 machte die UdSSR ein Fünftel der weltweiten Industrieproduktion aus, während der Anteil des heutigen Russlands fast zehnfach geringer ist. Unser Land produzierte pro Bürger 4,5 mal mehr Industrieproduktion als der Weltdurchschnitt. Während in den Vereinigten Staaten die Wachstumsrate des Volkseinkommens etwa 3% pro Jahr betrug, waren es in der UdSSR mehr als 4%. Bei der Wachstumsrate der Industrieproduktion

übertrafen wir Mitte der 1980er Jahre Amerika um das Doppelte: 5,3 % gegenüber 2,6 %. Auch in Bezug auf die Lebenserwartung lagen wir damals vorn.

Und das ist ein System, das man hätte abbauen sollen, anstatt es zu modernisieren und zu stärken? Ist dies ein System, das man hätte aufgeben sollen? Nur die Feinde unseres Landes, der Russen und aller Völker, die es bevölkern, können so etwas behaupten. Aber sie zögern nicht, zu lügen und unsere Geschichte zu verleumdern. [...]

Aus dem Russischen von Ditte Gerns.

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Lasst Euch vom russischen Geist anstecken!

Wladimir S. Nikitin¹

Der russische Präsident Putin rief [...] am 14. Dezember 2023 seine Landsleute dazu auf, »an die Stärke des russischen, der russländischen Völker und an den kommenden Sieg zu glauben«. Putins Aufruf ist richtig, zeitgemäß und notwendig, aber unzureichend, weil er die Quellen der Stärke des Volkes und die Wege zu ihrer Stärkung nicht aufzeigt. [...]

Die gesamtrossische schöpferische Bewegung »Russkij Lad« [Russische Einheit] stützt sich bei der Suche nach Antworten auf die Fragen nach den Quellen der Stärke des russischen Volkes und den Wegen zu seiner Stärkung auf die Weisheit der russischen Genies und den kollektiven Geist des Volkes.

[...] für den Sieg ist es entscheidend, tief zu wissen, was die Besonderheit des Russentums (russkost') und die Hauptquelle der Stärke des russischen Volkes ist, was die Völker Russlands zu einer einzigen Familie verbindet. Umso mehr, als der Heilige Fürst Alexander Newskij – der Begründer der russisch-eurasischen Zivilisationsidee – uns vermacht hat, dass »Gott nicht in der Macht, sondern in der Wahrheit ist«. [...]

Die Bewegung »Russkij Lad« arbeitet nicht zufällig unter dem Motto »Lasst uns den russischen Geist und den Sozialismus nach Russland zurückbringen!« Auf der Grundlage des Studiums der Weisheit früherer Generationen, die in der großrussischen Sprache kodiert ist, haben wir erkannt, dass es für den Sieg vor allem notwendig ist, den Russen und den anderen Völkern Russlands den russischen Geist zurückzugeben, d. h. den russischen Sinn (russkij smysl) – den Sinn des Russentums als einzigartiges Phänomen und den russischen Sinn des Lebens. [...]

1 Langjähriger Abgeordneter der Staatsduma der Russischen Föderation in fünf Legislaturperioden (1996–2015), Vorsitzender des Koordinationsrates der Allunionsbewegung »Russkij Lad« (Russische Einheit), Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF.
Aus: <https://kprf.ru/rusk/223498.html>, vom 10.1.2024 (Zugriff 10.3.24).

Die russische Orthodoxie ist ein allgemeines Merkmal des russischen Volkes, sie ist keine Religion, sondern eine Weltanschauung. Unsere Vorfahren betrachteten den Kosmos als einen lebendigen Organismus und als Vollkommenheit, d. h. als eine harmonische Einheit des Vielfältigen, deren Gesetze beständig befolgt und lobgepriesen werden müssen. Bei den Weisen trugen diese Gesetze des Universums den Namen Praw [richtige Religion]. Die Russen erkannten ihre Vorrangstellung und sagten: Praw – da [richtiger Glaube – ja]. So entstand das Wort »Wahrheit«. Die Besonderheit des russischen Volkes war also das Bestreben, nach der Wahrheit zu leben, d. h. nach den Gesetzen des Kosmos zu leben. Unsere Vorfahren haben Praw verherrlicht und waren daher ursprünglich schon vor Christi Geburt orthodox. Unsere Vorfahren kodierten ihre Einstellung zum Universum, zur Integrität und harmonischen Einheit von Mensch, Gesellschaft und Natur wie auch zur Vollkommenheit der Beziehungen zwischen ihnen, mit dem Wort »mir« (*mir* = Welt, Frieden]. Nur das russische Volk hatte ursprünglich eine solche kosmische Denkweise und ein solches Weltverständnis, in der das Wort »Welt« gleichzeitig das Universum, den Planeten Erde, die menschliche Gesellschaft und die Vollkommenheit der Beziehungen bedeutete.

Die russische Orthodoxie ist also russischer Kosmismus. Sie offenbart das Wesen der Universalität des Russentums als eine untrennbare Beziehung der Russen zum Kosmos und seinen Gesetzen. Sie manifestiert sich in einer besonderen, spirituell gehobenen russischen Weltanschauung sowie in einer zutiefst sinnvollen Interaktion der Russen mit der Natur und der Menschheit in einem einzigen Kosmos, der nicht in eine materielle und eine spirituelle Welt unterteilt ist. [...] Der Zweck des Russentums ist es, die Kraft zu bewahren, die von oben auf die Russen herabgesandt wurde, um den Willen Gottes zum Heil der Menschheit zu erfüllen. [...]

In den »Notizen zur russischen Geschichte des XVIII. Jahrhunderts« wies A. S. Puschkina

direkt darauf hin, dass »Russland nie etwas mit dem übrigen Europa gemeinsam gehabt hat ... Seine Geschichte erfordert anderes Denken und ein anderes Schema.« Das russische Genie, das über ein tiefes genetisches Gedächtnis verfügte und deshalb zum Genie wurde, erkannte vor allem, dass der Hauptunterschied zwischen der russischen und der europäischen Zivilisation im Schema liegt – in der Art und Weise, wie die Wörter zu einem Gedanken zusammengesetzt werden, d. h. in der Struktur der Sprachgrammatik. Die westliche Welt fordert Redefreiheit, während die russische Welt, wie Puschkina zeigte, nach der Vollkommenheit der Worte strebt. [...]

Puschkina wird von einem anderen Genie – F. M. Dostojewski – bestätigt: »Unser Wesen ist unendlich höher als das europäische... Alle moralischen Vorstellungen und Ziele der Russen sind höher als die der europäischen Welt ... Unser Volk ist erfüllt von einem anderen, dem höchsten christlichen Gedanken, den Europa mit seinem toten Katholizismus und dem sich dummerweise selbst widersprechenden Luthertum nicht versteht ... Die ganze Welt wird durch das russische Denken auf eine große Erneuerung vorbereitet, und diese wird in einem Jahrhundert vollendet sein – das ist meine leidenschaftliche Überzeugung.« Und diese Zeit ist gekommen. [...]

Um den modernen Zivilisationskrieg zu gewinnen, brauchen wir jetzt eine attraktive und geistig erhebende zivilisatorische Idee und die Wiederbelebung der Machtverantwortung der Großrussen für das Schicksal der gesamten russischen Zivilisation. [...] Denn der Westen hasst die Existenz der Russischen Welt als Zivilisationsgemeinschaft mit einer speziellen russischen Weltanschauung und Denkweise, die seine Weltherrschaft verhindert. Russophobie ist also in erster Linie ein jahrhundertalter Kampf des Westens gegen die russische Weltanschauung und das russische Denken [...]. Russisches Denken ist eine russische Art des Denkens, die auf Universalität, Wahrfähigkeit, Vernünftigkeit, Tugendhaftigkeit

[dobrodetel'nost'] und Edelmut [blagorodstwo] beruht. Edelmut ist Patriotismus, d. h. Handeln zum Wohle des eigenen Volkes, der Natur und des Mutterlandes. Diese ikonischen Wörter haben eine einzige Wurzel – Rod [Geschlecht, Gattung, Sippe]. Dieses Wort ist der Schlüssel zum Verständnis der globalen Gesetze des Lebens. Rod – die oberste Gottheit bedeutet im Altrussischen die Gerechte Sonne oder die Sonne der Wahrheit. Gott Rod und Lada schufen der Legende nach Natur und Menschen. Sie legten auch die Hauptregel für das gemeinsame Leben auf dem Planeten fest: »Die Menschen sollen Edelmut zeigen, in Eintracht mit der Natur leben und sich gegen Abartige, Unwesen und andere Brut wehren, die diesen Bund verletzen und das Mutterland ruinieren können«. [...]

Die Aufgabe der Bewegung »Russischer Lad« und aller wahren Patrioten Russlands ist es, den Menschen den russischen Geist und das russische Denken zurückzugeben, russisch denkende Landsleute zu erziehen, in ihrem Gedächtnis alten und neuen siegreichen Sinn für die Stärkung des russischen Geistes wiederherzustellen. Unsere Vorfahren haben vor 80 Jahren ein Beispiel für die Entstehung eines solchen Sinns gegeben, als sie verkündeten: »Unsere Sache ist richtig. Der Feind wird besiegt werden. Der Sieg wird unser sein!«. Dieser bedeutungsvolle, rhythmische Siegesruf inspiriert unsere Landsleute auch heute noch zum Kampf gegen den Neonazismus in den Kämpfen in der Ukraine. [...]

Die Halbwahrheit triumphiert immer noch, statt der schöpferischen Wahrheit. So werden wir nicht gewinnen. [...] Der Feind ist heimtückisch und stark, und man kann ihn nur auf russische Art, mit der ganzen Welt besiegen, indem man Kommunisten und Patrioten, Gläubige und Atheisten, Russen und andere Völker Russlands durch den Zusammenschluss aller russisch denkenden Menschen ungeachtet ihrer Nationalität, ihres Glaubens und ihres Wohnortes auf der Grundlage der russischen universellen Weltanschauung zum Kampf

gegen die Russophoben und Unterdrücker der Völker vereint. [...]

Für einen Sieg ist es notwendig, den Haupt-sinn des Lebens der Völker Russlands wiederzu-beleben. Es ist dringend notwendig, den begrifflichen Apparat als wichtigste Waffe im Kampf gegen die Russophobie zu erneuern. Es ist an der Zeit, in das Bewusstsein unserer Landsleute den wahren Sinn solcher Begriffe wie: Russentum, Russisches Denken, Großrussen, Weltanschauung, Zivilisation, Macht, Russische Welt, Wahrheit, Eintracht, Gewissen, Gerechtigkeit, die Tugendhaftigkeit, Edelmut, Vernünftigkeit, Wohlstand, gerechte Sache zurückzugeben. Die Einführung der Begriffe »russisch denkend« und »westlich denkend« ist ein Erfordernis der modernen mentalen Kriegsführung, weil sie es uns ermöglicht, unmissverständlich zu bestimmen, wer zu uns gehört und wer fremd ist. [...]

Es ist der russische Geist, der alle Völker unseres Vaterlandes, alle russisch denkenden Menschen unabhängig von ihrer Nationalität zu einem einzigen russisch denkenden souveränen Volk vereint. Deshalb verteidigen jetzt in der Ukraine gemeinsam russische Großrussen, russische Jakuten, Tschetschenen, Burjaten, Dagestaner, Tuwiner und andere Völker unserer einheitlichen russisch-eurasischen Zivilisation die Interessen der Russischen Welt, und unter ihnen: Orthodoxe, Muslime, Buddhisten und Atheisten. Ein solcher geistiger Zusammenhalt wurde möglich, weil es sich – unabhängig von Nationalität und Religion – um einen Zusammenschluss Gleichgesinnter handelt, die die Vorherrschaft der Gesetze des Kosmos, den kollektivistischen Gesellschaftstyp und die für alle akzeptable großrussische Sprache als Sprache der interethnischen Kommunikation anerkennen, d. h. um einen Zusammenschluss Gleichgesinnter, die gemeinsame zivilisatorische Grundlagen anerkennen. [...]

Es ist wichtig zu zeigen und zu begreifen, dass »Russentum« keine Manifestation des russischen Nationalismus oder der russischen Barbarei ist, die der freien zivilisierten Welt

schadet, wie die Russophobiker unterstellen. In der Tat ist das Russentum nicht nur ein Phänomen der Blutsverwandtschaft, sondern auch einer höheren zivilisatorischen und weltanschaulichen Perspektive [...]. Das Russentum ist ein einzigartiges Phänomen von globaler Bedeutung, das nicht nur für die Russische Welt, sondern auch für die gesamte Menschheit von Nutzen ist. Dies wird im Manifest von G. A. Sjuganow »Russisches Rückgrat der Macht« ausführlich dargelegt. [...]

Der Westen predigt die Philosophie der Freiheit und nennt sich selbst »freie Welt«. Aber es ist wichtig, zu verstehen und den jungen Menschen klar zu erklären, dass es sich dabei erstens um die Freiheit der Willkür handelt, d. h. um die willkürliche, abstrakte Gestaltung der Welt auf der Grundlage der eigenen egoistischen Bedürfnisse. Zweitens ist es die Freiheit der Grenzenlosigkeit, d. h. der unbegrenzten Befriedigung der eigenen Bedürfnisse ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesellschaft und der Natur. Drittens ist es die Freiheit der Diktatur, d. h. der Wunsch, allen, überall und immer den eigenen Willen zu diktieren, nach dem Prinzip »der Stärkere hat Recht, Geld steht über allem«. Die Verwirklichung dieser westlichen Freiheitsphilosophie sehen wir heute vollumfänglich in den Handlungen der Angelsachsen. [...]

Der grundlegende Unterschied zwischen der Philosophie der Freiheit und der Philosophie der Vollkommenheit als Produkte des westlichen und des russischen Denkens besteht darin, dass es sich um zwei unvereinbare Arten des logischen Denkens handelt [...] Russisches Denken und westliches Denken sind Produkte zweier unvereinbarer Gesellschaftstypen – individualistisch und kollektivistisch. [...] Ihre lebensbejahenden Prinzipien sind unvereinbar,

denn das lebensbejahende Prinzip der einen ist »Teile und herrsche«, das der anderen »Stärke in der Einheit«. [...]

Der Unterschied in der Erkenntnis der Gesamtheit besteht darin, dass die russischen Denker die Einheit als Ganzes studieren, während die westlich denkenden Forscher die Gesamtheit mechanistisch in kleine Bausteine zerlegen und dann, indem sie sie zusammensetzen, danach streben, etwas Verallgemeinerndes zu enthüllen, das in der Regel bereits deformiert und nicht wahr ist. Andere Einstellung zum Menschen und zur Menschheit. Das russische Denken versucht, einen vernünftigen und schöpferischen Menschen zu erziehen, und sieht den Menschen als einen lebendigen Organismus. Das westliche Denken sieht den Menschen als sozialen Mechanismus und versucht, den Menschen in einen Bioroboter zu verwandeln, der bestimmte Funktionen erfüllen soll.

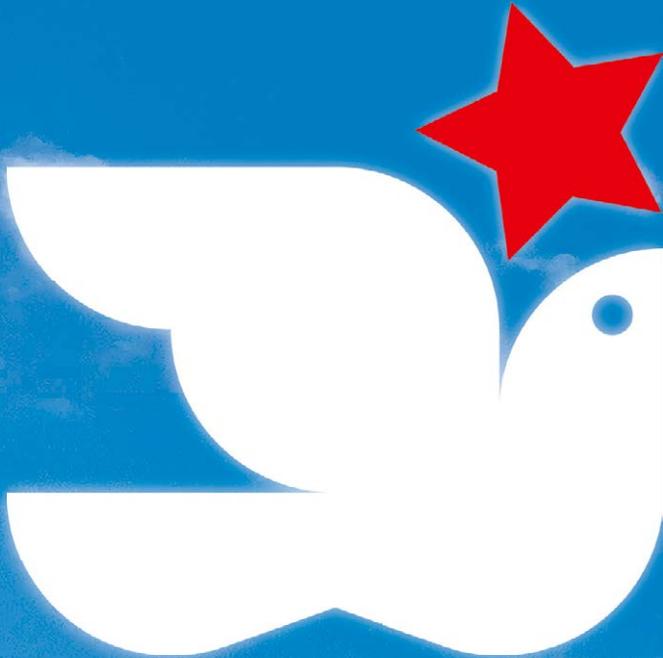
[...] Um den westlichen Aggressor zu besiegen, ist es notwendig, den russischen Geist nach Russland zurückzubringen. Das Land sollte von russisch denkenden Menschen unabhängig von ihrer Nationalität regiert werden, aber der Status des staatsbildenden Volkes – der Großrussen und seine souveräne Verantwortung für die Erhaltung unserer Zivilisation – der Russischen Welt – sollte gesetzlich verankert und in die Praxis umgesetzt werden. Unser Slogan des Tages – »Lernen Sie, auf Russisch zu denken, zu sprechen und zu handeln. Lassen Sie sich vom russischen Sinn anstecken, stärken Sie die geistige Energie und die Freundschaft der Völker – so werden wir siegen!«.

Aus dem Russischen von Ditte Gerns.

UZ-Friedenstage

23. - 25. August 2024 | Berlin

Save
the
date!



friedenstage.dkp.de

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (2 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 8 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 4 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail an info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift »Marxistische Blätter« sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (SEPA-Mandat)
 - Abo-Abbuchung jährlich
 - Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

**Wir liefern
jeden
lieferbaren Titel.**

(auch Hörbücher und E-Books)

www.neue-impulse-verlag.de



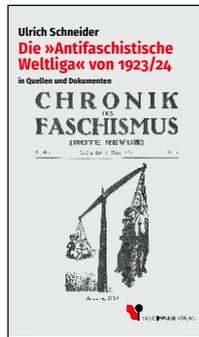
Bei uns war »NIE WIEDER« Bücher gegen Krieg

Ulrich Schneider

Die »Anti-faschistische Weltliga« von 1923/24

in Quellen und Dokumenten

Paperback, 236 Seiten,
16,80 Euro



Raimund Ernst (Hrsg.)

Krieg kommt nicht aus einer schwarzen Wolke

Kulturpolitische Aufsätze, Gedichte und Liedtexte von Kurt Barthel (KuBa)

Paperback,
236 Seiten, 16,80 Euro



Holger Michael

Der »Hitler-Stalin-Pakt«

Historische Wirklichkeit gegen propagandistische Täuschung

Paperback,
260 Seiten, 14,80 Euro



Harald Neubert

Europäische Nachkriegsordnung

West-Ost-Konflikt und deutsche Zweistaatlichkeit

Paperback,
340 Seiten, 19,80 Euro



Günter Judick,
Josef Schleifstein,
Kurt Steinhaus

Lernen aus Krieg und Faschismus

Zu einigen Fragen der Nachkriegsgeschichte der KPD 1945–1968

Paperback,
176 Seiten, 12,90 Euro



Josef Schleifstein

Reale Geschichte als Lehrmeister

Mit ergänzenden Texten von Kurt Bachmann, Peter Gingold, Fritz Rische, Robert Steigerwald, Willi Gerns, Günter Judick und Georg Fülberth

Paperback,
280 Seiten, 19,80 Euro



**Aus dem Schaufenster von
www.neue-impulse-verlag.de**

schon immer »JETZT!« und Faschismus

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** *Seit 1963*
www.marxistische-blaetter.de

Allan Merson
**Kommunistischer
Widerstand in
Nazideutschland**

Paperback,
310 Seiten, 19,80 Euro



Max Schäfer
**Spanien
1936 bis 1939**

Erinnerungen von
Interbrigadisten aus
der BRD

Paperback,
402 Seiten, 19,80 Euro



Rüdiger Bernhardt
**Maßstab:
Humanismus**

Die sowjetischen
Kulturoffiziere und
ihre Tätigkeit
1945–1949/50

Paperback,
280 Seiten, 19,80 Euro



Kurt Bachmann
**Wir müssen
Vorkämpfer der
Menschenrechte
sein**

Reden und Schriften

Gebunden,
386 Seiten, 19,80 Euro



Friedrich Martin
Balzer (Hrsg.)
**Erwin Eckert –
Antifaschismus.
Frieden.
Demokratie.**

Reden und Texte
1945–1959 in
zwei Bänden

Gebunden,
824 Seiten, 39,60 Euro



Ulrich Sander/
Felix Oekertorp
(Hrsg.)

**Die Faust
nicht nur in der
Tasche ballen**

Ein Willi-Hoffmeister-
Buch

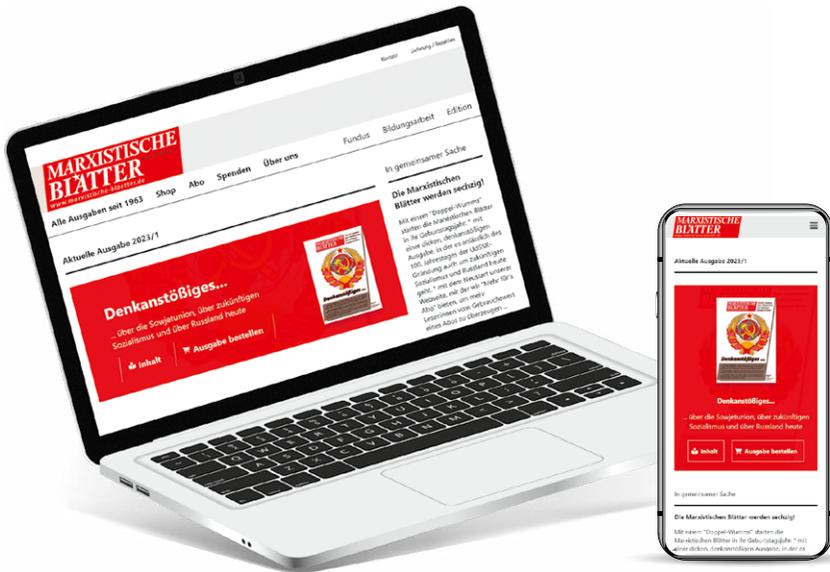
Paperback,
204 Seiten, 16,80 Euro



Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757
info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de

 **NEUE IMPULSE VERLAG**

www.marxistische-blaetter.de



Mehr für's Abo.

Jetzt abonnieren!

Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de

www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion